

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@parl.admin.ch

---

92.083 Verbesserung der Verständigung zwischen den  
Sprachgebieten

---



## Übersicht / Résumé

### **92.083 - Geschäft des Parlaments. Verbesserung der Verständigung zwischen den Sprachgebieten**

Eingereicht im Nationalrat

Stand der Erledigt  
Beratung

Bericht der Verständigungskommission beider Räte ("... das Missverhältnis soll uns bekümmern") vom 22. Oktober 1993 (BBl 1994 I, 17) mit Empfehlungen und einer Motion (93.3527).

Siehe gleichlautende Motionen 93.3526/93.3527

Beschlüsse:

- 14.12.1993 SR Vom Bericht wird Kenntnis genommen.
- 16.03.1994 NR Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

Behandelnde Kommission 92.083-NR (92.083-NR)  
Kommissionen Kommission 92.083-SR (92.083-SR)

### **92.083 - Objet du Parlement. Amélioration de la compréhension entre les différentes régions linguistiques**

Déposé au Conseil national

Etat actuel Liquidé

Rapport des commissions des deux conseils, du 22 octobre 1993 (FF 1994 I, 19), intitulé "nous soucier de nos incompréhensions", accompagné de recommandations et d'une motion (no 93.3527).

Voir motions identiques 93.3526/93.3527

Décisions:

- 14-12-1993 CE Pris acte du rapport.
- 16-03-1994 CN Pris acte du rapport.

Commissions Commission 92.083-CN (92.083-CN)  
traitant l'objet Commission 92.083-CE (92.083-CE)

92.083

**Verbesserung der Verständigung  
zwischen den Sprachgebieten**  
**Amélioration de la compréhension  
entre les différentes régions linguistiques**

Bericht der Verständigungskommissionen des Nationalrates und des Ständerates vom 22. Oktober 1993 (BBI 1994 I 17)  
Rapport des Commissions de la compréhension du Conseil national et du Conseil des Etats du 22 octobre 1993 (FF 1994 I 19)

*Antrag der Kommission*

Einen Ausschuss aus Mitgliedern des Nationalrates und des Ständerates (etwa sechs Mitglieder) bilden, der die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission begleitet. Das Parlament muss sich mit der Problematik der Verständigung zwischen den Sprachgebieten identifizieren.

*Proposition de la commission*

Former un comité composé de membres du Conseil national et du Conseil des Etats (environ six membres) qui serait chargé d'accompagner et de suivre la réalisation des recommandations de la commission. Le Parlement doit s'identifier à la problématique de la compréhension entre les régions linguistiques du pays.

93.3527

**Motion der Verständigungskommission  
(92.083)**  
**Sprachliche und regionale Verständigung  
in der Schweiz**

**Motion de la Commission de la  
compréhension (92.083)**  
**Compréhension linguistique et régionale  
en Suisse**

*Wortlaut der Motion vom 22. Oktober 1993*

Der Bundesrat schenkt der sprachlichen und regionalen Verständigung innerhalb der Schweiz bei allen Beschlüssen besondere Beachtung. Er wird beauftragt, Maßnahmen zu treffen und der Bundesversammlung die nötigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten, um die im Anhang des Berichtes vom 22. Oktober 1993 formulierten Vorschläge der Kommissionen zu verwirklichen.

Wo die Zuständigkeit des Bundes fehlt, leitet der Bundesrat die Vorschläge an die Kantone oder an die zuständigen staatlichen oder privaten Organisationen weiter. Er prüft jeweils, ob er diese bei der Verwirklichung der Vorschläge unterstützen kann.

Der Bundesrat berichtet der Bundesversammlung laufend im Rahmen des Geschäftsberichtes über die Ergebnisse sowie über den Stand der sprachlichen und regionalen Verständigung in der Schweiz.

(Siehe gleichlautende Motion 93.3526 im Nationalrat)

*Texte de la motion du 22 octobre 1993*

Le Conseil fédéral accorde, dans toutes ses décisions, une attention particulière à la compréhension linguistique et régionale en Suisse. Il est chargé de prendre des mesures et de soumettre à l'Assemblée fédérale les modifications de lois nécessaires afin de concrétiser les propositions des commissions formulées en annexe au rapport du 22 octobre 1993.

Lorsque la compétence fédérale fait défaut, le Conseil fédéral transmet les propositions aux cantons ou aux organisations publiques ou privées compétentes et examine dans chaque cas s'il y a lieu de leur accorder son soutien en l'occurrence.

Le Conseil fédéral fait rapport de façon régulière à l'Assemblée fédérale dans le cadre du rapport sur la gestion de l'administration fédérale sur les résultats ainsi que sur l'état de la compréhension linguistique et régionale en Suisse.

(Voir motion identique au Conseil national, no 93.3526)

**Piller, Berichterstatter:** Ich darf Ihnen heute den Bericht der Verständigungskommissionen des Nationalrates und des Ständerates vorstellen und die Empfehlungen und den Antrag begründen.

Sie erlauben mir, dass ich kurz ein Jahr zurückblende. Sie erinnern sich, mit welchen Schlagzeilen die verschiedenen Zeitungen das Ergebnis zur EWR-Abstimmung kommentierten: «Die Schweiz nach dem Europa-Entscheid – isoliert, gespalten, orientierungslos». Am Abend des 6. Dezember 1992 trat plötzlich grell ans Licht, was vielen von uns immer mehr oder weniger deutlich bewusst, was in der Literatur, in den Medien, im politischen Alltag und in der politischen Auseinandersetzung immer wieder Thema war, was aber zu wenig Gegenstand der breiten Diskussion gewesen ist.

«Der Graben existiert. Es ist ein für die heutige Schweiz zentrales Problem, dass er existiert», so stellte Friedrich Dürrenmatt 1966 in einem Interview fest. Im Dezember 1990, wenige Tage vor seinem Tode, lautet seine Diagnose: «Ich meine, das Problem der Schweiz besteht auch darin, dass die deutsche und die französische Schweiz längst nicht mehr miteinander, sondern nur gerade nebeneinander leben .... Der kulturelle Kontakt ist schlechter denn je. Jede Sprachregion kapselt sich von der andern ab.»

Dass diese Probleme nicht neu sind, ersehen wir aus der berühmten Rede Carl Spittlers aus der Zeit des Ersten Weltkrieges. Er sagte damals: «Wir haben es dazu kommen lassen, dass .... zwischen dem deutschsprechenden und dem französischsprachigen Landesteil ein Stimmungsgegensatz entstanden ist .... Wir sollen uns um das Verhältnis zu unsern französischsprachigen Eidgenossen freilich kümmern und das Missverhältnis soll uns bekümmern. .... Wir müssen uns besser verstehen. Um uns aber besser verstehen zu können, müssen wir einander vor allem näher kennenlernen.»

Die Probleme sind also nicht neu, die Fragen sind nicht neu, der Wille, die Gegensätze zu überwinden, ist nicht neu.

Neu sind gewisse Schattierungen und Akzente; neu war das Problem, an dem der «Stimmungsgegensatz» sich so deutlich und für viele auch schmerzhaft manifestierte: dass die Visionen bezüglich der Stellung der Schweiz in Europa in entgegengesetzter Richtung gehen.

Schmerz, Schock, Wut, Aggression waren Wörter, die plötzlich in persönlichen Gesprächen wie auch in den Medien auftauchten. Verkannte Probleme erschienen in einem neuen Licht, alte Vorwürfe in einem veränderten Kontext. Enttäuschung, Ratlosigkeit und Verständnislosigkeit manifestierten sich hüben und drüben. Unverständnis für das Ausmass der Enttäuschung, für die Schwierigkeiten, den Entscheid der Mehrheit zu akzeptieren, Reaktionen von einer Schärfe, Tiefe und Emotionalität, die aufrüttelten und zum Handeln zwangen.

Heute, aus der Distanz eines Jahres, ist es schon wieder notwendig, sich der Vehemenz der damaligen Emotionen zu erinnern. Ich glaube, wir müssen uns daran erinnern, wenn wir uns auf die Dauer tatsächlich besser verständigen, besser verstehen wollen.

Noch in der Dezembersession 1992 haben die beiden Büros unserer Räte je eine Spezialkommission eingesetzt. Der Kommission des Nationalrates wurde folgendes Mandat erteilt: «Die Kommission hat den Auftrag, die Ursachen der unterschiedlichen Wahrnehmung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Probleme unseres Landes sowie die unterschiedliche Haltung gegenüber dem Ausland zu ergründen. Sie zeigt die sich daraus für unser Land ergebenden Nachteile sowie Mittel und Wege auf, um die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen der Schweiz zu stärken.»

Das Büro des Ständerates beauftragte unsere Spezialkommission, «abzuklären, aus welchen Gründen sich zwischen Deutsch- und Westschweiz ein Graben auftut, und konkrete Massnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, die kulturelle und politische Kluft zwischen diesen Landesteilen zu überbrücken».

Der Gedanke, eine gemeinsame Kommission beider Räte zu bilden, stand anfänglich zur Diskussion. Auf diese Möglichkeit wurde jedoch verzichtet und beschlossen, die Arbeit aufzuteilen und am Schluss die Ergebnisse in einen gemeinsamen Bericht einfließen zu lassen. Beide Kommissionen haben mehrere Sitzungen abgehalten und verschiedene Experten dazu eingeladen.

In einer gemeinsamen Schlussitzung wurden der vorliegende Bericht verabschiedet, die Empfehlungen – 23 an der Zahl – erarbeitet und ein Motionstext beider Räte zur Ueberweisung an den Bundesrat verabschiedet. Es wird Sie kaum überraschen, wenn für die Kommission folgende Themen im Vordergrund standen: Sprachen, Mundarten, Bildung, Medien, Wirtschaft. Es konnte auf viele wertvolle Arbeiten in- und ausserhalb des Parlaments zurückgegriffen und darauf aufgebaut werden. Ich erinnere an den Bericht Saladin «Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz»; an unsere Arbeiten zum Kulturartikel und zum Sprachenartikel; an die Interpellation Iten Andreas, begründet an der Herbstsession in Genf; an die Postulate Gadiant und Petitpierre zum Thema der Stärkung der nationalen Identität; an die Motion Müller-Meilen zum Einvernehmen zwischen den Sprachregionen; an die wertvollen Arbeiten vieler privater Organisationen und Stiftungen – stellvertretend möchte ich hier erwähnen: Pro Helvetia und CH-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit.

Ich darf sicher davon ausgehen, dass Sie alle den Bericht gelesen haben, und möchte deshalb die Empfehlungen erläutern und dazu jeweils kurz einige Ausführungen machen.

Die ersten fünf Empfehlungen sind allgemeiner Natur. Die kulturellen Unterschiede eines Staates können je nach Standpunkt als Bereicherung oder als Last empfunden werden. Wer sie als Last empfindet und empfunden hat und entsprechend Politik machte, wurde immer bestraft, dies lehrt uns die Geschichte zur Genüge. Wer es aber verstand, sie als Bereicherung anzunehmen und entsprechend zu handeln, wurde stets belohnt.

Unser Land hat bei seiner Transformation zum Bundesstaat im Jahre 1848 mit einer glücklichen, weitsichtigen Politik die Willensnation Schweiz auf eben dieser Bereicherung aufgebaut. Die Zentralgewalt wurde so dosiert, dass die kulturelle Vielfalt blühen konnte. Föderalismus im Bundesstaat, dies war das Zauberwort – in gewissem Sinne mit dem Ständerat als oberstem Hüter und Wächter der Dosierung der Zentralgewalt.

Die kulturellen Unterschiede lassen sich nicht beseitigen, beispielsweise durch politische Entscheide, durch Ideologien oder durch Staatsgewalt. Dies zeigt sich heute besonders deutlich in Ex-Jugoslawien und im aufgelösten Sowjetimperium, wo sich verschiedene Kulturgemeinschaften noch nach Jahren scheinbaren friedlichen Zusammenlebens mörderisch bekämpfen. Dennoch liegt es auf der Hand, dass das Zusammenleben immer schwieriger wird, wenn die Bürgerinnen und Bürger der verschiedenen Landesteile keine gemeinsamen Zukunftsperspektiven mehr haben. Die Schweiz muss sich bewusst werden, welche Chance und Bereicherung die kulturelle Vielfalt bringt. Denn die verschiedenen Kulturgemeinschaften leben auch vom gegenseitigen Austausch, von der Neugierde auf das andere, von der Entdeckung des anderen. Wer sich erst nach der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 bewusst geworden ist, dass es zwischen Deutschschweiz und Westschweiz, zwischen Stadt und Land, zwischen Jungen und Alten unterschiedliche Anschauungen gibt, verkannte das Wesen der Schweiz. Denn war die Schweiz, die ja nicht im gleichen Sinne wie Deutschland oder Frankreich eine Nation ist, nicht schon immer ein Beispiel dafür, wie man unter gegenseitiger Respektierung miteinander leben kann? Was nach dem 6. Dezember 1992 mit Sorge erfüllt, sind nicht die kulturellen Unterschiede, die schon immer da waren, sondern die Tatsache, dass diese Unterschiede nicht mehr als gegenseitige Bereicherung, sondern nur noch als Gegensatz empfunden

werden. Nicht mehr das, was die Kulturen einander bringen können, erhält Gewicht, sondern nur noch das, was sie einander gegenüberstellt. Und Kulturen einander gegenüberstellen hiesse, sie zu klassifizieren, was sehr gefährlich sein kann.

Um diese Vielfalt wieder vermehrt als Bereicherung zu empfinden, schlagen wir Ihnen folgende Massnahmen vor:

1. Die gemeinsamen Bande, die die Schweiz zusammenhalten, sind über die Verfassung zu festigen, indem vor dem Hintergrund der internationalen Stellung der Schweiz eine grosse Debatte in die Wege geleitet wird, deren Ziel die Verfassungsreform ist. Dieses Thema könnte zum «Thema des Jahres» werden, indem alle Vereinigungen ihren Teil zu dieser Debatte beitragen und die Ergebnisse ihrer Diskussion einer Gruppe vorlegen, die damit beauftragt ist, diese Zeugnisse zusammenzutragen und in die Verfassung einzubringen. Im gleichen Sinn sind die Aktivitäten der im multikulturellen Bereich tätigen Organisationen zu koordinieren; Zusammenkünfte dieser Organisationen sind mit dem Ziel zu fördern, die Möglichkeit von Zusammenlegungen zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten zu untersuchen. Die Aktivitäten in diesem Bereich zwischen diesen Organisationen, den Kantonen und den Medien sind zu koordinieren. Weiter ist der Schweizerische Gemeindeverband zu vermehrten Gemeindeparterschaften zwischen den verschiedenen Sprachregionen zu ermuntern.

2. Wir möchten 1998 die 150-Jahr-Feier des Bundesstaates als Gelegenheit nützen, um daraus ein Fest aller Schweizer und Schweizerinnen zu veranstalten und sich dabei Gedanken darüber zu machen, unter welchen Umständen und warum der Bundesstaat entstanden ist und welche Gründe heute für die Existenz der Schweiz sprechen. Weiter möchten wir – Stichwort 1998 – mit einer Totalrevision der Bundesverfassung eine politische Revitalisierung unseres Landes ermöglichen.

Für das Jahr 2000 wird die Organisation einer Landesausstellung vorgeschlagen.

Wir haben dann noch die dritte, vierte und fünfte Empfehlung. Aus Zeitgründen kann ich diese Vorschläge nicht alle vorlesen. Sie kennen sie aus dem Bericht. Es sind allgemeine Anregungen. Die konkreten Empfehlungen aber – 150-Jahr-Feier, Verfassungsrevision und Landesausstellung – sind zentral; deren Realisierung sollte zügig an die Hand genommen werden.

Wir haben 1991 700 Jahre Eidgenossenschaft gefeiert. Wenn wir Bilanz ziehen, haben wir ein etwas ungutes Gefühl. Wir möchten dieses unguete Gefühl zum Verschwinden bringen, indem wir eine Feier planen, basierend auf dem Jahr 1848, dem Gründungsdatum unseres modernen Bundesstaates. Hier können wir meines Erachtens zukunftsgerichtet Kräfte mobilisieren, um diesen Staat weiterzuentwickeln, weiterzutragen.

Für eine Verfassungsrevision ist schon einmal sehr viel Arbeit geleistet worden. Vor etwa zwanzig Jahren oder noch weiter zurück hat man ein breit angelegtes Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. In Hunderttausenden von Exemplaren ist der Verfassungsentwurf mit dem Bericht in Schulen, Verbänden usw. verteilt worden. Wir hatten Erwartungen geweckt, die zu grossen Enttäuschungen führten, weil wir die ganze Revision einschlafen liessen.

Ihre Kommission ist der Ueberzeugung, dass wir, um eine politische Revitalisierung vorzunehmen, die Verfassungsrevision nun wirklich zügig an die Hand nehmen sollten. Zieldatum ist 1998.

Eine Landesausstellung unter dem Motto «Ort der Begegnung» soll spätestens im Jahre 2000 stattfinden. 1939 hatten wir die Landesausstellung in Zürich. Für unser Land war sie unter dem Aspekt des Zusammenhalts gegenüber den Gefahren des Faschismus und des Nationalsozialismus äusserst wichtig. Wir hatten 1964 die Landesausstellung in Lausanne – eine Landesausstellung, die eine Stimmung des Aufbruchs und des wirtschaftlichen Aufschwungs vermittelte, aber auch die moderne Schweiz dargestellt hat. Im Jahre 2000 geht es nun darum, eine Landesausstellung zu präsentieren, deren Ziel es ist, eine europa- und weitoffene Schweiz zur Geltung zu bringen, aber auch eine Schweiz, die willens ist, zukunftsfähig ins nächste Jahrtausend zu schreiten.

Ich möchte schon jetzt den Bundesrat bitten, hier dafür zu sorgen, dass man relativ rasch klare Entscheide fällt. Heute morgen wurde Ihnen vor dem Bundeshaus die Broschüre einer Walliser Delegation verteilt. Die haben ja bereits ein Projekt. Auch Genf hat ein Projekt. Es kommt ja nicht so darauf an, wo diese Landesausstellung stattfindet, wichtig ist, dass sie stattfindet und dass wir nicht wieder zu diskutieren beginnen, ob es ökologisch oder auch gesellschaftspolitisch vertretbar sei. Wir wollen eine solche Landesausstellung, und da sollten wir rasch klare Entscheide fällen, wo sie stattfindet und wer damit beauftragt wird. Ich komme dann noch darauf zu sprechen bei der Durchführung.

Die Empfehlungen 6 bis 12 betreffen die Medien, also die Print- und die elektronischen Medien. Sie haben diese Vorschläge alle im Bericht. Ich wollte sie eigentlich präzisieren, aber ich möchte Sie nicht allzu lange auf die Folter spannen, weil die Kommissionsmitglieder ja auch noch sprechen möchten.

Eine dieser Empfehlungen gab Anlass zu zum Teil heftigen Diskussionen, nämlich die Forderung, dass Sendungen von nationalem Interesse in Radio und Fernsehen der deutschen Schweiz in der Hochsprache zu senden seien. Hier ganz kurz einige Ausführungen.

In den letzten Jahrzehnten ist die Sprache gleichsam zum Symbol der entstandenen Verständigungsprobleme zwischen den Regionen geworden. Sie wird als Kontaktbarriere eruiert und strahlt stark auf den Bildungs-, den Medien- und den Wirtschaftsbereich aus. Sie ist sicher einer der Faktoren, wenn auch kaum der ausschlaggebende. Mundartwelle, Verständigungsbarriere, Verlust der Sprachkompetenz – diese Begriffe, mit denen sich sonst vor allem die Sprachwissenschaft befasst, wurden plötzlich in den Medien und den Hallen des Parlamentsgebäudes lebhaft diskutiert, als Folge der von allen Kommissionsmitgliedern aus den französischen und italienischen Sprachgebieten geteilten Auffassung, dass der vermehrte Mundartgebrauch in der deutschen Schweiz einen wesentlichen Faktor des wachsenden Unverständnisses zwischen Deutsch und Welsch bildet.

Kurz zusammengefasst: Die Deutschschweizer müssen einsehen, dass durch ihre Dialekte die Verständigung mit den Westschweizern wesentlich erschwert wird und dass es auch in geselliger Unterhaltung nicht angeht, sich in Gegenwart eines Westschweizers auf Schweizerdeutsch zu unterhalten. Die Westschweizer ihrerseits müssen ein für allemal einsehen, dass das Schweizerdeutsche die Muttersprache ihrer Deutschschweizer Landsleute und selbständiger Ausdruck der Deutschschweizer Kultur ist.

Dass Radio und Fernsehen im Bereich der Verständigung eine zentrale Aufgabe zukommt, daran lässt die Konzession der SRG vom 18. November 1992 keinen Zweifel offen. Artikel 3 sagt: «Die SRG erfüllt ihren Auftrag durch die Gesamtheit ihrer Radio- und Fernsehprogramme, in allen Amtssprachen mit gleichwertigen Programmen. In ihren Programmen fördert sie das gegenseitige Verständnis und den Austausch zwischen den Landesteilen, Sprachgemeinschaften und Kulturen.»

Dieser Auftrag wird durch volle Radio- und Fernsehprogramme in den Landessprachen und durch Teilprogramme in romanischer Sprache wahrgenommen. Die Medien berichten seit dem 6. Dezember 1992 vermehrt über die andern Regionen, übernehmen Berichte aus den andern Gebieten und strahlen Spezialesendungen und Reportagen als Beitrag an die nationale «Klammer» aus.

Diese Bemühungen werden anerkannt. Nach Meinung der Kommissionen sollen Radio und Fernsehen es sich aber noch bewusster zur Aufgabe machen, in ihren Berichterstattungen über Politik, Kultur, Wirtschaft Alltagsberichte aus den andern Landesteilen einzubauen und auszubauen. Dazu gehört u. a., dass vermehrt Politiker aus den andern Landesteilen zu Worte kommen. Die Sendungen sind so zu gestalten, dass sie verstanden werden können. Ich betone ausdrücklich, dass wir fordern, dass künftig Sendungen von nationalem Interesse in Hochsprache auszustrahlen sind – nur diese –, das heisst, dass dem Artikel 3 der SRG-Konzession endlich vermehrt nachgelebt wird.

Die beiden Kommissionen sind überzeugt, dass Anstrengungen im Bildungsbereich wesentlich zur Verbesserung der Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg beitragen können. Deshalb die Empfehlungen Nummern 13 bis 21. Auch hier möchte ich aus Zeitgründen auf die einzelnen Ausführungen verzichten. Sie haben sie alle in Ihrem Bericht. Darunter haben wir zwei Empfehlungen betreffend den Austausch von Studenten und Lehrern; das sind die Empfehlungen 20 und 21.

Zur Wirtschaft: Die Kommission des Ständerates richtete ihr besonderes Augenmerk auch auf die Wirtschaft, denn sie ging davon aus, dass allfällige Spannungen zwischen Westschweiz, Tessin und Deutschschweiz ihren Grund auch in den regionalen Wirtschaftsunterschieden haben könnten. Demnach hätte die Mehrheit der deutschen Schweiz, vor allem der ländlichen Gebiete, den EWR nur darum abgelehnt, weil man hier zu jener Zeit die Wirtschaftskrise noch weniger spürte als in gewissen Kantonen der lateinischen Schweiz, wo sie sich bereits empfindlich ausgewirkt hatte. Zudem wird die Behauptung, dass in der deutschen Schweiz die Fäden der Schweizer Wirtschaft zusammenlaufen, gelegentlich durch Ankündigungen von Entlassungen oder gar Schliessungen von Filialen von Deutschschweizer Firmen in der Westschweiz genährt, oder sie wird illustriert mit der Anekdote, dass jeden Morgen der erste Swissair-Flug zwischen Genf und Kloten von Westschweizer Direktoren besetzt sei, die in der Deutschschweiz zur Befehlsausgabe antreten müssten.

Wo die Anekdoten aufhören und wo die Realitäten anfangen – dieser Frage nachzugehen ist Sache wirtschaftlicher Untersuchungen. Die Kommissionen aber hatten sich zur Aufgabe gestellt, mit Vertretern der Schweizer Wirtschaft über die wichtigsten Gründe der zwischen den Sprachregionen bestehenden Schwierigkeiten zu diskutieren. Auch aus zeitlichen Gründen kann ich hier darauf nicht weiter eingehen. Sie finden die Ausführungen im Bericht, Seiten 10, 11 und 12.

Die Kommissionen sind der Meinung, dass die Schweizer Wirtschaftskreise und ihre Verbände nach Möglichkeit mithelfen sollten, die Disparitäten zwischen der Westschweiz und dem Tessin einerseits und der Deutschschweiz andererseits abzubauen. Ihre Entscheide bei Besetzungen von Führungspositionen, bei Neu- und Erweiterungsbauten, bei Sitzverlegungen usw. sollten immer auch von der Ueberzeugung geleitet werden, dass unsere wirtschaftlichen Erfolge der letzten 20, 30 Jahre auch auf der politischen Stabilität unseres Landes beruhen.

Deshalb wünschen die Kommissionen, dass die Vertreter aus Wirtschaft und Politik sich vermehrt zusammenfinden und einander mehr Interesse entgegenbringen. Die Wirtschaftsverbände werden deshalb aufgefordert, den Bedürfnissen und Anliegen der französischen und der italienischen Schweiz mehr Beachtung zu schenken. In diesem Sinne sind die Unternehmen von der Wichtigkeit zu überzeugen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Annahme von politischen Aemtern zu ermöglichen, damit die Probleme und Anliegen gegenseitig wahrgenommen und berücksichtigt werden können.

Ihre Kommissionen möchten über zwei Instrumente dafür sorgen, dass diese Empfehlungen zügig umgesetzt werden. Deshalb beantragen sie den beiden Räten die Ueberweisung einer Motion, deren Text Sie im Bericht auf Seite 33 vorfinden. Mit der Empfehlung Nummer 23 auf Seite 32 des Berichtes bitten sie die Büros der beiden Räte, einen Ausschuss aus Mitgliedern des Nationalrates und des Ständerates – etwa sechs Mitglieder – zu bilden, der die Umsetzung der Empfehlungen der Kommissionen begleitet. Das Parlament muss sich mit der Problematik der Verständigung zwischen den Sprachgebieten identifizieren.

Sie werden sehen, dass die meisten Vorschläge, die wir machen, nicht neu sind. Neu muss der Wille sein, sie endlich umzusetzen – darum dieser begleitende parlamentarische Ausschuss, den wir vorschlagen. Mit der Bitte, diesen Bericht in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und die Motion zu überweisen, komme ich zum Schluss.

Professor von Salis hat uns aufgerufen, auf das Wort «Röstigraben» ein für allemal zu verzichten. Dieses läppische Wort, das das Problem der mangelnden Verständigung auf törichte

Art verniedlicht, sei auf den Abfall polemischer Schlagwörter zu werfen, wo es hingehöre, schrieb Professor von Salis. Ihre Kommission hat dieser Bitte gerne entsprochen und dieses Wort im Bericht nicht gebraucht, in der Ueberzeugung, dass es tatsächlich läppisch ist.

Die Abstimmung vom 6. Dezember 1992 hat in Erinnerung gerufen – viele Mitbürgerinnen und Mitbürger scheinen seltsamerweise zum ersten Mal darauf gekommen zu sein –, dass die Schweiz eine multikulturelle Nation ist. Die politische Kultur, um diesen Begriff zu verwenden, die uns eigen ist und auf die wir reichlich stolz sind, heisst Toleranz – nicht nur gegenüber politischen Minderheiten, sondern auch gegenüber anderen Kulturgemeinschaften. Diese Toleranz aber wird beeinträchtigt, wenn die Identität und Lebenshaltung der anderen nicht respektiert bzw. lächerlich gemacht wird. Der Bericht soll auch ein Hinweis für die politischen Behörden sein, die den modernen Föderalismus, den Kern unseres Bundesstaates, überdenken müssen.

Der Bund soll nur dort Gesetze erlassen, also wohl dosiert, wo auf nationaler Ebene ein Regelungsbedarf besteht, denn im Gegensatz zum Bund sind die Kantone und Gemeinden von Natur aus kulturell viel homogener. Es muss daher vorwiegend Sache der Kantone und Gemeinden sein, alles was mit gesellschaftlichem, kulturellem und politischem Leben zu tun hat, selber zu regeln oder eben nicht zu regeln. Es ist immerhin eigenartig, dass wir im Ausland unseren Föderalismus als Mittel der Konfliktbewältigung anpreisen, wir selber aber von diesem Rezept manchmal zu wenig Gebrauch machen.

Zum Abschluss möchte ich unseren Kommissionskolleginnen und -kollegen für ihre wertvollen Beiträge und ihre stets positive Haltung während unserer Sitzungen danken. Der Dank gilt auch allen, die die Arbeit der Kommission unterstützt haben, insbesondere den Parlamentsdiensten, und dort speziell Frau Barben und Herrn Freléchoz.

Wir möchten unsererseits unsere Landsleute dazu ermuntern, sich näherzukommen, um die Chance wahrzunehmen, die das Zusammenleben verschiedener Kulturgemeinschaften bietet. Denn paradoxerweise liegt unsere einigende Kraft gerade in diesen Unterschieden, im Interesse füreinander und in der gegenseitigen Respektierung. Es zeugt von wenig Respekt und Interesse füreinander, wenn «ein Jahr danach», am 6. Dezember 1993, der «Sieg» über die EWR-Befürworter gefeiert wird wie eine gewonnene Schlacht. Wahrlich kein Beitrag zur besseren Verständigung!

Lassen wir die einigende Kraft wachsen, damit solche Manifestationen einmalige, bedauerliche Entgleisungen bleiben, auf dass an deren Stelle das Interesse füreinander wieder vermehrt zum Tragen kommt.

**M. Petitpierre:** Le 6 décembre 1992 est un aboutissement, plus qu'un événement en soi. Il importe qu'il devienne un point de départ et nos travaux, en particulier, montrent qu'il en est peut-être déjà ainsi. Son importance, en dépit de l'objet soumis au peuple et aux cantons il y a un an, relève plus de la politique intérieure que de la politique étrangère, aussi bien par ce qui l'y a conduit que par la réaction qu'il appelle de notre part pour l'avenir.

Mais j'aimerais d'abord voir comment nous en sommes arrivés là. La Suisse et les Suisses ont été souvent, dès l'origine et jusqu'il y a peu, entourés de puissances monarchiques ou autocratiques que leurs appétits lançaient les unes contre les autres dans les innombrables guerres qui ont fait le malheur des populations de l'Europe. Notre organisation du pouvoir populaire, peu personnalisé – sinon toujours démocratique, du moins dans le passé –, notre pratique des accords d'entraide mutuelle dont le pacte de 1291 est un des premiers exemples, notre volonté rarement démentie de limiter le recours à la force pour résoudre les conflits internes, notre renonciation au XVIe siècle déjà à toute entreprise de conquête militaire, le fait que nous n'ayons pas de colonies, notre neutralité qui a été ancrée dans une conviction morale par Nicolas de Flüe, notre ouverture à l'accueil des étrangers persécutés, la pluralité des langues, la pluralité des confessions, tout cela nous a, jusqu'à tout récemment, distingués des pays qui nous entouraient. L'exaltation par les auteurs romantiques de la Suisse idéalisée

nous a en plus convaincus nous-mêmes de la réalité de nos vertus. La façon dont les Suisses ont su, en 1848, en neuf mois, dépasser la crise du Sonderbund pour faire naître la Suisse moderne a éclairé toute la fin du XIXe siècle et les premières décennies du XXe.

Nous voyons aujourd'hui qu'après la Deuxième Guerre mondiale, le développement visionnaire engagé par les Robert Schuman, Konrad Adenauer et Alcide de Gasperi, et j'en ometts beaucoup, se réalise graduellement, même si ce n'est pas sans difficulté, que l'Europe de l'Ouest se construit dans la paix, que les anciennes colonies sont libres, que la démocratie s'est installée autour de nous, que chez nos quatre voisins personne ne songe à des conquêtes militaires. Sans avoir nous-mêmes profondément changé, nous découvrons soudain que nous n'en avons pas moins perdu une bonne partie de ce qui nous distinguait et que l'on ne nous considère plus avec l'étonnement et l'envie bienveillante auxquels nous avions pris goût. La perte de la justification et de l'affirmation de notre identité par la différence, et souvent même par l'opposition aux autres, nous oblige aujourd'hui, dans des délais très brefs, à retrouver chez nous et en nous les valeurs qui nous définissent et qui nous unissent. Or, nous en avons perdu l'habitude. Je pense que ce sentiment diffus d'inquiétude sans objet défini, de perplexité qui transparait si souvent, en Suisse alémanique encore un peu plus qu'en Suisse latine, est lié à ce que nous ne sommes plus les seuls bons élèves en Europe. Notre neutralité traditionnellement centrée sur la volonté de paix et le refus de tout impérialisme suscite désormais le soupçon de l'égoïsme et de l'hypocrisie. A cela s'ajoute que notre foi implicite dans le développement continu de la prospérité économique que nous a partiellement fait perdre au profit de la gestion des intérêts l'habitude de la réflexion sur les valeurs et le goût de la décision proprement politique. La destruction de l'environnement remet en question la légitimité de la croissance illimitée et nous impose de nouvelles responsabilités.

Les modifications profondes liées à la dislocation du bloc de l'Est nous ouvrent des avenues de liberté qui nous donnent le vertige après tant de décennies au cours desquelles l'essentiel de notre politique extérieure était inscrit dans les limites étroites d'une neutralité sourcilieuse et d'ailleurs entièrement justifiée à l'époque. Enfin, la récession économique désespère une bonne partie de notre population.

C'est dans ce contexte que, à propos du 700e anniversaire de la Confédération, on a vu deux sortes de réactions: la critique acide de ceux qui, au nom de leur amour pour la Suisse d'ailleurs, l'ont décrite comme un objet particulièrement odieux, de l'autre côté, la satisfaction mêlée de suffisance, et parfois d'arrogance, de ceux qui n'auront jamais assez invoqué le caractère particulier du cas suisse, du «Sonderfall Schweiz», pour se convaincre qu'ils échappent à la condition commune. Paradoxalement, ces deux attitudes ont un même fondement, une sorte de nombrilisme essentiel qui débouche sur l'amertume des uns et la suffisance des autres.

Notre identité est ainsi ébranlée parce que nous avons négligé de la cultiver, et de la cultiver aussi dans la perspective de la «culture». Nous avons négligé de la cultiver positivement, nous avons oublié d'exercer notre volonté d'approfondir nos raisons de vivre ensemble et surtout de continuer à vivre ensemble. Nous nous sentons mal dans notre peau et cela au plus mauvais moment: ce n'est pas un hasard, ce peut être une chance. Les remèdes me semblent dictés par le diagnostic.

Le rapport de M. Piller décrit parfaitement les conclusions de la commission. Je ne voudrais reprendre que trois éléments particuliers, tout en souscrivant pour le surplus à tout ce qu'il a dit.

Premier élément: le 6 décembre 1992 a fait apparaître que le peuple suisse a deux visions de son histoire qu'il faut réconcilier. La première, qui domine dans la majorité alémanique, s'attache surtout à la période des origines et fait comparativement peu de cas de la Confédération d'après 1815, et surtout d'après 1848. L'autre vision, qui domine en Suisse latine, sans rejeter dans l'oubli les origines, fait une part plus grande à la Confédération d'après 1815, et surtout d'après 1848, pour le motif parmi d'autres que les Romands, par la force des cho-

ses, y ont joué un rôle plus important qu'auparavant. Le mouvement des Latins vers la Suisse moderne au XIXe siècle s'est accompli sans arrière-pensées minoritaires et les facteurs linguistiques, en particulier, à l'époque, n'ont pas été un obstacle dans cette optique.

Il importe maintenant que les Suisses, tous les Suisses, prennent ou reprennent la conscience de la totalité de leur histoire dans sa richesse et dans sa variété. L'anniversaire de 1998 doit dès maintenant donner le prétexte d'entreprendre, dans la formation scolaire par exemple, dans la presse, dans les travaux des sociétés et mouvements qui constituent encore un réseau très dense en Suisse, une mise à jour de notre connaissance de l'histoire suisse, une mise à jour qui couvre aussi les 150 dernières années. Ce sera l'occasion de faire et de refaire connaissance avec une part essentielle de notre identité collective. M. Iten Andreas est déjà intervenu dans ce sens, vous vous en souvenez.

Deuxième élément: un pays, une nation, comme dit le préambule de la Constitution fédérale de 1848, qui n'a pas d'unité linguistique, qui n'a pas d'unité confessionnelle et dont les frontières ne sont pas dessinées par la nature, doit veiller à ce qu'un réseau suffisamment complexe de valeurs et d'intérêts assure à tour de rôle à chacun la position de majoritaire ou de minoritaire, de façon que les majorités et les minorités coïncident le moins souvent possible, aussi rarement que possible. La complexité est une richesse, elle est aussi une vertu. Les critères selon lesquels on est majoritaire ou minoritaire ont tendance, hélas, à s'appauvrir au fur et à mesure que se répand une médiatisation simplificatrice, pour ne pas dire vulgaire. La commercialisation de la communication est particulièrement dangereuse dans cette optique. Il nous faut combattre cet appauvrissement culturel qui ne peut, à terme, que renforcer les risques de rupture. La responsabilité est vraiment largement partagée. Tous les acteurs sociaux doivent l'assumer chacun à sa place.

Troisième élément, enfin: on s'amuse souvent des débats d'idées, pour leur refuser toute portée pratique. Notre situation est la démonstration, paradoxale, de leur utilité. Ils développent l'intérêt, la curiosité, la connaissance, le respect et souvent même la sympathie réciproques, le sens de ce que l'on est, le sens de ce que l'on veut, de la place que l'on veut occuper dans le monde.

Ces dernières décennies nous ont vu manquer les occasions avec une belle constance. 1991 n'est que la dernière après que les travaux de la préparation de la révision totale de la constitution ont été mis dans des armoires. Il est temps que ces armoires se rouvrent, qu'à un 1991 plutôt amer succède un 1998 qui, par la référence à 1848, nous redonne l'envie, nous redonne le courage d'affirmer et de démontrer que, pour parler comme Denis de Rougemont, «l'avenir est notre affaire».

**M. Cavadini Jean:** Le 7 décembre 1992, la Suisse s'était réveillée avec une sorte de migraine. Elle se découvrait divisée en deux parties, à peu près égales sur le plan arithmétique, mais traversées par une césure frappante. A l'est, on disait non, à l'ouest, il y avait du nouveau: pour une fois, on disait oui! Avait-on vraiment répondu à la même question? Assurément non. Ici on avait voté sur une image de la Suisse, là on s'était prononcé sur un traité. Mais cette discrédance même était déjà révélatrice.

Est-ce que cela révélait une faille, un fossé ou un gouffre? Il convenait d'abord de dédramatiser ce qui n'était surtout qu'une incompréhension. Il fallait distinguer l'anecdotique du fondamental et ne pas laisser la passion l'emporter sur la raison.

La Suisse est-elle menacée d'éclatement? Certes pas. Le pays nous paraît plus menacé par la faiblesse de ses aspirations que par l'antagonisme de ses composantes. On vit rapidement que cette incompréhension ne datait pas d'hier, mais qu'elle avait pu varier d'intensité. Qu'elle se soit révélée avec tant de netteté sur un thème d'importance européenne, voilà qui méritait un regard plus appuyé. S'agissait-il d'une coïncidence, d'un accident ou d'une habitude? Nous devions tenter de discerner les causes de ce qu'on appellera l'écart culturel et politique qui affecte les régions de notre pays.

Les politologues nous ont appris qu'une fois sur cinq les Romands votent différemment des Alémaniques, et que cette proportion peut être beaucoup plus forte lorsqu'il s'agit d'objets relatifs à la politique étrangère. Les historiens ont souligné que la Suisse représentait une sorte de miracle, donc qui pouvait défier parfois la raison. Les historiens rappellent les chances de ce pays qui se divisa sur le plan religieux ou dans le secteur social, mais qui, jusqu'ici, a toujours échappé à l'affrontement linguistique.

On doit évoquer aussi cette troisième partie, capitale pour notre équilibre, que sont le Tessin et les marches italo-phones, ce Tessin qui a choisi au siècle dernier de devenir suisse parce qu'il voulait rester tessinois, et que l'Italie ne lui garantissait pas la permanence de son caractère et de ses spécificités.

On mentionnera enfin les Romanches parcellisés qui souhaitent la survie de leur langue. Inutile de leur reprocher leur fragmentation, une langue ne se construit pas, elle vit, elle évolue, parfois elle meurt.

Le 6 décembre 1992 n'a pas plus brisé la Suisse qu'il n'a créé un divorce dommageable, mais cette décision a aussi été le révélateur d'une situation aux composantes parfois inquiétantes. On a bien sûr remarqué que la langue, ou plutôt les langues pouvaient nous diviser plus que nous rapprocher. On ne saurait nier que le recours de plus en plus fréquent des alémanophones au schwyzertütsch contribue peut-être au renforcement de leur identité, mais qu'il représente tout aussi bien une barrière renforcée entre les communautés linguistiques. On a souvent montré que ce ou ces dialectes n'étaient pas des patois, mais une véritable langue avec ses structures et son histoire. La question n'est donc pas d'interdire un dialecte, proposition à la fois aberrante et désespérée, mais bien d'en régler l'usage. Il est inutile de demander aux Romands de se consacrer à l'apprentissage systématique du dialecte. Ils accepteront de se consacrer scolairement à l'allemand qui leur permet certes un contact avec leurs compatriotes allophones, mais qui leur ouvre aussi un chemin vers des pays et une civilisation d'importance européenne.

La langue n'est pas ici le motif de notre incompréhension; elle en est le prétexte, et, nous l'avons dit, le révélateur. Ce thème est d'une importance capitale. Notre compréhension nationale passe d'abord par la capacité qui sera la nôtre de nous entendre sur le plan linguistique. Or, les références institutionnelles sont éloquentes. On parle de plus en plus le dialecte, par exemple dans les Grands Conseils de nos cantons suisses. Deux seuls cantons recourent aujourd'hui encore entièrement à l'allemand: Saint-Gall et les Grisons, pour des raisons compréhensibles. La radio et la télévision font un usage du dialecte toujours accru, parfois pour des raisons commerciales et publicitaires.

La situation a bien été analysée, qui a montré la partie majoritaire du pays, économiquement fortement dominante, se conforter encore plus dans une entité linguistique particulière. Alors que faire? Les remèdes sont nombreux parce qu'homéopathiques. On ne saurait recommander ici la chirurgie thoracique ou la bombe au cobalt. Il faut, avec lucidité, avec humilité, recoudre une partie du tissu déchiré, et sans arrogance, sans mépris. La Suisse a encore envie de vivre en harmonie avec elle-même.

Nous n'étonnerons personne en indiquant que les pistes retenues relèvent souvent de la pédagogie, de l'enseignement, de l'accès aux médias et d'une forme de convivialité politique. Les lieux existent où ces sentiments peuvent s'exprimer. Les échanges entre communautés doivent être stimulés, encouragés. Les dates anniversaires ne sont que des bornes sur notre chemin, mais ces commémorations peuvent être utiles à notre cohésion nationale, si elles sont intelligemment conçues et exprimées. On pense bien sûr, tout naturellement, au prochain anniversaire de 1998.

La reconnaissance politique des minorités linguistiques et culturelles passe d'abord par leur connaissance. On doit y être sensible, beaucoup plus même, attentif. Les médias doivent utiliser les langues nationales dans leur expression littéraire pour ce qui a trait à l'ensemble du pays. Plusieurs recommandations ont été formulées sur ce point dans notre rapport.

On a enfin souligné le rôle de l'école, lieu de toutes les espé-

rances. Le souhait a été formulé de conduire des expériences pilotes d'enseignement bilingue, de stimuler l'interdisciplinarité, de moderniser l'enseignement de l'histoire, d'intensifier les échanges scolaires à tous les niveaux, de saisir l'occasion des écoles de recrues pour favoriser des échanges linguistiques. Que le monde économique, enfin, soit aussi sensible à la vitale importance d'une représentation des milieux minoritaires.

Nous n'entrerons pas dans le détail des nombreuses propositions retenues. Disons simplement que cette liste n'est pas exhaustive, qu'aucune liste d'ailleurs à elle seule ne serait suffisante, mais que toutes les propositions doivent contribuer à une meilleure sensibilisation du peuple, à cette approche capitale de notre identité.

Nous vous encourageons à voter la motion de votre commission qui assure un suivi aux propositions faites. La difficulté bien sûr est immense; nous la percevons, mais nous pouvons faire mieux et les anciens nous le disaient: «Là où il y a une volonté, il y a un chemin». Nous croyons pouvoir le suivre.

On. **Salvioni:** Il problema che mi sono posto, iniziando questo intervento, era quello di sapere se dovessi parlare in lingua italiana oppure in francese oppure in tedesco. E' un problema che mi sono spesso posto da quando siedo al Parlamento federale e credo se lo pongano tutti i rappresentanti del Cantone Ticino, perché l'alternativa è questa: se si parla in italiano, si rappresenta anche la propria cultura, la propria lingua e non si tradiscono in fondo le caratteristiche del proprio Paese, ma si corre il rischio di non essere capiti. Quindi si deve fare una valutazione tra questi due obiettivi, tra quello di rappresentare al meglio la propria cultura e quello, dall'altro, di essere capiti e di poter far passare quanto meno il messaggio che si vuole far passare.

Un altro problema che all'inizio ho dovuto superare è quello derivante dal fatto che il Cantone Ticino il 6 dicembre 1992 ha votato come la Svizzera tedesca e non come la Svizzera francese, per cui si sarebbe potuto pensare che nel Cantone Ticino non esistono problemi di comprensione con la parte Svizzera tedesca, mentre eventualmente si potrebbe o si sarebbe potuto pensare che esistessero dei problemi con la Svizzera francese.

Dirò in seguito i motivi per i quali il Cantone Ticino – a mio giudizio – ha votato come la Svizzera tedesca, che sono motivi molto particolari, locali, e non sono i motivi generali che invece – a mio giudizio – hanno diviso, hanno spaccato in due la Svizzera tedesca e la Svizzera francese.

Après ces deux prémisses, je continue en français, car il m'est apparu plus important de me faire comprendre que de défendre un principe – par ailleurs souvent oublié malheureusement –, en attendant le multilinguisme prôné par les professeurs de littérature avec plus d'enthousiasme que de réalisme.

Le rapport de la commission constate avant tout qu'il y a réellement une distance entre ces deux côtés de la Sarine et que cette distance a tendance à augmenter. On indique une série de causes et de remèdes possibles: culture, enseignement, économie, mass media, langues, dialectes. Sans doute, chacun de ces éléments joue un rôle plus ou moins important dans cette «séparation». Mais la situation est au fond déterminée par le cours de l'histoire. Je me permets d'exposer quelques considérations qui essaient de préciser ma pensée.

L'histoire de la Suisse, comme toutes les histoires, a une connotation nationaliste et a donc une importance différente pour les citoyens des différentes régions qui sont entrées dans la Suisse à des époques différentes. Jusqu'à la fin du XVIIIe siècle, l'histoire de la Suisse est une histoire de quelques cantons suisses alémaniques. Pour les autres cantons romands et pour le Tessin, c'est une histoire de colonisation et de vassalité. Je ne connais pas en détail comment se sont conduits les baillis suisses dans les régions romandes. Au Tessin, je dois m'appuyer sur le témoignage de Karl Viktor von Bonstetten, envoyé en mission officielle comme ambassadeur de la république de Berne dans l'inspection annuelle des bailliages tessinois. Il écrivait en 1797 à son ami Peter Ochs, ce Bâlois qui luttait pour un renouveau de la vieille Confédération, je cite textuellement un pas-

sage de sa lettre: «Je m'occupe de ces quatre bailliages, j'en sens les plaies et je ne connais sur la terre aucun gouvernement – il parlait du gouvernement des baillis, qui gouvernaient ces bailliages – plus parfaitement mauvais, plus profondément corrompu que celui des Suisses. L'histoire d'aucune tyrannie ne peut atteindre à la réalité de ce qui se passe dans cette partie honteuse de la Suisse.» C'était en 1797. L'opinion de Karl Viktor von Bonstetten, détaillée par des exemples dans des lettres et dans des rapports est, par ailleurs, confirmée dans les «Beiträge» de Hans Rudolf Schinz, dans les «Voyages» de Saussure et dans d'autres témoignages.

Les 13 cantons de la vieille Confédération, qui s'étaient unis dans le serment de ne pas accepter de juges étrangers, avaient imposé leurs juges, qui plus est corrompus, dans les bailliages tessinois, et refusaient de prendre acte de cette situation. Même le Bâlois Peter Ochs, malgré les bons offices interposés auprès du gouvernement des cantons, ne put faire quelque chose. Karl Viktor von Bonstetten ira en exil au Danemark d'où il publiera ses lettres, comme il l'avait fait savoir dans son ultime correspondance à Peter Ochs.

Si la Suisse est une «Willensnation» de quatre cultures et langues, il faut bien admettre qu'elle est née, disons entre la fin du XVIIIe siècle et 1848. Cette dernière date correspond à la naissance formelle de la Confédération. Mais dès la fin du XVIIIe siècle, la Suisse était un bouillon de cultures et d'expériences qui remettaient en discussion toute l'architecture politique de la vieille Confédération. Le détonateur avait été sans doute la Révolution française, mais les esprits plus ouverts avaient été séduits et alimentés par l'illumination.

La Suisse, que j'appellerai «ancien régime», était née sur une nécessité d'indépendance et, par conséquent, de liberté pour les membres du cercle privilégié. Il s'agissait des cantons primitifs et, par la suite, des cantons limitrophes de langue allemande. Je pense que l'on peut affirmer que, par les temps qui couraient, il s'était agi de solutions dictées par un sain égoïsme, donc, d'une démocratie fermée qui, selon Jean-François Aubert, n'était même pas très démocratique. La Suisse d'après 1848 est une Suisse dans laquelle entre toute une série d'autres valeurs: celle de l'illumination et de la Révolution française: égalité donc droits individuels, droits des citoyens; fraternité donc solidarité, amour du prochain.

En effet, la deuxième moitié du XIXe siècle verra une Suisse ouverte vers l'extérieur, sensible aux droits individuels, moins nationaliste dans son action politique. C'est cette Suisse qui s'est fait une image de qualité à l'extérieur, car elle a su, quand les autres nations européennes n'avaient pas réussi leur révolution, donner un coup de barre dans sa construction institutionnelle et changer profondément les intérêts nationaux, plus orientés qu'avant vers des tâches altruistes internationales. C'est la Suisse qui a eu un succès économique et social remarquable. Si on en vient maintenant à notre problème, je pense que l'histoire a, d'une certaine façon, préparé ce qui est en train d'arriver.

En Suisse alémanique, il y a donc une tradition qui fait prédominer le sentiment de l'indépendance couplé avec celui de la liberté conçue dans sa dimension égoïste.

En Suisse romande, prédominant par contre encore les apports du libéralisme ouvert, ceux de l'illumination, donc une démocratie ouverte. Il ne faut pas négliger l'importance de l'intervention de certains «leaders» ou «Führer» politiques, surtout si doués de charisme ou plus exactement de qualités «histrioniques». Leur rencontre avec un sentiment d'insécurité diffus dans le peuple fait renaître des cendres comme un Phénix la vieille réaction du désir d'indépendance, dans le sens de se renfermer sur soi-même. Mais ce rêve utopique de rétablir des situations d'il y a 100 ou même 50 ans n'est pas réalisable dans le monde actuel, profondément changé par l'évolution de la science et de la technique et par l'internationalisation des marchés et des communications. C'est un peu comme si, comme au moyen âge, on voulait soigner les cancers par les images des saints.

J'en viens maintenant au canton du Tessin qui a été largement déterminé par la situation dans laquelle se trouve l'Italie actuellement. La corruption diffuse et la tendance à contourner les lois qui a caractérisé l'activité de l'économie italienne, a en gé-

ses, y ont joué un rôle plus important qu'auparavant. Le mouvement des Latins vers la Suisse moderne au XIX<sup>e</sup> siècle s'est accompli sans arrière-pensées minoritaires et les facteurs linguistiques, en particulier, à l'époque, n'ont pas été un obstacle dans cette optique.

Il importe maintenant que les Suisses, tous les Suisses, prennent ou reprennent la conscience de la totalité de leur histoire dans sa richesse et dans sa variété. L'anniversaire de 1998 doit dès maintenant donner le prétexte d'entreprendre, dans la formation scolaire par exemple, dans la presse, dans les travaux des sociétés et mouvements qui constituent encore un réseau très dense en Suisse, une mise à jour de notre connaissance de l'histoire suisse, une mise à jour qui couvre aussi les 150 dernières années. Ce sera l'occasion de faire et de refaire connaissance avec une part essentielle de notre identité collective. M. Iten Andreas est déjà intervenu dans ce sens, vous vous en souvenez.

Deuxième élément: un pays, une nation, comme dit le préambule de la Constitution fédérale de 1848, qui n'a pas d'unité linguistique, qui n'a pas d'unité confessionnelle et dont les frontières ne sont pas dessinées par la nature, doit veiller à ce qu'un réseau suffisamment complexe de valeurs et d'intérêts assure à tour de rôle à chacun la position de majoritaire ou de minoritaire, de façon que les majorités et les minorités coïncident le moins souvent possible, aussi rarement que possible. La complexité est une richesse, elle est aussi une vertu. Les critères selon lesquels on est majoritaire ou minoritaire ont tendance, hélas, à s'appauvrir au fur et à mesure que se répand une médiatisation simplificatrice, pour ne pas dire vulgaire. La commercialisation de la communication est particulièrement dangereuse dans cette optique. Il nous faut combattre cet appauvrissement culturel qui ne peut, à terme, que renforcer les risques de rupture. La responsabilité est vraiment largement partagée. Tous les acteurs sociaux doivent l'assumer chacun à sa place.

Troisième élément, enfin: on s'amuse souvent des débats d'idées, pour leur refuser toute portée pratique. Notre situation est la démonstration, paradoxale, de leur utilité. Ils développent l'intérêt, la curiosité, la connaissance, le respect et souvent même la sympathie réciproques, le sens de ce que l'on est, le sens de ce que l'on veut, de la place que l'on veut occuper dans le monde.

Ces dernières décennies nous ont vu manquer les occasions avec une belle constance. 1991 n'est que la dernière après que les travaux de la préparation de la révision totale de la constitution ont été mis dans des armoires. Il est temps que ces armoires se rouvrent, qu'à un 1991 plutôt amer succède un 1998 qui, par la référence à 1848, nous redonne l'envie, nous redonne le courage d'affirmer et de démontrer que, pour parler comme Denis de Rougemont, «l'avenir est notre affaire».

**M. Cavadini** Jean: Le 7 décembre 1992, la Suisse s'était réveillée avec une sorte de migraine. Elle se découvrait divisée en deux parties, à peu près égales sur le plan arithmétique, mais traversées par une césure frappante. A l'est, on disait non, à l'ouest, il y avait du nouveau: pour une fois, on disait oui! Avait-on vraiment répondu à la même question? Assurément non. Ici on avait voté sur une image de la Suisse, là on s'était prononcé sur un traité. Mais cette discréditation même était déjà révélatrice.

Est-ce que cela révélait une faille, un fossé ou un gouffre? Il convenait d'abord de dédramatiser ce qui n'était surtout qu'une incompréhension. Il fallait distinguer l'anecdotique du fondamental et ne pas laisser la passion l'emporter sur la raison.

La Suisse est-elle menacée d'éclatement? Certes pas. Le pays nous paraît plus menacé par la faiblesse de ses aspirations que par l'antagonisme de ses composantes. On vit rapidement que cette incompréhension ne datait pas d'hier, mais qu'elle avait pu varier d'intensité. Qu'elle se soit réveillée avec tant de netteté sur un thème d'importance européenne, voilà qui méritait un regard plus appuyé. S'agissait-il d'une coïncidence, d'un accident ou d'une habitude? Nous devons tenter de discerner les causes de ce qu'on appellera l'écart culturel et politique qui affecte les régions de notre pays.

Les politologues nous ont appris qu'une fois sur cinq les Romands votent différemment des Alémaniques, et que cette proportion peut être beaucoup plus forte lorsqu'il s'agit d'objets relatifs à la politique étrangère. Les historiens ont souligné que la Suisse représentait une sorte de miracle, donc qui pouvait défier parfois la raison. Les historiens rappellent les chances de ce pays qui se divisa sur le plan religieux ou dans le secteur social, mais qui, jusqu'ici, a toujours échappé à l'affrontement linguistique.

On doit évoquer aussi cette troisième partie, capitale pour notre équilibre, que sont le Tessin et les marches italophones, ce Tessin qui a choisi au siècle dernier de devenir suisse parce qu'il voulait rester tessinois, et que l'Italie ne lui garantissait pas la permanence de son caractère et de ses spécificités.

On mentionnera enfin les Romanches parcellisés qui souhaitent la survie de leur langue. Inutile de leur reprocher leur fragmentation, une langue ne se construit pas, elle vit, elle évolue, parfois elle meurt.

Le 6 décembre 1992 n'a pas plus brisé la Suisse qu'il n'a créé un divorce dommageable, mais cette décision a aussi été le révélateur d'une situation aux composantes parfois inquiétantes. On a bien sûr remarqué que la langue, ou plutôt les langues pouvaient nous diviser plus que nous rapprocher. On ne saurait nier que le recours de plus en plus fréquent des alémanophones au schwyzerdütsch contribue peut-être au renforcement de leur identité, mais qu'il représente tout aussi bien une barrière renforcée entre les communautés linguistiques. On a souvent montré que ce ou ces dialectes n'étaient pas des patois, mais une véritable langue avec ses structures et son histoire. La question n'est donc pas d'interdire un dialecte, proposition à la fois aberrante et désespérée, mais bien d'en régler l'usage. Il est inutile de demander aux Romands de se consacrer à l'apprentissage systématique du dialecte. Ils accepteront de se consacrer scolairement à l'allemand qui leur permet certes un contact avec leurs compatriotes allophones, mais qui leur ouvre aussi un chemin vers des pays et une civilisation d'importance européenne.

La langue n'est pas ici le motif de notre incompréhension; elle en est le prétexte, et, nous l'avons dit, le révélateur. Ce thème est d'une importance capitale. Notre compréhension nationale passe d'abord par la capacité qui sera la nôtre de nous entendre sur le plan linguistique. Or, les références institutionnelles sont éloquentes. On parle de plus en plus le dialecte, par exemple dans les Grands Conseils de nos cantons suisses. Deux seuls cantons recourent aujourd'hui encore entièrement à l'allemand: Saint-Gall et les Grisons, pour des raisons compréhensibles. La radio et la télévision font un usage du dialecte toujours accru, parfois pour des raisons commerciales et publicitaires.

La situation a bien été analysée, qui a montré la partie majoritaire du pays, économiquement fortement dominante, se conforter encore plus dans une entité linguistique particulière. Alors que faire? Les remèdes sont nombreux parce qu'homéopathiques. On ne saurait recommander ici la chirurgie thoracique ou la bombe au cobalt. Il faut, avec lucidité, avec humilité, recoudre une partie du tissu déchiré, et sans arrogance, sans mépris. La Suisse a encore envie de vivre en harmonie avec elle-même.

Nous n'étonnerons personne en indiquant que les pistes retenues relèvent souvent de la pédagogie, de l'enseignement, de l'accès aux médias et d'une forme de convivialité politique. Les lieux existent où ces sentiments peuvent s'exprimer. Les échanges entre communautés doivent être stimulés, encouragés. Les dates anniversaires ne sont que des bornes sur notre chemin, mais ces commémorations peuvent être utiles à notre cohésion nationale, si elles sont intelligemment conçues et exprimées. On pense bien sûr, tout naturellement, au prochain anniversaire de 1998.

La reconnaissance politique des minorités linguistiques et culturelles passe d'abord par leur connaissance. On doit y être sensible, beaucoup plus même, attentif. Les médias doivent utiliser les langues nationales dans leur expression littéraire pour ce qui a trait à l'ensemble du pays. Plusieurs recommandations ont été formulées sur ce point dans notre rapport.

On a enfin souligné le rôle de l'école, lieu de toutes les espé-

rances. Le souhait a été formulé de conduire des expériences pilotes d'enseignement bilingue, de stimuler l'interdisciplinarité, de moderniser l'enseignement de l'histoire, d'intensifier les échanges scolaires à tous les niveaux, de saisir l'occasion des écoles de recrues pour favoriser des échanges linguistiques. Que le monde économique, enfin, soit aussi sensible à la vitale importance d'une représentation des milieux minoritaires.

Nous n'entrerons pas dans le détail des nombreuses propositions retenues. Disons simplement que cette liste n'est pas exhaustive, qu'aucune liste d'ailleurs à elle seule ne serait suffisante, mais que toutes les propositions doivent contribuer à une meilleure sensibilisation du peuple, à cette approche capitale de notre identité.

Nous vous encourageons à voter la motion de votre commission qui assure un suivi aux propositions faites. La difficulté bien sûr est immense; nous la percevons, mais nous pouvons faire mieux et les anciens nous le disaient: «Là où il y a une volonté, il y a un chemin». Nous croyons pouvoir le suivre.

On. **Salvioni:** Il problema che mi sono posto, iniziando questo intervento, era quello di sapere se dovessi parlare in lingua italiana oppure in francese oppure in tedesco. E' un problema che mi sono spesso posto da quando siedo al Parlamento federale e credo se lo pongano tutti i rappresentanti del Cantone Ticino, perché l'alternativa è questa: se si parla in italiano, si rappresenta anche la propria cultura, la propria lingua e non si tradiscono in fondo le caratteristiche del proprio Paese, ma si corre il rischio di non essere capiti. Quindi si deve fare una valutazione tra questi due obiettivi, tra quello di rappresentare al meglio la propria cultura e quello, dall'altro, di essere capiti e di poter far passare quanto meno il messaggio che si vuole far passare.

Un altro problema che all'inizio ho dovuto superare è quello derivante dal fatto che il Cantone Ticino il 6 dicembre 1992 ha votato come la Svizzera tedesca e non come la Svizzera francese, per cui si sarebbe potuto pensare che nel Cantone Ticino non esistono problemi di comprensione con la parte Svizzera tedesca, mentre eventualmente si potrebbe o si sarebbe potuto pensare che esistessero dei problemi con la Svizzera francese.

Dirò in seguito i motivi per i quali il Cantone Ticino – a mio giudizio – ha votato come la Svizzera tedesca, che sono motivi molto particolari, locali, e non sono i motivi generali che invece – a mio giudizio – hanno diviso, hanno spaccato in due la Svizzera tedesca e la Svizzera francese.

Après ces deux prémisses, je continue en français, car il m'est apparu plus important de me faire comprendre que de défendre un principe – par ailleurs souvent oublié malheureusement –, en attendant le multilinguisme prôné par les professeurs de littérature avec plus d'enthousiasme que de réalisme.

Le rapport de la commission constate avant tout qu'il y a réellement une distance entre ces deux côtés de la Sarine et que cette distance a tendance à augmenter. On indique une série de causes et de remèdes possibles: culture, enseignement, économie, mass media, langues, dialectes. Sans doute, chacun de ces éléments joue un rôle plus ou moins important dans cette «séparation». Mais la situation est au fond déterminée par le cours de l'histoire. Je me permets d'exposer quelques considérations qui essaient de préciser ma pensée.

L'histoire de la Suisse, comme toutes les histoires, a une connotation nationaliste et a donc une importance différente pour les citoyens des différentes régions qui sont entrées dans la Suisse à des époques différentes. Jusqu'à la fin du XVIIIe siècle, l'histoire de la Suisse est une histoire de quelques cantons suisses alémaniques. Pour les autres cantons romands et pour le Tessin, c'est une histoire de colonisation et de vassalité. Je ne connais pas en détail comment se sont conduits les baillis suisses dans les régions romandes. Au Tessin, je dois m'appuyer sur le témoignage de Karl Viktor von Bonstetten, envoyé en mission officielle comme ambassadeur de la république de Berne dans l'inspection annuelle des bailliages tessinois. Il écrivait en 1797 à son ami Peter Ochs, ce Bâlois qui luttait pour un renouveau de la vieille Confédération, je cite textuellement un pas-

sage de sa lettre: «Je m'occupe de ces quatre bailliages, j'en sens les plaies et je ne connais sur la terre aucun gouvernement – il parlait du gouvernement des baillis, qui gouvernaient ces bailliages – plus parfaitement mauvais, plus profondément corrompu que celui des Suisses. L'histoire d'aucune tyrannie ne peut atteindre à la réalité de ce qui se passe dans cette partie honteuse de la Suisse.» C'était en 1797. L'opinion de Karl Viktor von Bonstetten, détaillée par des exemples dans des lettres et dans des rapports est, par ailleurs, confirmée dans les «Beiträge» de Hans Rudolf Schinz, dans les «Voyages» de Saussure et dans d'autres témoignages.

Les 13 cantons de la vieille Confédération, qui s'étaient unis dans le serment de ne pas accepter de juges étrangers, avaient imposé leurs juges, qui plus est corrompus, dans les bailliages tessinois, et refusaient de prendre acte de cette situation. Même le Bâlois Peter Ochs, malgré les bons offices interposés auprès du gouvernement des cantons, ne put faire quelque chose. Karl Viktor von Bonstetten ira en exil au Danemark d'où il publiera ses lettres, comme il l'avait fait savoir dans son ultime correspondance à Peter Ochs.

Si la Suisse est une «Willensnation» de quatre cultures et langues, il faut bien admettre qu'elle est née, disons entre la fin du XVIIIe siècle et 1848. Cette dernière date correspond à la naissance formelle de la Confédération. Mais dès la fin du XVIIIe siècle, la Suisse était un bouillon de cultures et d'expériences qui remettaient en discussion toute l'architecture politique de la vieille Confédération. Le détonateur avait été sans doute la Révolution française, mais les esprits plus ouverts avaient été séduits et alimentés par l'illuminisme.

La Suisse, que j'appellerai «ancien régime», était née sur une nécessité d'indépendance et, par conséquent, de liberté pour les membres du cercle privilégié. Il s'agissait des cantons primitifs et, par la suite, des cantons limitrophes de langue allemande. Je pense que l'on peut affirmer que, par les temps qui couraient, il s'était agi de solutions dictées par un sain égoïsme, donc, d'une démocratie fermée qui, selon Jean-François Aubert, n'était même pas très démocratique. La Suisse d'après 1848 est une Suisse dans laquelle entre toute une série d'autres valeurs: celle de l'illuminisme et de la Révolution française: égalité donc droits individuels, droits des citoyens; fraternité donc solidarité, amour du prochain.

En effet, la deuxième moitié du XIXe siècle verra une Suisse ouverte vers l'extérieur, sensible aux droits individuels, moins nationaliste dans son action politique. C'est cette Suisse qui s'est fait une image de qualité à l'extérieur, car elle a su, quand les autres nations européennes n'avaient pas réussi leur révolution, donner un coup de barre dans sa construction institutionnelle et changer profondément les intérêts nationaux, plus orientés qu'avant vers des tâches altruistes internationales. C'est la Suisse qui a eu un succès économique et social remarquable. Si on en vient maintenant à notre problème, je pense que l'histoire a, d'une certaine façon, préparé ce qui est en train d'arriver.

En Suisse alémanique, il y a donc une tradition qui fait prédominer le sentiment de l'indépendance couplé avec celui de la liberté conçue dans sa dimension égoïste.

En Suisse romande, prédominant par contre encore les apports du libéralisme ouvert, ceux de l'illuminisme, donc une démocratie ouverte. Il ne faut pas négliger l'importance de l'intervention de certains «leaders» ou «Führer» politiques, surtout si doués de charisme ou plus exactement de qualités «histrioniques». Leur rencontre avec un sentiment d'insécurité diffus dans le peuple fait renaître des cendres comme un Phénix la vieille réaction du désir d'indépendance, dans le sens de se renfermer sur soi-même. Mais ce rêve utopique de rétablir des situations d'il y a 100 ou même 50 ans n'est pas réalisable dans le monde actuel, profondément changé par l'évolution de la science et de la technique et par l'internationalisation des marchés et des communications. C'est un peu comme si, comme au moyen âge, on voulait soigner les cancers par les images des saints.

J'en viens maintenant au canton du Tessin qui a été largement déterminé par la situation dans laquelle se trouve l'Italie actuellement. La corruption diffuse et la tendance à contourner les lois qui a caractérisé l'activité de l'économie italienne, a en gé-

néral effrayé surtout les petites et moyennes entreprises qui craignaient de se voir confrontées à une concurrence sale, malpropre, qui aurait porté dans le canton ces méthodes, causant une dégradation de l'économie et de la vie publique. Donc, une explication qui ne met pas en jeu la compréhension fédérale.

Ce n'est pas un cas isolé. Il faut se rappeler que déjà lors de la votation de la Constitution fédérale de 1848, le vote du Tessin a été annulé, car le canton du Tessin avait posé des conditions, surtout pour ce qui concernait les droits de douane, le vote conditionné ayant été considéré comme non valable et annulé. Donc, c'est une attitude qui revient dans l'histoire.

La langue qu'on a mentionnée ici est certainement une difficulté sur la voie de la compréhension. En définitive, c'est par la langue que l'on peut exprimer ses pensées, mais c'est surtout par l'idiome que l'on pénètre dans d'autres mondes. Les dialectes ne seraient pas un obstacle. Au Tessin, on parle couramment, selon les circonstances, le dialecte ou l'italien. Le dialecte tessinois, qui fait partie du plus vaste dialecte lombard, connaît des oeuvres littéraires de première grandeur. Il suffit de citer Carlo Porta et Delio Tessa, pour nommer deux personnes qui ont écrit des poésies que l'on peut considérer comme parmi les plus belles de la littérature italienne en général. Je ne partage donc pas l'opinion du professeur cité par M. Flavio Zanetti dans le rapport: le dialecte lombard est aussi une langue parlée en Lombardie partout, indifféremment de l'origine ou de la profession. En cela, il n'y a aucune différence avec le dialecte suisse allemand. Mais les Suisses alémaniques, et c'est ça la caractéristique différente, vivent le rapport entre le schwyzerdütsch et le bon allemand d'une façon conflictuelle, ce qui rend très difficile pour eux d'accepter le bon allemand comme langue alternative. Ce conflit, selon von Salis, est dû à la diffuse antipathie, parmi les Suisses alémaniques, à l'égard de l'Allemagne, qui remonte probablement au nazisme et même plus loin. Mais cela complique les choses pour les autres parties de la Suisse, et cela il faut bien l'admettre.

Sur les mesures et les recommandations concrètes, je partage toutes les propositions contenues dans le rapport, mais il me paraît nécessaire de faire précéder toutes ces propositions par un conseil qui découle de l'analyse précédente. La tendance à l'isolement du reste du monde, à se renfermer sur notre histoire, sur nos légendes et sur nos problèmes représente une involution dangereuse. On doit constater une régression vers des formes visibles ou latentes d'égoïsme, du refus à l'ouverture, à suivre les «Rattenfänger» qui adressent des mélodies aux sentiments moins nobles. C'est le processus que les psychiatres connaissent comme la régression vers l'enfance, attitude de ceux qui par peur ou faiblesse ne veulent plus se confronter avec une réalité dont ils ont peur.

Il y a encore une large part de la population, heureusement, qui maintient la tradition d'une Suisse généreuse, mais la tendance qui émerge de la votation du 6 décembre 1992, et surtout des arguments adoptés dans les polémiques et dans les débats, peut réellement préoccuper. Quand on incite à l'égoïsme, cela se répand sur toute la ligne de conduite, et pas seulement sur le thème que l'on traite. Je pense, et c'est là le conseil, qu'il faut faire un grand effort à travers les médias pour récupérer les valeurs qui ont fait de la Suisse ce qu'à l'étranger on imagine qu'elle est. Il est nécessaire et urgent que l'on puisse déclencher une attitude positive vers le prochain en général, vers les choses – je pense à la nature, à sa protection, je pense à la culture, à l'humanité. Chacun vit replié sur soi-même, on n'a plus de vision, on n'a plus d'idéaux, on refuse même les grands défis technologiques! Les hommes de culture, comme les hommes politiques et les entrepreneurs, doivent se rendre compte que ce problème est fondamental pour le futur de notre pays. Aucun pays ne peut survivre si ses idéaux et ses objectifs sont confinés dans l'enceinte d'un supermarché.

Frau Meier Josi: Wir sind uns gewohnt, dass in Abstimmungen nicht alle Kantone gleiche Tendenzen aufzeigen, und wir wissen, dass die französische Schweiz mehr vom Durchschnitt abweicht als die anderen Gegenden; so gesehen brachte der 6. Dezember 1992 keine Neuentdeckung.

Das Auseinanderklaffen der Sprachregionen hat wegen des extremen Ausmasses schockiert, aber vor allem deshalb, weil es die wichtige Frage unseres Selbstverständnisses im Verhältnis zum Ausland betraf. Die Romands, die im Innern als Ganzes stets Minderheit sind, hatten kein Problem, diese Stellung einer Minderheit nicht im Verhältnis zur ganzen Schweiz, sondern zu ganz Europa einzunehmen. Für sie bedeutete das keine Gefahr, sie haben längst begriffen, dass es politisch richtig sein kann, sich trotz abweichenden sprachlich-ethnischen Grundlagen in ein grösseres Ganzes einzuordnen. Deshalb sind sie Schweizer.

Demokratische, republikanische Vorstellungen konnten das schweizerische Ganze in der Vergangenheit friedlich vor der Macht anderer bewahren, und demokratische Ordnungen in Europa könnten uns in Zukunft den Frieden auch in Europa sichern.

Unsere Einheit hängt von der Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg ab. Diese Verständigung kann man am besten nicht nur durch blosses Sprachstudium, sondern durch Einüben erreichen. Mir haben einige Jahre im französischen Landesteil den Reichtum einer zweiten Kultur in unserem Land aufgezeigt. Sie haben mir bewusst gemacht, dass es in der Tat Kantone gibt, deren Geschichte weder mit Tell noch mit dem Rütli anfängt. Ich konnte feststellen, dass diese Geschichte ebenso reich und ebenso stolz ist wie die der Zentralschweiz mit «Tell-» und mit «Rütli-Anfang».

Der 6. Dezember 1992 hat meines Erachtens etwas Positives gebracht. Ich verstehe den «Schlachtruf» nach Unabhängigkeit so, dass gefühlsmässig jenen eine Absage erteilt werden wollte, die sagten: 700 Jahre sind genug. Es ist aber nicht zu verkennen, dass je nach Landesgegend eine andere Abstimmungsfrage beantwortet wurde – Herr Petitpierre hat es sehr klar dargestellt –: Die einen haben über einen ausgeweiteten Freihandelsvertrag abgestimmt. Bei uns in der Zentralschweiz wurde über ein Geschichtsbild abgestimmt – ein verzerrtes, sehr verklärtes Geschichtsbild notabene –, das dringend wieder der Annäherung an die wirkliche Geschichte bedarf; das hat Herr Salvioni auch aufgezeigt. Wenn es uns gelingt, diesen Prozess durchzustehen, dann werden wir vermehrt auch wieder zusammen gehen und zusammen entscheiden können.

Ich habe nur noch zwei Gedanken beizufügen: Ich begrüsse es, wenn die 150-Jahr-Feier des Bundesstaates in den Dienst der Verständigung gestellt wird, und werde im Zusammenhang mit der Motion «Totalrevision der Bundesverfassung» (93.3218), die übermorgen zur Debatte steht, auf diese Gedanken zurückkommen.

Ein Letztes: Die Verschiedenheit, die bei der Abstimmung letztes Jahr zutage getreten ist, darf uns an sich nicht erschrecken. Im Gegenteil: Diese Verschiedenheit macht ja gerade das Wesen der Schweiz aus. Das verpflichtet vor allem uns von der Mehrheit, der Minderheit immer genügend Raum zu geben und Gehör zu schenken. Minderheitenschutz muss das schweizerische Qualitätsmerkmal bleiben.

**Rhinow:** Ich möchte mich ebenfalls für den ausgezeichneten Bericht der Kommission bedanken, dessen Schlussfolgerungen ich ebenso zustimme wie den Empfehlungen, die im zweiten Teil des Berichtes aufgeführt sind.

Die Debatte in unserem Rat kann zweifellos nichts Neues zu diesem Thema erfinden, und sie soll es auch nicht. Aber sie kann dazu beitragen, dass die Verständigung wieder mehr als bisher zum gemeinsamen Anliegen aller Sprachgemeinschaften, aber – wie ich meine – nicht nur der Sprachgemeinschaften in unserem Lande wird.

Ich möchte nicht noch einmal den Baselbieter Nobelpreisträger Carl Spitteler zitieren, nachdem es der Kommissionspräsident gemacht hat und nachdem ich dies ebenfalls in diesem Rat schon zweimal getan habe. Ich möchte vielmehr drei Punkte hervorheben, die mir am Herzen liegen:

1. Dem positiven Bekenntnis zur Vielfalt, zur multikulturellen Gesellschaft, zur gegenseitigen Verständigung muss meines Erachtens ein zweites Bekenntnis folgen, nämlich der Wille zum Zusammenhalt. Wir wiederholen den berühmten Satz, die Schweiz sei eine Willensnation, noch und noch in jeder Festansprache, manchmal – wie mir scheint – bis zur Gedan-

kenlosigkeit. Dabei ist er von einer ungeheuren Aktualität, denn die Schweiz wurde in diesem Jahrhundert während langer Zeit auch durch äussere Bedrohungen zusammengeschnitten. Verständigung war quasi unser Schicksal, eine Bedingung des Ueberlebens. Aber heute hat sich dieses Umfeld, wie wir wissen, gewandelt. Heute müssen wir wieder wollen, ohne dass wir dazu gezwungen werden; da genügen schöne Bekenntnisse allein nicht mehr, da werden uns Taten abverlangt, die auf einem festen Willen beruhen müssen.

2. Sprache ist, wie im Bericht zutreffend hervorgehoben, Ausdruck der Kultur. Die Verständigung zwischen Sprachgemeinschaften hängt auch davon ab, wie ernst wir es mit der Kultur an sich in unserem Lande meinen. Eigentlich müsste uns – gerade uns! – Kultur viel, sehr viel bedeuten. Nicht nur, weil in einer Epoche des Uebergangs Kultur zum unverzichtbaren Ferment, zum mentalen und emotionalen Anker einer verunsicherten Gesellschaft wird, sondern weil die für unsere Identität existentielle Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und über die Sprachgemeinschaften hinweg auch einen Willen zur Kultur voraussetzt.

Aber ist denn dieser Wille bei uns wirklich so stark vorhanden? Erscheint nicht Kultur für viele als Luxus, als Hobby allenfalls, delegierbar an sogenannte Kulturschaffende? Ein «Missbegriff» übrigens, der nahelegt, dass die anderen, eben die Nichtkulturschaffenden, mit der Kultur «nichts zu schaffen» haben. Vergessen nicht viele von uns, gerade von uns Politikern und Politikerinnen, die Kultur als erste, wenn es ums Sparen geht? Täuschen wir uns nicht: Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften ist in erster Linie auch ein kulturelles Anliegen: durch noch so viele institutionelle Bande höchstens zu stützen, nicht aber zu ersetzen. Gefordert ist also auch unser Wille zur Kultur und zu den Kulturen als solchen.

3. Vieles, namentlich auch die historische Erfahrung, spricht dafür, dass ein multikulturelles Gemeinwesen auf Dauer nur dann eine Zukunftschance besitzt, wenn es gemeinsame Werte, gemeinsame Ziele, gemeinsame Zukunftsperspektiven besitzt. Es gibt also eigentlich nur eine Willensnation, wenn wir auch wissen, was wir wollen. Ein solches vorrangige nationale Ziel war in diesem Jahrhundert zweifellos die Selbstbehauptung in einem zerstrittenen, immer wieder von Kriegen überzogenen Europa. Anders ausgedrückt: Die Abwehr, das Anderssein als die anderen war ein wichtiger Faktor unseres Zusammenhalts. Doch ist das heute noch das primäre Rezept für unsere gemeinsame Zukunft? Für viele in unserem Lande lautet die Antwort klar: Nein.

Wir brauchen offenbar neue oder wiederbelebte positive Werte, welche diesen Willen zum Zusammenhalt nähren. Wir brauchen die gemeinsame Klammer, gerade auch für unsere künftige Stellung in Europa, aber auch in Grundfragen der Innenpolitik. Insofern zeigte der 6. Dezember 1992, zeigen aber auch andere Erscheinungen etwas sehr Bedeutungsvolles auf: Wir sind uns in manchen Fragen nicht mehr einig oder zumindest unschlüssig darüber, was wir mit der Schweiz eigentlich wollen. Nicht nur zwischen den Sprachgemeinschaften, auch zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land, und wohl auch zwischen anderen Bevölkerungsschichten, etwa zwischen den aktiv Erwerbstätigen und Gesunden und den benachteiligten Kreisen. Wir kommen nicht darum herum, jenseits der Tagesgeschäfte neu über unsere Klammern zu sprechen, einen neuen oder mehrere neue nationale Konsense anzustreben, oder, wie es eine welsche Gruppierung zu Recht fordert, «de réinventer la Suisse».

Vor vier Jahren haben beide Räte gegen den Willen des Bundesrates Postulate überwiesen, welche vom Bundesrat ein Leitbild Schweiz verlangten. Der Bundesrat hat diese überwiesenen Postulate bis heute nicht behandelt; er hat geschwiegen, offenbar, weil ihm ein Leitbild Schweiz kein wichtiges Anliegen war oder weil der Bundesrat in den Tagesgeschäften ertrunken ist. Ich bedaure dies ausserordentlich. Uebermorgen wird eine Motion behandelt, welche vom Bundesrat einmal mehr die Vorlage einer totalrevidierten Bundesverfassung verlangt.

Eine Verständigung als sehr wichtiges Problem der helvetischen Gegenwart lässt sich nicht auf das Sich-gegenseitig-Verstehen beschränken; das ist nur der erste Schritt. Eine

echte Verständigung setzt gemeinsame Werte und gemeinsame Ziele voraus. Und es ist dringend, dass wir wieder an diesen gemeinsamen Zielen arbeiten. Il faut vraiment réinventer la Suisse!

**Onken:** Auch ich möchte mich dem Dank anschliessen, den Herr Rhinow bereits ausgesprochen hat, dem Dank an die Kommission für ihre ausgezeichnete Arbeit und für den gehaltvollen, wesentlichen Bericht, den sie uns vorgelegt hat. Hier ist tatsächlich hervorragende Arbeit geleistet worden.

Die erste Frage, die sich mir stellt, lautet: Wie tragen wir diese Arbeit hinaus aus unserem Kreis? Wie bringen wir sie ein in die Bevölkerung, diese Erkenntnisse, die zwar nicht grundlegend neu sind, die sogar Allgemeingut sein sollten, die uns aber irgendwie abhanden gekommen sind? Und wie schaffen wir es, über die Ergebnisse dieses Berichtes breit zu diskutieren und sie in der Öffentlichkeit bewusstzumachen? Es muss uns gelingen, darüber einen nationalen Diskurs zu entfachen. Wir reden über diese grundsätzlichen Fragen nämlich zu wenig miteinander, das scheint mir eindeutig zu sein, und vor allem hören wir einander zu wenig zu.

Der 6. Dezember des letzten Jahres hat gewiss ein Gutes gebracht, auf das wir uns – so meine ich – alle einigen können: eine gewisse Erschütterung, eine Erkenntnis, die uns die nationale Situation jäh und mit Betroffenheit hat wahrnehmen lassen. Was Friedrich Dürrenmatt und andere Kunstschafer schon viel früher empfunden und auch heilsichtig formuliert haben, das ist unvermittelt millionenfach, ich würde sagen kollektiv bewusst geworden: die schmerzliche Erkenntnis nämlich, «dass die deutsche und die französische Schweiz längst nicht mehr miteinander, sondern nur gerade nebeneinander leben» – so hat es Dürrenmatt schon 1966 formuliert.

Wir sind endlich wieder einmal aus unserem gewohnten Trott, aus unserer Routine des Zusammenlebens aufgeschreckt worden. Man hat den Zustand dieser multikulturellen Schweiz denn auch mit einer etwas in die Jahre gekommenen und in Gewöhnung erstarrten Ehe verglichen; die Liebe ist irgendwie weg, Gleichförmigkeit, Gleichgültigkeit auch, sogar Sprachlosigkeit haben sich breitgemacht, aber man wahr, unfähig zu einem wirklichen Neuanfang, die Form und das Ansehen.

Vielleicht ist das etwas überzeichnet. Aber etwas hat es schon auf sich. Auch der Bericht beklagt es ja ausdrücklich: Es fehlt uns wechselseitig die Neugierde aufeinander, das insistierende, verstehende Interesse; es fehlt die Anziehungskraft des Andersartigen, die Lust am Entdecken, Erschliessen, vielleicht sogar Erobern. Vieles ist einfach selbstverständlich geworden und wird als gegeben hingenommen. Es war immer so, es wird wohl auch so bleiben, es braucht nur noch verwaltet zu werden. Doch genau so zerrinnt die gelebte Gemeinsamkeit; so geht die Spannung des Zusammenlebens verloren. Ich meine wirklich die Spannung.

Wir seien, heisst es im Bericht, ein Beispiel, wie man unter gegenseitiger Respektierung miteinander leben könne. Der Kommissionspräsident hat diesen Satz ebenfalls zitiert. Gewiss sind wir das. Obwohl ein jeder, der etwa fernöstliche Länder bereist hat, die Erfahrung machen konnte, dass dort oft noch viel zahlreichere und viel unterschiedlichere Ethnien, Sprachen, Kulturen und Religionsgemeinschaften auf engstem Raum friedlich zusammenleben, ohne sich ständig einer Leistung zu brüsten, die von aller Welt als vorbildhaft bewundert werden soll. Schon da, finde ich, wäre etwas mehr Bescheidenheit nicht unangemessen.

Doch eben, dieses «Unter-gegenseitiger-Respektierung-miteinander-oder-nebeneinander-leben» genügt nicht. Es darf uns nicht genügen. Toleranz, Duldung, Gewährenlassen, sie reichen nicht aus. Sie sind als Haltung, bei aller Unerlässlichkeit, zu passiv. Oft verbergen sie sogar bloss eine gewisse Halbherzigkeit und Lauheit im Umgang miteinander. Als Willensnation, das hat Herr Rhinow zuvor auch betont, müssen wir teilnahmsvoll wollen, müssen wir gemeinsam gestalten, müssen wir immer wieder in der tätigen Auseinandersetzung und auch mit einer gewissen Streitkultur, im Widerstand, in Anerkennung der Verschiedenartigkeit zueinanderfinden.

Die Betroffenheit, die der 6. Dezember 1992 ausgelöst hat, rührt ja gerade daher, dass uns dieses Zueinanderfinden in ei-

ner nationalen Grundsatzfrage, in einer erstrangigen Zukunftsfrage dieses Landes nicht gelungen ist. Da teile ich also nicht die Auffassung von Frau Meier Josi, dass das Resultat nicht etwas besonders Ausserordentliches sei; gerade weil es eine so grundsätzliche Frage war, die uns so stark politisiert und emotioniert hat, muss diesem 6. Dezember 1992 doch eine herausragende Stellung eingeräumt werden.

Viele von denen, die damals nein gesagt haben, hatten Angst – vielleicht ist das Wort zu stark –, hatten zumindest die Sorge, dass sie sich und dass wir uns alle, auch als Land, in diesem grenzenlosen, zugigen Europa verlieren würden. Ich glaube wirklich nicht, dass die Ablehnung – zumindest in der Deutschschweiz – aus einem Uebermass an Gewissheit, an Selbstvertrauen gekommen ist, wie das im Bericht an einer Stelle vermutet wird, sondern eher aus einer durchaus begreiflichen und ernst zu nehmenden Unsicherheit und aus Sorge. Dabei – davon bin ich überzeugt – hätte uns gerade die europäische Integration wieder stärker aufeinander verwiesen, wieder näherücken lassen und hätte unseren Zusammenhalt gefestigt.

Doch lassen wir das, es sind Vermutungen. Es ist jetzt nicht so, es gilt unser nationales Selbstverständnis, unsere hinterfragte Identität – das hat Herr Petitpierre sehr deutlich herausgearbeitet – auf anderem Wege, auf andere Weise wieder fester zu begründen und neu auszurichten. Ich glaube, das ist etwas, um das wir nicht herumkommen. Auch hier ist jetzt gewissermassen ein «Alleingang» angesagt, eine Leistung, die wir gemeinsam und aus eigener Kraft erbringen müssen; niemand wird uns dabei helfen. Die Verständigung in diesen Fragen, dieser Aufbruch aufeinander zu, scheint mir überhaupt die entscheidende Voraussetzung zu sein, die unerlässliche Rahmenbedingung für jeden weiteren Schritt, den wir vielleicht auf Europa zugehen wollen.

Es gibt Leute, die sagen, das sei vor allem eine deutschschweizerische Angelegenheit. Wir Deutschschweizer sollten das jetzt aufarbeiten, wir müssten daran schaffen. Es wurde dann auch gleich ein deutschschweizerischer Aussenminister gesucht, der den eigenen Landsleuten die Dinge verdeutlichen und «verkaufen» soll. Aber das ist bereits wieder die alte und meines Erachtens falsche Rollenzuweisung, die hier spielt.

Wenn es überhaupt richtig ist – das ist eine rhetorische Frage, es ist natürlich richtig –, dass wir uns gegenseitig brauchen, dann braucht die Deutschschweiz gerade in dieser Frage – in ihrer ganzen Befangenheit, in ihrem anderen, einseitigen Geschichtsverständnis, in ihren versponnenen Nachbarschaftserfahrungen, die sie immer noch mit sich herumträgt – die Romandie, braucht die Freundschaft, die Zuwendung und auch die Ueberzeugungskraft der Romandie und der Romands. Allein werden wir das sonst nicht schaffen.

Das ist für mich ein ganz wesentlicher Appell oder eine Bitte, die wir hier an die Freunde in der Romandie zu richten haben. Nur wenn wir uns gegenseitig wieder stärker wahrnehmen, nur wenn wir uns wieder intensiv und beherzt umeinander kümmern, werden wir dieses Land in den wirklich entscheidenden, grundlegenden Fragen voranbringen, werden wir diesen Umbruch, in dem wir alle stehen, bewältigen.

Wenn das nur als eine lästige Pflichtübung aufgefasst wird, wenn wir das bloss aus schlechtem Gewissen tun oder gar aus Schuldgefühlen, dann werden wir damit scheitern. Wir müssen die Auseinandersetzung wieder stärker suchen, weil das den Lebensnerv der Schweiz trifft. Und selbst das ist noch zu abstrakt, zu theoretisch formuliert. Wir müssen sie suchen – und wir werden sie nur wirklich suchen –, wenn jeder einzelne von uns persönlich spürt, individuell erfährt, dass die Auseinandersetzung, dass die Begegnung, dass der Austausch uns auch wirklich etwas geben, dass sie uns bereichern und insbesondere, dass sie wechselseitig unser Deutschschweizertum oder unser Welschschweizertum aufschliessen und ihm eine neue, wirklich unvergleichliche Qualität verleihen.

Ich bin nicht einer, der bei jeder Gelegenheit ein Goethewort auf den Lippen führt, aber heute möchte ich eines zitieren, das mir besonders wichtig ist: «Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.» Ererbt von deinen Vätern und selbstverständlich auch von den Müttern – liebe Frau

Meier Josi, Frau Simmen und Frau Beerli –, ererbt von Vätern und Müttern, erwirb es, d. h., mach dich verdient darum, leiste etwas dafür, verwalte es nicht nur, sondern mehre es. Das ist in dieser Frage – meine ich – unser Auftrag.

Der Bericht enthält genügend überzeugende, reichhaltige, ideenreiche Vorschläge, wie das geschehen soll. Ich unterstütze alle diese Vorschläge; ich hoffe nur, dass die Betroffenheit des 6. Dezember 1992, diese kollektive Erfahrung, die wir an diesem Tag und danach gemacht haben, so lange vorhält, dass wir wenigstens einige von diesen schönen Vorsätzen, von diesen guten Absichtserklärungen auch in politische Taten umsetzen werden.

So gesehen möchte ich vorschlagen, dass das Büro erwägen sollte, die erfolgreiche und gut arbeitende Kommission noch eine Weile eingesetzt zu lassen, damit sie die Umsetzung, den Vollzug dieser Massnahmen etwas begleiten kann und damit nicht alle diese Dinge einer ohnehin schon überlasteten Geschäftsprüfungskommission überantwortet werden.

**Iten Andreas:** Alles, was der besseren Verständigung in unserem Land dient, soll unternommen werden. In diesem Sinne enthält der Bericht gute Anregungen und Empfehlungen, die es Wert sind, realisiert zu werden. Dennoch beschleicht den Leser ein zwiespältiges Gefühl. In einer gerechten und reifen Demokratie wie der unsrigen sollten die Verlierer nach einer Abstimmung mit der Niederlage aus eigener Kraft werden. Es müsste eigentlich nicht zur Einsetzung einer speziellen Kommission über Verständigungsfragen kommen. Sieht man genau hin, ist dies auch der Fall. Zudem ist das Europa-thema nicht vom Tisch, kann nicht verdrängt werden wie der Beitritt zur Uno. Zu viele Fakten erinnern uns aus vielfältiger Notwendigkeit an Europa.

Nach dem 6. Dezember 1992, schreibt die Kommission, habe es Gewinner und Verlierer und in der Deutschschweiz eine Gruppe von Schweizerinnen und Schweizern gegeben, die neben ihrer eigenen Enttäuschung über den Ausgang der Abstimmung den Romands gegenüber ein an Schuldgefühle grenzendes Unbehagen empfunden hätten. Ich verstehe nicht, warum ein solches Schuldgefühl besteht. Man mag enttäuscht sein, aber wenn sich ein Volk in seiner Mehrheit nicht mehr ohne Schuldgefühle für oder gegen eine Sache entscheiden darf, dann nimmt man ihm die Freiheit, dann tritt an die Stelle der direkten Demokratie die «Psychokratie». Man sollte politische Abstimmungsprozesse nicht psychologisieren.

Solange in einem Land die Möglichkeit gegeben ist, Probleme im Abstimmungskampf zu diskutieren, solange sich Minderheiten äussern und zur Geltung bringen können und solange Diskurse nicht gewaltsam unterbunden werden, steht es nicht schlecht um die Demokratie. Zu dieser Offenheit müssen wir Sorge tragen. Irgendwann muss entschieden werden. Es kann durchaus sein, dass sich am Tag der Entscheidung die besten Argumente noch nicht durchgesetzt haben.

Der Berner Staatsrechtprofessor Jörg Paul Müller schreibt in seinem für solche Fragen einschlägigen neuen Werk über die gerechte Demokratie: «Ideale Diskurse würden zwischen den betroffenen Parteien solange weitergehen, bis das beste Argument die Zustimmung aller findet.» Die Abstimmungskämpfe sind selten ideale Diskurse. Das ist für die Demokratie auch nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, dass die Auseinandersetzung und Diskussion über existentielle Fragen weitergeführt werden können. Es braucht einen Willen zur verständigungsorientierten Kommunikation und die institutionelle Gewähr, dass dies möglich bleibt.

Schuldgefühle gegenüber sogenannten Verlierern, die morgen schon Gewinner sein können, sind nicht angebracht.

Wir dürfen nicht allzu empfindlich reagieren, wenn eine Minderheit eine Abstimmung verliert. Das gilt auch für die EWR-Abstimmung. Die Gefahr, dass die Schweiz auseinanderfällt, besteht nicht. Jean Rudolf von Salis sagt: «Als zur Zeit des Zweiten Weltkrieges die Gefahr bestand, dass die Schweiz im Falle eines Sieges der Faschisten zwischen Deutschland, Italien und Frankreich aufgeteilt würde, habe ich mir rein theoretisch vorgestellt, für welches dieser Länder ich optieren würde. Dabei habe ich gespürt, dass man, auch wenn man vielem kri-

tisch gegenübersteht, trotzdem nichts anderes sein kann als Schweizer.» Dies gilt auch heute für alle Sprachregionen.

Die Identität der französischsprechenden Minderheit unseres Landes ist eine schweizerische. Darauf hat Herr Petitpierre immer und immer wieder – auch im persönlichen Gespräch – hingewiesen. Dies gilt auch für die italienischsprachige Schweiz, abgesehen davon, dass der Einfluss des Tessin in Bern ungleich grösser ist, als er es in Rom wäre. Man kann also den Verlierern einer Abstimmung zumuten, dass sie nicht in eine Identitätskrise geraten und dass sie folglich aus eigenem Selbstbewusstsein den Dialog und den Diskurs über das wichtige Thema wiederaufnehmen.

Die EWR-Initiative der Jugendlichen zeugt von solchem Selbstbewusstsein. Bei jeder Abstimmung gibt es Minderheiten, die verlieren. Ich weigere mich also, zu akzeptieren, dass die knappe Minderheit der EWR-Abstimmung qualitativ eine andere ist als bei übrigen Abstimmungen. Es ist durchaus anzuerkennen, dass die verschiedenen Sprachregionen ein anderes Verhältnis zu Europa haben und sich demnach auch anders zur europäischen Integration stellen. Das muss aber für das ganze Land noch kein Nachteil sein.

Gibt es tatsächlich einen Graben zwischen Deutsch- und Welschschweiz? Sind es nicht vielmehr unterschiedliche Wahrnehmungsweisen, die als Reichtum unseres Landes zu deuten sind? In einer Demokratie kommt es darauf an, dass die Besonderheit und die Andersartigkeit nicht bloss toleriert wurden, sondern dass sie als Motor einer ständigen Auseinandersetzung wirken können. Unsere Hauptsorge muss also der Diskursbereitschaft und der Auseinandersetzung sowie dem Verzicht auf verbale und brachiale Gewalt gelten. Wenn die Diskursbereitschaft ein hohes Ziel der Demokratie ist, muss die Minderheit aber auch bereit sein, auf die Argumente der Mehrheit einzugehen. Man kann sie dann nicht einfach als die Ewiggestrigen und Hinterwäldler apostrophieren, wie das nach der EWR-Abstimmung der Fall war.

Was sich bei der Ablehnung des EWR manifestiert hat, hat auch etwas mit dem kollektiven Unbewussten unseres Landes zu tun. Vielleicht repräsentiert die Schweiz hierin sogar das kollektive Unbewusste Europas. Nicht umsonst tun sich die EG-Länder mit der Anordnung von Volksabstimmungen schwer. Dieses kollektive Unbewusste ist von geschichtlichen Erfahrungen, Ereignissen und Mythen erfüllt, in ihm ist auch der Erfahrungsschatz der föderalistischen Staatsauffassung mit seiner Skepsis gegenüber den politischen Zentren. Es sind Gefühle der Fremdbestimmung, die mit einer grossen bürokratischen Verwaltung verbunden sind.

Offenbar sind diese Gefühle in der Deutschschweiz stärker vertreten als in der Westschweiz. In dieser Skepsis kommt auch eine Abwehrhaltung gegen den Megatrend der modernen Wirtschaft zum Ausdruck. Viele kleine Leute fühlen, dass sie von Entscheiden abhängig werden, die sie nicht mehr beeinflussen können. Sie fühlen sich als Figuren auf dem Schachbrett der Grossen. Das sind Aengste, die hinter einem Nein zum Europa des EWR stehen.

Die Frage der Verständigung gewinnt in unserem Volk durch die moderne Wirtschaftsentwicklung also eine ganz neue Dimension, die diejenige zwischen den schweizerischen Sprachregionen bei weitem übertrifft. Der Schritt ins Grosse bringt im Landesinnern Disparitäten hervor, die nicht allein die Sprachregionen berühren; es sind vielmehr die sozialen Spannungen zwischen arm und reich, Stadt und Land, zwischen der Industrie und der Landwirtschaft usw. Es sind auch die grossen Probleme, die uns als die schädlichen Nebenfolgen des Fortschritts in der Zukunft beschäftigen werden.

Verständigung im Volk gehört zu jenen Werten, die der Staat nicht garantieren kann. Es ist darum richtig, dass die Empfehlungen der Kommissionen sich vor allem auch an die nicht-staatlichen Funktionsträger der Gesellschaft – Medien, Schulen, staatsbürgerliche Gesellschaften, Wirtschaft – und nicht zuletzt auch an jede Mitbürgerin und jeden Mitbürger richten.

Einzelne Empfehlungen wie die Durchführung der 150-Jahr-Feier und die Gestaltung einer Landesausstellung begrüsse ich ausdrücklich. Sie können Foren werden, die die Schweizer

aus allen Landesteilen zusammenführen. Sie können gemeinsam eine Vision der Schweiz und Zukunftsperspektiven unseres Landes anschaulich darstellen.

Die Kommissionen empfehlen eine Modernisierung des Geschichtsunterrichtes. Zur 700-Jahr-Feier wurde eine hervorragende zweibändige Geschichte über den Ursprung der Eidgenossenschaft verfasst. Diese Geschichte schafft ein neues Geschichtsbild über die Gründungsjahre unseres Landes in der Innerschweiz. Sie bezieht aber auch die anderen Regionen der Schweiz ein, die alte Mythengeschichte wird dabei ins richtige Licht gestellt. Gerade deswegen wird diese Gründungsgeschichte um so spannender und faszinierender.

Ein neues Geschichtsbild muss also die Gründungszeit nicht ausklammern. Heute geht es nur noch darum, dass die Schulen diese Forschungsergebnisse umsetzen. Sie sind zum Teil exemplarisch, auch für die anderen Regionen der Schweiz.

Ich verzichte darauf, auf weitere Empfehlungen der Kommissionen einzugehen.

Ich fasse meinen Hauptgedanken zusammen, indem ich sage, dass in einer Demokratie wie der unsrigen der Verständigungsprozess am besten gesichert ist, wenn der Staat die institutionelle Garantie dafür leistet, dass ein offener und freier Diskurs über alle politischen Themen, auch Themen von Minderheiten, stattfinden kann. In diesem Sinne helfen die Empfehlungen der Kommission mit, den Verständigungsprozess vorzubereiten und in Gang zu halten.

**M. Delalay:** C'est bien l'émergence d'une forte minorité romande, apparue il y a une année, qui a été à l'origine des commissions de nos deux conseils en vue d'améliorer la compréhension dans notre pays. Ma première réaction est d'adresser un compliment aux membres des deux conseils engagés dans cette réflexion pour, d'une part, la qualité de leur travail et, d'autre part, l'intelligence de la présentation de leur rapport. Vous avez, sans lyrisme et sans exagération, analysé les causes de l'incompréhension qui existe entre les diverses parties de notre pays et surtout, pour l'essentiel, présenté toute une série de propositions dans les domaines culturel, politique, économique et social. Cette deuxième partie, d'ailleurs, me paraît être la plus intéressante, parce qu'elle est positive, dynamique et constructive, et c'est en cela qu'elle sera utile à une meilleure compréhension entre les diverses parties de notre communauté nationale.

En affirmant cela, je souligne du même coup que je partage la plupart des éléments du diagnostic que vous posez et que je trouve la médication appropriée et adéquate pour l'amélioration de la santé de notre corps social suisse. Je souhaite que l'enthousiasme demeure intact également dans les années futures et j'aimerais apporter à cette analyse trois touches qui ne diffèrent pas fondamentalement de vos constatations et de vos propositions, mais qui éclairent certains aspects à la lumière d'une tonalité un peu différente.

J'ai perçu parfois dans votre rapport que notre diversité culturelle, sociale, et nos identités particulières éveillaient des regrets et des préoccupations avant toute chose. Le rappel de la déclaration de Dürrenmatt de 1966 m'amène à cette observation. Lorsque vous citez: «Le fossé existe et son existence pose un problème majeur à la Suisse», de même lorsque vous rappez le discours de Carl Spitteler à l'époque de la Première Guerre mondiale, vous soulignez certes que le phénomène est ancien, mais vous vous montrez peu rassurés, parlant même de dérapage. Je préfère tirer de ce constat de la permanence de notre diversité la conclusion que cela constitue plus une richesse qu'une faiblesse, plus un stimulant qu'un facteur d'immobilisme. Personne ne conteste nos différences, personne ne nie qu'elles ont toujours existé, personne n'imagine qu'elles vont être gommées d'un coup. Utilisons-les, par conséquent, au lieu de nous complaire à considérer qu'elles constituent un fossé.

Nous, les Romands, disons davantage aux Suisses alémaniques que nous apprécions leur rigueur de pensée, leur sens de l'ordre et de l'organisation, leur précision, leur analyse systématique et objective, leur longue maturation des enjeux, leur esprit d'indépendance et leur discipline. Si nous le leur disions plus souvent, peut-être s'efforceraient-ils, mieux qu'au-

jourd'hui, de trouver aussi chez nous, Romands, d'autres qualités que celles qu'on évoque assez superficiellement, comme la fantaisie, la spontanéité, et la mobilité d'esprit qui sont élevés aujourd'hui, me semble-t-il, en Suisse alémanique au rang de clichés.

Mais pour cela, nous devons au moins nous parler et toutes vos propositions concernant le véhicule d'échange que constitue la langue parlée et écrite sont fondamentales et de première importance. Nous devons arrêter de propager que les Suisses s'entendent bien parce qu'ils ne se comprennent pas. Nous avons au contraire à tout mettre en oeuvre pour réduire les effets de cette barrière souvent insurmontable que constitue la langue par des échanges d'élèves, d'apprentis, d'employés qui exercent leur première activité. Je pense même que nous pourrions aller plus loin par des échanges de jeunes chômeurs, par exemple, qui n'ont pas occupé un premier emploi. Ceci serait un précieux gage de succès pour l'avenir de nos relations.

Une deuxième considération que je veux exprimer a trait à votre chapitre sur l'économie. C'est, à mon avis, celui qui a été traité le plus sommairement, sous deux aspects seulement: les centres de décision des entreprises et la présence des Romands aux postes clés. C'est une approche insuffisante, car nous vivons certes dans une économie ouverte en Suisse, mais les échanges économiques de toute nature sont encore soumis à des entraves que nous aurions dû mettre plus de volonté à faire sauter, et cela depuis longtemps. Je pense en disant cela à des choses aussi simples qu'une rétribution plus équitable de l'énergie hydroélectrique. Le transfert qui résulte des régions alpines vers les zones urbaines et industrialisées est constant et énorme. Il faut dire que l'exemple vient d'en haut, car les achats de la Confédération et de ses régions ne font pas l'objet des soins les plus élémentaires de répartition équitable, même pour des fournitures et des prestations où le niveau des offres n'a rien à voir, comme les arts graphiques, le matériel de bureau, l'informatique, les mandats ou les assurances. Je ne veux pas allonger sur ce thème, même si j'ai déjà eu l'occasion de démontrer que si les achats de la Confédération et de ses régions étaient répartis équitablement dans les diverses régions du pays, le taux de chômage serait aussi plus homogène sur l'ensemble de la Suisse.

J'ai conscience d'aborder ainsi le problème de nos relations confédérales sous un angle qui n'est pas très apprécié, parce que le ton devient tout de suite moins accommodant et plus revendicateur. Mais, comment voulez-vous traiter de nos rapports mutuels, sans aborder ces entraves au marché et ces distorsions qui se font toujours au détriment de la Suisse romande? Dans ce domaine, je souhaitais combler ce que je considère comme une lacune dans les considérations des Commissions de la compréhension.

Enfin, j'aimerais mentionner – ça sera le troisième point – l'aspect institutionnel, bien peu évoqué dans notre débat. A son origine, notre pays était constitué sous la forme d'une confédération d'Etats indépendants, pour tenir compte précisément de la diversité de ses composantes en matière de langues, de cultures, de confessions et de sensibilités politiques. Par la suite, nos institutions ont évolué vers un Etat fédératif, avec un partage des tâches et des compétences entre la Confédération et les cantons. Il faut bien dire que dans le demi-siècle qui nous sépare de la dernière guerre mondiale, nous n'avons pas cessé d'évoluer vers une plus grande concentration du pouvoir, vers un Etat de type unitaire, au détriment de notre fédéralisme naturel et traditionnel. Si nous nous étions montrés plus respectueux de l'essence même de ce qui fait notre union dans la diversité, du droit de chaque région à la différence, d'un équilibre régional et politique équitable, nous serions aujourd'hui bien moins choqués d'observer que nous ne sommes pas tous coulés dans le même moule, que notre culture est différente et que forcément notre approche des défis qui se posent à nous et des solutions que nous pensons leur appliquer varie en conséquence.

L'étonnement qui est le nôtre aujourd'hui ne tient pas suffisamment compte de nos contingences nationales, de nos particularismes qui ne trouveront jamais une voie facile dans le centralisme et hors de notre tradition fédéraliste. Blaise Cen-

drars a écrit: «C'est dans ce que les hommes ont de plus commun qu'ils se différencient le plus.» L'ignorer signifierait nous priver d'un précieux atout pour l'avenir. Et le rappeler est aussi une manière de contribuer à l'entente et à la compréhension dans notre peuple.

**Schallberger:** Nachdem ausschliesslich EWR-Befürworter die Ehre hatten, in dieser Starkkommission mitzuwirken, möchte ich doch dafür danken, dass die EWR-Gegner bei der Diskussion nicht ausgeschlossen sind. Ich will mich aber auf vier kurze, stichwortartige Bemerkungen beschränken. Neben sehr viel Interessantem und Zutreffendem sind im Bericht Passagen enthalten, die zu hinterfragen wären.

1. Auf Seite 3 ist der folgende Abschnitt zu lesen: «Die Schweiz teilte sich am Abend des 6. Dezember aber nicht nur in Gewinner und Verlierer, sondern es gab und gibt noch eine dritte Gruppe: die den EWR befürwortenden Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer, die neben ihrer eigenen Enttäuschung über den Ausgang der Abstimmung den Romands gegenüber ein an Schuldgefühle grenzendes Unbehagen empfinden.»

Nach meinem Demokratieverständnis ist es sowohl das Recht wie auch die Pflicht eines jeden Bürgers, nach bestem Wissen und Gewissen seine Stimme abzugeben. Er soll und darf das ohne Schuldgefühle tun. Ich empfinde daher bei dieser Aussage der Kommission «ein an Unverständnis grenzendes Unbehagen».

2. Den sehr ausführlichen Aussagen betreffend die sogenannte Mundartwelle kann ich weitgehend zustimmen. Wir Deutschschweizer haben vermehrt Rücksicht auf die Anderssprachigen zu nehmen. Immerhin vermisse ich die beiläufige Feststellung, dass die unverfälschten, sehr unterschiedlichen Dialekte unserer Landesteile ein hochwertiges Kulturgut darstellen.

3. Zur Empfehlung Nummer 17 auf der Seite 30 möchte ich ein Sowohl-Als-auch wünschen. Wenn die Kommission verlangt, dass der Geschichtsunterricht zu modernisieren und das Bewusstsein dafür zu wecken sei, dass die heutige Schweiz mehr von den Ereignissen von 1848 als von jenen von 1291 geprägt sei, darf doch daran erinnert werden, dass es ohne die Eidgenossenschaft früherer Jahrhunderte keine heutige Schweiz gäbe. Die geschichtlichen Tatsachen zwischen 1291 und 1848 zu Mythen zu degradieren ist nicht in Ordnung. Unsere Vorfahren vor 1848 und jene seit diesem geschichtlich sicher bedeutenden Jahr verdienen gleichermaßen unsere Achtung. Selbstverständlich bin ich durchaus damit einverstanden, dass der Geschichtsunterricht die neuere Zeit nicht vergessen darf. Es ist für heutige politische Entscheidungen durchaus nützlich, die geschichtlichen Erfahrungen auch des 20. Jahrhunderts zu beachten, beispielsweise die Tatsache, dass unser Volk die Verschonung vor zwei Weltkriegen unserer Neutralität und dem Umstand verdankt, dass wir uns keinem Machtblock angeschlossen hatten.

4. Auf Seite 2 zitiert die Kommission Friedrich Dürrenmatt – er wurde bereits mehrmals erwähnt: «Ich meine, das Problem der Schweiz besteht auch darin, dass die deutsche und die französische Schweiz längst nicht mehr miteinander, sondern nur gerade nebeneinander leben.» Offenbar identifiziert sich die Kommission mit dieser Behauptung. Ich arbeite seit bald zwei Jahrzehnten in den Spitzengremien von gesamtschweizerischen Organisationen mit: Wir tagen nicht bloss nebeneinander; Deutschschweizer, Welsche und Tessiner suchen miteinander nach dem, was wir für gut und gerecht halten, und zwar für alle, für jene östlich und westlich der Saane und für jene südlich und nördlich des Gotthards. Aufgrund meiner durchwegs positiven Erfahrungen kann ich die negative Behauptung des zitierten Schriftstellers nicht teilen.

Ich freue mich ehrlich mit Ihnen, wenn der vorliegende Bericht das Miteinander von verschiedenen Menschen, verschiedenen Sprachgruppen, verschiedenen Landesteilen weiter fördert und verstärkt.

On. **Mornioli:** Parlando di miglioramento dei legami fra le regioni linguistiche del nostro Paese, non so bene se devo fare uso dell'idioma di Dante, si je dois parler en français oder ob

ich die deutsche Sprache anwenden soll. Wir Tessiner sind es aber gewohnt, unseren anderssprachigen Miteidgenossen entgegenzukommen. Obwohl ich gerne meine Sprache benutzen würde, wende ich mich auf deutsch an Sie.

Dass man die Konsistenz der Kohäsion zwischen den Sprach- und Kulturregionen überprüft und zu verbessern versucht, kann sicherlich nicht schaden. Ich habe den Bericht mit Interesse gelesen und möchte den Verständigungskommissionen der beiden Räte meine Anerkennung und meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen.

Ausgangspunkt der Diskussion ist und bleibt der Volksentscheid vom 6. Dezember 1992. Ich akzeptiere dieses Ereignis als Anstoss zur Debatte, jedoch nicht als Leitmotiv derselben. Es gab und gibt gute Gründe für einen Beitritt zum EWR, und es gab und gibt gute Gründe, die gegen einen Beitritt sprechen.

Jeder Schweizer Bürger hat die Argumente pro und contra gewichtet und dann seinen Entscheid gefällt. Der Ausgang der Abstimmung war bis wenige Meter vor dem Zielband ungewiss. Ich bin überzeugt, dass nicht Sprach- und Kulturunterschiede die entscheidende Rolle gespielt haben, sondern andere Faktoren. Ich denke z. B. an den Umstand, dass sich die beiden Bundesräte aus der Romandie voll für den EWR eingesetzt und in der Deutschschweiz prominente Persönlichkeiten dagegen angekämpft haben. Was die Bürger meines Kantons betrifft, bin ich überzeugt, dass die unmittelbare Nachbarschaft zu Italien mit all seinen Schwierigkeiten und Missständen abschreckend gewirkt hat.

Eine Tatsache ist hingegen nicht zu verneinen: Unsere Landesregierung, die kantonalen Exekutiven, unser Parlament und die meisten Parteien haben am 6. Dezember letzten Jahres eine tüchtige Abfuhr erlitten. Um von dieser Realität abzuweichen, hat man schnell den Röstigraben erfunden respektive wiedererfunden.

Unser Ratspräsident hat Anfang dieser Session in seiner Antrittsrede vom «angeblichen Röstigraben» gesprochen. Ich schliesse daraus, dass er selber nicht ganz an dieses Phänomen glaubt. Ich glaube jedenfalls nicht daran, auf alle Fälle nicht in seiner negativen Interpretation, in positiver Hinsicht hingegen schon. So soll es auch bleiben. Es würde gerade noch fehlen, dass man versuchen würde, die kulturellen Unterschiede zwischen unseren Sprachregionen zu verwischen.

Es gab nach dem 6. Dezember 1992 andere Abstimmungen, die den Willen unseres Volkes, die Unabhängigkeit unseres Landes zu behaupten, über die regionalen Grenzen hinaus zum Ausdruck gebracht haben. Ich denke z. B. an den Ausgang der Kampfflugzeug- und der Waffenplatzabstimmung; bei beiden wurde aufgezeigt, dass es mit dem angeblichen Röstigraben gar nicht so schlimm aussieht. Dies hat aber niemand auch nur andeutungsweise erwähnt. Wenn man das Resultat meines Kantons in dieser Abstimmung betrachtet, hätte man entsprechend der Röstigraben-Logik sagen müssen, nun sei ein «Polentagraben» oder, wenn ich an das Gotthardmassiv denke, besser ein «Polentagipfel» entstanden.

Ich bin zuversichtlich und glaube an unsere Demokratie und an unseren Föderalismus. Wir haben gelernt, zusammenzuleben, unsere sprachlichen und kulturellen Unterschiede nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu würdigen und die Mehrheitsentscheide dank gebührender Respektierung der Minderheiten anzunehmen. Mögen die Empfehlungen der beiden Kommissionen ihre Früchte tragen!

Ich bin aber überzeugt, dass ein Sieg der schweizerischen Fussballnationalmannschaft, die sich ja aus Vertretern aller Sprachregionen zusammensetzt, über eine Star Mannschaft aus der europäischen Nachbarschaft ebensoviel, wenn nicht noch mehr zur nationalen Kohäsion beiträgt. Meines Erachtens fehlt im Bericht ein Hinweis auf die Rolle des Spitzensports zur Verständigung zwischen den Sprachregionen. Andere Länder haben dies längstens gemerkt und auch ausgenutzt. Es gibt Nationen in Europa, die dank eines Sieges ihrer Nationalmannschaft vor nicht allzu langer Zeit sogar eine Regierungskrise abzuwenden vermochten.

Ich bitte Sie, den Spitzensport als Mittel zur Stärkung der Verständigung zwischen unseren Sprachregionen in Ihre Überlegungen einzubeziehen und daher gebührend zu unterstützen.

**Danioth:** Meine Bewertung der Vorschläge der Verständigungskommissionen orientiert sich an deren Auftrag, nämlich die Ursachen der unterschiedlichen Wahrnehmung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Probleme unseres Landes zu ergründen und Mittel und Wege aufzuzeigen, um die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen unseres Landes zu stärken. Von der Notwendigkeit einer derartigen, weit über die Ursachen und Folgen des 6. Dezembers 1992 hinausgehenden Analyse waren die Kommissionsmitglieder zwar offensichtlich durchdrungen. Das ist zu begrüßen. Indessen hätte der Rückhalt im Volk noch besser verankert werden können, wenn die Auswahl für die Kommission wirklich landesweit abgestützt worden wäre.

Ich stelle fest, dass im Nationalrat die Innerschweiz überhaupt nicht und im Ständerat ausschliesslich – aber immerhin – mit Frau Meier Josi vertreten war, die selbstverständlich eine kompetente Vertreterin war, aber vielleicht gerade in dieser Frage wohl kaum die Mehrheitsauffassung der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat. Die Urschweiz wurde völlig übergangen, so dass man sich über die eigenartige Empfehlung Nummer 17 nicht sonderlich wundern muss; Herr Schallberger hat dies bereits erwähnt. Man spielt die Daten von 1291 und 1848 gegeneinander aus. Müssen wir uns unserer Geschichte, müssen wir uns unserer Wurzeln denn schämen? Ich glaube kaum. Wir können das eine sehen und erkennen: dass die Schweiz 1291 nicht aufgehört hat, nicht fertig war, sondern sich in einem ständigen Entwicklungsprozess bewegt.

Ich meine, dass gerade auch jene Landesgegenden und Bevölkerungsgruppen hätten zum Wort kommen sollen – und vor allem die EWR-Gegner –, wo Widerstand und Misstrauen gegenüber EWR und Brüssel besonders stark zum Ausdruck gekommen sind. Dies hätte möglicherweise zu teils differenzierteren Vorschlägen geführt. Auf Einzelheiten möchte ich nicht eingehen.

Der 6. Dezember 1992 hat nicht einfach den lamentierten und von den Medien bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit beschworenen Röstigraben geöffnet – ein Ausdruck, der für Jean Rudolf von Salis mit Recht ein Greuel darstellt. Nein, die Trennlinie ging mehr oder weniger deutlich durch alle Teile und Spektren unseres Volkes. Soweit zu dieser kritischen Bemerkung.

Ich beglückwünsche indessen die Kommission zu einer doppelten Feststellung, nämlich:

1. Dass wir als Volk über eine solche fundamentale Frage selber und rechtzeitig, also wegweisend befinden konnten, worum uns andere beneiden. Es war also nicht bloss als Alibi-funktion im Sinne eines Kopfnickens, einer nachträglichen Approbation von Entscheiden, die die Diplomaten und die Politiker vorweggenommen haben und die uns gar keine Alternativen gelassen hätten. Ich finde das wertvoll.

2. Dass die Vielfalt der Meinungen auch hier als Bereicherung für den Zusammenhalt unseres Volkes erfunden worden ist. Das scheint mir eine der zentralsten Feststellungen in diesem Bericht zu sein, und zwar Bereicherung unabhängig vom Resultat des Urnenganges. Ich meine, auch die Aussage ist wichtig, dass niemand sich immer nur auf der Seite der Mehrheit oder der Minderheit wähnen kann. Wir sind ja tatsächlich eine Nation, eine Gesellschaft von lauter Minderheiten.

Das Wissen, dass wir als vielfältige Nation im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert auf einen minimalen Grundkonsens angewiesen sind, scheint mir eine wichtige Lehre aus diesem Urnengang und aus der öffentlichen Auseinandersetzung vorher und nachher zu sein. Und aus diesem Grunde muss alles unternommen werden, um der leider zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken, wie dies nun doch vor allem medienwirksam von den verschiedenen Lagern getan wird. Die Etikettierung der einen Seite als fortschrittlich und demzufolge gut und der anderen Seite als rückständig und demgegenüber schlecht ist abzulehnen. Ich sage dies, obschon ich für das Ja am 6. Dezember letzten Jahres – nach reichlicher Ueberlegung – eingetreten bin. Ich meine auch, dass es umgekehrt nicht angeht, wenn die andere Seite dauernd jene, die eben in der Minderheit waren und die neue Wege suchen, der mangelnden Disziplin und vor allem auch landesverräterischer Gedankens – ich habe das selber gehört – bezichtigt. Der gesell-

schaftlichen folgt leider die politische Polarisierung. Man lehnt nicht nur die Meinung des anderen zunehmend ab, sondern eben auch den Andersdenkenden selber. Grabenkämpfe nehmen zu, die korrekte Streitkultur nimmt ab, die Bevölkerung ist auch deswegen verunsichert.

Persönlich bin ich überzeugt, dass der Bericht ungewollt auch ein Plädoyer für unsere gelebte Konkordanzdemokratie darstellt, trotz oder auch wegen all ihrer Mängel. Ich bedaure es an und für sich, wenn hier einseitiger staatspolitischer Nachhilfeunterricht gefordert wird, wie das aus dem Votum von Herrn Kollege Onken herausgelesen werden kann.

Ich glaube, wir sind froh um die Romandie, wir sind froh um den Ticino, wir sind froh um die Vielfalt der Kulturen. Aber ich glaube auch, die Romandie und alle anderen Gegenden sind ebenfalls auf das alemannische Element angewiesen, und nur zusammen können wir diese Probleme und vielleicht eben auch diese Krise überwinden.

Die Vorschläge der Kommissionen, welche auf eine vermehrte Wahrnehmung von Verständigungsmöglichkeiten hinzielen, verdienen daher Unterstützung. Dies gilt vor allem für die Vorschläge, Sprache, Kultur und Lebensart des jeweils anderen Bevölkerungsteils besser kennenzulernen. Ich unterstütze das sehr. Viele Anregungen richten sich mit Recht an unsere Jugend, an die kommende Generation. Hier glaube ich, dass eine grössere geistige Beweglichkeit, aber auch eine grössere Bereitschaft, in den anderen Landesteil zu gehen, dort zu lernen, zu studieren, festzustellen ist.

Eine grosse Verantwortung für die Verwirklichung der Vorschläge kommt den Medien zu, vor allem den elektronischen. Wenn in Sendungen von nationaler Bedeutung, oft sogar mit fremdsprachigen Gästen, hartnäckig der Dialekt zelebriert wird, ist dies mehr als nur ein Mangel an Höflichkeit dem Partner gegenüber.

Ich erinnere mich: Schon vor Jahren wurde an einer gemeinsamen Tagung der Erziehungsdirektorenkonferenz mit der SRG im Stapferhaus auf diese Problematik hingewiesen – in Lenzburg, jawohl, Herr Kollege Huber – und Remedur versprochen. Leider hat sich nach meinem Dafürhalten wenig geändert – aus einem sehr wahrscheinlich entscheidenden Grund: Es regiert unerbittlich die Einschaltquotendiktatur.

Ich möchte ebenfalls der Kommission danken und meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, dass viele Vorschläge – wenn auch nicht alle – von gleicher Bedeutung und Tragweite sind und viele uns in der gegenseitigen Verständigung weiterhelfen werden.

**Frau Simmen:** Die Feststellung ist nicht neu, dass die vier verschiedenen Kulturen und Sprachen, die auf dem Boden der Schweiz zusammenleben, dies oft nicht in eitler Harmonie zusammen, aber sehr oft nebeneinander tun. Diese Feststellung ist an sich auch nicht beunruhigend. Im staatlichen wie im privaten Leben ist es so, dass doch ein guter Teil unseres Lebens aus Gewohnheiten besteht, und Gewohnheiten sind nicht a priori etwas Negatives. Wichtig ist aber, dass wir uns von Zeit zu Zeit der Tatsache bewusst werden, dass ein so komplexes System, wie es unser multikultureller und viersprachiger Staat darstellt, einer gewissen Pflege bedarf. Der 6. Dezember 1992 ist nun ein solches Ereignis, das uns diese Notwendigkeit wieder einmal vor Augen geführt hat. Das wenigstens ist mit Sicherheit ein positiver Aspekt dieses 6. Dezember.

Es ist nicht so, dass heute überhaupt nichts getan würde, um bestehende Gemeinsamkeiten von Schweizerinnen und Schweizern zu fördern und neue zu schaffen. Gerade auf kulturellem und auf schulischem Gebiet gibt es eine ganze Reihe diesbezüglicher Projekte und Aktivitäten. Der Präsident der Verständigungskommission hat mit Recht auch auf die Tätigkeit der Kulturstiftung Pro Helvetia hingewiesen. Sie übt diese Tätigkeit im Geiste der Verständigung seit mehr als fünfzig Jahren und nicht erst seit der EWR-Abstimmung aus. Aber sie ist sich auch der Beschränktheit ihrer Mittel bewusst. Herr Kollege Rhinow hat darauf hingewiesen. Die Kultur ist natürlich nach wie vor der Ort, wo scheinbar am leichtesten und mit den wenigsten Konsequenzen gespart wird. Doch wir dürfen, bei aller Beschränktheit der Mittel, auch den Einfluss kultureller Aktivitäten – und zwar kultureller Aktivitäten,

die eben nicht der Massenkultur zuzurechnen sind – nicht ausser acht lassen.

Nehmen Sie ein Beispiel: Die systematische Uebersetzung von Schweizer Literatur von einer Landessprache in eine andere ist eine ausserordentlich wertvolle Sache, die auch erstaunliche Beachtung findet. Wenn wir aber die Zahl der Buchleserinnen und Buchleser mit jener der Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer vergleichen, dann müssen wir einfach mit allem Realismus feststellen, dass ohne Teilnahme der Massenmedien an den Bemühungen um eine bessere Verständigung wenig bis nichts geht.

Wir müssen zugeben, dass wir in den letzten Jahren etwas bequem geworden sind, zu bequem zum Beispiel, um uns zu überlegen, wo Schweizerdeutsch richtig und natürlich und wo das Hochdeutsche angebracht ist, zu bequem auch, um ein paar Monate unserer Ausbildung in einem anderen Landesteil zu verbringen.

Leider und erstaunlicherweise hat die erhöhte Mobilität nicht zu einem besseren Sichkennnenlernen innerhalb der Schweiz geführt. Fragen Sie eine Gruppe Vierzigjähriger, wer von ihnen noch nie im Unterengadin und wer noch nie in den USA war; ich mache jede Wette, dass Amerika als Reiseziel das Engadin auf Platz 2 verweist. Dabei wäre es so einfach, und es wäre schön und erst noch billig, uns auf diese Weise aus eigener Anschauung mit unserem Land auseinanderzusetzen und auch unsere Landsleute in entfernteren Landesteilen etwas besser kennenzulernen. Das sind nur zwei Beispiele, die ich hier ziemlich willkürlich aus einer ganzen Reihe von möglichen herausgegriffen habe.

Die Kommission spricht zahlreiche Empfehlungen aus, und ich unterstütze sie allesamt. Sie sind wertvolle Anregungen. Sie sind nicht neu, aber deswegen nicht weniger beherzigenswert. An allen Schweizerinnen und Schweizern, besonders aber an uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern liegt es nun, diese Empfehlungen und Anregungen in die Realität umzusetzen. Das geschieht nicht in einer einmaligen Parforceleistung, womöglich noch aus einem schlechten Gewissen heraus erbracht, sondern dazu braucht es kontinuierliche Phantasie. Und diese Phantasie schafft uns die Grundlage dafür, die Unterschiede, die wir feststellen, nicht einzuebnen, sondern uns ihrer bewusst zu werden und sie als Reichtum zu erleben. Das wird dann auch unsere Glaubwürdigkeit erhöhen, wenn wir anderen, neu entstehenden Staaten – in aller Bescheidenheit selbstverständlich – die Vorzüge unserer vielfältigen Schweiz als mögliches Modell vorstellen.

**M<sup>me</sup> Dreifuss,** conseillère fédérale: En cette heure avancée, je n'aimerais pas prendre trop de votre temps précieux, mais réagir malgré tout à certaines des interventions qui ont été faites, et en premier lieu au rapport des commissions. Ce rapport est remarquable.

J'aimerais remercier la commission pour son travail ainsi que pour l'engagement qu'elle a mis à réagir à une situation qui lui paraissait être une situation d'urgence, qui le paraissait aussi à de nombreux concitoyens et concitoyennes, face à une espèce de révélation des dangers qui pourraient menacer la Suisse. Je la remercie aussi d'avoir non seulement fait une réflexion profonde sur les risques que court notre pays, mais d'avoir fait toute une série de propositions dans le domaine de la compréhension linguistique, culturelle et régionale de notre pays.

Si je qualifie ce rapport de remarquable, c'est parce qu'il nous permet de dépasser l'événement du 6 décembre 1992 et de le placer dans la continuité des préoccupations de notre collectivité sociale, de notre pays, et de lui donner ainsi sa juste proportion. J'y reviendrai tout à l'heure.

La commission, en effet, rappelle que c'est un risque constant auquel est exposée la Suisse moderne que de céder à ces forces centrifuges, que de cesser de prêter attention à la solidité du ciment confédéral et, par négligence, de voir éclater les liens qui tiennent ensemble les différentes collectivités, les différentes communautés culturelles de ce pays. Ces tendances centrifuges sont de tous les temps; elles sont inhérentes à notre pays, elles sont inhérentes au choix que nous avons fait de faire vivre ensemble des cultures différentes adossées cha-

cune à un grand ensemble national qui est un ensemble cohérent, qui parle cette langue, qui professe cette culture et qui a eu, par le passé parfois, ou même dans le présent, des tendances soit centralisatrices, soit d'expansion; on pouvait craindre que l'une ou l'autre des régions de notre pays entre en errance et se rapproche ainsi de ce pôle, de cet aimant culturel et linguistique qui se trouve à nos frontières.

Cette crainte en matière culturelle ne doit pas nous faire oublier d'autres clivages qui menacent notre pays – et dont je dirais, Dieu merci, que nous y sommes souvent aussi sensibles, en particulier lorsque nous avons l'impression qu'il y a péril en la demeure. Ce sont les clivages reflétant bien sûr des visions politiques très différentes, mais également les clivages sociaux, les clivages ville/campagne. Nous vivions depuis plusieurs années un phénomène d'éloignement, d'indifférence, d'oubli de cultiver, comme le disait M. Petitpierre, ce qui fait notre volonté de vivre ensemble. Sur fond de crise économique, sur fond également de croissance effrénée avant que cette crise économique n'éclate, nous ressentions que le fonctionnement des structures politiques ne parvenait pas à susciter l'enthousiasme. Cette espèce de crise larvée, de manque de foi dans l'avenir de notre pays, ne permettait pas de susciter cette mobilisation, ne suffisait pas à créer ce sursaut d'énergie, ce sursaut de volonté, comme le disait M. Rhinow, qui est nécessaire pour affirmer de nouveau notre cohésion. Il faut donc considérer le choc du 6 décembre 1992 comme une chance, comme un réveil brutal qui nous a secoués dans notre indifférence et qui nous a rendus sensibles quant au risque immanent et permanent de notre forme de vie commune.

Le 6 décembre nous a réveillés. Le 6 décembre est à l'origine de cette commission; le 6 décembre est à l'origine de votre motion (92.3493), Monsieur Rhinow, et de tant d'autres interventions parlementaires. Le 6 décembre est aussi à l'origine de centaines et de centaines d'initiatives qui ont été prises dans ce pays, de la décision de certaines classes de faire des échanges des deux côtés des frontières linguistiques, de ce sursaut des jeunes, auquel vous avez fait allusion, Monsieur Iten Andreas, des jeunes romands essentiellement, mais allemands aussi, qui ont immédiatement réaffirmé leur volonté de faire aboutir une trajectoire européenne. Ils ne se sont pas contentés de récolter des signatures dans leur sphère culturelle, mais sont venus, jeunes Romands, en Suisse centrale ainsi qu'en Suisse orientale pour chercher le dialogue avec leurs compatriotes et lancer cette discussion européenne qui, faute de temps, n'avait pas eu la possibilité de s'approfondir avant le scrutin du 6 décembre 1992.

J'ai été attristée par certaines des interventions faites ici: par la vôtre, Monsieur Iten, qui donnait l'impression que tout ce travail n'était que réaction de mauvais perdants, n'acceptant pas une décision majoritaire, alors qu'il n'est que la manifestation du souci commun des perdants et des gagnants quant au risque d'éclatement de ce pays. J'ai également été attristée par le sentiment qui ressortait de vos deux interventions, Messieurs Schallberger et Danioth: vous seriez au fond les gagnants de cette campagne, mais des gagnants honteux; vous avez l'impression d'être mis maintenant sur le banc des accusés. Cela ne me paraît pas du tout être le cas: vous n'êtes pas mis sur le banc des accusés, vous avez été, comme tous les autres, réveillés de ce cauchemar du 6 décembre, le cauchemar d'une Suisse où la communication ne se ferait pas et où le clivage politique, pour une fois coïncidant avec le clivage des cultures, pourrait aboutir à ce que des communautés se tournent le dos.

En tant que Romande, je dois dire d'ailleurs que, pour moi, l'étonnement le plus grand du 6 décembre a moins été la différence du vote que l'on voyait se dessiner tout au long de la campagne – les deux points de vue se sont exprimés malgré tout avec toute la clarté qui permettait bien d'imaginer quel serait le résultat final –, que tout d'un coup le fait que la Romandie s'est sentie en tant que Romandie face à un bloc allemand, c'est-à-dire que la diversité culturelle à l'intérieur même d'une partie de la Suisse, la Suisse romande, a été effacée par le sentiment d'avoir été écrasée par un vote dont la caractéristique culturelle était également évidente. Ce qui m'a inquiétée c'est une certaine tentative de tourner le dos à l'ensemble de la

Suisse. Mais cette tentative a été écartée très vite, ça a été tout simplement la réaction du lendemain; dès le surlendemain, de nombreuses initiatives ont été prises pour manifester la volonté de dialogue, la volonté de réforme de ce pays, la volonté de vivre ensemble; le signal d'alarme avait été entendu. Et une fois de plus dans ce pays, lorsque le signal d'alarme est entendu, lorsque l'on constate combien le seuil de sensibilité au risque d'éclatement est bas, qu'il y a des réactions qui se manifestent immédiatement, je ne puis dire qu'une chose: notre corps social est sain, il y a une volonté de vivre ensemble, il y a une volonté d'éviter les déchirures, et s'il y en a, comme le disait M. Cavadini Jean, de raccommodez, avec modestie et sans arrogance, le tissu social.

Voilà la leçon que je tire de ce rapport. Si j'en remercie ses auteurs, les commissions, c'est parce qu'il met en perspective à la fois nos forces centrifuges et nos forces centripètes, ce qui nous lie et ce qui menace notre union, et qu'il manifeste, par des propositions concrètes, cette volonté d'union. N'y voyez aucune contradiction ni aucun entêtement, par rapport au premier jour où j'ai eu l'honneur de me présenter devant vous, si, au nom du Conseil fédéral, je vous dis que ces mots de louanges que le Conseil fédéral partage n'aboutissent pas à vous dire que nous acceptons sans autre la motion de votre commission; le Conseil fédéral vous prie de bien vouloir la transformer en postulat, auquel cas le Conseil fédéral serait très heureux de se mettre à l'examen de toutes vos propositions.

Cela n'est pas contradictoire, parce que l'on peut admirer un rapport, on peut se révéler convaincu par des propositions et considérer malgré tout que ces propositions ne peuvent sans autre se réaliser, qu'elles sont soit trop diffuses soit trop précises pour que l'on puisse, en toute honnêteté intellectuelle, les accepter. Vous prendrez sans doute une décision contraire à celle que je vous invite à prendre. Je tiens cependant à dire très clairement qu'il y a une honnêteté intellectuelle à déclarer que nous ne pouvons pas, par exemple, prendre l'engagement de réaliser l'organisation d'une exposition nationale pour l'an 2000. Nous désirons collaborer avec des cantons, selon le principe de subsidiarité que vous avez vous-mêmes souligné, et certains cantons ont des propositions concrètes pour 1998, qui lieraient d'ailleurs votre proposition en ce qui concerne les 150 ans de l'Etat fédéral et celle de l'exposition nationale.

Sur les 150 ans de l'Etat fédéral, j'ai eu l'occasion de répondre le 6 octobre 1993, à Genève, à l'interpellation Iten Andreas (92.3527). Sur ce plan-là, nous pourrions effectivement accepter la motion. Nous sommes engagés dans la préparation de cette commémoration, dans l'esprit qui est également celui de votre commission. Ajoutons tout simplement la dette, qui me devient de plus en plus évidente, que nous avons, malgré sa mauvaise réputation, envers l'Helvétique et pas seulement envers la Constitution de 1848.

En ce qui concerne la révision totale de la constitution, vous savez que le Conseil fédéral est décidé également à l'entreprendre et que l'espoir de la réaliser, de faire des propositions qui pourraient aboutir en 1998, a également été affirmé par le Conseil fédéral. Mais d'autres propositions demandent examen. Tenir compte des minorités culturelles et linguistiques dans le cadre de la réforme du gouvernement et de la réforme du Parlement ne peut pas être accepté tel quel, sous forme de motion. C'est typiquement quelque chose qui, de l'avis du Conseil fédéral, relève du postulat. Il en va de même des deux autres propositions qui concernent directement le Conseil fédéral et qui demandent examen pour savoir comment concrétiser vos propositions.

Hélas, en ce qui concerne les médias, en ce qui concerne l'enseignement, vos propositions, toutes pertinentes, et les échanges en la matière sont des recommandations que l'on peut faire à d'autres instances qu'au Conseil fédéral. Le Conseil fédéral peut les répercuter – comme cela est envisagé d'ailleurs dans la motion de votre commission –, mais quant à l'engagement de le faire sous forme d'un acte législatif ou politique immédiat, nous ne pouvons pas le prendre, en toute honnêteté.

Je félicite aussi votre commission pour les recommandations qu'elle fait à la vie économique. Je regretterai peut-être simple-

ment qu'elle s'arrête à la vie des associations économiques. Il y a beaucoup plus à faire, comme l'a d'ailleurs souligné M. Delalay. Il y a des clivages qui ne sont pas des clivages seulement linguistiques et culturels, mais qui parfois les recourent et qui, de ce fait, les rendent dangereux: ce sont les clivages des taux de chômage, du pouvoir économique. La proposition que vous faites vous-mêmes de maintenir la vigilance de vos Conseils pour accompagner ces mesures est, bien sûr, quelque chose que je ne peux qu'appeler aussi de mes vœux, au nom de ce sursaut de volonté et de ce sursaut de vigilance que nous vaut le 6 décembre.

Que faisons-nous concrètement? C'est cela que je tiens aussi à dire parce qu'il ne s'agit pas seulement de préciser ce que nous ne pouvons pas accepter sous forme de motion, mais ce que nous avons entrepris et qui va dans le sens des recommandations et propositions de votre commission, vous le savez, vous y êtes associés très étroitement. L'article sur l'encouragement de la culture, nous devons maintenant le faire aboutir et nous préparons la campagne qui devra être une campagne aussi de compréhension linguistique régionale et culturelle de ce pays. De même, je vous invite à achever aussi rapidement que possible, aussi bien que possible, l'article révisé sur les langues, de façon à ce que nous ayons, là aussi, l'instrument qui permettra ensuite, par une législation appropriée, d'aller plus loin dans la mise au point, dans l'affûtage des instruments de compréhension culturelle et linguistique. Nous avons besoin de ces bases constitutionnelles expresses, j'ai déjà eu l'occasion de le dire le 27 avril 1993, pour aller plus loin dans la concrétisation.

Je l'ai dit tout à l'heure, les autres points que vous avez soulevés sont des points où le Conseil fédéral considère certainement qu'il est dans une position opportune pour faire passer le message auprès des cantons, auprès des mass média. Mais il ne peut pas faire plus que vous le faites vous-mêmes avec ce rapport, qui est un appel à la vigilance et un appel à la volonté qui concerne l'ensemble de notre collectivité, nos concitoyens, nos concitoyennes, la vie associative et la vie politique de ce pays.

Permettez-moi encore une fois, pour terminer, de dire merci pour le rapport, merci pour les propositions, de vous affirmer que la volonté d'agir dans ce sens est réelle, mais de vous prier de renoncer à transmettre vos propositions sous forme de motion. La forme que vous lui donnerez ne changera pas la volonté du Conseil fédéral d'aller dans le même sens que vous, de tirer à la même corde que vous.

**Piller**, Berichterstatter: Ich danke Frau Bundesrätin, aber auch den Ratsmitgliedern für die gute Aufnahme des Berichtes.

Was die konkrete Frage anbelangt, halte ich aber folgendes fest: Nach unserem Reglement beauftragt das Postulat den Bundesrat, «zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob ....» Zur Motion heisst es aber ganz klar: «Die Motion beauftragt den Bundesrat, den Entwurf zu einem Bundesgesetz oder Bundesbeschluss vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.» Wir sind jetzt am Punkt angelangt, wo wir Massnahmen treffen müssen. Wir haben in den beiden vereinigten Kommissionen, unterstützt von namhaften Juristen, einen einstimmigen Entscheid gefällt.

Wir sind alle zum Schluss gekommen, dass dies ein Motions-text ist, und möchten deshalb, Frau Bundesrätin, an der Motion festhalten.

*Bericht 92.083 – Rapport 92.083*

**Präsident:** Die Kommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen und dem Antrag an die Büros der beiden Räte zuzustimmen.

*Zustimmung – Adhésion*

*Motion 93.3527*

*Abstimmung – Vote*

Für Ueberweisung der Motion

25 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*Schluss der Sitzung um 13.15 Uhr*

*La séance est levée à 13 h 15*

mann, Steiner Rudolf, Suter, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zölch (111)

*Für den Antrag der Kommission stimmen:*

*Votent pour la proposition de la commission:*

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlín, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Carobio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Danuser, de Dardel, Diener, Dormann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meyer Theo, Misteli, Poncet, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruffy, Savary, Schmid Peter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Weder Hansjürg, Zbinden, Zisyadis, Züger, Zwygart (71)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Grendelmeier, Pini (2)

*Abwesend sind – Sont absents:*

Béguelin, Cavadini Adriano, David, Friderici Charles, Maitre, Mauch Rolf, Pidoux, Scherrer Werner, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Judith, Steffen, Stucky, Ziegler Jean, Zwahlen (15)

*Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:*

Haller (1)

#### **Art. 93 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Festhalten

#### **Art. 93 al. 2**

*Proposition de la commission*

Maintenir

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 98**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

*An die Einigungskonferenz – A la Conférence de conciliation*

Sammeltitel – Titre collectif

### **Sprachliche Verständigung Compréhension linguistique**

92.083

### **Verbesserung der Verständigung zwischen den Sprachgebieten Amélioration de la compréhension entre les différentes régions linguistiques**

Bericht der Verständigungskommissionen des Nationalrates und des Ständerates vom 22. Oktober 1993 (BBl 1994 I 17)

Rapport des Commissions de la compréhension du Conseil national et du Conseil des Etats du 22 octobre 1993 (FF 1994 I 19)

Beschluss des Ständerates vom 14. Dezember 1993  
Décision du Conseil des Etats du 14 décembre 1993

Kategorie II, Art. 68 GRN – Catégorie II, art. 68 RCN

*Antrag der Kommission*

Kenntnisnahme vom Bericht

*Proposition de la commission*

Prendre acte du rapport

**Leuba** Jean-François (L, VD), rapporteur: Le rapport imprimé que vous avez entre les mains relate, sans entrer dans les détails, les idées fortes qui se sont dégagées au cours des six séances de la commission du Conseil national et du nombre à peu près égal des séances de la commission du Conseil des Etats, puis pendant une séance commune, au cours de laquelle nous avons arrêté les recommandations et propositions qui vous sont soumises.

Comme vous avez le rapport imprimé, il ne me paraît guère utile de le paraphraser, puisque, contrairement à ce qui se passe avec un rapport du Conseil fédéral, le rapport lui-même est censé relater les positions unanimes ou majoritaires de votre commission.

Je me contenterai donc de mettre assez brièvement l'accent sur quelques points qui me paraissent fondamentaux.

1. Bien que la tendance en ait été très forte, surtout au début de nos travaux, nous nous sommes efforcés de ne pas rouvrir le débat sur l'EEE. En commission se trouvait une majorité de membres favorables à l'adhésion, et une minorité qui lui était opposée. Il ne s'agissait pas, dès lors, de chercher les moyens de convaincre ces derniers qu'ils s'étaient trompés, ce qui aurait été d'ailleurs vain, mais de constater simplement – ce qui a été mis en évidence dans le rapport – que le 6 décembre 1992 a agi essentiellement comme révélateur d'un phénomène qui existe peut-être depuis que la Suisse moderne existe, en tout cas à travers tout le XXe siècle.

Nous souhaitons que la discussion d'aujourd'hui ne soit pas la répétition d'un débat sur la position de la Suisse en Europe – nous en avons d'ailleurs parlé la semaine dernière –, mais se concentre sur les moyens de permettre aux Suisses des différentes cultures de resserrer des liens qui traduisent leur volonté de vivre ensemble.

2. Nous avons rejeté catégoriquement l'expression de «Röstigraben», qui tient davantage du slogan que de la réflexion profonde, et qui révèle surtout une grande superficialité dans l'approche de ce problème. Nous lui avons préféré celle de «différence culturelle» ou de «différence de sensibilité». En revanche, il nous paraît parfaitement erroné de nier l'existence de ces différences. Samedi, j'entendais un Tessinois qui s'exprimait devant une assemblée romande et qui disait: il n'y a pas davantage de «Röstigraben» que de «Polentagra-

ben». Il me faisait penser aux formules «circulez, il n'y a rien à voir», ou bien «tout le monde il est beau, tout le monde il est gentil».

La commission s'est absolument refusée à tomber dans ce travers. Elle a préféré rechercher les différences culturelles et politiques entre la Suisse alémanique et la Suisse romande, qui ont été trop souvent mises en évidence par les écrivains pour qu'on puisse les nier. On ne sert en rien la compréhension en masquant le problème. Il faut au contraire le mettre en évidence et rechercher les moyens de le résoudre ou, en tout cas, d'en atténuer les effets pour que nous puissions vivre politiquement ensemble d'une manière harmonieuse.

3. J'aimerais attirer votre attention sur le tableau qui figure en page 5 du rapport, soit sur le nombre de résultats cantonaux divergents dans les votations fédérales de 1978 à 1987. On ne peut pas croire que c'est un hasard si, parmi les 8 cantons dont la voix a le plus souvent été majorisée, se trouvent 5 cantons romands plus Bâle-Ville et le Tessin. On en tire logiquement la conclusion que la différence culturelle ou linguistique a des effets dans le domaine politique. Jusqu'à ce jour, le fédéralisme a évité à la Suisse des problèmes de minorité comme en connaissent d'autres pays.

Ce qui est inquiétant dans la statistique susmentionnée, c'est qu'elle tend à démontrer qu'il pourrait se faire un front romand et un front alémanique. Compte tenu des rapports arithmétiques des forces, les Romands auraient alors l'impression de ne plus être maîtres de leur destin, ou en tout cas de se voir imposer par la majorité alémanique des solutions qu'ils repoussent majoritairement. Le progrès technique, les brassages de population, la facilité des déplacements et les économies d'échelle poussent à la centralisation. Il y a là un danger. A notre avis, notre responsabilité politique est de bien distinguer ce qu'il est indispensable de faire en commun de ce qui peut, sans inconvénient majeur, être laissé au choix des cantons. Ce n'est pas une chose facile. L'homme, et le juriste en particulier, tend à imposer la solution qu'il croit bonne à l'ensemble du pays. L'esprit de géométrie apparaît souvent comme plus satisfaisant que l'esprit de finesse, mais il faut constamment se souvenir que la paix confédérale tient aussi au fait qu'il ne faut pas faire le bonheur des autres confédérés contre leur gré, même si ce bonheur nous tient à coeur.

4. Notre commission s'est longuement occupée du problème linguistique. Je renvoie ici au chiffre 5 du rapport. J'aimerais simplement souligner que la commission nous a chargé de protester publiquement auprès de la SSR pour l'émission de télévision qui a eu lieu le 20 février dernier à l'issue de la votation sur l'initiative des Alpes, et qui éclaire assez bien le débat. Selon le récit qui nous en a été fait, on a d'abord entendu à la télévision alémanique un débat entre les quatre présidents des partis gouvernementaux, débat qui s'est déroulé en dialecte. Outre que les dialectes uranais, haut-valaisan, appenzellois et grison ne sont pas forcément d'accès facile pour les oreilles romandes ou tessinoises, un de nos collègues a fait remarquer, justement selon nous, qu'il avait le droit de comprendre ce que disait le président de son parti lorsqu'il s'exprimait sur le résultat d'une votation fédérale.

J'ajoute à titre personnel que si je suis volontiers un débat politique sur la chaîne alémanique lorsqu'il a lieu en allemand, je change rapidement lorsque ce débat se déroule en dialecte. Mais le comble a été atteint lorsque, à la fin de ce débat, on a demandé à M. Günther Topmann, vice-président de la Commission des transports du Parlement européen, ce qu'il en pensait. Notre commission a trouvé choquant que l'on parle le dialecte devant un ressortissant allemand, ou devant n'importe quel autre étranger d'ailleurs, alors que de toute évidence il ne comprend qu'imparfaitement cet idiome. Ce n'est pas seulement le bon sens, mais la simple bienséance qui a été violée.

5. Un des points fort intéressants de notre discussion a été la comparaison des relations que les Romands entretiennent avec la France, d'une part, et celles que les Alémaniques ont avec l'Allemagne, d'autre part. Les relations des Romands avec la France peuvent être qualifiées de tout à fait paisibles. Jamais les Romands ne se sont sentis menacés par une quelconque volonté hégémonique française. Depuis la Révolution

française, la France n'a jamais émis de prétention territoriale sur la Suisse, et elle doit au contraire à Napoléon l'Acte de médiation qui est le lointain fondement de la Suisse moderne, plaçant pour la première fois sur pied d'égalité des cantons francophones et germanophones. Si donc les Romands se tournent naturellement vers la France, et surtout vers Paris pour tout ce qui touche la langue et la culture, s'ils regardent au moins autant les télévisions françaises que les chaînes suisses, ils ne se sentent aucune affinité avec les moeurs politiques françaises, de telle sorte qu'ils distinguent sereinement leur appartenance au monde culturel francophone de leur union politique avec les autres cantons suisses.

Tout autre est la position de nos compatriotes alémaniques à l'égard de l'Allemagne. Près de 50 ans après l'écroulement de la grande Allemagne et de ses rêves hégémoniques, l'Alémanique a encore une position très défensive à l'égard de son voisin du nord, sentiment qui s'est peut-être encore renforcé depuis la réunification. Naturellement influencée par les réalisations de cette grande nation qu'est l'Allemagne moderne, il se trouve en quelque sorte dans une relation ambiguë faite, à la fois, d'admiration, de volonté de mimétisme d'une part, mais aussi de volonté d'affirmer son indépendance et son particularisme comme rempart face à toute renaissance d'une volonté annexionniste.

A cela s'ajoute que les institutions politiques allemandes sont beaucoup plus proches des nôtres que les institutions politiques françaises. Il s'ensuit que la distinction naturelle en Suisse romande entre le culturel (français) et le politique (suisse) n'est nullement aussi sensible en Suisse alémanique. Les Romands de la commission ont été littéralement stupéfaits d'apprendre qu'un de leurs collègues alémaniques se sentait choqué de l'insistance des Romands à vouloir participer aux institutions de la francophonie, alors que pour eux cela ne représente aucune trahison quelconque de leur patriotisme helvétique. En revanche, les Romands ont de la peine à accepter les rencontres tripartites au niveau ministériel entre l'Allemagne, l'Autriche et la Suisse, car il s'agit là d'un domaine politique, dans lequel la Suisse n'a pas à rechercher des relations privilégiées avec ses seuls voisins germanophones.

6. Notre commission s'est demandé comment elle pouvait, pour respecter les formes de notre procédure parlementaire, formuler des propositions concrètes pour améliorer la compréhension entre les régions linguistiques. Elle s'est notamment heurtée à deux difficultés: d'une part, à côté des domaines propres de la Confédération, dans lesquels nous nous sentons libres d'intervenir directement, il y a les domaines qui relèvent de la compétence des cantons, notamment, ce qui est très important pour nos préoccupations, l'instruction publique et la culture, où nous ne pouvons que demander au Conseil fédéral de transmettre des voeux aux organes cantonaux compétents, puisqu'il est justement hautement souhaitable que la Confédération respecte ici précisément les compétences cantonales. A cela s'ajoutent encore les domaines qui relèvent du secteur privé ou d'organismes publics indépendants où ne pouvons qu'attirer l'attention des responsables en souhaitant qu'ils prennent en compte nos réflexions.

D'autre part, nous avons hésité à présenter 23 motions ou postulats, d'autant plus que manifestement les voeux que nous avons exprimés n'ont pas tous la même importance. La solution choisie a consisté dans la formulation de 23 propositions et recommandations approuvées par les commissions des deux Conseils; propositions et recommandations sanctionnées par une motion qui charge le Conseil fédéral non seulement d'accorder une attention toute particulière à la compréhension linguistique et régionale en Suisse, mais encore et surtout, soit de soumettre à l'Assemblée fédérale les modifications de lois nécessaires afin de concrétiser les propositions des commissions, soit de transmettre nos propositions aux cantons et aux organisations publiques et privées lorsque la compétence fédérale fait défaut. Par cette motion, le Conseil fédéral est en outre chargé de faire rapport, dans le cadre du rapport de gestion, sur le degré de réalisation de ces propositions. En adoptant la motion, vous donnerez ainsi directement votre appui aux 23 recommandations et propositions. J'ajoute

que c'est la raison pour laquelle l'amendement de minorité Grendelmeier a été transformé en postulat de manière à pouvoir être traité de cette manière selon les formes de notre procédure parlementaire.

En conclusion, nous aimerions encore adresser nos remerciements aux différents experts que nous avons entendus: MM. Jean-François Bergier et Wolf Linder, professeurs, M. Roger de Weck, rédacteur en chef du «Tages-Anzeiger», MM. Jean Cavadini et Peter Schmid, respectivement conseiller aux Etats et conseiller d'Etat. Ils nous ont largement éclairés pour l'accomplissement de notre mission. Nos remerciements vont également à M<sup>me</sup> Elisabeth Barben et M. Pierre-Hervé Freléchoz, secrétaires, qui ont accompli un travail remarquable, si nous osons en juger, dans la rédaction du rapport final.

Ensuite, nous aimerions souligner qu'au cours de nos travaux, la diversité culturelle de la Suisse est apparue à vos commissaires comme un enrichissement qui nous fait aimer davantage encore notre pays. Au terme de ce travail, nous pouvons constater que jamais durant nos travaux ne s'est même posée la question d'une séparation ou d'une division, mais au contraire s'est renforcée notre volonté de vivre ensemble. A nous, femmes et hommes de ce pays, de trouver les voies et moyens de le faire, harmonieusement, dans le respect de nos sensibilités culturelles et politiques.

**Grossenbacher Ruth (C, SO),** Berichtstatterin: Wir stellen Ihnen den Bericht der Verständigungskommissionen des Ständerates und des Nationalrates vor. Wie ist es zu diesem Bericht gekommen?

Die EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 hat ganz klar zutage gebracht, was wir unterschwellig schon lange wussten: Die welsche Schweiz denkt und entscheidet in aussen- und verkehrspolitischen Fragen ganz anders als die deutsche Schweiz. Das war bei der Abstimmung zum Uno-Beitritt schon so. Das war am 20. Februar dieses Jahres (Alpen-Initiative) wieder der Fall.

Neu und im Ausmass erschreckend war aber, wie wenig gegenseitiges Verständnis für das Ja zum EWR auf der einen Seite und das Nein zum EWR auf der anderen Seite aufgebracht wurde. Zugegeben, es gab nach dem 6. Dezember 1992 noch andere Ja-Nein-Gräben: zum Beispiel zwischen den Deutschschweizer Kantonsregierungen und Politikern und dem Volk oder zwischen Stadt und Land. Aber am grössten war der Riss entlang der Sprachgrenze. Auf der Deutschschweizer Seite wurde gesagt – ich sage das bewusst plakativ –, die Romands sollten aufhören zu jammern und sich dem demokratisch gefassten Entscheid fügen. Umgekehrt hat es in der Romandie alles in allem wenig ernsthafte Versuche gegeben, die Haltung der Mehrzahl der Deutschschweizer zu erklären oder zumindest nachzuvollziehen. Kurz, es ging auf beiden Seiten der Sprachgrenze eher um Verurteilung als um Verständnis.

Diese Situation war nicht neu. Ich erinnere an die berühmt gewordene Rede Carl Spittlers während des Ersten Weltkrieges. Ich zitiere daraus: «Wir haben es dazu kommen lassen, dass .... zwischen dem deutsch Sprechenden und dem französisch Sprechenden Landesteil ein Stimmungsgesetz entstanden ist. .... Also ich glaube, wir sollen uns um das Verhältnis zu unseren französisch Sprechenden Eidgenossen freilich kümmern, und das Missverhältnis soll uns bekümmern. .... Dafür müssen wir müssen uns besser verstehen. Um uns aber besser verstehen zu können, müssen wir einander vor allem näher kennenlernen.»

Aus diesen Worten Spittlers – sie sind auch im Bericht erwähnt – lässt sich ableiten, dass das Problem nicht neu ist. Aus der Rede Spittlers lässt sich aber ebenfalls ableiten, dass wir einander, um uns besser verstehen zu können, besser kennenlernen müssen. Um dieses bessere Kennenlernen geht es im vorliegenden Bericht. Wichtig erscheint mir zu betonen, dass nicht das Ergebnis der EWR-Abstimmung der Grund war, diese Kommissionen einzusetzen, denn dann müssten wir uns zu Recht den Vorwurf gefallen lassen, wir, die Befürworter eines EWR-Beitritts, würden uns einem demokratischen Entscheid nicht beugen. Vielmehr waren es die bereits

erwähnten Begleitumstände rings um die Abstimmung, die parlamentarischen Vorstösse nach dem 6. Dezember 1992, die Sorge um unsere multikulturelle Schweiz, das Wissen um das schlechte Gesprächsklima, die zur Einsetzung dieser beiden Kommissionen geführt haben; denn wir sind ja alle stolz auf unser viersprachiges Land.

Wir werden im Ausland als das Musterbeispiel eines Landes aufgeführt, das ohne einheitliche Landessprache in der Lage ist, eine Nation zu sein. Wir rühmen uns, eine Willensnation zu sein, denn nicht geographische Umstände haben uns zusammengeführt. Wir sind dem Schicksal dankbar, dass die verschiedenen Konfessionen nebeneinander Platz haben. Glücklicherweise waren die konfessionellen Grenzen nie identisch mit der Sprachgrenze.

Wir alle in diesem Land sind uns aber zuwenig bewusst, dass diese positiven Eigenheiten, die den inneren Reichtum unseres Landes überhaupt ausmachen, keine Geschenke sind. Es ist eine Daueraufgabe dieses Parlaments und unseres Bundesrates, aber auch der Schweizerinnen und Schweizer aller Sprachen, Regionen und Religionen, sich um das gute Zusammenleben zu bemühen. Das gegenseitige Verständnis, die gegenseitige Verständigung zu suchen ist für unser Land ein Dauerauftrag. Denn nicht in einem passiven Nebeneinander lösen wir unsere anstehenden Probleme, sondern im aufwendigeren – oft auch mühsameren – Miteinander. Statt eine Arbeitsgruppe einzusetzen, hätte es die Möglichkeit gegeben, Gras über die Sache wachsen zu lassen in der Hoffnung, die Zeit werde die Wunden wieder heilen, irgendwann werde sich die Gesprächsbereitschaft wieder einstellen und das nötige gegenseitige Verständnis wieder einfänden. Dieser Weg wäre vordergründig der leichtere gewesen. Ich bin aber der Meinung, dass es nicht der richtige Weg gewesen wäre, denn Konflikte lassen sich nicht lösen, indem man sie nicht wahrnimmt, sie einfach unter den Teppich kehrt.

Ich begrüsse es deshalb, dass der zweite, der schwierigere Weg gewählt wurde. Das heisst: Es ist der Frage nachzugehen, weshalb wir uns unterschiedlich verhalten haben, und es sollen Lösungsmöglichkeiten zum besseren Verständnis zwischen den verschiedenen Landesteilen erarbeitet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte das Parlament zwei Verständigungskommissionen ein, eine ständerätliche und eine nationalrätliche.

Ich werde jetzt versuchen, Ihnen einzelne Schwerpunkte aus unseren Beratungen näherzubringen und die Erkenntnisse daraus, die Sie in den 23 Empfehlungen finden, vorzustellen. Ein Thema, das uns sehr beschäftigt hat – es wurde auch von meinem Kollegen Leuba erwähnt –, ist das Thema Mundart. Man muss sich das so vorstellen: Auf der einen Seite haben wir Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer, die zwei Sprachen verwenden: Die eine Sprache wird fast ausschliesslich mündlich benutzt, unsere Mundart, durch die wir uns auch identifizieren; die andere Sprache wird von vielen Menschen in diesem Land fast ausschliesslich schriftlich benutzt, die Schriftsprache. Auf der anderen Seite haben wir die Romands, die unsere Mundart nicht verstehen, sondern nur unsere Schriftsprache, mit der wir Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer so Mühe haben, wenn wir sie sprechen sollten.

Dieses Problem, und es ist eines, müssen wir angehen, wenn wir etwas zur besseren Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachgebieten der Schweiz machen wollen.

Es ging in der Kommission nie darum – das muss ich ausdrücklich sagen –, die Mundart zu verketzern oder für die Schriftsprache zu missionieren. Vielmehr ging und geht es darum, dass wir uns bewusst werden: Es ist eine Frage des Respektes gegenüber den Romands, dass wir in ihrer Gegenwart Schriftdeutsch sprechen. Das gilt für die betroffenen Medien – Herr Leuba hat Ihnen ein negatives Beispiel geliefert –, das gilt aber auch für jeden Deutschschweizer und jede Deutschschweizerin. Wir müssen die Barriere des Schriftdeutschsprechens überwinden.

Wussten Sie, dass der Kanton Neuenburg seine zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer zum Deutschlernen nach Deutschland schickt und nicht in die deutsche Schweiz? Denn da war der Erfolg nicht gross genug, man hat ja auch an den Universitäten Mundart gesprochen – und das geht natürlich nicht.

Aus diesen Erkenntnissen heraus bildete sich der zweite Teil der Empfehlung 13, nämlich in der Deutschschweiz von der Primarschule bis zur Universität die Schriftsprache als Unterrichtssprache zu verwenden. Für den Medienbereich wurde die Empfehlung 9 geschaffen, wonach Informationssendungen von nationalem Interesse in der Deutschschweiz in der Schriftsprache auszustrahlen sind.

In der Kommission war viel vom Erlernen der zweiten Landessprache die Rede, denn die Sprache ist und bleibt das Transportmittel zur besseren Verständigung. In den meisten Kantonen wird die zweite Landessprache bereits ab der 4. oder 5. Primarklasse unterrichtet – dies, nachdem die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) bereits 1975 eine entsprechende Empfehlung herausgegeben hat. An den Berufsmittelschulen ist die zweite Landessprache seit etwa zwanzig Jahren Pflichtfach.

Die Frage drängt sich auf – sie konnte während den Kommissionsarbeiten nicht abschliessend beantwortet werden –, ob parallel zum früheren Erlernen der zweiten Landessprache das Interesse am anderen Landesteil geweckt werden konnte. Klar war uns aber während unserer ganzen Arbeit, dass in der persönlichen Begegnung, im gegenseitigen Kennenlernen der Schlüssel zur Verständigung liegt.

Im Bildungsbereich sprechen wir dabei von Austausch. Auch auf diesem Gebiet wird schon einiges getan. Auch hier hat die EDK bereits 1975 Empfehlungen an die Kantone abgegeben, Klassen- und Lehreraustausch zwischen den Regionen zu fördern. Einige Kantone sind sehr aktiv, andere wieder nicht. Vieles bleibt auf diesem Gebiet noch zu tun. Am erfolgreichsten wäre es, wenn der jeweilige Austausch institutionalisiert würde. Sie finden entsprechende Vorschläge auch in der Empfehlung 20, z. B. Austausch während der Studienzeit und auch die Durchführung von gemischtsprachigen Rekrutenschulen. Auch Intensivwochen für angehende Lehrkräfte in einem anderssprachigen Landesteil schlagen wir vor. Auch dies ist nicht neu. So schickt der Kanton Solothurn seine Seminaristinnen und Seminaristen während vier Wochen nach Neuenburg; ein Teil dieses Aufenthalts fällt in die Ferien dieser Schülerinnen und Schüler. Hier arbeiten diese Schüler halbtags in einem Betrieb, der eng mit Leuten zu tun hat, als Serviceangestellte, in Blumengeschäften oder beim Verleih von Booten. Am Nachmittag findet dann der Unterricht statt – oder am Vormittag. Die Schüler und Schülerinnen wohnen in Familien. Der Erfolg dieser Wochen ist gross. Wir merken daraus, dass all diese Vorschläge mit gutem Willen umsetzbar sind.

Unsere Kommission hat sich während der Arbeit nicht in den Wolken bewegt. Es war unser festes Ziel, einen Bericht mit den entsprechenden Vorschlägen vorzulegen, der nicht wegen Undurchführbarkeit oder Umsetzungsschwierigkeiten in der Schublade landen würde. Da sich aber die Empfehlungen, wie Sie sehen, an die unterschiedlichsten Adressaten richten, da sie nicht alle von gleicher Bedeutung sind und da vieles in den Kompetenzen der Kantone liegt – Herr Leuba hat Sie eingehend darüber informiert –, haben die beiden Kommissionen eine Motion verabschiedet.

In dieser Motion wird der Bundesrat unter anderem beauftragt, «Massnahmen zu treffen und der Bundesversammlung die nötigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten», um die formulierten Anträge zu verwirklichen. Wo die Zuständigkeit des Bundes fehlt, prüft der Bundesrat jeweils, ob er die zuständigen Stellen bei der Verwirklichung der Vorschläge unterstützen kann. Der Bundesrat berichtet im Geschäftsbericht über die Ergebnisse sowie über den Stand der sprachlichen und regionalen Verständigung in der Schweiz.

Der Ständerat war einstimmig für die Überweisung dieser Motion. Wir bitten Sie, dem Ständerat zu folgen.

Durch die Arbeit in der Kommission wurden wir Kommissionsmitglieder dahin gehend sensibilisiert, dass schon vieles in unserem Land zur besseren Verständigung getan wird. Deshalb müssen wir auch Vorhandenes anerkennen und bei den Ausführungen die vorhandenen Institutionen berücksichtigen. Ich denke da an die Pro Helvetia; ich denke an die CH-Stiftung, die 1976 eingesetzt wurde, die sich zum Beispiel mit Erfolg für den Lehrlingsaustausch einsetzt und auch die Übersetzung zeitgenössischer Literatur in die andere Landesspra-

che fördert – es wurden bereits hundert Werke in die andere Landessprache übersetzt –; ich denke an das Maison latine, das Stapferhaus in Lenzburg und auch an die Stiftung Waldegg in Solothurn, die den Auftrag hat, Brücken zu schlagen zwischen den Kulturregionen unseres Landes – dieser Auftrag ist in der solothurnischen Verfassung verankert.

Sensibilisiert wurden auch unsere Medienträger. Der Sender S plus hat Pläne, im Herbst dieses Jahres mit einer interessanten Fernsehproduktion zu beginnen und die Verständigung zwischen der Deutschschweiz und der Romandie zu fördern. Das Exposé ist vielversprechend.

Auch im Hinblick auf die Empfehlung 12, wo es um die Landessprachen am Radio geht, haben wir bereits ein ausgereiftes Projekt auf dem Tisch.

Die Arbeit innerhalb der Kommission war bereichernd. Ich schliesse mich dem Dank meines Kollegen Leuba an und danke den zugezogenen Spezialisten; ich danke Frau Elisabeth Barben und Herrn Pierre-Hervé Freléchoz von den Parlamentsdiensten und all unseren Kolleginnen und Kollegen sowie unserem umsichtigen Präsidenten Jean-François Leuba. Die Arbeit hat uns gezeigt und bewusst gemacht, dass wir eines nicht wollen: eine gleichförmige Schweiz. Vielmehr wollen wir weiterhin die unterschiedlichen Kulturen pflegen. Denn diese unterschiedlichen Kulturen machen den inneren Reichtum unseres Landes aus. Wie sagte doch unser Präsident an einer Sitzung: «Je dis volontiers que j'aime la Suisse parce qu'elle me permet d'être Vaudois, ce qu'aucun autre pays ne me permettrait.» Deshalb wollen wir mit Hilfe der Empfehlungen Brücken zwischen den verschiedenen Kulturen bauen – Brücken des gegenseitigen Verständnisses, Brücken der Toleranz.

**Bundi Martin (S, GR):** Ich vertrete die Auffassung, dass die Kommission uns einen guten Bericht vorgelegt hat, dass sie eine seriöse Analyse der tatsächlichen Verhältnisse vorgenommen hat, auf die wichtigsten Problemfelder hinweist und auch angemessene Lösungsvorschläge unterbreitet. Ich unterstütze denn auch die vorgeschlagenen Massnahmen und ebenfalls die Motion. Es ist allerdings zu hoffen, dass die heutige Diskussion über diesen Bericht eine nachhaltige Wirkung zeitigen werde und dass der Bericht mit zunehmender zeitlicher Distanz zum 6. Dezember 1992 nicht einfach Makulatur bleibe.

Nun möchte ich in drei Bereichen die Akzente etwas anders setzen, als die Kommission, nämlich bei den ersten beiden Empfehlungen, dann beim Jugendaustausch und schliesslich bei der sogenannten Vielsprachigkeit.

1. Zu den beiden ersten Vorschlägen der Kommission: Die Kommission peilt hier ein hochgestecktes Ziel an. Sie erblickt in einer breiten Diskussion über die Totalrevision der Bundesverfassung, dann auch in der 150-Jahr-Feier des Bundesstaates im Jahre 1998 und in der Landesausstellung im Jahre 2000 optimale Möglichkeiten der nationalen Begegnung und damit auch der Verständigung. Ich stimme zu, dass solche Ereignisse grundsätzlich zur nationalen Kohärenz und Identität beitragen können. Die Frage ist nur, wie gut sie durchdacht sind, ob es gelingt, Gespräche über den Sinn unseres Staates zu führen und einen echten Gedankenaustausch über die Sprachgrenzen hinweg zu pflegen. Vor allzu optimistischen Erwartungen ist aber zu warnen. Die begeisterte patriotische Einstellung, wie sie sich in den ersten hundert Jahren unseres Bundesstaates an grossen Landesfeiern und -ausstellungen manifestierte, ist heute nicht mehr da. Man kann sie heute nicht künstlich herbeireden. Die Parameter und die Haltungen haben sich geändert. Unsere heutige Mobilität bringt es mit sich, dass viele Begegnungen nur flüchtiger Natur sind. Die Gefahr ist darum gross, dass sich nationale Feste und Ausstellungen heute in erster Linie in Hektik, Mass media-Unterhaltung und oberflächlicher Folklore erschöpfen. Jedenfalls wären künftige nationale Anlässe, bei denen doch auch viel Engagement von Seiten des Bundes dabei sein wird, besser zu organisieren als die vergangenen Jubiläumsfeiern von 1989 und 1991.

Es wäre zu überdenken, wie Begegnungen und Beziehungen unter den diversen Sprachregionen eine vertiefte Dimension erhalten könnten.

2. Zum Jugendaustausch: Die Schweiz ist bekanntlich eine Willensnation. Soll sie als solche Bestand haben, darf es nicht zu einer Entfremdung zwischen den Sprachgemeinschaften kommen, was aber tendenziell der Fall ist. Trotz den besseren Bedingungen von heute, aufeinander zuzugehen und einander kennenzulernen, sind echte Beziehungen und Bekanntschaften seltener geworden, als sie es in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts waren.

Hier gilt es korrektiv einzuwirken, den Austausch insbesondere unter der Jugend zu fördern. Der Nationalrat hat mit Recht auch den Begriff des Austauschs in den neuen Sprachenartikel der Bundesverfassung aufgenommen. Erst ein längeres Zusammensein mit Angehörigen einer anderen Landessprache fördert echtes Verständnis und die Bereitschaft, den anderen Mitgedenken anzuerkennen und seine Sprache zu erlernen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mit einem Postulat betreffend den Austausch noch einen besonderen Akzent setzen, das heisst, diesem Anliegen Priorität einräumen wollen.

Besonders möchte sie fördern: den Lehrlingsaustausch als Bestandteil der beruflichen Ausbildung; Fremdsprachenaufenthalte der Mittelschuljugend als Teil ihrer ausserschulischen Erfahrungen; bezahlte Praktika für Arbeitslose in einer anderen Sprachregion. Mit diesen drei Bereichen wäre der grösste Teil der Schweizer Jugend angesprochen. Alle drei Aktionen sind heute schon angelaufen, teils durch Initiative von privaten Stiftungen oder Vereinen, teils aber auch durch Unterstützung von kantonalen oder Bundesstellen. Nicht alle diese Aktionen sind für die Zukunft gesichert. Es braucht die Hilfe des Bundes, damit erfreulich angelaufene Austauschprogramme nicht versiegen, sondern noch weiter ausgebaut werden. Der Bund soll in erster Linie Impulse geben und koordinieren, allenfalls subsidiär unterstützen. Nur die Förderung eines intensiven Jugendaustausches garantiert die Nachhaltigkeit der Beziehungen und trägt zum Einanderverstehen bei.

Ich bitte Sie, dieses Postulat der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur zu überweisen.

3. Eine dritte Bemerkung zur Vielsprachigkeit: Der Bericht befasst sich unter anderem mit den Begriffen «Vielsprachigkeit» und «multikulturelle Gesellschaft». Ich möchte wünschen, dass man in Hinblick auf die Massnahmen mehr von «Viersprachigkeit» sprechen würde. Im Rahmen der Viersprachigkeit ist mehr den Sorgen und Problemen der Minderheiten, insbesondere der bedrohten, Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang möchte man sich eigentlich auch wünschen, dass man nicht vergisst, wenn man von Landessprachen spricht, dass es auch noch eine rätoromanische Sprache gibt, die dazugehört. Leider muss man feststellen, dass sogar in diesem Parlament immer wieder von drei Landessprachen gesprochen wird.

Ob die kleinste Landessprache nur die vierte sein soll, das bleibe dahingestellt. Wenn man es rein von den Zahlen her betrachtet, ist sie die vierte. Wenn man sie aber von ihrem Alter her betrachtet, dann würde sie eine der ersten Landessprachen sein.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, dem übermässigen Gebrauch des Englischen einerseits und des deutschschweizerischen Dialekts andererseits Einhalt zu gebieten. Man braucht dabei nicht so weit zu gehen, wie es ein in Frankreich zur Debatte stehendes Sprachengesetz vorsieht, das mit drastischer Strenge alle fremden Einflüsse und Abkürzungen aus dem Französischen eliminieren möchte. Aber im Viersprachenland Schweiz ist darauf zu drängen, dass möglichst viele Schweizer prioritär eine zweite Landessprache, und zwar auch möglichst gut, lernen – nicht von allen denkbaren Sprachen etwas, sondern Vertiefung in einer der Fremdsprachen des Landes. Wie in dieser Hinsicht Qualität vor Quantität stehen sollte, so wäre es meines Erachtens auch zu begrüssen, dass der umfangreiche Katalog der Empfehlungen der Kommission noch stärker auf die wichtigsten und effizientesten Massnahmen reduziert und konzentriert würde.

**Ducret** Dominique (C, GE): Il y a ceux qui nient la problématique et qui affirment, la main sur le coeur, qu'elle n'existe que dans l'imagination de minoritaires frustrés. Il y a ceux qui, au

contraire, exacerbent le fossé, la fracture entre Alémaniques, Romands et Tessinois et qui voient dans ce clivage la cause de tous les malheurs des minoritaires. Il y a ceux, enfin, qui, sans nier la réalité des divergences et des difficultés qu'elles engendrent, considèrent que le pays n'est pas plus menacé par l'antagonisme de ses composantes que par son manque d'ouverture et la faiblesse de ses aspirations.

Pendant des années, la prospérité a gommé les différences. La Suisse paraissait à l'abri des conflits régionalistes et linguistiques. Alors que d'autres, les Belges, les Canadiens, se déchiraient, les Suisses, eux, surmontaient tout ce qui les séparait, vivant côte à côte dans l'illusion d'une coexistence idéale faite de compromis, de prudence et d'attention portée aux minoritaires. Puis, le soir du 6 décembre 1992, tout a basculé. En même temps que la crise économique, s'installait la sinistrose et se révélaient la détérioration de nos rapports, l'ampleur des clivages et la fragilité de notre coexistence. Ce que l'expansion économique avait masqué, la crise économique et les chambardements internationaux le montrent aujourd'hui au grand jour. Les Romands redécouvrent que les grandes décisions qui concernent leur avenir ne sont pas prises à Genève ou à Lausanne, mais à Zurich et à Berne, que les centres de décisions économiques sont essentiellement zurichois et que leur voix est bien faible dans le concert helvétique.

En Suisse, les vents deviennent contraires, les égoïsmes prennent le pas sur l'entente confédérale et le temps est venu des tensions et des malentendus. Plus que jamais, on se rend compte que la cohésion du pays est une réalité fragile qui doit être sans cesse consolidée. L'erreur consisterait à minimiser, voire à nier, le sentiment de frustration qui monte notamment en Suisse romande et à refuser d'en parler. Pour reprendre une formule chère à un conseiller aux Etats genevois, «à se gratter tant et tant qu'on en contracterait un eczéma».

Pour le groupe démocrate-chrétien, les incompréhensions sont bien réelles, et il est nécessaire de tout mettre en oeuvre pour réussir le rapprochement entre les communautés culturelles et linguistiques. Il faut éviter de sous-estimer la menace et de la mettre sur le compte d'une mauvaise humeur passagère. A défaut, nos différences pourraient bien se transformer en oppositions ou en antagonismes.

C'est dans cet esprit qu'il faut accueillir les recommandations et propositions des commissions parlementaires. C'est dans cet esprit qu'il nous faut sans cesse débattre de ce qui nous unit, mais aussi de ce qui nous désunit. C'est dans cet esprit, enfin, qu'il nous faut trouver ensemble des combats et des défis – comme les Jeux olympiques à Sion, l'Exposition nationale à Genève, mais plus encore l'intégration européenne – qui nous rassemblent et qui nous permettent, 150 ans après la création de l'Etat fédéral, de réinventer la Suisse.

La démarche que nous avons initiée est juste. Chacune des recommandations figurant en conclusion du rapport est de nature à assurer la permanence du débat, et on doit approuver la proposition de constituer un comité chargé d'accompagner et de suivre la concrétisation des vœux de la commission. A cet égard, permettez-moi de souhaiter et de suggérer que cette commission, si elle est composée de six parlementaires, ait au moins trois représentants des minorités. Quel dommage toutefois que les conseillers aux Etats aient rejeté la proposition de créer un bureau de la solidarité confédérale. Cette idée, soutenue par l'unanimité des commissaires du Conseil national, aurait permis une coordination des actions menées tant sur le plan public que privé pour rapprocher les différentes composantes du pays. Pour sûr, c'est en tout cas mon opinion, un tel bureau aurait été aussi justifié que celui de l'égalité ou celui de l'intégration, parce que la grande crainte que nous pouvons, que nous devons avoir, c'est que ce rapport soit aujourd'hui adopté à l'unanimité, que l'exercice soit déclaré terminé et que le clivage continue à s'aggraver progressivement et peut-être irrémédiablement.

En conclusion, le groupe démocrate-chrétien approuve les conclusions du rapport et soutient la motion de la commission. Mes collègues interviendront sur les différents chapitres de ce rapport.

**Früh** Hans-Rudolf (R, AR): Die FDP-Fraktion wird in dieser Debatte durch je einen Vertreter aus den vier Sprachregionen vertreten sein. Wir tragen, Herr Kollege Bundi, der Viersprachigkeit damit Rechnung. In der Öffentlichkeit, vor allem bei Leuten, die sich mit der Frage der Verständigung beruflich oder hobbyweise beschäftigen, hat der Bericht eine gute Aufnahme gefunden. Der Präsident des Stapferhauses Lenzburg, Professor Dr. Wegelin, ein Appenzeller, schrieb mir: «Der Bericht ist umsichtig, ist gut verständlich und anregend.» Wenn alles, was der besseren Verständigung dient, unternommen wird, sind wir auf dem richtigen Weg. Anregungen und Empfehlungen sind aufgelistet. Die FDP-Fraktion stimmt ihnen zu.

Ich nehme ein Beispiel von dieser Liste: Die Schweizerische Drogistenschule befindet sich in Neuenburg. Zur Debatte stand aus Kostengründen eine Verlegung in die deutsche Schweiz. Dazu kommt, dass höchstens 15 Prozent der Studenten aus der Romandie kommen. Ich habe als Präsident alles darangesetzt, die Schule in Neuenburg zu belassen. Damit haben alle schweizerischen diplomierten Drogisten während zwei Jahren in der Romandie gelebt. Es bleibt mehr als die Sprache. An den Diplomfeiern sagte ich jeweils, dass jeder diplomierte Drogist im Herzen ein Neuenburger sei.

Einige Punkte zum Bericht: Ebenfalls aus Neuenburg stammt die Schriftstellerin Monique Laederach. Sie hat in einem Aufsatz darum gebeten, statt das Wort «Röstigraben» aus dem Sprachschatz zu tilgen, wie dies unser Bericht wünscht, vielmehr die herrschende Konsenspolitik durch eine Kultur der Diskussionen und der Konfliktbewältigung abzulösen, in den Gräben hinunterzusteigen, mit dem Satz: «Au lieu d'éviter le mot, on fera mieux d'y descendre.» Sie bemängelt dann, dass es die Kommission verpasst habe, tiefer zu gehen. Wir hätten es verpasst, richtig und intensiv zu suchen, was sich unter der Decke verborgen halte.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass die Sprache, die ja nur ein Vehikel ist, nicht als einziges Mittel fruchtbareren Zusammenlebens zu betrachten ist. Die Sprache ist nicht einfach für sich alleine ein Konglomerat von Vokabeln und Grammatik. Die Kommission wäre wahrscheinlich überfordert gewesen, wenn sie hier in die ganze Tiefe der Entstehung eines gewissen Handelns in sozialer oder politischer Hinsicht hätte gehen sollen, obwohl Ansätze hierzu in den Diskussionen in der Kommission durchaus vorhanden waren. Die gleiche Monique Laederach sagt: «Il y a la morale, sociale et politique, dans laquelle elle fonctionne, et de cela, le rapport ne dit rien.»

Vielleicht sind wir alle aufgerufen, diesen Bericht nicht einfach als einen Bericht mehr zu betrachten, sondern Gesagtes und eben auch Nichtgesagtes aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Hinter der Sprache stehen andere kulturelle Haltungen und auch längerfristige andere Denkmuster. Freunde aus der Romandie sagen mir immer wieder: Die Identität der französischsprachigen Minderheit unseres Landes ist eine schweizerische. Dies gilt in gleichem Masse auch für das Tessin. Welche Begebenheit könnte das besser ausdrücken als diese: Ein kleines welsches Mädchen sieht auf einem Weihnachtsmarkt in einem Zürcher Dorf einen Weihnachtsschmuck, den es liebend gerne hätte. Es verzichtet mit dem Ausspruch: «Je l'achèterai en Suisse.»

Die Schweiz ist die Romandie. So ist es sicher auch heute nach den Abstimmungen über den EWR und die Alpen-Initiative – Entscheide, die viele Schweizerinnen und Schweizer kritisch gestimmt haben. Sie können sich trotz allem nicht vorstellen, etwas anderes zu sein als Schweizerinnen und Schweizer.

Man könnte also durchaus fragen: Gibt es wirklich einen Graben zwischen Deutsch- und Welschschweiz? Sind es nicht einfach unterschiedliche Wahrnehmungsweisen, wie sie Monique Laederach mit dem Hinweis auf verschiedene soziale und politische Strukturen zu hinterfragen versuchte? Oder anders gefragt: Gibt es nicht noch andere Gräben? Ist die deutsche Schweiz wirklich – mit Einschränkung bei den zwei Abstimmungen, einmal beide Basel und einmal Aargau – ein so erratischer Block, wie er im Abstimmungsstudio des Fernsehens jeweils farbig dargestellt wird? Da sind doch Welten feststellbar, zum Beispiel beim Pro-Kopf-Einkommen zwischen Basel-Stadt und Appenzell Innerrhoden. Dieses kompakte

Gebilde besteht doch einfach nicht. Die Ostschweiz hat als Teil dieses Landes in den verschiedensten Aspekten genau die gleichen Probleme wie die Romandie. Nehmen Sie als Beispiel die Verkehrspolitik oder die wirtschaftliche Entwicklung. Die Deutschschweiz besteht nicht nur aus dem Dreieck Zürich–Basel–Bern.

Es geht heute mehr denn je nicht nur um die Frage Romandie/Deutschschweiz, es geht um die Stellung der Kantone und der Regionen überhaupt. Man kann als profanes Beispiel auch die Vergebungspraxis des Bundes anführen. Von Seiten der Romands wird sehr oft bemängelt, diese Praxis bevorteile die Deutschschweiz. Welche Deutschschweiz ist damit gemeint? Sicher nicht die Randregionen, doch eher die wirtschaftlich schon stärkeren Kantone. Ich möchte den Romands zurufen: «La Suisse alémanique n'existe pas!» Mir scheint, dass gerade die wirtschaftliche Entwicklung, die eine völlig neue Dimension erhält, die Probleme der Sprachregionen in den Hintergrund drängt. Der Schritt zu immer grösseren Wirtschaftseinheiten, zu übergrossen Verteilungskonglomeraten, zu weltumspannenden Multis bringt im Landesinnern Disparitäten hervor, die weit über jene der Sprachregionen hinausgehen. Es entstehen Spannungen zwischen Stadt und Land, zwischen wirtschaftlich hoch und wenig entwickelten Regionen, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stelleninhabern und Arbeitslosen.

Ständerat Andreas Iten hat in der Kleinen Kammer ausgeführt, Verständigung im Volk gehöre zu jenen Werten, die der Staat nicht garantieren könne. In der Schweiz bestehen Organisationen, Schulen, Institutionen, wie das erwähnte Stapferhaus in Lenzburg, die Empfänger der Empfehlungen sind. Aber auch die Wirtschaft, die Verbände, die Sportkreise, die Schulen, die Medien und jede Bürgerin und jeder Bürger können etwas dafür tun, den anderen Sprachregionen etwas näher zu rücken.

Es sind die kleinen Dinge, die die Verständigung fördern. Wenn Sie auf kurzfristig wirksame Brückenbauerrezepte warten, warten Sie vergebens.

**Nebiker** Hans-Rudolf (V, BL): Die SVP-Fraktion würdigt die Arbeit der Verständigungskommissionen positiv. Der Bericht ist umfassend, er ist interessant zu lesen, auch wenn nicht sehr viel Neues drinsteht. Es sind an sich bekannte Dinge, von denen wir eigentlich wissen; aber es ist wichtig, dass wir uns dieses Wissen wieder bewusst machen und dass wir darüber diskutieren. Schliesslich ist zu hoffen, dass der Bericht auch einen entsprechenden Erfolg hat, nämlich den, dass die Verständigung zwischen den Sprachen tatsächlich verbessert wird.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt davon, dass wir uns immer wieder mit den Fragen und den Problemen zwischen den Sprachregionen befassen müssen. Die Fragen müssen uns bewusst und präsent sein. Sie sind nicht neu, sie werden auch in Zukunft bestehen bleiben; das ist ganz klar. Die Probleme dürfen aber nicht unüberwindbar werden, so dass wir uns komplett missverstehen. In unserem Lande leben nun einmal verschiedene Volksgruppen mit verschiedenen Sprachen und unterschiedlichen Mentalitäten zusammen. Das macht die Vielfalt der Schweiz aus, darauf sind wir stolz. Wir wollen keinen «verzürcherten» Delamuraz oder einen «verwelschten» Ogi, uns sind die urchigen Personen viel lieber; aber wir müssen uns mit ihnen abgeben, und wir müssen sie verstehen, auch wenn hie und da etwas gepoltert wird.

Es braucht also ein dauerndes Bemühen auf allen Ebenen, in der Politik, in der Kultur, bei der Erziehung, in der Wirtschaft, um immer wieder die Verständigung zu versuchen, damit unser Land bestehen bleibt.

Ich möchte mich auf zwei Bereiche aus der Politik beschränken: auf den Föderalismus und dessen Bedeutung sowie auf die Regierungs- und Parlamentsreform. Meine Kollegen und meine Kollegin werden sich dann mit der Erziehung und mit den Sprachproblemen auseinandersetzen.

Die Unterschiede zwischen den Sprachgebieten Deutschschweiz, Welschschweiz oder auch Tessin kommen besonders markant bei Volksabstimmungen zum Ausdruck. Diese Unterschiede können dann statistisch erfasst werden. Sie werden diskutiert, thematisiert, aufgebauscht oder auch ver-

niedlich. Aber man muss sich bewusst sein, dass nur ein ganz kleiner Teil der politischen Entscheide Referenden und Volksabstimmungen unterliegen. Die meisten politischen Entscheide werden auf anderen Ebenen gefällt, im Parlament, beim Bundesrat, bei der Verwaltung, bei den kantonalen Behörden oder bei den Gemeinden; dort findet der grosse Teil der politischen Meinungsbildung statt. Auf diesen untergeordneten Ebenen treten die Differenzen viel weniger zutage als bei schweizerischen Volksentscheiden. Bei diesen Entscheiden kann man auch bewusst auf die Minderheiten oder auf die Sprachregionen Rücksicht nehmen; das ist richtig so, das ist auch möglich.

Im Volksentscheid entscheidet nach Definition nun einmal die Mehrheit. Die Minderheit muss unterliegen, das ist das Grundprinzip. Dieses Prinzip stellt aber auch ein Handikap der direkten Demokratie dar. Dieses Handikap wird immer wieder deutlich bei entsprechenden Volksabstimmungen, bei denen die Mentalitätsunterschiede eine Rolle spielen. Es sind allerdings nicht nur sprachliche Minderheiten, die bei Volksabstimmungen nicht zur Geltung kommen; auch andere Minderheiten bleiben unberücksichtigt, und eine entsprechende Frustration ist nicht zu vermeiden.

In diesem Sinne belastet eigentlich die direkte Demokratie das Zusammenleben in der mehrsprachigen Schweiz. Aber deshalb die direkte Demokratie abzuschaffen wäre unsinnig und übertrieben. Wir sollten aber die Nachteile der direkten Demokratie in bezug auf das sprachliche Zusammenleben mildern. Eine Möglichkeit ist die Verstärkung des föderalistischen Elementes und des Elementes der Subsidiarität.

Wenn es uns gelingt, die Probleme auf einer möglichst tiefen Ebene zu lösen, wenn wir also die kantonalen Kompetenzen und Entscheide beibehalten, werden die Minderheiten automatisch kleiner, und es sind dann nicht nationale Minderheiten, sondern allenfalls regionale Minderheiten, die zu überwinden sind. Jede Zentralisierung belastet umgekehrt und automatisch das Zusammenleben mit den nationalen sprachlichen Minderheiten. Für uns im Parlament heisst das, dass wir immer wieder und wenn immer das möglich ist bei der Gesetzgebung den föderalistischen Lösungen den Vorrang geben. Auch wenn es Umtriebe gibt, auch wenn es vielleicht umständlicher ist, etwas föderalistisch zu lösen, müssen wir diese Unterschiede akzeptieren und vielleicht einen Mehraufwand, Mehrkosten in Kauf nehmen. Das ist der Preis des Zusammenlebens. Das ist ein Bereich, den wir im Parlament direkt beeinflussen können. Wir sollten keine grossen Theorien aufstellen, sondern bei uns muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland. Ein ganz wichtiger Bereich ist, dass wir die zentralistischen Tendenzen, die den Bundesbehörden automatisch innewohnen, nicht noch verstärken, sondern umgekehrt das föderalistische Element verstärken.

Ein zweites Feld, das wir beeinflussen können, ist die Regierungs- und Parlamentsreform. Dieser Bereich stellt neben dem Föderalismus ein zweites Element zur Verständigung dar. Wir kennen bei unserer Regierung das auf der ganzen Welt fast einzigartige System der Konkordanz. Diese Konkordanzregierung hat viel zur Stabilität unseres Landes beigetragen. Die Konkordanz hat aber auch Brücken über die Sprachgrenzen hinweg geschlagen. Minderheiten können ganz bewusst und gezielt berücksichtigt werden, insbesondere sprachliche Minderheiten. Man lässt es zu, dass sprachliche Minderheiten im Bundesrat eher stärker vertreten sind, als das ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde. Dieses Konkordanzsystem hat auch zu einer entsprechenden politischen Kultur beigetragen.

Man hört sehr oft, man sollte zu einem Konkurrenzsystem übergehen. In einem Konkurrenzsystem können eindeutiger, klarere Entscheide gefällt werden. Beim Konkurrenzsystem würde die Mehrheit natürlich auch die Regierung stellen. Aber bei diesem System der Mehrheit und der Opposition ist der Konflikt das Ziel der Politik, also die Auseinandersetzung und das Durchsetzen der Mehrheit. Hinter dem Konkordanzsystem steht eine andere Mentalität. Man will den Ausgleich suchen. Man will die Verständigung suchen, von der wir immer sprechen, und man findet den Kompromiss. Vielleicht ist der Kompromiss nicht immer die beste Lösung, aber gerade im

Bereich der Verständigung ist er eine Lösung, dank der sprachliche oder andere Minderheiten mitberücksichtigt werden können. Also sollten wir bei der Diskussion über die Parlaments- und Regierungsreform immer wieder mitberücksichtigen, welche Bedeutung das Konkordanzsystem in bezug auf die Verständigung zwischen den Sprachen mit sich bringt oder was es beinhaltet.

Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, der Motion der Kommission zuzustimmen, weil wir weitgehend mit den Empfehlungen der Kommission einverstanden sind.

**Rebeaud Laurent (G, GE):** Les humeurs se suivent et ne se ressemblent pas toujours. Au soir du 6 décembre 1992, je me sentais fâché, et je l'étais, j'ai même éprouvé une certaine complicité souriante à l'égard de ces jeunes Neuchâtelois qui allaient chanter sur le pont de la Thielle: «... et cassons la gueule à tous ces Suisses allemands!» Il ne s'agissait pas de le faire, mais de le chanter, parce que cela faisait du bien sur le moment. Et puis, il y a eu le vote du 20 février dernier, où mes sentiments personnels étaient totalement inverses. Heureusement, grâce aux Suisses allemands, nous avons réussi à faire approuver l'initiative des Alpes et, grâce aux Suisses allemands, la Suisse romande se trouve dans un pays qui prend en considération les nécessités de la protection de l'environnement. Grâce à la Suisse allemande, nous vivons dans un pays où il est possible de contrôler, de limiter, de mettre en question la mythologie de l'individualisme à quatre roues qui, en Suisse romande, est encore régnante au point que nous n'avons pas besoin de Parti des automobilistes parce que tous les partis sont, peu ou prou, des partis d'automobilistes. Donc, vive la Suisse, finalement!

Le rapport de votre commission est un rapport sérieux, mais qui ne va pas très loin. C'est un bon rapport, digne des travaux habituels de la Nouvelle société helvétique. Il est vrai que nous avons eu des échanges tout à fait intéressants et fructueux, mais que les recommandations sur lesquelles débouche ce rapport n'ont strictement rien de révolutionnaire et découlent du bon sens. Il ne faut donc pas en attendre grand-chose.

En fin de compte, j'ai le sentiment que les problèmes sérieux de notre pays ne découlent pas au premier chef des rapports entre une partie du pays où l'on parle français et une autre partie où l'on parlerait allemand ou suisse allemand, mais qu'il y a des problèmes à l'intérieur de la Suisse romande comme à l'intérieur de la Suisse allemande, que, quelquefois, le fameux et mythologique «Röstigraben» nous permet d'éviter de voir.

En Suisse romande, par exemple, il est patent que le fait d'être minoritaire et de ne pas parler la même langue que la majorité est un magnifique oreiller de paresse. A combien de difficultés, à combien de responsabilités avons-nous voulu échapper, dans les discours, en disant «c'est la faute aux Suisses allemands»? Dans toutes les associations au sein desquelles j'ai eu le plaisir de militer, j'ai pu constater de manière absolument régulière – et je crois que c'est la même chose dans l'économie – que, en cas de difficultés au niveau national, on a une peine énorme en Suisse romande à prendre ses responsabilités parce qu'il est si facile de dire «c'est les Zurichois, c'est les Suisses allemands qui sont responsables», et de se reposer dans ce système très confortable au fond, qui consiste à éviter de prendre ipso facto ses responsabilités en la matière.

La Suisse allemande a aussi des problèmes, la rapporteuse de langue allemande nous a dit tout à l'heure qu'en Suisse allemande, on devrait parler correctement l'allemand, c'est à dire le bon allemand, ou le «Schriftdeutsch» ou l'allemand standard, par égard et par respect pour les Suisses romands. Je crois que c'est une mauvaise raison. Il est vrai qu'une émission en suisse allemand, le soir du 20 février 1994, sur la chaîne nationale n'est pas admissible, cela a été dit et répété, pas seulement parce que les Suisses romands auraient bien aimé comprendre ce que les autorités et ce que les gens pensaient en Suisse allemande – d'autant plus qu'au même moment il y avait sur la chaîne romande un feuilleton américain –, mais aussi parce que la télévision suisse, dans des occasions pareilles, est aussi regardée en Allemagne; un représentant allemand était d'ailleurs présent sur le plateau.

Pour que ce problème puisse avancer vers une solution positive, il faudrait que la Suisse allemande ne considère pas qu'elle doit parler allemand par respect ou par égard pour la Suisse romande – c'est un motif tout à fait insuffisant et, à la limite, relativement insultant pour nous. Il ne s'agit pas de ça. Il s'agit de savoir quel est l'intérêt de la Suisse, et cet intérêt c'est que ses citoyens, ses responsables, ses politiciens soient capables de parler une langue européenne, soient capables, dans la compétition culturelle, dans la compétition de présence publique, de maîtriser correctement cette grande langue européenne qu'est l'allemand – et, indirectement, ça nous aiderait à mieux les comprendre.

Le rapport dit ceci, c'est presque une phrase d'anthologie, qu'on aurait probablement pu extraire il y a une trentaine d'années d'un rapport de la Nouvelle société helvétique à propos de la langue: «Les Alémaniques doivent se persuader que leurs dialectes sont un obstacle majeur à la communication avec les Romands et qu'il n'est pas admissible qu'ils s'expriment en 'schwyzerdütsch' entre eux lorsqu'un seul Romand est présent, même s'il s'agit de conversations de table.» C'est vrai, et cela nous permet de mesurer à quel point, si l'on prend ça au sérieux, nous avons, et vous avez devant vous, un travail gigantesque à accomplir. En effet, actuellement, non seulement dans les conversations de table, mais dans des discussions de comité au niveau national, et même dans des séances de groupe au Conseil national, il est difficile à la majorité suisse allemande d'exprimer de manière aisée, constante, claire, ses opinions, ses positions, les nuances de sa pensée en bon allemand.

C'est un état de fait. Il paraît que ce n'était pas comme ça il y a trente ans, je ne sais pas si c'est vrai puisque je n'y étais pas. En tout cas, si cette phrase devait être prise au sérieux, elle mériterait plus qu'une recommandation, elle mériterait une mobilisation nationale de tous les cantons, de tous les maîtres d'école, de tous les journalistes. Alors, ce n'est pas à nous, en tant que Parlement fédéral, de prendre les mesures adéquates, ni même au Conseil fédéral, c'est aux cantons et aux populations, et je crois que les Suisses romands n'y peuvent rien. Ils ont liquidé leurs dialectes, je ne sais pas s'ils ont bien fait, c'est un fait, cela remonte au siècle dernier, mais nous avons comme pays, non pas à l'égard de la minorité romande, mais pour le niveau de la Suisse dans le concert européen, le devoir de maîtriser, de cultiver correctement cette langue européenne qu'est l'allemand. La perte ou l'insuffisance de la maîtrise de l'allemand, ce n'est pas seulement une perte pour les Romands ou pour les Suisses allemands, c'est une perte pour tout le pays.

Personnellement, cette mobilisation, je l'appelle de mes vœux. Je ne peux, comme Romand, prendre aucune décision, mais j'aimerais que tous les Alémaniques qui se sont exprimés dans ce sens à cette tribune prennent par la suite les initiatives nécessaires. A défaut de quoi, puisqu'il semble que l'économie soit finalement le seul domaine où on se donne la peine de suivre sérieusement les débats dans ce Parlement et ailleurs, nous parlerons entre nous anglais et ce sera une perte non seulement pour l'aire allemande, mais aussi pour l'aire francophone, parce que l'utilisation de l'anglais entre Confédérés donnera une excellente raison aux Suisses allemands de ne plus apprendre le français!

Nos intérêts sont liés, dans ce domaine aussi. Nous allons, et je peux le dire au nom du groupe écologiste, approuver le rapport de vos commissions, en sachant que le travail n'est pas fait, qu'il reste à faire, et que c'est le travail d'une génération.

**Scheurer Rémy (L, NE):** Le problème qui nous occupe ne date évidemment pas du 6 décembre 1992; le croire serait prendre l'effet pour la cause. Relevons d'emblée, pour nous en réjouir, que s'il y a aujourd'hui de l'incompréhension entre nous, il n'y a pas d'antagonisme, comme il en a existé durant la Première Guerre mondiale, et singulièrement dans l'année 1916 et les suivantes.

De toute évidence, les Romands et les Tessinois qui émigrent en Suisse alémanique s'estiment bien accueillis, et j'espère que nous ne rendons pas malheureux les germanophones qui viennent habiter en Suisse romande. Pas d'antagonisme

donc, mais une incompréhension, parfois grave et menaçante pour l'avenir, entre les parties du pays qui donnent une priorité à l'ouverture à l'Europe et celles dont les habitants cultivent et approfondissent avant tout leurs identités, celles où l'on est plus sensible à des différences mineures qu'à des ressemblances majeures.

Faute d'avoir un grand projet commun qui nous permette de regarder ensemble dans la même direction, nous subissons les tensions des forces propres à chacune des principales sensibilités des diverses régions du pays. La timidité de nos aspirations communes devrait nous inquiéter plus que nos divisions. Et n'oublions pas, surtout, que notre histoire est traversée depuis des siècles par des divisions finalement surmontées.

A juste titre, le rapport de la commission insiste sur les aspects langagiers d'une incompréhension entre une Suisse romande où les mamans du village d'Evolène sont les dernières à parler patois à leur bébé, et une Suisse allemande où Friedrich Dürrenmatt aurait estimé devenu fou Jean-Rodolphe de Salis s'il lui avait parlé en allemand plutôt qu'en dialecte.

Si naturelle, si légitime que soit la pratique du dialecte, on doit admettre que sa généralisation à tous les niveaux et dans la plupart des formes de la communication nous éloigne les uns des autres. Il est exclu que nous renoncions à l'apprentissage de l'allemand au profit du dialecte, au seul nom de la compréhension interconfédérale, et que nous risquions ainsi de nous enfoncer ensemble dans une manière d'autisme helvétique.

Il est tout aussi exclu que vous renonciez au dialecte au seul nom de la compréhension interconfédérale. Et comme nous ne sommes pas prêts à recourir à une langue tierce, nous sommes assurés, selon toute vraisemblance, d'un manque durable de compréhension mutuelle. Autrement dit, nous avons du pain sur la planche, et il faudra plus qu'un exercice de psychothérapie collective comme celui d'aujourd'hui pour surmonter nos difficultés.

C'est aussi, jusqu'à un certain point, la rançon de la Suisse aux quatre cultures, notre précieux atout dans le monde actuel. Cultivons cette diversité et ne dramatisons pas la situation. Rien ne serait pire qu'un plat national commun, fait à partir de rôtis, de fondue, de polenta, et de capuns.

Cette diversité nous pose de vrais problèmes internes, des problèmes de ménage, que les commissions viennent d'identifier, mais elle nous procure en contrepartie des avantages immenses, puisqu'elle ouvre notre petit pays à trois des principales cultures au sein de la plus vaste culture européenne.

C'est pourquoi, chers Confédérés, nous vous demandons de ne pas abaisser complètement le rideau de fer du dialecte entre vous et nous, et ne faites pas tomber non plus ce rideau entre vous et le monde germanique. Nous avons besoin de vous pour nous aider à communiquer avec l'Allemagne, avec l'Autriche et, de plus en plus, avec l'Europe centrale.

Un mot encore, puisque nous nous parlons sereinement et franchement. Le rapport des commissions ne dit presque rien de l'économie. Or, dans ce domaine aussi, il y a beaucoup d'incompréhension, qu'il serait plus facile de surmonter. La puissance, non pas de la Suisse allemande en général, mais de Zurich, est souvent durement ressentie en Suisse romande, comme ailleurs en Suisse. M. Bonny, sans doute parce qu'il est dans une ancienne tradition bernoise, a bien compris que les régions périphériques méritaient à l'occasion des appuis. L'arrêté qui porte son nom était une manifestation de la compréhension interconfédérale. Nous ferons bien d'en accepter bientôt la reprise.

En conclusion, le groupe libéral, romand à 90 pour cent, mais qui serait heureux de s'agrandir ailleurs qu'à Bâle, apporte son soutien aux conclusions du rapport. Il saisit cette occasion de répéter sa volonté de défendre et d'illustrer les spécificités de nos cantons, dans le respect et pour le renforcement des liens confédéraux.

**Robert Leni (G, BE):** Unser Bericht hat den Titel von einem Zitat aus Carl Spittelers Rede von 1914: «... das Missverhältnis soll uns bekümmern». Ich denke, dass es heute – 1994, achtzig Jahre später –, noch nicht so weit ist, dass es uns bekümmern muss, aber kümmern sollte es uns schon, und zwar über

diesen Bericht hinaus. Wir müssen und wollen uns darum kümmern, dass wir uns besser verstehen lernen. Der oben zitierten Aussage Spittlers folgt nämlich im Bericht (Seite 2) das folgende Zitat: «Wir müssen uns besser verstehen.» Zum Verstehen gehört ganz wesentlich die Sprache, und darüber möchte ich etwas sagen.

Die Sprache – es ist gesagt worden – ist das wichtigste Transportmittel der menschlichen Gemeinschaft für die Verständigung, für den Kontakt. Kontakt heisst übrigens «Berührung». Wenn wir uns berühren wollen, brauchen wir den sprachlichen Kontakt. Es scheint jedoch, dass heute die Sprache vom Kontaktmittel zu einer Kontaktbarriere zu werden droht. Sprache ist etwas sehr Faszinierendes. Das Wesen der Sprache ist, dass sie Wirklichkeit abbildet, ausdrückt, und in den verschiedenen Sprachen drücken sich eine andere Wirklichkeit, eine andere Mentalität, ein anderes Verständnis und eine andere Sicht der Dinge aus. Darum kann eine Sprache auch nicht einfach mechanisch in die andere übersetzt werden; wenn man das gleiche ausdrücken will, muss man es mit anderen Bildern, mit anderen Wendungen tun, weil die Sprache Ausdruck verschieden empfundener Mentalitäten, verschiedener Wirklichkeit ist. Sie bildet aber nicht nur Wirklichkeit ab, sie schafft durch diesen Prozess auch Wirklichkeit. Das macht es auch so anspruchsvoll und nicht nur faszinierend und spannend, andere Sprachen zu lernen. Wenn es eine gute Art des Fremdsprachenlernens ist, dann können wir in diesem Prozess über die Sprache auch etwas vom anderen Geist, von der anderen Kultur mitbekommen. Wenn wir uns nicht mehr auf diese Entdeckungsreise in andere Sprachen und andere Welten im gleichen Lande begeben wollen, dann ist die Gefahr gross, dass wir aneinander vorbeileben und uns auseinanderleben. Wie Dürrenmatt gesagt hat: Bei uns fehlt es an diesem ständigen Dialog, und – etwas ganz Wichtiges – es fehlt die gegenseitige Neugierde aufeinander.

Es ist heute schon sehr viel darüber gesagt worden, was wir alles tun müssten und sollten, wie wir uns bemühen sollten. Ich denke, es wäre ganz wichtig, wenn die gegenseitige Neugierde wieder da wäre, dann wäre es auch kein Müssen und kein Bemühen mehr. Die Schule hat den ganz wesentlichen Auftrag, diese Neugierde für die Sprachen zu wecken, und über die Sprachen die Neugierde für die anderen Kulturen in unserem Land. Im Bericht steht etwas ganz Gescheites: «Vielleicht werden in der Schule die Kinder durch zu hohe Ansprüche eher zum Schweigen als zum Sprechen gebracht.» Leider ist daran viel Wahres, denn die Schule erzieht die Kinder ja auch zum Antworten statt zum Fragen und tötet gerade damit die Neugierde ab. Das gilt für die Muttersprache und wohl noch mehr für die Fremdsprachen.

Wir müssen in der Sprachenfrage und beim Lernen von Sprachen andere Wege gehen. Ich werde mit meiner parlamentarischen Initiative, die von der Kommission gutgeheissen worden ist, einen Vorschlag machen. Die sogenannte zweisprachige Erziehung ist ein ganz effizientes Mittel, um Sprachen anders zu lernen und um über die Sprache in die Kultur und in das Verstehen anderer Mentalitäten hineinzukommen.

Es ist heute so, dass die Schweiz zwar immer noch vom Mythos lebt, ein mehrsprachiges Land zu sein, dass aber in der Realität ihre Bürgerinnen und Bürger leider immer weniger zwei-, geschweige denn mehrsprachig sind. Die Hürden, die zu überwinden sind, um sich in einer zweiten Landessprache ausdrücken zu können – insbesondere wenn man deutschsprachig ist, französisch zu sprechen, oder wenn man Französisch spricht, deutsch zu sprechen –, sind enorm hoch, und die Hemmungen sind sehr gross. Offensichtlich fällt es nicht nur der Jugend, sondern auch den «Mittelalterlichen» unter uns heute wesentlich leichter, englisch zu sprechen als französisch, die Barrieren sind hier kleiner.

Ich möchte Ihnen neben den 23 Empfehlungen der Kommission, die ich sehr gut finde, eine weitere mitgeben, die ich noch wichtiger fände: Ich habe sie von einer Lehrerin, die mir einmal gesagt hat, dass ihre Tochter in der Schule einfach nicht Französisch gelernt habe. Sie habe noch nach Jahren keinen vernünftigen Satz bilden können, und plötzlich – es sei nur ein paar Monate gegangen – habe sie fliessend Französisch gesprochen: Sie habe sich nämlich verliebt. Ich möchte Ihnen

deshalb als 24. Empfehlung mitgeben, wir sollten uns vielleicht ein wenig ineinander verlieben, dann würde das Sprachenlernen, die Verständigung, das Miteinander-Leben, das Miteinander-Arbeiten, auch das Miteinander-Streiten viel leichter und auch lustvoller. Ich denke, es wäre dann noch viel schöner, in einem viersprachigen Land mit vier Kulturen und so verschiedenen Menschen leben zu dürfen.

**Grendelmeier Verena (U, ZH):** Der Schock vom 6. Dezember 1992 sass ziemlich tief, und zwar keineswegs nur in der welschen Schweiz, sondern in der gesamten Schweiz. Krisen müssen aber nicht zwangsläufig etwas Schlechtes sein. Krise heisst letztlich nichts anderes als Entscheidung, und wir haben uns entschieden. Wir haben uns entschieden, eine Kommission zu bilden und uns einmal etwas näher über uns zu unterhalten.

Für mich war diese Kommission etwas vom Erfreulichsten, was ich in den zehn Jahren meiner Arbeit in diesem Rat erlebt habe. Es gab nämlich keine fixen Vorgaben, es gab keine festen Muster, es gab nur unsere Phantasie, allenfalls unsere Ehrlichkeit, uns wirklich ins Gesicht sehen zu wollen. Wir haben dabei festgestellt, dass wir uns nicht kennen, dass wir bisher mehr oder minder freundlich Rücken an Rücken aneinander vorbeigelebt haben. Das Erfreuliche in dieser Kommission war auch, dass man nicht vorschnell zu relativ wohlfeilen Therapien gegriffen hat, sondern den Mut gehabt hat, in immerhin zehn Sitzungen eine Diagnose zu stellen, und zwar selbst da, wo sie allenfalls invasiv war, d. h. etwas schmerzte – aber nicht sehr, seien wir ehrlich.

Die Diagnose hiess zuallererst einmal: Der 6. Dezember 1992 ist keineswegs schuld am sogenannten Röstigraben, er hat ihn höchstens etwas bewusster gemacht. Ansonsten wäre die Gegenfrage gewesen: Hätte es bei einem EWR-Ja keinen Graben gegeben zwischen uns? Das können wir wohl kaum behaupten. Also gilt es nun zu überlegen, welche Möglichkeiten es gibt – nicht, um uns etwas näherzukommen, sondern um uns vielleicht zum ersten Mal kennenzulernen. Das ist ein Abenteuer, zu dem ich uns sehr viel Mut und auch sehr viel Lust wünsche.

Das Paket von Empfehlungen, das vor Ihnen liegt, werde ich auch um einen Punkt ergänzen, aber erst am Ende meiner Ausführungen, weil er vielleicht noch etwas konkreter wird als das, was wir bisher aufgelistet haben. Zwangsläufig standen Sprache, Bildung und die Ausbildung im Vordergrund. Hier möchte ich einhaken und mir erlauben, auf eine Besonderheit im Bereich der Sprache hinzuweisen.

Waren Sie sich je bewusst, dass die Schweiz keine Landessprache hat? Ich musste mich mit John Steinbergs «Why Switzerland» auseinandersetzen, um auf diese Idee zu kommen. Es war also ein Engländer, der mich darauf hingewiesen hat, dass wir ein Land ohne Landessprache sind. Wir haben vier Landessprachen, wovon drei ein Teil der grossen Kultursprachen unseres Kontinentes sind. Es hat nie einen Grund gegeben, aus vier Sprachfetzen inmitten dieses Europas ein Land zu bilden, eine Einheit zu werden, es sei denn aus dem Willen heraus, ein Land sein zu wollen. Das muss meines Erachtens auch heute noch die Grundlage unserer Auseinandersetzung sein.

Es mag Ihnen banal scheinen, wenn ich feststelle, dass über die Sprache in der deutschen Schweiz erhebliche Missverständnisse herrschen. Sie sind zum Teil angedeutet worden, erfreulicherweise vor allem auch von Herrn Rebeaud, einem Welschen. Die Missverständnisse sind weitgehend für dieses Unbehagen mitverantwortlich, das zwischen uns herrscht. Die deutsche Schweiz leidet an einer Sprachspaltung – ich sage jetzt nicht Schizophrenie, sondern Spaltung –; sie geht mittendurch, und zwar vertikal.

Wir haben zwei Sprachen, eine Muttersprache und eine Vatersprache. Leider sind Mutter und Vater getrennt. Und wenn wir so weiterwursteln, werden sie eines Tages geschieden, und das zum Nachteil der ganzen Schweiz, aber auch zum Nachteil unserer eigenen Identität in diesem Land und gegenüber dem Ausland. Unsere Muttersprache ist das Schweizerdeutsche. Hier muss ich zur Information – vor allem auch der welschen Kolleginnen und Kollegen – auf etwas aufmerksam ma-

chen, was sehr oft nicht bewusst ist: Das Schweizerdeutsche ist eine nur und ausschliesslich gesprochene Sprache. Nie und unter absolut gar keinen Umständen reden Deutschschweizer miteinander hochdeutsch, eher chinesisches, eher englisch – hochdeutsch nicht. Hochdeutsch hingegen – das ist die Vatersprache – ist eine nur geschriebene und gelesene Sprache und hat sehr Mühe, als gesprochene Sprache verwendet zu werden. Die Deutschschweizer benutzen es ausgesprochen ungerne und mit abnehmender Tendenz.

Die Frage stellt sich nun natürlich: Ist unsere Muttersprache eine Sprache, oder ist sie lediglich ein Dialekt? Nach klassischer Lesart wäre sie ein Dialekt, denn eine Sprache definiert sich per Definition über Wort, Sprache und Literatur. Das tut das Schweizerdeutsche nicht. Demgegenüber gibt es allerdings noch eine andere Definition, die in diesem Zusammenhang ins Gewicht fällt: Es ist die soziale Zugehörigkeit, die soziale Zuordnung.

Auch im Ausland gibt es Dialekte, die ebenso verschieden sind von der Hochsprache wie das Schweizerdeutsche vom Hochdeutschen. Aber die Hemmschwelle vom gesprochenen Dialekt zur Hochsprache ist enorm viel niedriger. Das ist bereits im Tessin der Fall. Das Verhältnis der Tessiner zu ihrer Hochsprache ist viel weniger gestört als das unsrige. Das heisst also: Wir müssen zuerst einmal zur Kenntnis nehmen, dass Schweizerdeutsch eine Sprache ist und kein Dialekt, denn der Hochschulprofessor wie der Hilfsarbeiter reden dieselbe Sprache, und das ist Schweizerdeutsch. Das Schweizerdeutsche markiert keine soziale Zuordnung, und somit ist es eine Sprache.

So gesehen bedeutet das jedoch, dass wir aufhören müssten, das Schweizerdeutsche lediglich deshalb als Sprache zu betrachten, weil es für uns bequem ist. Denn wie Adolf Muschg einmal geschrieben hat, hat die Schweizerdeutschschwelle vor allem dem Schweizerdeutschen geschadet und es zur pervertierten Babysprache herabgemindert. Wenn wir uns andererseits je länger, desto mehr weigern, uns auch auf hochdeutsch zu unterhalten bzw. Sprachkompetenz in beiden Sprachen zu entwickeln, werden wir schliesslich zu einer sprachlosen Gesellschaft. Unsere Abneigung gegen das Hochdeutsche hat jedoch keineswegs so sehr mit jener vielzitierten Angst vor Grossdeutschland, vor Nazideutschland zu tun, denn die junge Generation kennt diese Angst nicht mehr. Ich vermute, sie hat viel eher und schlicht mit unserer Bequemlichkeit zu tun. Es ist halt bequem, sich an keine Regeln zu halten. Es ist bequem, keine Grammatik lernen zu müssen, keine Syntax und schon gar keine Orthographie. Aber es wäre verhängnisvoll, wenn wir daran festhielten und zuschauen würden, wie wir uns immer mehr selber isolieren – innerhalb des eigenen Landes, aber auch ausserhalb.

Vergessen wir nicht: Deutsch ist in Europa, wenn wir einmal von Russland absehen, die Sprache, die von den meisten Menschen gesprochen wird. Wir haben also allen Grund, das Hochdeutsche als Vatersprache zu behandeln, bei gleichzeitiger Pflege unserer Muttersprache, sonst werden wir eben zu jener sprachlosen Gesellschaft, die ich schon erwähnt habe. Dies mag vielleicht ein Grund dafür sein, warum so viele so berühmte Mimen und Clowns aus der Deutschschweiz kommen. Sie verzichten auf die verbale Sprache und drücken sich über die Körpersprache aus. Aber das kann nicht unser Ziel sein.

Unser Ziel muss bleiben, auch im Namen der Verständigung, von der wir heute sprechen, dass wir Deutschschweizer, wenn wir merken, dass ein Welscher dazukommt, auf Hochdeutsch umschalten. Ich habe in der ganzen Kommissionsarbeit nie gehört, dass uns die Welschen vorgeworfen hätten, dass wir zuwenig gut Französisch könnten – möglicherweise aus der realistischen Einschätzung heraus, dass auch ihr Deutsch nicht immer über alle Zweifel erhaben ist. Aber sie werfen uns vor – und das zu Recht –, dass wir nicht mehr «foutus» sind, mit ihnen hochdeutsch zu reden, wie das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Ich habe ein Postulat zu dieser Frage eingereicht, eine Erweiterung dieses Kataloges; denn wenn wir diesen Teufelskreis durchbrechen wollen, müssen wir irgendwo beginnen. Beginnen müssen wir in der Schule, aber nicht bei den Kindern – denn wie sollen sie es lernen, wenn es die Lehrer auch nicht

mehr können? Wir müssen also bei der Lehrerausbildung anfangen, und zwar auf höchst einfache Art: Wer in diesem Land, in der deutschen Schweiz Lehrer werden will – auf welcher Stufe auch immer –, hat zur Erlangung des Diploms einen dreimonatigen Sprachaufenthalt im deutschsprachigen Ausland zu absolvieren – so, wie wir das schon längst mit dem Französischen, dem Englischen, dem Italienischen, dem Spanischen machen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Vergessen Sie etwas nicht – Ständerat und alt Erziehungsdirektor Jean Cavadini hat es trefflich gesagt und auf den Punkt gebracht –: Die erste Fremdsprache der Deutschschweizer ist nicht Französisch, sondern Hochdeutsch. Lernen wir also zuerst einmal Hochdeutsch, damit wir uns, chers amis de la Suisse romande, besser verstehen. Nötig ist es alleweil, und wie Herr Rebeaud gesagt hat: Wir gewinnen die Schweiz zurück, und wir öffnen uns gegenüber Europa.

**Borer Roland (A, SO):** Es wurde heute morgen schon sehr viel über die Sprache gesprochen. Wenn man die Gewichtung ansieht, die diesem Bericht zugrunde liegt – zum grossen Teil kann und will ich ihn auch mittragen –, müsste der Untertitel nicht «... das Missverhältnis soll uns bekümmern» lauten, sondern er müsste «... das Missverständnis soll uns bekümmern» heissen. Ich bin aber der Meinung, dass der Titel richtig ist. Es ist ein Missverhältnis vorhanden, ein ganz natürliches Missverhältnis. Es gibt in unserem Land Minoritäten wie in jedem anderen Land auch, und der Umgang mit diesen Minoritäten soll uns am Herzen liegen, soll uns bekümmern.

Nach unserer Ansicht ist das Problem, das heute richtigerweise erkannt wurde, nicht allein ein Sprachenproblem, es ist ein Mentalitätsproblem. Wir müssen feststellen – ich finde es sogar gut, dass wir das tun –, dass unsere Romands, dass die Tessiner und dass zum Teil auch die Rätromanen in vielen Bereichen anders denken als die Masse der Deutschschweizer. Die Mentalität ist anders, und dafür möchte ich als Deutschschweizer an dieser Stelle einmal den Romands danken. Ich bin dankbar, dass die Gruppe der romanisch Sprechenden in unserem Land noch etwas wie ein liberales Gewissen darstellt. Es ist eine sehr angenehme Differenz, es ist ein sehr netter Unterschied zu dem stellenweise unverständlich starken preussischen Verhalten der Deutschschweizer, das oft festgestellt werden muss.

Ich konnte aufgrund meiner früheren beruflichen Tätigkeit und auch aufgrund des Militärdienstes, den ich leistete, sehr viel in der Romandie Gast sein, und ich habe keine Minute der Zeit bereut, die ich dort verbringen durfte.

Auch die Diskussion heute, die eigentlich im Resultat der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 ihren Ursprung hat, zeigt, dass sich die Deutschschweizer auch heute noch ihrer Machtposition, die sie in unserem Lande innehaben, absolut bewusst sind. Es gab schon vor dem 6. Dezember 1992 Probleme, es gab häufig Differenzen. Seit 1972 gab es bei Volksabstimmungen in 18 Prozent der Fälle Differenzen zwischen der Romandie und der Mehrheit, die durch die Deutschschweiz diktiert wurde. Die Mehrheit der Deutschschweizer hat es nie gekümmert; man hat das Resultat zur Kenntnis genommen und ist zur Tagesordnung übergegangen. Nun ist der sagenhafte 6. Dezember 1992 gekommen, und plötzlich erachtet es auch die Mehrheit in diesem Parlament als notwendig, über die Differenzen zu sprechen.

Ja, warum denn? Einerseits haben die Medien mitgewirkt, der 6. Dezember 1992 wurde zum nationalen Katastrophentag heraufstilisiert; andererseits hat es auch unserer Landesregierung gut ins Konzept gepasst, dass man die Ablehnung ihrer Vorlage endlich diskutierte.

Warum haben wir uns nicht um die Differenzen gekümmert, zu denen es zum Beispiel jedesmal bei Verkehrsvorlagen gekommen ist? Warum haben wir damals nichts gesagt? Ja, die Romands, die sollen sich nach der Deutschschweiz richten. Warum haben wir nichts gesagt, als latente Differenzen in der Energiepolitik vorhanden waren? Das hat keine Rolle gespielt, die Romands haben sich nach uns richten müssen. Das ist meines Erachtens die Deutschschweizer Überheblichkeit. Was braucht es, damit unser Willensstaat, unsere Willensnation mit den verschiedenen Sprachgruppen auch weiterhin

bestehenbleibt? Es braucht noch verstärkt den Föderalismus in unserem Land. Wir müssen nicht alles gleichschalten – vom Genfersee bis zum Bodensee und von Basel bis Chiasso. Lassen wir den Regionen auch die notwendigen Eigenheiten! Über das Kennenlernen wurde gesprochen, dazu brauchen wir auch keine weiteren Ergänzungen anzubringen.

Noch ein wesentlicher Punkt, der mir wichtig erscheint, wenn wir schon den Röstigraben problematisieren: Bauen wir doch auch einmal den Röstigraben hier in diesem Parlament ab. Der Röstigraben, der sich dahin gehend zeigt, dass die Romands hier sitzen und die Deutschschweizer dort – dies über die Parteigrenzen hinweg. Eine Situation, die mir eigentlich sehr wenig bis gar nicht passt: Nicht einmal hier im Parlament hat man die Möglichkeit, den so oft beschworenen Röstigraben abzubauen!

**Borradori Marco (D, TI):** La coesistenza delle differenze e lo smussamento delle divergenze: per anni questi concetti hanno caratterizzato la vita del nostro Paese, dando forma ad una convivenza estremamente costruttiva tra diverse mentalità, ammirata ed invidiata dal mondo intero. Poi è arrivato il 6 dicembre 1992 e la macchina è sembrata incepparsi: Cantoni romandi da una parte, resto del Paese dall'altra. Un gran polverone, spesso sollevato ad arte, con alcuni media preoccupati solo di attizzare il fuoco delle divergenze e di dividere la Svizzera in progressisti e nostalgici, in buoni e cattivi.

Tutto il gran parlare attorno al «Röstigraben» è dovuto però all'importanza e alla risonanza della votazione cui esso è legato. Non va infatti dimenticato che già prima del 6 dicembre 1992, ed invero anche dopo, è capitato più volte che l'esito di una votazione fosse diverso nei Cantoni romandi rispetto al resto della Svizzera, senza che nessuno gridasse allo scandalo. Ciò non significa misconoscere il problema, bensì relativizzarlo, evitare di drammatizzarlo. Quanto è accaduto fa parte delle regole del gioco democratico, e come tale va accettato. Anche se, per chi è in minoranza – noi Ticinesi lo sappiamo bene – ciò può essere qualche volta duro. Piombare in una crisi d'identità o chiedere a gran voce sistemi che riducano drasticamente i diritti popolari non costituisce comunque la soluzione. Rialzarsi in piedi e riprendere la lotta per far prevalere le proprie idee, invece sì.

Da sempre è così: ad ogni votazione occorre armarsi di chiarezza e di argomenti per illustrare la posta in gioco e dopo, se necessario, di pazienza e tenacia per ricominciare.

La sera del 6 dicembre 1992, scrive la speciale commissione nel suo rapporto, gli svizzeri tedeschi fautori dello Spazio economico europeo, oltre che delusi, si sarebbero sentiti a disagio nei confronti dei romandi, provando persino un certo senso di colpa. Questa conclusione non è per niente accettabile. La delusione è comprensibile, sempre, però il popolo deve poter decidere senza vergognarsi e in particolare senza provare sensi di colpa. Questa è la vera libertà che caratterizza la nostra democrazia. Questa è l'intima libertà che va difesa a tutti i costi. Evitiamo di cedere alla facile tentazione di fare di ogni importante confronto popolare uno psicodramma nazionale!

Sensi di colpa verso i perdenti di oggi, che domani potrebbero essere i vincitori, sono del tutto fuori posto. Quando in un Paese è possibile dibattere apertamente su tutti i problemi, quando le minoranze possono esprimersi pubblicamente e far valere le loro opinioni, allora la democrazia dimostra di essere vitale ed in buona salute. Noi dobbiamo solo preoccuparci di difendere questa apertura, di tutelare e di proteggere questa tolleranza. Il timore che la Svizzera vada a pezzi è del tutto infondato. L'identità delle minoranze permane saldamente svizzera, al di là delle tante chiacchiere da salotto.

Ma esiste davvero un fossato? Non si tratta piuttosto di diversità di vedute, quella diversità che in definitiva rappresenta da sempre la vera ricchezza del nostro Paese? In una democrazia è importante che il particolare e il diverso non vengano semplicemente tollerati, ma che vengano rispettati ed apprezzati quale motore per un confronto continuo e costruttivo.

Forse la votazione sullo Spazio economico europeo ha rappresentato un colpo di frusta salutare, al di là di tutte le esagerazioni e di tutte le storture. Ci ha ridestato dal torpore di una

pericolosa «routine», ci ha obbligati a riflettere sulla nostra identità, a porci la domanda: in Svizzera siamo veramente uniti o soltanto vicini, magari per necessità o per contingenza?

Abbiamo ora dinanzi agli occhi un rapporto e più di venti raccomandazioni per una migliore convivenza. Una serie impressionante di ponti, passerelle e viadotti per superare i presunti fossati tra le varie comunità linguistiche. Un programma ambizioso e carico – forse troppo – quasi una ricetta sotto forma di decreto per una migliore comprensione.

Restiamo con i piedi per terra. Su una vasta gamma di proposte Berna non può intervenire direttamente. Parecchi progetti concernono l'insegnamento, le lingue e i media. L'insegnamento e le lingue rientrano di principio nella sfera di competenza dei Cantoni. I media soggiacciono all'autonomia della Società svizzera di radiodiffusione e televisione.

Restiamo con i piedi per terra e ricordiamoci che la comprensione, il rispetto reciproco, l'unità vera si costruiscono, si rafforzano, si legittimano, mattone dopo mattone, perlopiù sugli avvenimenti quotidiani.

**Jeanprêtre Francine (S, VD):** Le vote du 6 décembre 1992, malgré l'enjeu de politique extérieure qu'il représentait, a débouché assez vite sur l'analyse des divergences ou des différences comportementales entre les différentes régions linguistiques du pays. De façon insolente pour les uns, la Suisse romande, traditionnellement acquise à une politique des affaires étrangères ouverte, confrontée à des taux de chômage impressionnants, attendant ainsi beaucoup de l'Espace économique européen pour ouvrir ses marchés, se voyait majorisée par une Suisse allemande repliée sur des images dépassées d'une Suisse isolée et qui était fière de son modèle exclusif.

Bien plus encore que le score de la votation, c'est la tendance à l'isolement du reste du monde, à se renfermer sur notre histoire, sur nos légendes et sur nos problèmes qui représente une involution dangereuse. Il est encore, heureusement, une large part de la population qui maintient la tradition d'une Suisse généreuse, mais la tendance qui émerge de la votation, et surtout des arguments adoptés dans les polémiques et dans les débats, peut réellement préoccuper. Quand on incite à l'égoïsme, cela a des répercussions sur toute une ligne de conduite et pas seulement sur le thème que l'on traite.

Mais cette attitude de repli, du moins ressentie comme telle par une large majorité de Romandes et de Romands, exprime aussi un sentiment d'exclusion à leur égard. Et, à ce stade-là d'incompréhension, qui a été encore renforcée par de douteuses interprétations du vote sur l'initiative des Alpes, il est urgent de prendre un peu de recul et peut-être de mettre fin à des clichés qui ne creusent qu'un peu plus ce qu'on qualifie de façon parfois un peu excessive de fossé, et se pencher sur l'avenir de la Suisse tout entière.

La commission a souhaité, en premier lieu, faire un survol des résultats des votations fédérales de ces dix dernières années. Dans l'ensemble, on constate que, dans une proportion de 18 pour cent, la Suisse romande a généralement voté différemment de la Suisse allemande. Ce n'est donc pas un phénomène nouveau et nous avons pu vivre en bonne intelligence malgré ces différences. Comment cela va-t-il évoluer au vu du caractère toujours plus ouvert sur l'extérieur de notre politique suisse?

Dans le domaine économique, beaucoup d'autres préjugés circulent qui sont démentis par des études et des chiffres qui verraient la Suisse romande être particulièrement l'otage des décisions prises en Suisse alémanique. Un récent article du magazine «Cash» attire notre attention sur un fait: la concentration du pouvoir économique du triangle d'or Zurich-Bâle-Winterthur rend les régions périphériques autant dépendantes que la Suisse romande. S'ajoute à cela que plus d'un canton romand dépend lui-même d'un autre canton romand en ce qui a trait à ses postes de travail dans le domaine du tertiaire, particulièrement développé entre Genève et Lausanne. La fameuse barrière se situe moins au-delà de la Sarine qu'au travers de la même région linguistique. Le problème de l'emploi est, d'ailleurs, d'envergure nationale. Et l'on ferait bien de prendre conscience que davantage que l'éventuel fossé lin-

guistique, c'est la politique des banques qui entraîne ou déstabilise, comme actuellement, l'économie du pays.

L'harmonie confédérale passera par une revitalisation du tissu économique et un niveau de bien-être social décent pour tous de part et d'autre de la Sarine. De façon idéale, on a toujours prétendu que la richesse de la Suisse, c'était la diversité des langues, des cultures, des religions et que sa force était bien celle de son harmonie. Mais, depuis le 6 décembre 1992, le danger existe que ces différences ne soient plus perçues sous l'angle de la complémentarité, mais au contraire sous l'angle de leur opposition.

L'enjeu était politiquement si important et l'espoir si fou pour les jeunes générations, en Suisse romande particulièrement, que le résultat a fait naître un grave sentiment d'amertume. Jusqu'à ce jour, on avait cohabité en s'ignorant, dans le pire des cas, bercés par les habitudes et le confort un peu comme dans un vieux couple. Mais l'on réalisait soudain que malgré la durée exceptionnelle du mariage et l'admiration que cela suscitait, on pouvait envisager le divorce, en tout cas tenter l'infidélité, car l'Europe, et le projet qu'elle représentait, était très séduisante. C'est à ce stade-là que la commission, d'abord dans le rôle d'un thérapeute appliquant la médecine douce, que dans celui du juge appelé à trancher, a situé son travail.

Les propositions que nous avons faites ne ressortissent pas toutes au seul domaine de la Confédération, mais le problème de la langue a été prioritairement évoqué. En effet, si les langues française et italienne sont accessibles à la fois dans le langage parlé et écrit de façon identique, que s'est-il passé en Suisse allemande pour que le dialecte se soit imposé de façon si naturelle qu'on en oublierait même que la presse écrite est encore rédigée en bon allemand et que, par conséquent, chacun est apte à comprendre ce que lui livre son «Blick» quotidien?

Certes, nous savons que le bon allemand est plus académique, élitaire diraient certains, et que le dialecte est l'expression de l'affectivité, de la convivialité, des sentiments, et du sentiment d'identité régionale très important par rapport à l'Allemagne, grande voisine qui suscite toujours une diffuse antipathie.

En perpétuelle quête d'une confirmation de son identité par rapport à ce puissant voisin, le média le plus attractif, la télévision, s'est ingénisée, pour des raisons commerciales liées au taux d'écoute, à ne passer, non plus seulement de la publicité en dialecte, mais des émissions entières de politique suisse. C'est une dérive tout à fait quantifiable. Et si le téléspectateur romand ou tessinois peut encore comprendre, grâce à l'image, qu'il a fait le bon choix de lessive, par contre, il décrochera lors de l'émission «Arena»!

Dans une lettre du 24 octobre 1993 adressée au président de la commission, le directeur général de la Société suisse de radiodiffusion et de télévision relevait ceci: «La langue suisse alémanique est la langue maternelle et quotidienne des auditeurs et téléspectateurs de la DRS. Ce fait culturel constitue une originalité par rapport au monde germanique, et surtout, actuellement, la radio et la TV doivent correspondre à leur public.» Nous soulignons, dans la proposition numéro 9, que, selon le texte de la concession, les émissions d'information d'intérêt national à la télévision et à la radio en Suisse alémanique doivent être diffusées en allemand.

Loin de nous l'idée de nier l'existence, la pratique ou l'utilité, à certaines occasions, d'avoir recours au dialecte, mais il faut alors être clair dans ce débat sur l'état des relations que nous souhaitons voir réactiver entre les différentes régions linguistiques du pays et du futur de la langue allemande. De quel côté se situera l'effort? Les jeunes voyagent beaucoup, actuellement, ils se sentent toujours plus citoyens du monde, et l'anglais est assez universellement pratiqué pour leur ouvrir plus d'une porte. Comme autrefois, dans le monde paysan en particulier, on faisait son année de Suisse romande ou de Suisse allemande pour vivre autre chose, découvrir d'autres gens, et apprendre une autre langue, on part volontiers, actuellement, dans des régions beaucoup plus lointaines, quand on a vingt ans.

Si l'on a l'intention de revivifier les contacts et la communication à l'intérieur du pays, il faut alors se concentrer sur les pro-

positions d'apprentissage d'une autre langue nationale. Et nous avons fait plus d'une proposition au sein de la commission, car l'on ne peut tout de même pas envisager, à l'image de ce qui se passe déjà dans la vie économique, que l'on communique à l'avenir en anglais dans notre pays.

**Camponovo Geo (R, TI):** «Illustriissimi e potentissimi signori e padroni»: così si rivolgevano i Leventinesi agli Svizzeri urani dopo la loro spedizione punitiva della metà del secolo XVIII. Non so se i Leventinesi sono stati ascoltati e capiti; sappiamo che oggi gli urani sventolano settimanalmente la bandiera dell'Ambri-Piotta.

Capita ancora, ma capita ad ogni latitudine che esistano illustriissimi e potentissimi signori come quelli della Von Röll che senza nessuna considerazione dei valori di una regione, dei valori umani, vengono in Ticino a spodestare – ma è una minoranza.

Ritornando al tema, se facciamo astrazione da qualche pittoresco moto d'indipendenza, mi sembra di poter dire che il Canton Ticino vive la sua realtà di minoranza con molto rispetto e considerazione per la sostanza della nostra vita nazionale e per la maggioranza che sin qui decide e deciderà.

Pretende il Canton Ticino, a sua volta, di essere considerato per il valore specifico che apporta alla Confederazione: una cultura e pertanto un suo modo di interpretare e vivere la vita. Chiede pertanto che la maggioranza e il potere rispettino questi valori, si impegnino a non appiattirli e abbiano a coltivarli nell'interesse di tutti, la realtà positiva preponderante, accompagnata da difficoltà correnti, di rapporto con il potere centrale, a volte da sentimenti di frustrazione.

Le autorità cantonali si sentono troppo spesso schiacciate dal potere amministrativo bernese, sottolineo amministrativo in contrapposizione al Consiglio federale che ha molta comprensione. A volte manca nell'amministrazione la necessaria comprensione per il nostro particolare modo e per la nostra particolare visione di vita.

Per capirci meglio o per continuare a capirci, la vostra commissione espone tutta una serie di proposte, a mio modo di vedere forse troppe – ve ne fossero soltanto un paio, sarebbe meglio.

Non credo molto alla volontà profonda di conoscerci e capirci fin più di quel tanto. Giova – mi chiedo ad esempio – rompere lo splendido isolamento di chi vive con il solo «Schwitzerdütsch»? L'esempio potrebbe essere rovesciato per altri splendidi isolamenti in Svizzera francese o in Ticino, in ogni angolo della terra.

Fra le troppe proposte la commissione ha voluto ritenere anche la mia che si ricollega alla scadenza del 1998 e del 2000. Facciamo in modo che anche la più piccola associazione svizzera abbia la possibilità di esprimersi in modo semplice su una serie di valori nazionali. Raccogliamo queste valutazioni e parliamone, magari proprio fra il 1998 e il 2000, con la mente rivolta al futuro nostro e degli altri. So che rompo un po' le uova nel panier del Canton Ticino e di Ginevra per i loro progetti. Io ritengo che sarebbe molto meglio parlare per anni di fila dei nostri valori che non organizzare grandi manifestazioni per il 150° o per il 2000.

Per la minoranza ticinese si faccia in modo che questa possa svilupparsi nel rispetto degli interessi superiori qualificanti, come meglio pensa questa minoranza. Aiutiamola a svilupparsi assieme al suo territorio culturale e naturale, l'Italia, in particolare l'Italia del nord. Se è possibile, si pensi a leggi e disposizioni sempre più aperte alle diversità che valorizzano la nostra scelta politica comune; ne ha parlato il collega Nebiker.

Prima di ringraziare il presidente della commissione per un lavoro veramente simpatico che ha organizzato, dirò dell'imbarazzo che è stato procurato dal tema posto qui davanti a noi dalla collega Leni Robert. Essa ha detto: se vogliamo capirci, se vogliamo imparare un'altra lingua, dobbiamo innamorarci. L'abbiamo sempre saputo, solo che, se io interpreto bene i valori di questa sala, dovrei concludere che per imparare bene il tedesco – quello buono – dovrei innamorarmi di Verena Grendelmeier, ma poi dovrei trovare anche qualcun'altra da innamorarmi per imparare bene anche lo «Schwitzerdütsch»!

**Gross** Andreas (S, ZH): Ich bin mir nicht sicher und frage mich, ob wir uns wieder zu schnell theoretisch einig sind und in der Praxis dann dieser Theorie nicht Genüge tun. Die meisten hier scheinen sich bewusst zu sein, dass nicht die Unterschiede das Problem sind und auch nicht das «Gleicherwerden» das Ziel ist. Wenn das aber so ist, dann reichen eben Toleranz und Verständnis nicht. Wenn das so wäre, müssten wir doch viel neugieriger aufeinander sein, müssten merken, dass es gut ist, dass der andere so ist, wie er ist, nämlich anders. Sonst wäre man gar nicht mehr sich selber, weil das andere meistens die Ergänzung zu dem ist, was man selbst ist. Das eigene braucht das andere also, um ein Ganzes zu werden. Wenn das so wäre, dann würde hier in diesem Haus schon lange anders politisiert.

Verständigung hat ja im Deutschen zwei verschiedene Bedeutungen: Einerseits einander kennen, das andere verstehen, andererseits aufeinander zugehen. Französisch gibt es für diese beiden Bedeutungen «comprendre» und «s'entendre». Ich denke, in der Schweiz ist das Problem in allen Landeskreisen, in allen Sprachkulturen, dass man zu schnell ist – dass man nämlich gewissermassen zu schnell meint, man müsse sich verständigen, bevor man das, was der ersten Bedeutung des Wortes «Verständigung» entspricht, nämlich das Kennen des anderen, überhaupt geleistet hat. Das andere kennenzulernen ist eine grosse Anstrengung, und das sollten wir zuerst tun, bevor wir uns zu schnell zu einigen versuchen. Das ist genau die gleiche Idee, wie dass man nicht zu schnell, voreilend, den Kompromiss suchen sollte, bevor überhaupt die Differenz festgestellt ist: die Differenz aushalten, die Spannung, die Offenheit aushalten, bevor der Kompromiss gesucht wird. Ich denke, das ist eine Schwäche von uns allen, die dann – weil alle diese Schwäche haben, diese Differenz nicht aushalten und ihr vielleicht dann aus dem Wege gehen – zu Schwierigkeiten bezüglich der Verständigung im Sinne von «s'entendre» führt.

Ich habe das Glück gehabt, Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in Lausanne zu studieren. Die grossen Fragen, die seither die Welt beschäftigt haben, sind in der Schweiz immer als Gegensatz ausgetragen worden, obwohl eigentlich die Gegensätze jeweils zwei Pole betont haben – dies hat die Schweiz manchmal zerrissen –, die zusammengehören. So zum Beispiel in der Friedensbewegung: Die französische Tradition hat immer die Freiheit betont und sozusagen den Kampf, gar den Krieg, eher akzeptiert, während die deutsche Tradition den Krieg vermeiden wollte und vielleicht dann die Freiheitskomponente vernachlässigt hat. Die Schweiz hätte die Chance gehabt, zu zeigen, dass beides zusammengehört. Überhaupt: Es gibt keine Freiheit ohne Frieden und keinen Frieden ohne Freiheit.

Ebenso falsch sind die Gegensatzpaare Ökonomie und Ökologie oder Bewegung und Institution oder Spontaneität und Disziplin oder neuerdings Partizipation und Autonomie oder – bezüglich des 6. Dezember 1992 – Weltoffenheit und Selbstbestimmung. Beide brauchen einander. Sie bilden keine Gegensätze, sondern Paare mit zwei Teilen. Wir haben hier, im ganzen Land und in ganz Europa oft die Tendenz, jeweils die eine Seite emporzuzustilisieren und auf der anderen Seite blind zu sein; d. h., wir sehen nicht, dass beides zusammengehört, denn jede Medaille hat eine Kehrseite. Wir haben oft die Tendenz, nur jene Seite zu betonen, die wir sehen.

Die Schweiz hätte die grosse Chance in Europa, das zu merken, weil diese Klüfte auch Europa teilen. Viele Nationen betonen das eine und haben viel grössere Schwierigkeiten, im anderen das Komplementäre zu sehen, weil das andere zu einer anderen Nation gehört.

Hier steckt das drin, was Dürrenmatt und Frisch als Aufgabe empfunden und der Schweiz vergeblich vorgeschlagen haben, nämlich aus diesem Unterschied eine Kraft zu machen für gemeinsame Zukunftsentwürfe. Wir haben solche gemeinsamen Zukunftsentwürfe, die gerade Europa braucht, heute nicht mehr, weil wir zu schnell der Differenz ausweichen und zu schnell den Konsens suchen, ohne die Differenz wirklich auszutragen und zu merken, dass der andere etwas betont, was man selber vielleicht entbehrt.

Das heisst zusammengefasst, was Friedrich Dürrenmatt in ei-

nem «Fragment» zur «Dramaturgie der Schweiz» schon 1969 geschrieben hat: «Das Problem sind nicht die Gegensätze, die Gegensätze sind natürlich; schwer wiegt nur, dass nichts aus diesen Gegensätzen entsteht, dass man die Chance nicht nutzt, diese Gegensätze zu haben.»

Das wäre die Chance für die Schweiz. Indem sie versucht, diese zu nutzen, würde sie auch Europa einen grossen Dienst erweisen können.

**Lepori Bonetti** Mimi (C, TI): «Le déclin d'une société commence au moment où l'homme se demande ce qui lui arrivera, au lieu de s'interroger sur ce qu'il peut faire.»

Questa riflessione, è Denis de Rougemont che ce la offre, lui che ha saputo in maniera magistrale conciliare l'amore per la Svizzera confederale e il desiderio che il nostro Paese possa aprirsi al di là delle frontiere geografiche e mentali.

Vorremmo poter dare un seguito positivo a questo invito, soprattutto in questo momento, dove l'evoluzione rapida del nostro continente ci obbliga a rimettere in discussione quanto acquisito dalla nostra cultura e dalle nostre istituzioni politiche. La storia corre e diventa importante chinarci sulle sfide che questa nuova epoca ci offre: un'opportunità grande che, se è giocata nella giusta maniera, può offrirci la chiave d'interpretazione per trovare una migliore coesione tra i diversi soggetti che compongono il nostro Paese.

I conflitti, che non sono in sé negativi, perché esprimono una pluralità d'interessi presenti nella nostra società, degenerano sovente a causa di particolarismi esasperati e di una mancanza di disponibilità a riconoscere gli interessi degli altri.

La chiave di successo del modello svizzero, questo modello invidiato da molti altri Paesi – pensiamo all'Italia, all'ex-Iugoslavia – consiste nella capacità di affermare ognuno di noi, ogni nostra regione, ogni nostro Cantone, chiaramente la nostra identità, il nostro modo di essere, le nostre differenze e le nostre comuni radici. Tutto questo senza complessi, senza voler appiattire, senza voler offuscare l'identità che ci è propria.

Siamo inoltre consapevoli che la strada per raggiungere degli obiettivi comuni è più in salita e necessita di un lasso di tempo maggiore. E' come se avessimo bisogno di appassionarci a un progetto comune, capace di scuoterci. Forse l'occasione ci è data con l'idea dell'esposizione nazionale del 1998.

Il mio Cantone ha presentato un progetto «forte, affascinante e geniale», per usare le parole dei Consiglieri federali che l'altro giorno hanno potuto incontrare il gruppo di lavoro e il Consiglio di Stato ticinese. Un progetto capace di accogliere nel segno del triangolo, il disegno geometrico per definizione perfetto, tutta la Svizzera.

Ma non credo che in questa discussione ci si possa però limitare a un discorso culturale e linguistico.

Sans vouloir sous-estimer les différences parfois profondes, mais toujours nuancées, entre, d'une part, la majorité des Suisses alémaniques et, d'autre part, les Tessinois et les Romands sur la question de l'intégration européenne, je crois pour ma part que les vraies menaces sur l'unité confédérale concernent beaucoup plus l'aspect économique et financier que celui idéologique qui oppose pro- et antieuropéens. Si nous voulons vraiment contribuer à renforcer ce lien dans un moment de transition politique délicat qui arrive dans une période de basse conjoncture, c'est d'abord dans un véritable travail de péréquation économique et financière que nous devons nous engager dans les plus brefs délais.

Les échanges culturels sont certes importants et il faut réaliser tout ce qui est possible pour les favoriser, sans brusquer pour autant le légitime désir de nos différents peuples de garder leurs spécificités. Mais, examinons, s'il vous plaît, les disparités économiques du pays. Tenons compte de l'ampleur très différente du phénomène du chômage dans les différentes régions suisses.

Interrogeons-nous aussi sur les disparités financières entre les cantons et les régions de la Suisse? Le rapport qui nous a été soumis est très faible sur ce point. C'est sur ce dernier que nous devons – à mon avis – faire preuve de solidarité concrète. Sommes-nous disposés à modifier l'actuelle répartition des commandes de l'armée, des régies fédérales en la rendant plus équitable vis-à-vis de la Suisse romande et du Tessin?

Sommes-nous disposés à revoir la péréquation financière qui, malgré les gros investissements de la Confédération, n'aboutit pas à un plus grand équilibre financier confédéral? Sommes-nous disposés à remettre en chantier dans les plus brefs délais des mesures actives en faveur des régions périphériques, non seulement dans le domaine des investissements, mais aussi dans celui du chômage et de la formation?

Voilà une partie – la liste est encore très longue – des questions concrètes qui pourraient témoigner d'un réel intérêt de la majorité de ce pays pour l'entente avec la minorité. La devise «un pour tous, tous pour un» figurait – ne l'oublions pas – sur notre pièce de 5 francs. Ce fait suffit pour nous rappeler que la solidarité et l'unité ne se construisent pas sur l'idéalisme ou le volontarisme, mais sur le souci solidaire pour l'intérêt de tout le monde.

Due sono le riflessioni che hanno accompagnato questo mio intervento:

1. La prima pone l'accento sulla necessità di affermare la propria identità, senza complessi, senza appiattirla, cercando insieme soluzioni ai problemi che la Svizzera oggi ha, e in questo senso, il progetto di esposizione nazionale potrebbe essere un'occasione vincente.

2. La seconda chiede alla Confederazione di esaminare seriamente le disparità economiche, presenti nel nostro Paese, e di favorire, proprio in questo momento economicamente difficile, una diversa ridistribuzione delle comande, degli investimenti della Confederazione. Il «triangolo d'oro» non può essere ulteriormente privilegiato a scapito della Svizzera francese e della Svizzera italiana, perché la solidarietà e l'unità non si costruiscono su dei volontarismi, ma su di una reale preoccupazione verso i bisogni di tutti e di tutte le regioni.

**Wyss William** (V, BE): Ich bin der Kommission für ihre umfangreiche Arbeit dankbar. Um es gleich vorwegzunehmen: Mit einigen Schlussfolgerungen bin ich nicht einverstanden.

Was die vermehrte Anwendung der deutschen Schriftsprache in den Schulen, in den Medien und in den politischen Diskussionen anbelangt, bin ich mit der Kommission einverstanden. Wir Deutschschweizer geben es zu: Hochdeutsch ist für uns eine Fremdsprache, eine Sprache, die wir unbedingt erlernen müssen. Deshalb gilt hier der Grundsatz «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr». Ich sehe dies bei meinen Lehrlingen. Sie haben grösste Mühe, in ihrem Tagebuch richtige deutsche Sätze zu formulieren. Ich persönlich gebe zu: Ich habe auch Mühe, ein korrektes Deutsch zu schreiben und zu sprechen.

Zurück zum Bericht der Verständigungskommissionen: Auf Seite 27 finden wir die Empfehlungen und Anträge. Hier vermisse ich konkrete Vorschläge zuhanden des Parlamentes. Wir Parlamentarier sind ja nicht ganz unschuldige Leute. Auf der Titelseite des Berichtes steht ja: «... das Missverhältnis soll uns bekümmern». Wenn es uns bekümmern soll, müssen wir auch sagen, wo wir im speziellen einen Beitrag zur besseren Verständigung der verschiedenen Landesteile leisten können. Zu Beginn des Berichtes wird auf die Anzahl der abweichenden Kantonsresultate bei den Abstimmungen in den Jahren 1978 bis 1987 hingewiesen. Wer trägt die Verantwortung für die Meinungsbildung im Volke? Wir alle, also Bundesrat und Parlament, tragen zur Meinungsbildung im Volke bei! Das ist sicher richtig so. Wir haben auch die Pflicht, politische Verantwortung zu tragen, und zu dieser Pflicht gehört auch die Wahrung der Einheit unserer Nation. Apropos Meinungsbildung – Hand aufs Herz: Wer in diesem Saal hat vor Abstimmungen immer die Mehrheit des Parlamentes vertreten, wenn er oder sie im Rat der Minderheit angehörte? Sehr bestimmt und unmissverständlich wurde doch von uns vor Abstimmungen die eigene Meinung vertreten. Ob wir dabei einen Beitrag zur Wahrung der Einheit leisteten, wurde doch nicht lange abgeklärt. Gerade hier liegt ein wunder Punkt. Deshalb vermisse ich die Aufträge an die Mitglieder des Parlamentes.

In der vierten Empfehlung lese ich folgendes: «Die Bundesbehörden ... wenden das Subsidiaritätsprinzip gegenüber den Kantonen in allen Bereichen der Bundesgesetzgebung an, ... sofern sich keine einheitliche Lösung aufzwingt.» Ja wohl, sofern sich keine einheitliche Lösung aufzwingt! Hier

sollte in einem zweiten Absatz umschrieben werden, wann einheitliche Lösungen zur Wahrung der Einheit nötig sind.

Bereits in der fünften Empfehlung erteilt die Kommission dem Bundesrat Aufträge. So weit, so gut! Aber wo bleiben die Aufträge an uns selber, zum Beispiel der Auftrag, dass zur gegenseitigen Verständigung auch der gegenseitige Respekt gehört? Wir müssen wieder lernen, einander über die Landes- teile hinaus besser zu respektieren.

Die Empfehlungen im Bildungsbereich sind sicher gut gemeint, aber mir gehen sie zu weit; sie sind auch zu zahlreich. Was ich unter anderem gut finde, ist Empfehlung 17, die aussagt, dass die heutige Schweiz mehr von den Ereignissen von 1848 als von jenen von 1291 geprägt ist; und dass unsere Landesgeschichte neu definiert werden muss, erachte ich als richtig.

In Empfehlung 22 wünscht die Kommission, «dass die Vertreter aus Wirtschaft und Politik sich vermehrt zusammenfinden und einander mehr Interesse entgegenbringen». Mehr wird von den Vertretern aus Wirtschaft und Politik nicht verlangt. Auch hier vermisse ich weiter gehende Forderungen an die Politiker, zum Beispiel die Forderung des gegenseitigen Respektierens und des Suchens nach Lösungen zur Wahrung der Einheit.

Die Motion der Verständigungskommissionen finde ich gut, erwarte aber, Frau Bundesrätin, dass Sie nicht mehr Gesetzesänderungen vorschlagen als nötig.

Das Postulat der Kommissionsminderheit geht zu weit. Ich bitte Sie, es abzulehnen.

**Schmied Walter** (V, BE): «La Suisse n'existe pas», tel fut le thème choisi pour présenter notre pays à l'Exposition universelle de Séville. Provocateur, le sujet incitait les esprits critiques à découvrir notre pays au gré de leur imagination. L'enjeu était intellectuel.

La réflexion de ce jour procède d'une démarche toute différente. Les badinages ne sont pas de mise. Dans l'intérêt bien compris de chacun, une analyse critique et en profondeur s'impose. Il en va de l'avenir de notre pays tout entier, voire de sa survie. Le débat est donc incontournable. Quoi qu'en pensent certains, la Suisse existe bel et bien. Elle existe sous la forme d'une confédération d'Etats et non d'une nation dont l'homogénéité trouverait justification sur de dangereuses bases ethniques.

Grâce à sa pluralité, la Suisse est à l'image d'une mosaïque hors norme faite de mentalités multiples, aux sensibilités souvent divergentes, d'où sa richesse. Construction vivante, notre pays respire grâce à ses diversités. Son coeur bat au rythme des engagements et des sacrifices consentis par chacun. Notre mission est de redécouvrir cette Suisse, de la réinventer, de la reconstruire ensemble chaque jour. Il s'agit-là d'un grand défi, permanent, qu'il nous appartient de relever. Le devoir est hautement valorisant et il requiert notre engagement total et convaincu. Le jour où nous faillirons à notre tâche, la Suisse se transformera en une sorte de réduit et sera reléguée au rang d'un mythe banal ou, plus grave encore, nous la saurions alors transformée en une irréversible et dangereuse anomie.

L'objectif demeure élevé et la démarche d'autant plus délicate qu'elle supprime parfois les intérêts particuliers ou privés. Comme les générations se relaient, l'exercice doit être à chaque fois répété, repensé en fonction des sensibilités, de l'évolution. La philosophie, cependant, reste la même. Sachons que rien n'est jamais définitivement acquis. Aussi, le but ambitieux nécessite un effort soutenu de toutes les parties en présence. Ces parties, précisément, jouissent d'une sorte de droit de veto qui, s'il était exercé par l'un des partenaires, anéantirait les espoirs des autres et ferait s'effondrer l'édifice collectif.

Dans une mosaïque, les pièces qui la composent sont toutes consolidées, elles sont soudées les unes aux autres. Ainsi en est-il des entités géographiques diverses constituant notre pays. Qu'elles soient italophones, francophones, alémanophones; qu'elles soient de la ville ou de la campagne, de la montagne ou de la plaine. Ces entités cohabiteront de manière enrichissante aussi longtemps qu'elles resteront unies par les liens de la communication et du partage. Aussi, nous vouerons une attention toute particulière, sans réserve, et en

priorité, aux régions géographiques minoritaires de la Suisse. Ces entités immuables sont, en effet, davantage vulnérables que d'autres minorités qui se meuvent ou se relaient au sein de notre société.

Qu'il me soit donc permis, ici, de mettre en exergue le rôle prépondérant de la communication. Sans elle, il n'y a point de compréhension possible. Le temps des messagers et des pèlerins est à jamais révolu. Les médias ont pris le relais, ils détiennent de fait le monopole de la communication. Admettre le rôle primordial de la communication dans le fédéralisme helvétique, c'est reconnaître ipso facto la responsabilité des médias en la matière. En Suisse, davantage qu'ailleurs encore, les médias ont à exercer un rôle de garde-fou en restant critiques face aux événements. Ils ont également à jouer un rôle d'éducateur, encourageant le lecteur, l'auditeur et le téléspectateur à s'intéresser aux autres, à fournir les sacrifices réciproques, à s'engager dans la construction d'un avenir commun. L'excès de pessimisme est souvent source de désengagement. Pour assumer leur noble mission, les médias doivent disposer du recul suffisant. Ils doivent être au bénéfice d'une indépendance exhaustive, aujourd'hui de plus en plus remise en question par la loi et la concurrence du marché, ceci malheureusement.

La diversité médiatique, jadis fleuron de notre pays, s'appauvrit constamment, alors qu'elle est le substrat permettant aux citoyens de se faire une opinion solide et saine. Le débat d'idées se perd, proportionnellement au vu de la force croissante d'éditeurs, alors que le citoyen n'a plus les moyens pour se prémunir contre la risque accru de la manipulation. N'allez pourtant pas déduire de mes propos que je considère les médias comme étant trop puissants. S'il y a problème en la matière, cela est dû d'abord au fait que le monde politique n'exprime plus aussi clairement ses avis et que les opinions restent trop souvent voilées.

Réflexion faite, la Suisse n'est pas réellement en crise, elle est malade tout simplement et souffre d'un manque aigu d'affection. Les quelques motions que nous accepterons dans ce Parlement ne seront qu'un peu de baume sur sa plaie. En fait, notre pays a besoin d'une nouvelle prise de conscience de la part de chacune et de chacun. Rien de ce qui sera entrepris positivement ne sera de trop pour colmater certaines brèches et retrouver l'homogénéité sans laquelle notre pays ne serait pas.

Je vous conjure de tout mettre en oeuvre afin de retrouver ces vraies valeurs et d'honorer notre mandat en souscrivant à toutes les propositions de la commission.

**Thür** Hanspeter (G, AG): Ich äussere mich zu einem konkreten Punkt, nämlich zur Frage der Verwendung der Mundart in den elektronischen Medien. Dem Bericht können wir entnehmen, dass die Sprachenfrage bei den ständerätlichen Hearings mit Vertretern der Medien zu einer lebhaften Auseinandersetzung geführt hat. Die Kommission bedauert, dass Diskussionssendungen in der SRG zu oft in Mundart gesendet würden. Sie liess das Argument der SRG nicht gelten, dass die Sprachwahl nicht viel zur nationalen Klammer beitrage und vor allem die Mundartsendungen der einzige echte Marktvorteil gegenüber der starken ausländischen elektronischen Konkurrenz seien. Diese Haltung ist entweder scheinheilig oder dann naiv. Es gibt ja viele in diesem Saal, die begeistert der Liberalisierung im Medienbereich das Wort reden. Diesen sei mit aller Deutlichkeit gesagt, dass sie mit ihrer Politik der Deregulierung und Liberalisierung im Medienbereich gerade dieser Mundartwelle, die sie dann gleichzeitig bekämpfen, Vorschub leisten. Wer diese Zusammenhänge nicht sehen will, der oder die steckt den Kopf in den Sand. Oder erklären Sie mir, weshalb beispielsweise die Promotoren eines RTL-Fensters in der Schweiz nun darangehen, die amerikanische Serie «Who is here the boss?» auf Mundart zu übersetzen, obwohl diese Serie bereits auf hochdeutsch existiert. Oder erklären Sie die Tatsache, weshalb drei Viertel der Werbung auf Mundart ausgestrahlt werden? Das ist, Frau Jeanprêtre, keine Entscheidung der SRG, das ist eine Entscheidung der Wirtschaft. Die SRG hat diesbezüglich überhaupt keinen Einfluss. Die Gründe sind doch sonnenklar: Wer in der deutschen Schweiz nahe an die

Leute herankommen will, wer ihnen etwas verkaufen will, der sendet in Mundart. Es ist augenfällig, wie der Markt die Sprachenfrage entscheidet, wenn man ihm den freien Lauf lässt.

Natürlich ist das nicht nur eine Frage des Markts. Dahinter steht das Problem einer Bevölkerungsgruppe, die im deutschen Sprachraum eine kleine Minderheit darstellt und ihre kulturelle Identität über ihre eigene und gelebte Sprache, die Muttersprache – die eben mehr ist als ein Dialekt –, definiert. Es ist interessant, wenn man in diesem Zusammenhang die Image-Studie der SRG herbeizieht und dort feststellt, dass gerade die Mundartsendungen von den Leuten als sehr positiv eingestuft werden. Gerade in einem Europa, das sich in einem rasenden Integrationsprozess befindet, darf die identitätsstiftende Bedeutung der Mundart als eigenständiger Sprache nicht unterschätzt werden. Das haben im übrigen auch unsere Bundesräte längst erkannt. Sie verlangen nämlich vom Fernsehen, dass sie ihre Botschaften in Mundart ans Volk richten dürfen. Das machen sie sicher nicht aus der Überlegung heraus, die Welschen vor den Kopf zu stossen. Ich denke, diesem Sachverhalt müsste gerade auch von den Romands mehr Verständnis entgegengebracht werden.

Wie kann man dennoch die Verständigung auf der Ebene der elektronischen Medien verbessern? Ich meine, die Forderung nach vermehrter Verwendung der hochdeutschen Sprache zielt in die falsche Richtung. Aber es ist natürlich klar, dass man in Sendungen, an denen Romands oder Deutsche teilnehmen, ganz selbstverständlich hochdeutsch spricht.

Ein wichtiger Schritt zur Verständigung wird auf der Ebene der elektronischen Medien getan, indem drei unabhängige Vollprogramme in der Schweiz ausgestrahlt werden. Das ist ein wesentlicher Beitrag zum Sprachfrieden in diesem Lande. Das kostet viel Geld, und dafür bezahlt die sprachliche Mehrheit überdurchschnittlich. Das darf auch einmal erwähnt werden, wenn über den Röstigraben gesprochen wird! Die Verständigung unter den Sprachgruppen im elektronischen Medium muss auf anderer Ebene passieren. Es ist eine Illusion zu meinen, in einem mehrsprachigen Land würden im grossen Stil fremdsprachige Sendungen konsumiert. Wir müssen dafür sorgen, dass in den jeweiligen Kanälen das andere zum Ausdruck kommt, dass vermehrt über die anderen Regionen berichtet wird, vor allem, dass in Diskussionssendungen vermehrt Personen aus dem anderen Sprachbereich einbezogen werden, die den Leuten ihre andere Sicht der Dinge authentisch darlegen. Das scheint mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig zu sein, und es bringt uns weiter als eine elitäre Diskussion über die Verwendung der Mundart in den elektronischen Medien.

**Bezzola** Duri (R, GR): Stimada duonna presidenta, stimada duonna cusgliera federala, stimadas damas e stimats signuors, tenor glista dals oraturs stuvev eu e pudess eu discuorror uossa rumantsch. Per amegliorar però l'incletta in quista sala desist eu e discuor uschè cha tuots e tuottas inclegian.

Damit die Verständigung in diesem Saal während den nächsten sieben Minuten verbessert wird und nicht zuletzt auch zur Entlastung der Übersetzerinnen und Übersetzer wechsele ich auf Deutsch.

Verständigung zwischen den Sprachregionen der Schweiz ist ein wichtiges staatspolitisches Anliegen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung und Förderung, ja sogar für die Rettung einer gefährdeten sprachlichen Minderheit. Die Verständigung soll sich deshalb nicht nur auf die Überwindung des in der Öffentlichkeit oft diskutierten Röstigrabens beschränken, sondern auch die sprachlichen Minderheiten berücksichtigen. Diese Minderheiten tragen die Hauptlast der Mehrsprachigkeit in der Schweiz. Sie und nicht alle Mehrheiten müssen eine zweite Landessprache möglichst perfekt lernen und beherrschen. Darum ist es Aufgabe des Bundes, bei allen Beschlüssen darauf zu achten, dass auch die kleinen nationalen Sprachminderheiten zu ihrem Recht kommen.

In der Motion der Verständigungskommissionen wird darauf hingewiesen, dass Massnahmen getroffen werden müssen, dass die nötigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten sind, damit die im Anhang zum Bericht von den Verständigungs-

kommissionen formulierten Empfehlungen auch verwirklicht werden können. Die Bündner Regierung, zusammen mit der Lia Rumantscha, der Dachorganisation der Rätoromania, hat ein Massnahmenpaket für dringliche Massnahmen zur Stärkung des Rätoromanischen eingereicht. Zur Verwirklichung dieses Massnahmenpaketes ist eine Revision des Bundesgesetzes über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache nötig. Wir hoffen, dass die Motion der Verständigungskommissionen die notwendigen Gesetzesänderungen erleichtert, damit dringliche Massnahmen zur Stärkung des Rätoromanischen möglichst bald getroffen werden können.

Die Verständigung und der Austausch zwischen den Sprachregionen spielen auch im neuen Sprachenartikel eine zentrale Rolle. Die Revision wird leider nicht im Sinne unseres Beschlusses der Herbstsession 1993 in Genf erfolgen. Ich hoffe aber, dass die Revision des Artikels 116 der Bundesverfassung sobald als möglich abgeschlossen werden kann, damit in einer Anschlussgesetzgebung die geplanten Massnahmen zur Erhaltung der viersprachigen Schweiz getroffen werden können.

Gemäss Tagesordnung sollten wir heute die parlamentarische Initiative Borel François «Drei Landessprachen im Radio für alle» behandeln. Warum drei Landessprachen für alle und nicht vier? Schliesslich leben weitaus mehr Romanen ausserhalb des Kantons Graubünden als im Kanton selber. Haben nicht auch alle Romanen das Recht, Radiosendungen in ihrer Landessprache überall in unserem Land zu hören? Die Verbesserung der sprachlichen und regionalen Verständigung ist eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Viersprachigkeit in unserem Land. Eine bessere Verständigung bildet deshalb auch die Grundlage zur Erhaltung, Förderung und Rettung der gefährdeten sprachlichen Minderheiten.

Ich bitte Sie deshalb, die Motion der Verständigungskommission des Nationalrates sowie die Motion des Ständerates (Rhinow) und das Postulat der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur zu überweisen.

**Carobbio** Werner (S, TI): Confesso che all'inizio dei lavori commissionali il mio scetticismo sull'utilità della commissione era piuttosto grande. Ero e resto dell'opinione che il risultato del voto del 6 dicembre 1992 e le incomprensioni che esistono all'interno del Paese, trovano delle spiegazioni in molte cause, di cui quella linguistica e culturale non è che una, e molto spesso non la principale.

Tuttavia devo riconoscere che i lavori della commissione hanno permesso di esaminare, almeno dal punto di vista linguistico e della comunicazione, alcuni problemi effettivi di questo disagio, problemi che sono certo di comunicazione, ma che dietro rivelano questioni d'identità politica e culturale. Credo che il problema della comprensione nazionale è multilaterale: non c'è solo un problema di comunicazione Svizzera tedesca/Svizzera romanda, ma c'è anche un problema di comunicazione Svizzera romanda/Svizzera italiana. E mi ha fatto abbastanza piacere l'intervento del collega Rebeaud che questa mattina ha tenuto un discorso autocritico. Anche i Ticinesi a loro volta dovrebbero fare un discorso autocritico, quando hanno una tendenza a porre i loro problemi in termini di semplice richiesta di aiuti e non in termini d'iniziativa politiche.

Per questo devo dire che le proposte della commissione, che approvo, costituiscono secondo me un contributo utile ad affrontare questi problemi, anche se non sono da sole sufficienti per risolverli.

Soprattutto devo dire che ci sono due aspetti che mi preoccupano: uno – in parte l'ha già sollevato la collega Lepori Bonetti – è la relativa prudenza ad affrontare quello che secondo me è un problema fondamentale nella questione dei rapporti di comprensione fra le varie regioni. Si tratta del problema economico e sociale.

Non voglio anticipare il discorso di domani sulla questione della Monteforno. Ma è chiaro che questo tipo di problemi, al di là delle questioni linguistiche e culturali, non può migliorare la comprensione fra le varie parti della Svizzera. Ma non c'è solo il problema della Monteforno, c'è anche la politica delle grandi regie, delle Ferrovie federali, delle PTT.

Perciò stiamo attenti. E' giusto affrontare i problemi linguistici e di comunicazione, però non dimentichiamo che oggi, se non viene impostata seriamente sul piano economico una politica regionale più incisiva, che tenga presenti i problemi delle regioni più deboli; se non viene affrontata una politica sul piano sociale di carattere solidale, credo che, nonostante le proposte della commissione non miglioreremo certo la comprensione fra le varie regioni o fra i vari gruppi sociali.

La seconda preoccupazione, molto rapidamente, è che le proposte della commissione non rimangano lettera morta, perché altrimenti avremo fatto «un bell'esercizio». Vorrei, ad esempio, che a cominciare da noi, qui, nel Parlamento, nell'amministrazione, l'esigenza di rivalutare la lingua italiana come lingua nazionale, la necessità di favorire la presenza a livello degli alti funzionari di rappresentanza delle minoranze linguistiche, si traduca veramente in fatti concreti.

Oppure ad esempio bisognerebbe che le proposte che riguardano il miglioramento dell'insegnamento della conoscenza dei problemi delle varie regioni nelle scuole a livello svizzero, si traducano per la scuola professionale, che è sicuramente una delle scuole che ha più problemi da questo punto di vista, in messa a disposizione del tempo per far questo.

Finché continueremo per ragioni sempre meno comprensibili a limitare agli apprendisti, quindi ai giovani, ai cittadini di domani, il tempo di formazione generale in nome dell'attività pratica, non faremo molti passi avanti in quello che è il miglioramento dalla comprensione fra le regioni e fra i gruppi sociali.

Quindi, approvo le proposte, approvo il buon rapporto della commissione, ma veramente insisto perché dal Consiglio federale al Parlamento si passi poi dalle belle parole agli atti.

**Fasel** Hugo (C, FR): Der Sozialwissenschaftler A. Hirschmann ist in seinem wohl bekanntesten Werk, «Shifting involvements», das ich wieder einmal zur Hand genommen habe, den Gründen nachgegangen, die den inneren Zusammenhalt eines Staatsgebildes in Frage stellen oder umgekehrt ausmachen. Er hat sich also mit jenem Problem auseinandergesetzt, das uns auch in diesem Land mehr und mehr beschäftigt. Im Ergebnis hat Hirschmann festgestellt, empirisch auch überprüfbar, dass der Zusammenhalt innerhalb eines Landes dann schwierig wird, wenn verschiedene Eigenarten und Unterschiede zu Trennlinien gemacht werden, sei es die konfessionelle, die sprachliche, die wirtschaftliche oder die politische Ebene, und diese verschiedenen Trennlinien geographisch am gleichen Ort innerhalb eines Landes verlaufen.

Für die Schweiz heisst dies, dass sich seit dem 6. Dezember 1992 über die Sprachgrenze auch eine politische Grenze, wenigstens eine integrationspolitische, gelegt hat. Dies ist um so bedeutsamer, als umgekehrt gerade jene Elemente wie die Konfession, die in der Vergangenheit verbindend gewirkt haben und quer zu anderen Trennlinien verlaufen sind, an Integrationskraft verlieren.

Es kommt hinzu – und hier sehe ich eine rasch wachsende Gefahr –, dass vor allem die wirtschaftliche Entwicklung die bestehende Trennlinie an der Sprachgrenze verschärft und betont. Die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten in jüngster Zeit geben ein eindrückliches Zeugnis davon.

Das Postulat, das ich eingereicht habe, will deshalb gerade bei diesem wirtschaftlichen Aspekt ansetzen, diese Trennlinie nicht auch noch verschärfen helfen. Wenn wir in die Vergangenheit schauen, stellen wir fest, dass auch im Bereich der Infrastrukturvorhaben in diesem Lande zuerst die Verbindungswege Bern–Zürich–Basel usw. gebaut wurden. Später, als dann die Westschweiz Gleiches gefordert hat, geriet sie sogar in Verdacht, antiökologisch zu sein; das wurde dort nicht verstanden.

Ein weiteres Beispiel – um einen Sprung in die Gegenwart zu machen –: Beim Gesetz zum Schutz bedrohter Regionen kommt gerade von einer Grosseorganisation mit Sitz in Zürich das Bestreben, einen solchen Unterstützungsmechanismus in der Zukunft zu verhindern. Oder gehen wir weiter in die Zukunft: Wenn die Mittel für «Bahn 2000» nicht ausreichen, dann werden wir – das kann man vorweg behaupten – wohl dort streichen, wo es um den Verbindungsweg Bern–Lausanne gehen wird. Hier müssen wir alles tun, um diese wirtschaftlichen

Gegensätze nicht noch zu verschärfen, und wir müssen alles tun, damit diese Grenze nicht am gleichen Ort verläuft wie die Sprachgrenze.

Zur Rolle des Dialekts: Ich stimme Kollege Rebeaud zu, dass die hochdeutsche Sprache für viele eine Fremdsprache ist. Ich glaube auch, dass einige Angst vor der Dominanz Deutschlands haben und deshalb den Dialekt zur Identitätspflege dringend brauchen. Dann heisst dies aber auch, und das ist eine Gefahr, dass diese Identität in die Isolation führen kann.

Ich möchte aber umgekehrt auch darauf hinweisen, dass nicht jedes gesamtschweizerische Ereignis durch das sprachliche Kriterium allein interpretiert und kommentiert werden darf. Auch hier soll die Alpen-Initiative als Argument dienen. Wir können doch nicht einfach verschweigen, dass 40 Prozent der Stimmenden in der Westschweiz dieser Initiative auch zugestimmt haben und umgekehrt 40 Prozent auf der Deutschschweizer Seite sie abgelehnt haben! Ein Kommentar, der das nicht beinhaltet, sieht nur die Hälfte oder will nur die Hälfte sehen.

Ich möchte es zum Schluss noch plakativ sagen: Wenn Fribourg-Gottéron in den nächsten Tagen Schweizer Meister wird, dann ist das nicht a priori ein Sieg der Westschweiz über die Deutschschweiz – das wäre auch eine Fehlinterpretation –, sondern es ist einfach eine Tatsache, dass Fribourg-Gottéron das Eishockeyspiel besser beherrscht – allerdings auch, weil sie etwas offener sind nach aussen, auch nach Osten hin, was ihnen jetzt zugute kommt.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr  
La séance est levée à 13 h 05*

**Dreizehnte Sitzung – Treizième séance****Mittwoch, 16. März 1994, Vormittag**  
**Mercredi 16 mars 1994, matin**

08.10 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)

*Ordnungsantrag – Motion d'ordre*

**Hess Peter** (C, ZG): Angesichts der reichbefrachteten Traktandenliste – es ist wohl das erste Mal in den letzten zehn Jahren, dass drei Seiten Papier benötigt werden – beantrage ich Ihnen, das Geschäft 94.007 (Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 93/I,II) anstatt in Kategorie III in Kategorie IV zu behandeln. Das würde bedeuten, dass nur die Kommissionssprecher diesen Bericht darlegen und die Fraktionssprecher auf ihre Kommentierung verzichten müssen.

Ich gehe davon aus, dass eine Fachkommission aus 27 Mitgliedern unseres Rates diesen Bericht besprochen hat, so dass wir ausnahmsweise die Zeit etwas straffen können. Ich nehme an, dass die Reihen ohnehin gelichtet sein werden, bis dieser Bericht behandelt wird.

**Zbinden Hans** (S, AG): Eigentlich müsste sich der Präsident der Kommission dafür einsetzen, dass man diesen Bericht beraten könnte – und zwar nicht, weil ich in der Kommission mitmache und darin involviert bin, sondern aus einem anderen Grunde: Wir möchten darüber diskutieren, ob man diesen Bericht das nächste Mal vielleicht in einer integrierten Form, zum Beispiel im Rahmen eines aussenpolitischen Berichtes, behandeln könnte. Damit wären wir auch in der Lage, die Aussenpolitik auf ihre Kohärenz hin zu überprüfen, und wir würden sehen, wie es mit der Entwicklungspolitik, mit der Aussenwirtschaftspolitik, mit dem ganzen Finanzverkehr steht. Wir haben diese Bereiche in ganz verschiedenen Berichten abgelegt und sind dennoch nicht in der Lage, die Fragen kohärent, integral zu diskutieren.

Wenn Sie diesem Antrag Folge geben, dann wird dieses Ritual das nächste Mal, das übernächste Mal weitergehen, und wir können diesen Bericht über die Aussenwirtschaftspolitik – der notabene einen wichtigen Bereich betrifft, der die momentan laue Entwicklung der Binnenwirtschaft kompensiert – nicht wirklich diskutieren.

**Mühlemann Ernst** (R, TG): Herr Hess Peter hat mich vor seinem Ordnungsantrag konsultiert. Ich bin der Meinung, dass wir bezüglich Ratsarbeit an der Grenze dessen angelangt sind, was vernünftig ist. Wenn Sie das heutige Programm mit dem doch sehr gewichtigen Problem der Konsequenzen der Alpen-Initiative anschauen, dann muss man halt irgendwo Ökonomie der Kräfte betreiben.

Ausnahmsweise kann man meines Erachtens diesen Aussenwirtschaftsbericht in Kategorie IV behandeln. Wir haben ihn in der Kommission ausführlich besprochen. Wir haben festgestellt, dass die Schwergewichte aus diesem Bericht in separaten Botschaften und Berichten erscheinen, wie etwa der Gatt-Botschaft oder dem Nord-Süd-Bericht. Ausnahmsweise würde ich Ihnen also empfehlen – auch angesichts der Tatsache, dass wir eine ausgedehnte Debatte über Aussenpolitik hatten –, hier Kategorie IV zu wählen.

*Abstimmung – Vote*Für den Ordnungsantrag Hess Peter  
Dagegen80 Stimmen  
41 Stimmen

Sammeltitel – Titre collectif

**Sprachliche Verständigung**  
**Compréhension linguistique***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 362 hiervoor – Voir page 362 ci-devant

92.083

**Verbesserung der Verständigung**  
**zwischen den Sprachgebieten**  
**Amélioration de la compréhension**  
**entre les différentes régions linguistiques***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 362 hiervoor – Voir page 362 ci-devant

**Bühlmann Cécile** (G, LU): Ich spreche zu zwei Aspekten des Berichtes, nämlich zum Verhältnis zwischen Mundart und Standardsprache in der deutschsprachigen Schweiz und zur Empfehlung der Kommission an den Bildungsbereich, zweisprachige Schulmodelle einzuführen oder zu unterstützen. Mich hat gefreut, dass die Kommission bei den Mitgliedern, die nicht deutsch sprechen, um Verständnis dafür geworben hat, dass in der deutschsprachigen Schweiz die Mundart die Sprache der ganzen Bevölkerung ist, welche unabhängig vom gesellschaftlichen Status von allen gesprochen wird. Ich möchte hier eine kleine Klammer öffnen, denn das ist nicht in allen Ländern so. In Italien zum Beispiel ist die Mundart für den familiären Bereich reserviert und wird nicht in allen gesellschaftlichen Schichten gesprochen. Ich möchte beifügen, dass der Mundartgebrauch nicht aus böser Absicht gegenüber Anderssprachigen zunimmt, sondern – das mag Sie vielleicht erstaunen – es ist auch ein Stück Demokratisierung. So hat in der Schule zum Beispiel der Mundartgebrauch im Zusammenhang mit den neueren Unterrichtsformen wie Gruppenarbeit, Werkstattunterricht – also insgesamt mit den weniger lehrerzentrierten Unterrichtsformen – zugenommen. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Medien festzustellen. Durch den vermehrten Einbezug des Publikums in Form von Interviews und Telefonbefragungen hat auch dort der Mundartgebrauch zugenommen.

Für uns Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer ist die schweizerdeutsche Mundart die Sprache, zu der wir die engste emotionale Beziehung haben und in der wir uns am differenziertesten ausdrücken können. Zu ihr werden wir immer ein besonders enges Verhältnis haben.

Unsere Erfahrung in der Schule war die, dass immer dort, wo es ernst galt, wo benotet und selektioniert wurde, die Standardsprache gebraucht werden musste. Übrigens spreche ich bewusst nicht von Hochdeutsch, weil dieser Ausdruck suggeriert, dass Hochdeutsch besser sei als Mundart, und dabei handelt es sich nur um eine andere Norm der gleichen Sprache. Beide Normen sind gleichwertig. Sie haben beide ihre Bedeutung, ihren Reichtum und ihren je sinnvollen Anwendungsbereich. Es zeugt von Dünkel, wenn behauptet wird, schwierige wissenschaftliche Zusammenhänge könnten nur in der Standardsprache ausgedrückt werden. Das stimmt nicht. Die schweizerdeutschen Mundarten sind so reichhaltig und differenziert, dass mit ihnen alles ausgedrückt werden kann; wenn aber anderssprachige Leute – Leute, die die Mundart nicht verstehen – anwesend sind, ist es selbstver-

ständig, dass dann die Standardsprache gesprochen wird, und zwar von allen Beteiligten.

Zurück zur Schulerfahrung. Da die Standardsprache als Selektionsinstrument gebraucht und als etwas Schwieriges erfahren wurde, war es kaum möglich, zu ihr ein positives Verhältnis aufzubauen. Diese eher negative Erfahrung mit der Standardsprache begleitet uns bis heute und ist ein wichtiger Grund dafür, dass viele Erwachsene Mühe bekunden, souverän und gern Standarddeutsch zu sprechen. Das müsste aber nicht so sein. Die Schule hätte die Möglichkeit, Kindern einen anderen Zugang zur Standardsprache zu vermitteln, indem sie den Gebrauch von beiden Normen – Standard und Mundart – flexibel und spielerisch für alle Unterrichtsinhalte und Unterrichtsformen übt, zum Beispiel Turnen in Standardsprache, Mathematik in Mundart. Kinder haben nämlich, bevor sie in die Schule kommen, diese emotionale Barriere zur Standardsprache nicht. Für sie ist es wie ein Rollenspiel, die Sprache, die sie vom Fernsehen her kennen, zu sprechen. Erst in der Schule wird diese Barriere aufgebaut. Aber mit Verboten kann die Zunahme der Mundart nicht verhindert werden, sondern nur mit positiven Massnahmen zugunsten der Standardsprache.

Nun noch zum zweiten Aspekt, zur Empfehlung an das Bildungswesen, Pilotprojekte für den zweisprachigen Unterricht durchzuführen: Da rennt die Kommission offene Türen ein, denn im Bildungswesen ist in letzter Zeit Bewegung in diese Frage gekommen. So fand im letzten November auf dem Monte Verità in Ascona ein schweizerisches Forum unter dem Titel «Mehrsprachiges Land, mehrsprachige Schulen» statt, an welchem 140 Personen aus den verschiedenen Kantonen teilnahmen, welche in ihren kantonalen Erziehungsdirektionen verantwortlich sind für «langue deux» und für die interkulturelle Erziehung. Dabei ging es um verschiedene Modelle der Immersion, das heisst um das Sprachenlernen, bei dem die zu erlernende Sprache Vehikel und nicht Lerngegenstand ist, zum Beispiel in der deutschsprachigen Schweiz Geschichte und Mathematik auf französisch zu unterrichten. In diese Richtung zielt auch die parlamentarische Initiative Robert. Wir haben als viersprachiges Land ideale Möglichkeiten für zweisprachige Schulmodelle. Leider sind noch sehr wenige solche Modelle verwirklicht. Am meisten Erfahrung mit diesem Unterricht – das mag Sie vielleicht erstaunen – haben in der Schweiz die rätoromanischen Gemeinden im Kanton Graubünden. Ich bin überzeugt, dass mit der Immersion ein leichter Zugang zu einer zweiten oder dritten Sprache gefunden werden kann. Deshalb ist es wichtig, für die zu schaffenden Immersionsmodelle wissenschaftliche Forschung mitzubetreiben; da sehe ich die Möglichkeiten des Engagements des Bundes, und ich wünsche mir, dass aus den Kantonen ganz viele Initiativen in diese Richtung kommen. Mit der Empfehlung der Verständigungskommissionen bekommt dieses Anliegen zusätzliches Gewicht. Ich hoffe, dass es nicht bei einer Empfehlung bleibt.

**Brügger** Cyrill (S, FR): Den Grundanliegen des vorliegenden Berichtes stimme ich vollumfänglich zu. Wohl kaum jemand wird vermehrte Anstrengungen bestreiten wollen, welche eine bessere Verständigung unter den Sprachgemeinschaften anstreben.

Der Bericht ist keine Fundgrube origineller Ideen. Vieles wurde bei anderen Gelegenheiten auch schon auf den Tisch gelegt. Hüten wir uns daher vor der Illusion, mit dem Bericht seien entscheidende Weichen für eine bessere Verständigung gestellt worden. Der 6. Dezember 1992 offenbarte uns Schweizerinnen und Schweizern überhaupt nichts Neues. Schon des öfteren förderten Abstimmungen die unterschiedliche Sensibilität und Betroffenheit der deutschsprachigen und welschsprachigen Schweiz zutage. Wenn nun bei diesem Urnengang die Schmerzgrenze spürbar überschritten worden ist, dann nicht zuletzt deshalb, weil im Vorfeld zur Abstimmung zusätzlich Emotionen geschürt worden sind. Der Unterschied zwischen Romandie und Deutschschweiz wurde von gewissen Medien mit den Umfragen und Trendmeldungen schon Wochen vorher so richtig zu einem Hauptthema hochstilisiert.

Kurz einige Gedanken zu den Empfehlungen im Bildungs- und Schulbereich. Zur Lösung gesellschaftlicher Probleme werden vor allem für den längerfristigen Ansatz hohe Erwar-

tungen in die Möglichkeiten der Schulen gesetzt. Wenn die Fremdenfeindlichkeit in unserem Lande zunimmt, wenn sich in unterentwickelten Ländern der Hunger ausbreitet oder das Ozonloch lebensbedrohende Formen annimmt, dann fehlt es nicht an Anregungen bis hin zu Forderungen, wie die heranwachsende Generation für diese Probleme zu sensibilisieren sei. Dabei vergisst man, dass in den Schulen zwar vieles möglich ist, dass aber das Wesentliche, das vorgelebte Beispiel etwa, und die eigentlichen Taten von der Welt der Erwachsenen geleistet werden müssen.

Auch im vorliegenden Fall hat man sich sehr rasch an die Schulen erinnert, fordert den Lehrer- und Schüleraustausch, fordert die Entrümpelung des Geschichtsunterrichtes, weil man in Unkenntnis der Sachlage glaubt, es sei noch immer wie Anno dazumal, als man selber zur Schule ging. Vieles hat sich jedoch in den letzten Jahren gewandelt und entwickelt. Der Geschichtsunterricht ist schon vor dem 6. Dezember 1992 entmythologisiert worden. Der Klassen- und Schüleraustausch ist insbesondere in den Berührungsgebieten zweier Kulturen seit langem Bestandteil echt gelebter Traditionen.

Ein zusätzliches freiwilliges 10. Schuljahr im anderssprachigen Gebiet wird bei uns immer häufiger und mit erfreulichen Resultaten praktiziert. Was wir benötigen, ist neben der idealen auch die materielle Unterstützung. Gerade letzteres, die materielle Unterstützung, wird von der öffentlichen Hand zu Zeiten angespannter Finanzlage vernachlässigt. Sollen die gutgemeinten Empfehlungen des Berichtes mehr als nur deklaratorischen Charakter haben, müssten unbedingt auch konkrete Taten folgen. Zugegeben, in Schulangelegenheiten hat der Bund nur beschränkte Möglichkeiten. Und doch müssten die verbalen Aussagen von konkreten Massnahmen begleitet sein.

Diese gibt es ganz gewiss. Nur ein bescheidener Vorschlag, der aber wirksame Anreize schaffen könnte: Wie wäre es beispielsweise mit Tarifverbilligungen für klar umrissene Klassenaustauschprojekte über die Sprachgrenzen hinweg?

Ich bitte Frau Bundesrätin fürs erste, diesen bescheidenen Vorschlag zu prüfen und weitere Tatbeweise folgen zu lassen. Die schönen Absichtserklärungen würden dadurch an Glaubwürdigkeit gewinnen. Genug der schönen Worte und Zitate. Nun gilt es, den Tatbeweis anzutreten.

**Maspoli** Flavio (D, TI): Ein deutsches Lied aus der Kriegszeit lautet: «Sag mir, wo die Gräber sind, Blumen wiegen sich im Wind.» Ich möchte das in bezug auf unsere Diskussion von heute abändern und sagen: Sag mir, wo die Gräben sind. Wenn Gräben da sind, dann hat sie ganz bestimmt jemand gegraben. Wer hat ein Interesse, heute Gräben zu graben? Das ist die Frage, die sich direkt aufdrängt.

Die Schweiz besteht als Einheit gerade deshalb, weil sie aus vier verschiedenen Gruppen gebildet ist. Diese vier Gruppen unterscheiden sich im Charakter, sie unterscheiden sich in verschiedenen Sachen – Sie entschuldigen das Wortspiel –, und die Einheit der Schweiz setzt sich aus diesen Verschiedenheiten zusammen.

Wenn man davon ausgeht, dass man diese Verschiedenheiten einebnen soll, schüttet man keine Gräben zu, sondern begräbt man die Schweiz, nichts anderes. Es ist ganz klar, dass der berühmte Graben am 6. Dezember 1992 entstanden ist, aber nicht seitens der Bevölkerung, sondern seitens der enttäuschten Politiker und seitens der Medien. Mit diesem Argument führen sie nun ihren Kreuzzug für Europa, um das zu erreichen, was das Volk mehrheitlich nicht wollte. Die Schweiz kann nur solange Schweiz bleiben, als die demokratischen Urteile, die demokratischen Entscheide des Volkes honoriert werden, als man fähig ist, die Mehrheit zu akzeptieren, und zwar nicht nur zu tolerieren. Es geht nicht darum, dass man irgend etwas toleriert in der Schweiz. Man muss dem ändern, dem «Verschiedenen», mit Respekt gegenüber-treten. Man muss ihn so annehmen, wie er ist. So hat es letztlich wenig Sinn, dass die Deutschschweizer französisch sprechen und die Tessiner sich die Mühe geben, «Schwyzer-tütsch» zu lernen.

Wenn wir uns verstehen wollen, finden wir immer einen Weg, auch ohne nach Mitteln zu greifen, die nichts anderes sind als

Fassade. Was hinter dieser Fassade steckt, ist wichtig. Das ist der Kernpunkt der heutigen Diskussion. Es geht darum, die Andersartigkeit der anderen Schweizer zu akzeptieren und so zu nehmen, wie sie ist, ohne Turnübungen, ohne Schriftdeutsch, ohne Français fédéral und ohne irgendwelche andere Dinge dieser Art.

Die Empfehlungen der Kommission sind Turnübungen. Die kann man ohne weiteres durchführen. Dabei verhält es sich so, wie mit dem Aspirin: Wenn es nicht hilft, so schadet es wenigstens nicht. Aber einen tieferen Sinn haben solche Übungen nicht.

Wie soll man von besserer Verständigung, von Liebe unter den Völkern und Liebe unter den verschiedenen Ethnien der Schweiz sprechen, wenn ein Bundesrat nach einer Abstimmung, die nicht so verlaufen ist, wie er wollte, am Fernsehen sagt, die Deutschschweizer seien Ajatollahs? Da können Sie noch lange solche Übungen machen! Da können wir über den «Röstigraben» sprechen, bis wir keine Worte mehr finden. So geht das nicht. Das ist nicht die feine englische Art und ganz bestimmt nicht die Schweizerart, so, wie wir sie gewohnt sind. Frau Grendelmeier sprach von Neugierde, die geweckt werden müsse. Es ist ein Ausdruck, der mir nicht gefällt. Wir sprechen ja nicht von Löwen oder Bären, die im Zoo sind, sondern wir sprechen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Ich sage noch einmal: Diese Mitbürger und Mitbürgerinnen soll man respektieren in dem, wofür sie einstehen und als das, was sie sind. Respekt vor den anderen Völkern, Respekt vor den vier Ethnien der Schweiz: das ist der Schlüssel zur besseren Verständigung.

**Keller Anton (C, AG):** Auf den Seiten 27 bis 32 listet der Bericht zahlreiche Empfehlungen auf. Wenn man das liest, erscheint einem das meiste als geradezu ungeheuer selbstverständlich. Aber nicht selbstverständlich ist, dass das alles nicht bereits in Gang, nicht bereits Wirklichkeit ist. Man muss sich ernsthaft fragen, warum es eine parlamentarische Kommission brauchte, um derartige Selbstverständlichkeiten zu empfehlen. Wenn auf Seite 31 gesagt werden muss: «Um die Mobilität der Studierenden zu fördern, müsste vor allem auch auf eine gegenseitige Anerkennung der Hochschulabschlüsse hingewirkt werden», ist das schlicht und einfach ein Signal für eine höchst bedenkliche Kontaktarmut in diesem Land. Dass eine solche Anerkennung nicht schon längst Wirklichkeit ist, ist doch ein Ärgernis von nationalem Ausmass. Wir haben nicht einmal im Landesinnern zustande gebracht, was unsere Nachbarländer bereits europaweit verwirklicht haben. Wenn die Kommission in ihrer 17. Empfehlung geradezu dazu auffordert, die Schweizer Geschichte neu zu schreiben, weil die heutige Schweiz mehr von den Ereignissen von 1848 geprägt sei als von jenen von 1291, dann ist das auch eine Wahrheit, die eigentlich längst selbstverständlich sein müsste. Auch wir Aargauer freuen uns natürlich darüber, nicht nur die Romanie, denn wir waren 400 Jahre lang die demütigen Untertanen jener Eidgenossen, die sich als Freiheitshelden mythologisieren lassen.

Der Bericht scheint es aus Höflichkeit nicht zu sagen, aber für mich ist klar: für ein erspriessliches Zusammenleben in unserem Land mit mehreren Kulturen ist in erster Linie die nationale Mehrheit verantwortlich. Mit anderen Worten, das politische Klima im Land wird so oder so von der nationalen Mehrheit gemacht, von der zahlenmässig präponderanten Deutschschweiz. Diese Deutschschweiz aber, das ist nicht zu übersehen, scheint zunehmend «selig in sich selbst». Der alemannischen Mehrheit im Land kommt tatsächlich zunehmend der Sinn für das Ganze abhanden. Eine seltsam dissuasive Grundhaltung wird erkennbar. Dies kommt auch im immer steiler abfallenden Hang zur Mundart zum Ausdruck. Die Verwendung der Mundart ist zum Teil auch rücksichtslose Bequemlichkeit. Ich begrüsse die Massnahmen, die dieser Bericht auflistet, so selbstverständlich sie auch sind. Wenn aber der Bericht zu Recht das politische Auseinandertreiben wesentlich in der unterschiedlichen Kultur begründet sieht, dann vermisse ich Empfehlungen zur Förderung des gemeinsamen Kulturschaffens in diesem Land. Zum Beispiel vermisse ich eine konkrete Aussage zum schweizerischen Filmschaffen. Es gibt Welsch-

schweizer Filme, es gibt auch Deutschschweizer Filme, aber es gibt keine Schweizer Filme. Ich weiss nicht, ob die Kommission hier vorsichtig war, weil das etwas kosten könnte. Die meisten Empfehlungen sind verhältnismässig preisgünstig. Das Beste, was in diesem Bericht gesagt wird und an Empfehlungen herausgegeben wird, betrifft die Jugend. Da liegt die alles entscheidende und berechtigte Hoffnung, die Schweiz als Willensnation – und man muss immer wieder sagen, dass sie das und nichts anderes ist – auch in Zukunft zu stärken. Ich begrüsse den Antrag des Büros, einen permanenten Ausschuss zu bilden, der die Ausführung der Empfehlungen begleitet. Ich möchte aber andererseits empfehlen, auch die Kantone einzubeziehen, denn an die Kantone sind die meisten Empfehlungen gerichtet.

**Daep Susanna (V, BE):** Ich möchte mich vor allem über die deutschsprachigen Dialekte und über die deutsche Hochsprache äussern. Dieses Problem wurde im Bericht öfters aufgeworfen. Es ist offenbar klar und erwiesen, dass der Deutschschweizer heute auf jeder Schulstufe und auch im Erwerbsleben den Dialekt vermehrt benutzt, mehr als dies noch vor zwanzig bis dreissig Jahren der Fall war. Was sind die Gründe? Vier Punkte möchte ich erwähnen:

1. Der Deutschschweizer Dialekt ist tatsächlich für die Kinder und für die Familie im Normalfall die Umgangssprache. Die Hochsprache lernt das Kind erst in der Schule. Für jedes deutschsprechende Kind ist Hochdeutsch die erste Fremdsprache, dessen müssen wir uns bewusst sein.
2. Früher wurde in der Grundschule fast ausschliesslich Frontalunterricht angewendet. Selten wurden sogenannte Gruppenarbeiten ausgeführt. Heute steht an erster Stelle der Werkstattunterricht. In diesen Gruppen wird logischerweise vom Schüler wie von der Lehrkraft Dialekt gesprochen, was zum Beispiel im Kanton Bern – Grundschule ist ja Sache der Kantone – toleriert wird, da ja nach Lehrplan neben der Hochsprache auch der Dialekt gefördert und erhalten werden muss.
3. Sehr viele Kabarett- und Unterhaltungssendungen, seien sie gesungen oder gesprochen, benützen den Dialekt. Dadurch werden die Jungen animiert, selber auch Dialektkorrespondenz zu führen, was wirklich von der Mehrheit der Erwachsenen nicht geschätzt wird.
4. Früher war es gang und gäbe, dass man ein Welschlandjahr absolvierte. Infolge der langen Ausbildungszeiten wird vermehrt darauf verzichtet. Durch den Aufenthalt in der Westschweiz lernte man auch die andere Mentalität etwas kennen. Dies war umgekehrt zum Teil auch der Fall.

Nach unserem Bericht gibt es nur eines: dass wir uns gegenseitig Mühe geben, die Landessprachen zu verstehen, und dass wir Deutschschweizer uns bemühen, die Hochsprache zu benützen. Ich glaube, dass so der vielzitierte Röstigraben und die Abstimmung vom 6. Dezember 1992, welche im Bericht unglaublich oft erwähnt wird, an Bedeutung verlieren.

**Eymann Christoph (L, BS):** «... das Missverhältnis soll uns bekümmern», so lautet die verkürzte Fassung der Auftragsformulierung der Kommissionen. Es ist sicher richtig und auch wichtig, nach der EWR-Abstimmung diese Themen zu untersuchen. Wahrscheinlich ist es auch richtig, beim offenkundigen Malaise zu beginnen, obwohl auch die Fragestellung nach dem Gemeinsamen, nach dem Verbindenden als Ausgangspunkt hätte dienen können.

Der Bericht der Kommissionen ist ein wertvolles Instrument, eine Bestandesaufnahme trennender Faktoren dient als Ausgangsbasis für Verbesserungen, die in Vorschlagsform vorgelegt werden. Sicher sind diese Vorschläge taugliche Massnahmen, um als einzelne Mosaiksteine zum Ganzen, zur Verständigung der Sprachgemeinschaften beizutragen. Zwangsläufig wirken diese Massnahmen aber nur punktuell. Zusammengehörigkeit kann nicht verordnet oder gar in Gesetzen befohlen werden. Zusammengehörigkeitswille muss freiwillig in unser Denken Eingang finden. Die Auswirkungen politischer Entschiede oder Handlungen müssen hinsichtlich ihres Spalt- oder Trennpotentials untersucht werden. Das ist eine Anforderung, die für uns als Parlamentsmitglieder ebenso gilt wie für die Exekutive.

Wir müssen uns in vermehrter Masse bewusst werden, wie in anderen Sprachgemeinschaften gedacht und empfunden wird. Wohl niemand will heute bewusst die französischsprachige Schweiz oder andere Sprachgemeinschaften majorisieren, dennoch geschieht es fortlaufend. Hier ergibt sich ein Ansatz zur Problemlösung. Sowohl beim potentiellen Verursacher einer Majorisierung als auch bei den potentiell Betroffenen muss vorgekehrt werden.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns überlegen, ob nicht das Gremium, das den Auftrag hat, für den Zusammenhalt unseres Landes zu sorgen, der Bundesrat nämlich, zusätzliche Mittel zur Verfügung erhalten sollte, um die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften zu fördern. Weshalb sollte der Bundesrat nicht in seinen Abstimmungserklärungen die verschiedenen Ausgangslagen in den Sprachgemeinschaften herausheben? Weshalb sollte der Bundesrat nicht die Verständigung zwischen den Sprachregionen im Sinne der Prävention mit Schwergewicht Kampagnen, Veranstaltungen, Aktionen usw. verfolgen können? Solche Aktivitäten müssten den einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes die Problematik erläutern, denn Verständigung zwischen den Sprachregionen setzt auch beim einzelnen Menschen Bereitschaft dazu voraus.

Die Liberalen, welche die einzige Partei mit Deutschschweizer Minderheit sind – und dieser Minderheit ist es wohl dabei! –, nehmen zustimmend vom Bericht Kenntnis und unterstützen die Motion der Kommission.

**Schmidhalter** Paul (C, VS): Die Verständigungskommissionen wurden nach dem Urnengang vom 6. Dezember 1992 eingesetzt. Ich habe als Präsident dieses Rates am 30. November 1992 in meiner Antrittsrede festgehalten: «Wie auch immer die Abstimmung über den EWR ausfallen wird, wir stehen in der Pflicht – ob Gegner oder Befürworter –, uns nach dem 6. Dezember die Hand zu reichen, um konstruktiv zusammenzuarbeiten und um zwischen den Landesteilen aufgerissene Gräben zuzuschütten.»

Am 7. Dezember 1992 habe ich in meinem Kommentar unter anderem festgehalten: «Weiter müssen wir auf staatspolitischer Ebene zur Erneuerung und Stärkung des inneren Zusammenhaltes unseres multikulturellen Landes handeln.»

Sich besser verstehen, indem man sich besser kennenlernt und aufeinander zugeht, ist die Lösung. Nur Geben und Nehmen führt zum Ziel. Dies braucht gegenseitige Toleranz und im politischen Bereich Föderalismus, weitgehende Autonomie der einzelnen Glieder, aufbauend auf dem Subsidiaritätsprinzip. Was die Gemeinden und Kantone allein besser lösen können, sollen sie auch selber tun können. Die Sprache und die Kultur sind das erhaltenswerteste Gut, zu dem wir Sorge tragen müssen. Das Wallis ist ein zweisprachiger Kanton und könnte bei unseren eingeleiteten Verständigungsbemühungen als Vorbild gelten. Vor einigen hundert Jahren war die Sprachgrenze in Sitten, und wir haben die Oberwalliser Vögte ins Unterwallis geschickt. Das Unterwallis war unser Untertanenland. Heute sind wir mit einem Anteil von 30 Prozent eine sprachliche, kulturelle, von den Unterwallisern meistens gut behandelte, selbstbewusste Minderheit. Das Oberwallis hat den EWR knapp abgelehnt, das Unterwallis hat massiv zugestimmt. Das Gesamtergebnis war eindeutig, aber wir hatten kein Bedürfnis, eine Verständigungskommission einzusetzen. Wir haben bei kantonalen, aber vermehrt noch bei eidgenössischen Vorlagen unterschiedlich Stellung bezogen, aber wir haben gelernt, solche Entscheide demokratisch mitzutragen.

Innerhalb unserer Kantonsgrenzen streiten wir. Wir haben aber eine Streitkultur entwickelt, die nie zum Bruch führen wird. Wir haben im politischen Bereich nicht die gleichen Ansichten, so zum Beispiel im wichtigen Bereich der Schulen. Im Bereich der Erziehung und Schulen haben wir in Einzelfragen die Lösung mit der Kann-Formel im Gesetz gefunden. In den Primarschulorganisationen kann sich daher das Oberwallis eher am Deutschschweizer Modell orientieren und umgekehrt das Unterwallis am Welschschweizer Modell.

Die Bewohner meines Kantons sind innerhalb des eigenen Hauses sicher nicht immer gleicher Meinung; aber nach aus-

sen bilden wir einen einzigen, autonomen und stolzen Kanton. Diese innere Verständigung müssen wir auch innerhalb der Schweizer Grenzen finden. Zentralistische Lösungen und Gesetze wie zum Beispiel die Lex Furgler oder das bäuerliche Bodenrecht müssen viel offener formuliert werden, so dass der Vollzug in einzelnen Kantonen den speziellen Verhältnissen angepasst werden kann.

Zum Schluss möchte ich drei Manifestationen anführen, die uns helfen können, die Verständigung über unsere Kantonsgrenzen hinaus zu fördern.

1. Landesausstellung 1998: Der Vorschlag der Tessiner Regierung heisst «Schweiz 98 – Neue Grenzen». Der Kanton Tessin schlägt uns vor, eine grosse Veranstaltung durchzuführen, welche das ganze Land mit einbezieht und auf den drei grossen Seen, dem Lago Maggiore, dem Genfersee und dem Bodensee, stattfindet. Diese drei Seen als Standorte stellen nicht nur eine Öffnung nach aussen dar, sie bilden die Ecken eines Dreiecks, und das ist als Symbol der Solidarität zu bewerten.

2. Olympische Winterspiele 2002: Die Norweger haben uns hier den Weg gezeigt, wie man ein ganzes Volk hinter eine solche Manifestation bringt und der ganzen Welt zeigen kann: «Wir sind ein einzig Volk von Brüdern.»

3. Eine neue Bundesverfassung für die 150-Jahr-Feier der heutigen Bundesverfassung: Der Bundesrat hat versprochen, auf die Erneuerungswahlen 1995 einen Entwurf mit Varianten in die Vernehmlassung zu schicken. Ich habe vorgeschlagen, dass das Parlament sich sofort in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe an dieser Vorbereitungsarbeit beteiligt. Der Antrag ist bei unserem Büro gestellt. Die Antwort steht noch aus.

**Couchepin** Pascal (R, VS): Succédant à M. Schmidhalter, je dois dire le plaisir que j'ai, en tant que représentant des anciens sujets du Haut-Valais, à pouvoir m'exprimer après le représentant de nos anciens seigneurs. Je bénis le ciel que l'histoire nous ait apporté 1848, sinon je n'aurais probablement pas eu le droit de m'exprimer ici.

La discussion que nous menons sur la compréhension entre les différentes régions linguistiques de Suisse, c'est non seulement le fruit d'événements consécutifs au 6 décembre 1992 ou à d'autres événements politiques comme l'acceptation par la majorité alémanique de l'initiative des Alpes. C'est aussi, je crois, l'écho d'un grand débat qui a lieu partout en Europe sur les rapports entre la langue et l'identité d'un pays. Après la chute du communisme, les sociétés ont cherché ce qui pouvait les souder, les cimenter, et pour beaucoup de communautés ce fut le recours au nationalisme, et au nationalisme linguistique. On en voit des exemples très clairs dans le cas de la Tchécoslovaquie, qui a éclaté parce qu'il y a deux langues, alors que la Belgique continue de se diviser en communautés linguistiques opposées.

En Suisse, on a feint l'étonnement de découvrir que les langues peuvent aussi être des éléments de différences fondamentales dans l'attitude politique. Au fond, on le savait, et tous ceux qui ont entendu les générations précédentes parler des différences entre communautés linguistiques lors de la guerre de 1914–1918 n'en seront pas étonnés. Mais on avait oublié que la langue fonde aussi une différence parce que la croissance économique nous donnait d'autres intérêts et d'autres préoccupations.

La grande différence, à mon avis, entre la Suisse et d'autres pays – la démonstration est faite, aujourd'hui encore –, c'est que l'histoire nous a appris à gérer nos différences et, plus loin encore, à reconnaître que dans les différences il y a encore des différences. A l'intérieur de la communauté suisse alémanique, il y a de très grandes différences, tout comme il y a de très grandes différences à l'intérieur de la communauté latine et à l'intérieur de la communauté de langue française. L'histoire nous a aussi appris que, pour gérer ces différences, il fallait régulièrement revoir des règles pratiques, il fallait adopter des règles de comportement, ne jamais blesser les autres communautés, et observer également des règles politiques.

La commission a proposé un certain nombre de règles pratiques, qu'il faut approuver, je crois. On ne parlera pas des règles de comportement, je me bornerai à évoquer simplement quelques règles politiques.

La première règle, c'est de reconnaître les différences et d'admettre que celles-ci constituent un enrichissement de la communauté suisse et que nous ne voulons pas viser à l'homogénéisation – comme une sorte de «lait standard» – de la personnalité helvétique.

La deuxième règle, c'est de reconnaître l'importance des facteurs non économiques dans la politique. Il faut en particulier dire aux hommes d'affaires qui parlent au quotidien l'anglais qu'on ne peut pas gérer un pays comme on gère une entreprise, même si les méthodes des entreprises doivent être étudiées ou adoptées dans certains secteurs. D'autres valeurs sont en cause, que l'on ne doit pas oublier, sinon on court à des catastrophes.

La troisième règle politique, c'est que, dans une telle communauté, on doit viser à l'intégration de ceux qui ne pensent pas comme la majorité, qu'elle soit linguistique, politique ou économique. Hier, M. Nebiker a rappelé, au nom de l'Union démocratique du centre, que toute la discussion au sujet d'un gouvernement de consensus a aussi une dimension en rapport avec notre débat d'aujourd'hui. On ne peut pas vouloir, dans le domaine politique, une confrontation et croire qu'en même temps, dans un autre domaine comme celui de la compréhension entre les régions linguistiques, on pourrait avoir une attitude totalement différente. La confrontation entraîne une philosophie, une attitude, qui ne peut pas être modifiée tout à coup comme on sortirait d'un tiroir une autre solution, qui ne peut pas être modifiée à volonté, ad libitum, simplement parce qu'on ne veut pas que ce pays éclate. Le gouvernement de consensus, quelle que soit la formule que l'on adopte – c'est une question secondaire –, est probablement une nécessité en Suisse si l'on veut maintenir l'unité du pays tout en reconnaissant ses différences et en profiter pour s'enrichir mutuellement.

La quatrième règle, c'est qu'une communauté linguistique ne doit jamais se sentir acculée, repoussée, minorisée systématiquement. Il faut évoquer ici les votations qui ont vu la communauté de langue française perdre le 6 décembre 1992 et dans l'initiative des Alpes, et il faut dire que, s'il y a de nouveau une fracture à l'intérieur du pays lors de la votation sur les casques bleus, on surmontera cela, bien sûr, sans prétendre que le pays n'arrivera pas à le gérer, mais ce sera plus difficile. Il serait dommage qu'il y ait systématiquement une fracture sur les votations qui entraînent l'expression d'une culture différente, d'une sensibilité différente.

Il faut donc gérer les différences en suivant toutes ces règles. Je crois que le défi est lancé à tous les Suisses, qu'ils soient pro-européens ou adversaires d'une intégration plus poussée dans l'Europe. Pour les pro-européens, c'est une évidence, on ne peut pas prêcher l'Europe et se fâcher lorsque des différences apparaissent, fondées sur des personnalités culturelles différentes. Parce que, si on veut l'Europe, il faudra bien être capable de reconnaître des différences encore plus grandes que celles qui peuvent exister entre Suisses allemands et Suisses français. C'est donc un bon exercice que de gérer déjà nos différences si on est pro-européen.

Si on n'est pas pro-européen, je pense que, dans ce domaine-là aussi, on a l'occasion de démontrer, non pas qu'on est meilleur, mais que l'histoire nous a appris des choses que d'autres peuples apprennent douloureusement aujourd'hui et que nous sommes capables, précisément parce que nous sommes ce que nous sommes, des Suisses faits de communautés différentes, de donner à ceux qui ne pensent pas comme nous une place et de ne pas les repousser ou les mépriser.

Dans ce domaine-là, pro-européens ou anti-européens ont une tâche commune qui ne peut que servir ce pays.

**Brunner** Christiane (S, GE): J'ai eu beaucoup de plaisir à prendre connaissance de ce rapport. J'ai également l'impression que cela nous fait du bien de nous pencher une fois sur l'étude de notre manière de fonctionner en Suisse et d'examiner si la compréhension entre nous est optimale ou non.

J'ai toutefois, personnellement, des réticences à l'égard de l'une des conclusions de la commission, qui a été reprise aussi par de nombreux préopinants et qui concerne le suisse

allemand. Lorsque la commission ou les présidents des commissions, dans leur conclusion, disent dans le même jet que les Alémaniques doivent se persuader que le suisse allemand est un obstacle majeur à la compréhension et que dès qu'il y a un Suisse romand à la table, ils devraient se mettre à parler en bon allemand, et que les Romands, d'autre part, doivent accepter que le schwyzertütsch est la langue maternelle des compatriotes alémaniques et l'expression de leur culture propre, je trouve qu'il y a une contradiction massive entre ces deux conclusions. Pour ma part, j'estime que les Suisses romands devraient apprendre le suisse alémanique.

Mesdames et Messieurs les Députés romands, le suisse allemand, pour parler, c'est beaucoup plus facile que l'allemand. C'est une langue qui n'a que deux temps: le présent et le passé. C'est peut-être pour ça que ça manque un peu de futur, mais c'est une autre question qui relève plus de la philosophie. Nous n'avons donc plus besoin d'apprendre les verbes forts avec lesquels nous nous battrions à l'école. Il n'y a pas de cas; le datif, l'accusatif, tout ça, on ne l'entend pas en suisse allemand. En ce qui concerne la structure des phrases, il n'y a aucun besoin de renvoyer tous les verbes à la fin, on aligne les mots à peu près comme en français. Pour parler, pour nous Romands, c'est donc beaucoup plus simple, et lire l'allemand, ceci nous l'avons appris à l'école.

Je trouve que les Suisses alémaniques devraient, par contre, apprendre le français et être envoyés clairement en stage en Suisse romande pour maîtriser le français, car quand je regarde la salle et le nombre de personnes qui m'écoutent – ou qui ne m'écoutent pas parce qu'elles ne mettent pas les écouteurs si elles ne savent pas le français, et je sais bien que nous avons une traduction merveilleuse – je constate très souvent, dans nos débats, que lorsque l'on parle le français, le niveau des conversations augmente et le taux d'écoute, qui n'est déjà pas très grand, diminue encore. Je suis donc d'avis que si nous venons de modifier la loi fédérale sur les droits politiques, peut-être aurions-nous pu et auriez-vous pu, dans les conclusions de la commission, ajouter une conclusion supplémentaire: pour être éligible au Conseil national ou aux Chambres fédérales, il convient de maîtriser trois langues, les trois langues officielles.

Dernier point: Wül ich jetz vo Schwytzerdütsch gredt han, will ich das au no uf Schwytzerdütsch säge. Grad do inne im Saal, dr Herr Borer Roland het's scho gseit, het's en Röschtigrabe. Ich weiss nöd, wer emol bestimmt hät, dass d'Dütschschwytzer uf dr einte und d'Welschschwytzer uf dr andere Syte sölled sitze; wohrschijnlijk isch das en Beschluss vom Büro gsi; aber ich möcht eigtlich gärn diräkt mit mine Genosse vo dr Fraktion chönne rede, ohni immer dur dr ganzi Saal müesse z'laufe. Ich finde, so zeigt mir, dass grad do inne au en Röschtigrabe bestoht. Das find ich nöd guet; und wenn ds Büro für en Änderig, für en anderi Platzornig, bsorgt ischt, so würd ich das befürworte.

**Caccia** Fulvio (C, TI): Je voudrais souscrire complètement aux remarques faites par M<sup>me</sup> Brunner Christiane à propos de la situation dans laquelle se trouvent ceux qui parlent français à cette tribune et qui, en regardant dans la salle constatent combien peu de gens écoutent.

Je voudrais simplement dire à M<sup>me</sup> Brunner que, quant c'est un Tessinois qui vient à cette tribune et qui parle l'italien, le résultat est que toute la salle réagit de la même façon. Mais je continue quand même de parler l'italien, particulièrement sur un thème comme celui-là.

1848: Il Canton Ticino è maggiorizzato dagli altri Cantoni in una votazione di capitale importanza, quando rifiuta la Costituzione federale.

1890: Il Canton Ticino è occupato dalle truppe federali per sedare gli scontri fra i partiti politici.

1934: Il popolo ticinese blocca a legnate il manipolo di fascisti che marcia sul Governo di Bellinzona.

1991: Il Canton Ticino ospita manifestazioni importanti del 700° anniversario della Confederazione con un entusiasmo che non si è riscontrato nella Svizzera primitiva.

1994: Il Canton Ticino – o meglio, una parte della classe politica e del mondo culturale – sembra più preoccupato del fu-

turo della Svizzera che non altri Cantoni e propone un progetto di esposizione che coinvolge tutti, a supporto dell'idea di Jean-François Bergier, di convocare gli Stati generali per reinventare la Svizzera.

Cinque avvenimenti sull'arco di quasi 150 anni che permettono di affermare che siamo stati coinvolti e plasmati da un progetto politico-culturale di grandi dimensioni.

La dimensione politica fondamentale del progetto, la si ritrova nella scelta federalista della costituzione, inizio di un esperimento politico rimasto unico in Europa.

Ma occorre in Ticino, come in altri Cantoni, contribuire a far sentire i cittadini più svizzeri. Successivamente occorre fare fronte alle minacce centrifughe dei movimenti fascisti che occupavano tutti i Paesi intorno a noi.

Questi obiettivi sono stati raggiunti con un grande progetto, anche se non concepito in termini organici, un progetto di tipo socio-culturale che ha sviluppato una sua retorica, i suoi miti, un suo pathos – anche quello legato al piano Wahlen –, ha inventato tradizioni e folclore.

La mezza pagina dedicata al Canton Ticino a pagina 10 del rapporto è molto significativa al proposito. La storia – o meglio l'insegnamento della storia – è stato piegato a questa nobile finalità di salvare la Svizzera dalla disintegrazione possibile. E' però finita la guerra, è tornata la democrazia nei Paesi d'Europa, sono ripresi gli scambi economici, le relazioni culturali e politiche, sono scomparsi i pericoli esterni all'integrità del Paese. Ma abbiamo continuato con la retorica, i miti, il pathos, le tradizioni inventate, il folclore artefatto dei periodi critici precedenti, ed abbiamo alimentato i complessi di superiorità e le visioni distorte nei confronti dei nostri vicini.

Abbiamo mancato di sostituire al progetto culturale precedente un progetto analogo, ma di restauro approfondito, per ricostruire una nuova e più seria conoscenza e coscienza popolare delle nostre vicende storiche, quale fondamento per poter osare insieme progetti ed aspirazioni ambiziose.

Aveva ragione il collega Scheurer Rémy quando diceva ieri: «La timidité de nos aspirations communes devrait nous inquiéter.»

Sono progetti, aspirazioni comuni ambiziose che di fatto possono generare la nuova identità della Svizzera e dello Svizzero, in una dinamica storica, fatta di continuità e di progresso. Coscienti della delicatezza della situazione, coscienti del fatto che nemmeno il 700° anniversario è bastato a risvegliare le necessarie sensibilità, occorre mettersi seriamente all'opera. Le raccomandazioni nel settore dell'insegnamento meritano apprezzamento, ma soprattutto realizzazione. Il sostegno al plurilinguismo è motivo di speranza.

Mi piace sottolineare qui l'atteggiamento propositivo, costruttivo, aperto dei colleghi romandi nei confronti di queste raccomandazioni, quelle che toccano le lingue ed il bilinguismo. E' un atteggiamento sensibilmente divergente da quello estremamente difensivo manifestatosi durante la discussione sull'articolo 116 della costituzione, l'articolo sulle lingue.

Però non ci si può limitare alla generazione in età scolastica. Ha mille ragioni il prof. Bergier quando propone di tenere gli Stati generali per reinventare la Svizzera. L'atto politico del 1848 che ha creato uno Stato federale non ha infatti creato un gene che tramanda negli Svizzeri motivazioni e volontà di perpetuarne l'esistenza. Ma questa manifestazione degli Stati generali, incentrata su una cerchia di personalità illuminate del Paese, deve trovare una traduzione di massa attraverso un grande evento nazionale, carico di ethos e di pathos, ma senza nazionalismi. E' questa l'idea-forza dell'esposizione nazionale decentralizzata, manifestazione politico-culturale di massa e non turistico-commerciale.

Non possiamo permetterci di diventare un Club Méditerranée, ricco e tranquillo, anche perché il giorno in cui mancassero i mezzi, i Club Méditerranée si svuotano.

**Ziegler Jean (S, GE):** Nous avons eu un débat passionnant de deux jours sur le rapport entre les cultures et les langues dans ce pays. Au moment où nous discutons, le seul journal romand créé il y a 95 ans pour renforcer le lien confédéral entre la Romandie et la Suisse allemande, était en train de mourir. Il s'agit du quotidien «La Suisse».

Les travailleurs de ce journal ont constitué une coopérative pour reprendre le titre et l'entreprise: 400 emplois sont en jeu. Ces travailleurs, courageux, admirables dans leur combat: typographes, intellectuels, journalistes, employés de commerce, hommes et femmes, tous confondus, luttent maintenant pour garder en vie ce journal qui, encore une fois, est essentiel comme voix de la Romandie sur le plan national. Il est essentiel, surtout en Suisse romande et à Genève, pour expliquer les affaires fédérales et pour renforcer ce lien confédéral que tout le monde, ici, veut renforcer. On cherche les moyens multiples de le faire.

J'aimerais que le Conseil fédéral, en la personne de M<sup>me</sup> Dreifuss, conseillère fédérale, ait une parole d'encouragement à l'égard de ces travailleurs qui luttent. J'aimerais aussi que plusieurs d'entre vous, le plus grand nombre possible, signent des bons de soutien à cette coopérative – on peut le faire dehors –, ce qui permettra de faire redémarrer «La Suisse».

Le groupe socialiste a pris hier une résolution de soutien à cette coopérative qui doit reprendre «La Suisse». Il serait bon que d'autres forces politiques constituées du pays imitent le groupe socialiste et adressent aux travailleurs de la coopérative, dans les jours qui viennent, des résolutions de solidarité. Je vous en remercie. (*Applaudissements*)

**Haering Binder Barbara (S, ZH):** Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) hat sich mit dem Bericht der Verständigungskommission auseinandergesetzt. Das ist ungewöhnlich. Es ist aussergewöhnlich, dass eine Kommission sich in die Arbeiten einer anderen Kommission einmischt, bevor deren Ergebnis im Rat diskutiert wurde.

Die WBK fühlte sich dazu berufen, ja aufgefordert; denn eine Vielzahl der Empfehlungen, die in diesem Bericht zusammengefasst sind, betreffen unseren Tätigkeitsbereich, den Tätigkeitsbereich der Bildung, der Ausbildung und der kulturellen Zusammenarbeit.

Unsere Kommission begrüsst diesen Bericht. Sie qualifizierte ihn als ausgezeichneten Bericht, als differenzierte Analyse der Problemlage, und sie begrüsst die breite Massnahmenpalette. Die Diskussionen im Rahmen unserer Kommission machten mir im übrigen eines deutlich: Es geht nicht einfach um einen Graben zwischen französischer und deutscher Schweiz. Es geht sehr viel differenzierter um einen Graben zwischen mehr und weniger Macht in diesem Land, zwischen mehr und weniger gesellschaftlicher Macht, zwischen mehr und weniger ökonomischer Macht in unserem Land. Nicht von ungefähr unterstrichen einige Redner in unserer Kommission die Tatsache, dass sie mit Bern und den Bernerinnen und den Bernern sehr viel weniger Mühe hätten als mit Zürich als ökonomische Macht dieses Landes, was mir als Zürcherin natürlich sehr leid tut.

Unsere Kommission will mit ihren zusätzlichen Vorstössen die Arbeit und die Intentionen der Verständigungskommission unterstützen und verstärken. Das eine Postulat will den Lehrlingsaustausch, die Fremdsprachenaufenthalte fördern und erwartet hier vom Bund ein stärkeres Engagement. Gleichzeitig will dieses Postulat den Bundesrat auffordern, die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogrammes 21 «Kulturelle Vielfalt und nationale Identität» zu prüfen und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, und zwar konkrete Schlussfolgerungen.

Wenn Sie aber unseren zweiten Vorstoss, unser zweites Postulat anschauen, dann sehen Sie, dass unsere Kommission einen weiteren «Fauxpas» begangen hat. Sie hat nämlich ein Postulat eingereicht, das nicht unseren Tätigkeitsbereich der Wissenschaft, Bildung und Kultur anbelangt, sondern den Bereich der Wirtschaft und der Regionalpolitik. Ganz im Sinne der alten Volksweisheit, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt, sind wir uns als eine Kommission für Wissenschaft und Forschung bewusst, dass Massnahmen in unserem Tätigkeitsbereich, d. h. Massnahmen im gesellschaftlichen Überbau, an den grundsätzlichen Problemen und Machtverhältnissen unseres Landes wenig ändern.

Ich bitte Sie im Namen der WBK, unsere beiden Postulate ebenfalls zu überweisen.

**Grendelmeier** Verena (U, ZH), Sprecherin der Minderheit: Ich habe dieses Postulat 94.3098 der Kommissionsminderheit gestern bereits angekündigt: Wir gehen davon aus, dass unsere welschen Mitbürgerinnen und Mitbürger uns nicht in erster Linie vorwerfen, dass unser Französisch nicht gut genug sei, in der realistischen Annahme, dass vielleicht auch ihr Deutsch nicht immer und jederzeit über alle Zweifel erhaben ist, dass sie uns aber sehr wohl vorwerfen, dass wir nicht hochdeutsch reden, sobald ein welscher Kollege oder eine welsche Kollegin in einen Deutschschweizerkreis eintritt; dass uns vorgeworfen wird, dass dieses selbstverständliche Umschalten von Schweizerdeutsch, unserer Muttersprache, in Hochdeutsch, unsere Vatersprache, nicht stattfindet. Das fördert die verbale Verständigung tatsächlich nicht besonders.

Nun habe ich einen ganz banalen Vorschlag gemacht, eigentlich als 24. Empfehlung in diesem Bündel, das vor Ihnen liegt. Ich bin dabei wider Erwarten auf rasenden Widerstand gestossen, und zwar von seiten der Deutschschweizer, so, als hätte ich etwas Unanständiges gefordert. Dabei habe ich nichts anderes gefordert, als was bei uns für Sekundarlehrer gilt, wenn sie eine Fremdsprache unterrichten, sei es Französisch, Italienisch oder Englisch. Sie müssen obligatorisch einen Sprachaufenthalt in jenem Sprachgebiet machen, in dem sie später unterrichten wollen. Eine Banalität seit -zig Jahren; genauso, wie Sie Ihre Kinder vermutlich mit der grössten Selbstverständlichkeit nach England, nach Frankreich, nach Italien oder Spanien schicken, damit sie die Sprache lernen. Das habe ich nun verlangt, um diesen Teufelskreis zu unterbrechen. In der deutschen Schweiz nimmt die Sprachkompetenz im Hochdeutschen immer mehr ab, so dass wir eines Tages sprachlos sein werden.

Wie können wir nun diese Situation ändern? Wir können sicher nicht bei den Kindern anfangen. Die Kinder sind darauf angewiesen, dass sie Lehrer haben, die, wie es das Gesetz vorschreibt, den Unterricht in allen Fächern in Hochdeutsch abhalten, ausser vielleicht in den Kunstfächern. So war es früher der Fall, und so ist es immer noch vorgeschrieben, wird aber nicht mehr gemacht. Die meisten Lehrer schämen sich nämlich, weil sie wissen, dass sie nicht mehr sprachkompetent sind. Wir müssen also bei den Lehrern beginnen.

Das ist sehr einfach. Man schliesst in die Lehrerausbildung, ganz egal auf welcher Stufe, einen obligatorischen Aufenthalt im deutschsprachigen Raum ein, wie wenn es sich um einen Französischlehrer oder um einen Italienischlehrer handeln würde, der ebenso selbstverständlich im jeweiligen Sprachgebiet einen Aufenthalt absolvieren muss.

Ich habe nicht den Eindruck, dass ich etwas Revolutionäres verlange, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit, die so banal ist, dass man eigentlich gar nicht mehr darüber sollte reden müssen.

Ich bitte Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen. Es kann sich ohnehin nur um eine Empfehlung zuhänden der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) handeln, denn wir haben keine Kompetenz, in die kantonale Schulhoheit einzugreifen. Ich glaube aber, wenn wir der EDK diese höfliche Empfehlung mitgeben, dann ist es denkbar, dass meine Ur-ur-ur-Urenkel – denn so lange dauert eine Schulreform in der Schweiz – eines Tages den Wer-Fall und den Wen-Fall vielleicht wieder spontan auseinanderhalten können und sagen dürfen, jawohl, ich bin zweisprachig. Ich rede Schweizerdeutsch, und ich rede und schreibe Hochdeutsch mit der Selbstverständlichkeit, mit der es unsere Urgrossväter gemacht haben.

**Steffen** Hans (D, ZH): Als Mitglied der Verständigungskommission hatte ich Gelegenheit, meine Gedanken während den Sitzungen einzubringen, und sie fanden auch da und dort ihren Niederschlag in einzelnen Empfehlungen und Anträgen der Kommissionen, welche im 2. Teil des Berichtes nachzulesen sind.

Wer in einen solchen Meinungsbildungsprozess eingebunden ist, lernt, andere Meinungen zu tolerieren, auch wenn sie mit den seinen nicht unbedingt übereinstimmen. Wenn es dann allerdings darum geht, bestimmte Ideen in politische Forderungen umzusetzen, hört der nette Konsens plötzlich auf. Dann muss sich eine Fraktion die Frage stellen: Dient

diese oder jene Empfehlung, sollte sie verwirklicht werden, den zukünftigen Generationen dieses Landes?

Unsere Fraktion hat den Bericht mit den Empfehlungen und Anträgen zur Kenntnis genommen und anerkennt die wertvolle Arbeit, die in den beiden Kommissionen geleistet wurde. Sie stellt auch fest, dass die beiden Teile des Berichts viel Interessantes und Zutreffendes enthalten, dem ohne Kritik zugestimmt werden kann. Daneben gibt es Dinge im Bericht, welche die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnen. Beispielsweise lehnen wir die Empfehlung an die Adresse der Kantone für zweisprachigen Unterricht nach der Immersionsmethode ab, und dies insbesondere wegen integrationspolitischer Bedenken.

Oder betrachten wir die Empfehlung Nummer 17, wo von Modernisierung des Geschichtsunterrichts in der Schweiz – ja von Neudefinition der Landesgeschichte und «Relativierung des Verständnisses der Mythen» – die Rede ist: Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn im Unterricht auf allen Stufen der neueren Geschichte nach 1848 vermehrt Gewicht beigemessen wird, aber eine Neudefinition, die wohl im Sinne der progressiven, kritischen Historiker erfolgen dürfte, ist eine unannehmbare Forderung.

Es mag im ehemaligen Dritten Reich, in der Sowjetunion oder in der DDR üblich gewesen sein, die Geschichte der politischen Ideologie dienstbar zu machen, indem sie neu geschrieben wurde. In der Eidgenossenschaft, deren Wurzeln auf die Markgenossenschaftsidee des 12. und 13. Jahrhunderts zurückgehen, gibt es keine ideologische Neudefinition. Die Phasen der Gründung, der Ausdehnung, der Stadt-Land- und der Religionskonflikte, der Aufklärung, der Revolutionswirren und deren Folgen sind für die Eidgenossenschaft bedeutungsvoll und sollen ihren Platz im Geschichtsbild auch der künftigen Generationen behalten.

Nun zu meinem Antrag: Einerseits begründe ich meinen Antrag, die Motion der Kommissionen sei als Postulat zu überweisen, mit den obigen Überlegungen. Andererseits teile ich wohl die Überlegungen des Bundesrates, der die Motion ebenfalls nur in der Form eines Postulats entgegennehmen will. Das Vorgehen, nämlich die 23 Empfehlungen und Anträge in globo dem Bundesrat in der verbindlichen Form der Motion zur Weiterbehandlung zu überweisen, widerspricht meinem Verständnis der Parlamentsarbeit. Richtigerweise hätten die einzelnen Punkte als Interpellationen, Empfehlungen des Ständerates, Postulate oder Motionen eingebracht werden müssen. Nur so hätte das Plenum Gelegenheit gehabt, sich frühzeitig zu einzelnen Punkten in befürwortendem oder ablehnendem Sinn auszusprechen.

Wir ersparen zudem dem Bundesrat unnötige, aufwendige Arbeit, da er durch eine Motion gezwungen wird, Vorlagen auszuarbeiten, deren Grundidee möglicherweise schon jetzt nicht mehrheitsfähig ist.

Ich ersuche Sie höflich und eindringlich, dem Bundesrat und meinem Antrag zuzustimmen.

**Borel** François. (S, NE): Ce que je demande, sous forme d'initiative parlementaire, est un principe qui devrait aller de soi dans un pays multilingue et multiculturel. Je demande que l'on puisse partout sur notre territoire entendre au moins le premier programme de chaque radio dans sa langue maternelle et, étant donné que la télédiffusion est condamnée à disparaître à relativement court terme, que cette possibilité soit offerte par la voie des ondes. Je n'ai pas l'intention de refaire le développement que j'ai fait en commission, commission qui a conclu au rejet de cette initiative. Je veux juste brièvement rappeler ce que je considérais comme l'essentiel de la question qui se posait, puis tirer les conséquences de ce rejet.

L'essentiel est le suivant: le nombre de canaux à ondes ultra-courtes étant une denrée rare, il s'agit de gérer cette denrée rare. A tous les niveaux, on dit, parce que quelques techniciens des PTT l'ont dit, que la réalisation de mon initiative parlementaire pourrait être difficile dans certains cas. Personne n'a jamais affirmé que c'était impossible, mais l'on a affirmé que cela pourrait être difficile. Je dirai simplement que l'on peut gérer les canaux à disposition de manière différente; que

les PTT allemands ont un système de gestion différent qui, si on l'appliquait en Suisse, offrirait une plus grande gamme de possibilités; que les Télécom du Royaume-Uni ont encore un autre système de gestion qui, également, permettrait une palette plus large pour notre pays; que la topographie, pour le moins, de l'Allemagne du sud, ressemble à celle de la Suisse. Donc, au niveau technique la question n'est pas tranchée et donner suite à mon initiative parlementaire permettrait aux politiques d'écouter les avis divergents des techniciens avant de trancher.

Il se trouve que votre commission partage mon point de vue, mais préfère donner suite à mon initiative parlementaire sous forme d'un postulat. C'est donc en fait refuser de prendre une décision politique. Voter un postulat, c'est transférer la décision au Conseil fédéral; le Conseil fédéral transfèrera la décision au chef du département concerné; le chef du département concerné transfèrera cette décision à l'Office fédéral de la communication; cet office fédéral transfèrera cette décision, parce que c'est une question technique, aux services techniques des PTT. La décision sera prise au fond du couloir, à gauche, au 13<sup>e</sup> étage de la tour d'Ostermundigen des Télécom. C'est la bonne manière de refuser de prendre une option politique de fond après avoir au moins pris le temps d'écouter les spécialistes de la technique.

J'ai essayé de saisir la raison pour laquelle je n'étais pas compris, pas plus que d'autres avant moi, dans ce Conseil et ailleurs, n'avaient été compris. Quelques remarques, dont une a été faite en commission, m'ont aidé à comprendre la chose. Un Valaisan, membre de la commission a dit: «Je comprends le principe, j'approuve ce principe, mais je ne vois guère l'intérêt de pouvoir recevoir une radio alémanique en Valais alors que la plupart du temps cette radio s'exprime en suisse allemand, langue que je ne comprends pas.» La question n'est pas là. Le problème que j'entends résoudre, c'est celui du Valaisan qui se trouve à Schaffhouse ou à Zurich et qui souhaiterait entendre au moins un programme en français, et non pas celui du Valaisan qui peut-être souhaiterait parfaire ses connaissances du suisse allemand. On a beaucoup parlé de minorité dans ce Conseil à l'occasion de ce débat. On a peu parlé d'une minorité importante dans ce pays qui sont les Alémaniques qui résident durablement en Suisse romande, les Romands qui résident durablement en Suisse allemande et les Tessinois qui résident durablement en dehors de leur canton. Cette minorité-là, qui mériterait d'avoir comme petit plus un lien culturel facile à établir par le biais de la radio, tout le monde s'en fout.

L'économie, tout d'abord, ne se préoccupe pas de cette minorité. Certes, les pouvoirs politique et économique prônent la mobilité des travailleurs, prônent la mobilité des étudiants, mais de là à faire le pas de se dire qu'il faudrait peut-être leur permettre de garder un contact avec la culture et la politique de leur région d'origine, cela n'a guère d'intérêt pour l'économie, car il est clair que si l'économie avait voulu que la radio en trois langues soit diffusée partout en Suisse, cela se serait fait. La SSR ne se préoccupe pas non plus de cette minorité. Il y a d'autres minorités dont la SSR se préoccupe.

On connaît le faible taux d'écoute des deuxième programmes, mais là, lorsque l'on touche au deuxième programme, la SSR sait faire fonctionner ses lobbies, car il est clair que si l'on diminuait les prestations du deuxième programme, voire si on supprimait ce dernier, ce serait également l'emploi au sein de la SSR qui serait touché. Radio suisse internationale émet en faveur d'une minorité de Suisses qui sont expatriés. Si l'on avait l'intention de diminuer les prestations à cet égard, à nouveau la SSR se mobiliserait, car, là aussi, l'emploi serait très touché. Je ne dis pas que la SSR a tort de se mobiliser pour ces deux minorités, celle qui s'intéresse aux chaînes culturelles ou à la cinquième Suisse, mais la SSR pourrait aussi se mobiliser en faveur d'une autre minorité, même si, là, des emplois au sein de la SSR ne sont pas en cause.

Enfin, le politique se désintéresse également de cette minorité, mais pas tout le politique. Disons notamment que le canton de Berne – qui est particulièrement sensible à ces questions de minorité, parce que l'histoire lui a fait cruellement sentir la nécessité de se préoccuper de ces minorités –, lors de la

récente consultation relative à l'attribution des ondes ultra-courtes aux différentes radios, a souhaité qu'il y ait, sur son territoire, priorité à la fois au français, à l'allemand et à l'italien, aux trois radios nationales, ainsi qu'à d'autres possibilités pour les minorités. Donc, dans ce cas particulièrement sensible, le canton de Berne est l'exemple d'une politique allant dans le sens de mon initiative parlementaire.

En revanche, pour ce qui est du transfert des décisions politiques, l'exemple le plus frappant vous l'avez sous les yeux si vous avez lu le rapport de la commission: la commission vous propose, par 5 voix contre 1, de rejeter mon initiative parlementaire. Sur une commission de 15 membres, cela représente peu de personnes pour, mais également peu de personnes contre, et ne croyez surtout pas que beaucoup se soient abstenus, ils étaient tout simplement absents. Donc, le désintéret a commencé au sein de la commission, et il continuera. Je remercie cependant la commission pour son maigre intérêt, mais intérêt malgré tout, pour la question que j'ai soulevée. J'espère que, d'ici quelques années, les esprits auront mûri.

Mais je crois que c'est par des petits pas concrets que la compréhension sera améliorée, petits pas concrets qui préfigurent une nouvelle conception sur des principes de base, lesquels pourraient être remis en cause comme l'a suggéré tout à l'heure M<sup>me</sup> Brunner Christiane. Renoncer au «Röstigraben» qui se trouve ici dans cette salle, une fois pour toutes, ce serait un petit détail, mais cela aiderait aussi à la compréhension; renoncer aussi, de la part des Romands, à insister sur l'obligation d'utiliser le bon allemand et admettre une fois pour toutes que la langue maternelle de nos compatriotes est le suisse allemand, des petits pas comme ceux-là, comme celui que je propose, permettront une réelle compréhension entre les régions linguistiques.

**Leuba** Jean-François (L, VD), rapporteur: Le début de ce débat s'est déroulé dans un silence peu habituel dans cette salle, mais l'origine de ce silence ne tenait pas à la qualité de l'écoute. Si les travées des Romands et des Tessinois – puisqu'ils sont encore groupés – étaient convenablement occupées, comme d'ailleurs la tribune des journalistes romands, les bancs alémaniques étaient largement déserts, comme la tribune des journalistes alémaniques.

Il n'appartient pas à un rapporteur de critiquer l'absence de ses collègues, et je m'en garderai bien sachant que chacun peut avoir de multiples raisons impératives de quitter la salle. Je n'aimerais simplement pas imaginer que la majorité alémanique de ce Conseil considère que le problème de la compréhension ne concerne que les minorités qui n'ont qu'à s'aligner sur la majorité. Nous l'avons dit, une telle attitude serait suicidaire pour la cohésion nationale. M. Keller Anton l'a aussi très justement souligné dans son intervention.

J'aimerais brièvement me limiter à deux ou trois remarques: l'ordre du jour d'aujourd'hui me l'impose. J'aimerais d'abord remercier l'ensemble des orateurs qui se sont exprimés et qui ont apporté des idées, parfois originales, parfois moins, mais qui forment ensemble une palette, je crois très complète, des différentes conceptions que l'on peut avoir en Suisse sur ces questions de compréhension. L'intérêt de ce débat résulte précisément de ces différentes opinions exprimées. Je crois qu'il sera intéressant à cet égard de relire le compte rendu de nos débats dans le Bulletin officiel.

J'aimerais dire que le souci de la commission était d'éviter de faire un séminaire académique sur les problèmes de la compréhension. Nous étions, et nous avons tenu à le rester, une commission politique qui devait proposer des solutions politiques. Nous sommes d'accord avec M. Carobbio: il ne suffit pas de belles paroles, il faut maintenant que ces belles paroles soient concrétisées, raison pour laquelle d'ailleurs nous vous demandons de soutenir la motion de la commission.

Nous avons d'abord voulu faire dans ce travail une analyse sérieuse – je l'ai dit dans mon exposé introductif – des différences et tenter de déterminer quelles étaient leurs origines. Encore une fois il ne sert à rien de gommer ces différences, quelqu'un l'a dit très justement, il n'est pas question de les mettre sous le tapis. Il est question de les reconnaître, de les identifier et ensuite de travailler avec elles.

L'un ou l'autre d'entre vous a sans doute pu dire: «Nous n'avons pas fait des propositions absolument extraordinaires et révolutionnaires.» Cela aurait été tout à fait étonnant que nous puissions y arriver. D'une part, parce qu'il y a 50 ans ou 80 ans que l'on s'occupe de ce problème en Suisse, justement dans différents séminaires, et qu'un certain nombre de propositions ont déjà été formulées, nous ne pouvions pas prétendre réinventer la roue. D'autre part, il était certain que, parce que nous étions une commission politique, nous voulions proposer des solutions praticables qui impliquaient évidemment qu'il s'agisse d'une politique de petits pas.

M. Rebeaud l'a aussi dit dans son intervention: «La compréhension, c'est une affaire de très longue haleine.» Il a parlé d'une génération. Je crois que c'est effectivement quelque chose qu'il faut constamment remettre en question et qu'il faut constamment revenir sur ce sujet. Revenir sur ce sujet, c'est surtout ne pas oublier les problèmes qui nous sont propres.

Je me contenterai ici de faire un bref commentaire sur deux ou trois interventions.

M. Früh a dit que la Suisse alémanique n'existe pas, la Suisse romande non plus, d'ailleurs. C'est vrai de l'intérieur. Si vous êtes à l'intérieur, vous constatez parfaitement les différences qu'il y a entre les cantons, que ce soit en Suisse alémanique ou en Suisse romande. Mais vu de l'extérieur, le bloc apparaît beaucoup plus monolithique, et nous devons simplement prendre conscience de cette différence d'appréciation. Pour les Romands, il y a les Suisses allemands, et pour les Suisses allemands il y a les Romands. En réalité, lorsque l'on parle des Romands, nous savons bien que nous sommes Genevois, Valaisans, Vaudois, mais vis-à-vis de l'extérieur, nous formons souvent une autre entité.

M. Nebiker a mis justement en évidence, à mes yeux, l'opposition entre les deux principes, on l'a vu tout à fait clairement lors de la votation sur l'Espace économique européen. L'un des principes, c'est le principe démocratique, la minorité doit se soumettre à la majorité; et l'autre principe, c'est le respect des identités des différentes cultures et des différentes collectivités. Je remercie M. Nebiker d'avoir dit et d'avoir souligné que la cohésion nationale dépend aussi de notre manière de comprendre le fédéralisme, et d'admettre que le fédéralisme peut être plus lent, plus coûteux que des solutions centralisées, mais que, finalement, c'est de cette manière que l'on sert la cohésion nationale.

M<sup>me</sup> Grendelmeier a posé une question extrêmement intéressante. Elle s'est demandé si on aurait parlé d'un «Röstigraben» dans l'hypothèse où l'Espace économique européen aurait été accepté en Suisse. J'ai l'impression qu'on n'en aurait pas parlé, parce que la situation est fondamentalement différente, et il faut voir cette différence. Pour qu'une majorité romande puisse entraîner une majorité suisse, il faut une très forte minorité alémanique. Les Romands, pour des raisons de proportion, ne peuvent pas emporter une majorité suisse s'il n'y a pas au moins une très forte minorité alémanique, de l'ordre de 45 pour cent vraisemblablement. Et c'est ce phénomène qui fait que les positions ne sont pas absolument symétriques: une petite majorité alémanique suffit pour emporter une décision suisse, même une petite majorité romande ne suffit pas pour emporter une majorité suisse. C'est ce qui fait la différence.

M. Camponovo a rompu une lance en faveur de l'Exposition nationale du Tessin. Un député valaisan a aussi parlé des problèmes valaisans. La commission s'est prononcée sur l'Exposition nationale. Je ne me prononce pas du tout ici, d'abord je me réjouis que deux cantons souhaitent organiser cette exposition nationale. Je n'entends pas du tout prendre parti pour l'un ou pour l'autre; j'aimerais seulement vous signaler une préoccupation de la commission. Cette dernière souhaite que l'Exposition nationale ne tombe pas dans le travers de la célébration du 700<sup>e</sup> anniversaire, mais que l'Exposition nationale soit l'occasion de se rencontrer, toute la Suisse, en un seul point. Cela est vraiment fondamental aux yeux de la commission. Il faut que ce soit une occasion de rassemblement, et non de dispersion. Je ne prends pas parti, encore une fois, entre les différents projets, mais j'attire votre attention sur le fait que, aux yeux de la commission, l'aspect concentration de la réu-

nion est un des éléments fondamentaux d'une exposition nationale. C'est même l'élément essentiel. Il faut que tous les Suisses aient l'impression qu'ils convergent vers un point commun.

M. Maspoli a aussi signalé un point qui me paraît important, c'est celui du respect des autres, du respect de leur identité. Je crois que notre fédéralisme et notre conception de la politique en Suisse sont fondés sur ce respect. Il était heureux que M. Maspoli le signale.

Enfin, M<sup>me</sup> Brunner Christiane a soulevé une question, très originale je dois dire, c'est la seule voix qui s'est prononcée dans ce sens. M<sup>me</sup> Brunner voudrait que les Romands apprennent le suisse allemand. On peut défendre cette thèse. J'aimerais quand même faire observer – et d'autres orateurs l'ont dit – que la langue allemande, la langue française ou la langue italienne appartiennent aux grandes cultures européennes. Le suisse allemand n'appartient pas à une grande culture européenne. Si vous apprenez le suisse allemand, vous franchirez le Rhin et vous ne pourrez pas utiliser la langue que vous avez apprise. C'est une difficulté fondamentale. C'est aussi une des difficultés du romanche. Qui a un intérêt, à part un intérêt purement scientifique, à apprendre le romanche si l'on ne vit pas dans les pays de langue romanche? C'est ça, la grande difficulté du romanche. Et la grande difficulté du suisse allemand par rapport à l'ensemble du problème des cultures européennes, c'est que si vous apprenez le suisse allemand ça facilitera vos relations avec les Suisses alémaniques, mais c'est tout. Ce ne sera pas utilisable plus loin, sur le plan européen, et c'est dommage de se couper quand même d'une grande culture. La solution serait peut-être d'apprendre et l'allemand et le suisse allemand, mais il ne faut pas trop demander non plus. Je crois que si on arrivait, dans ce pays, à avoir deux langues pratiquées par la majorité des citoyens, ce serait un progrès considérable sur le plan de la compréhension.

Cela me permet de revenir à une remarque de M. Maspoli: la langue, ce n'est qu'un véhicule, nous l'avons dit dans le rapport, mais c'est tout de même le véhicule que les hommes ont trouvé le plus pratique pour communiquer entre eux. Il ne faut pas non plus négliger l'utilité de la langue pour communiquer. On dit souvent que les Suisses s'entendent bien parce qu'ils ne se comprennent pas: il ne faut pas abuser non plus de ce sophisme! Je crois qu'il faut se comprendre à travers le canal normal de la langue, pour pouvoir communiquer entre collectivités.

En ce qui concerne les propositions qui ont été formulées, je rappelle qu'en ce qui concerne le postulat de la minorité Grendelmeier, la commission a pris position négativement sur une proposition de M<sup>me</sup> Grendelmeier qui allait dans le même sens, non seulement pour les raisons fédéralistes qui sont invoquées dans la réponse du Conseil fédéral, mais aussi parce qu'il nous paraissait difficile, alors qu'on parle de la compréhension entre les régions linguistiques et que nous souhaitons vivement que les enseignants alémaniques fassent des séjours en Suisse romande ou en France pour apprendre le français, de leur imposer de surcroît un séjour en Allemagne pour apprendre l'allemand. Cela témoigne d'un sentiment un peu méprisant à l'égard de nos compatriotes alémaniques que de leur imposer un séjour en Allemagne pour apprendre l'allemand, bien que nous ayons une certaine compréhension pour le souci de M<sup>me</sup> Grendelmeier, dans la mesure où on nous dit – mais les Romands sont incapables d'en juger – que c'est parce que les Suisses alémaniques dominent mal l'allemand qu'ils se gênent de le parler lorsqu'ils sont en présence de Romands. Cet argument va sans doute dans le sens du postulat de la minorité Grendelmeier, mais je vous signale que la commission a cependant refusé la proposition qui allait dans ce sens.

En ce qui concerne la proposition Steffen de transformer notre motion en postulat, je vous prie de ne pas la suivre. La commission a eu l'occasion, puisque nous connaissions la réponse du Conseil fédéral au Conseil des Etats avant de tenir notre dernière séance, de discuter de cette question, et c'est par 5 voix contre 1 qu'elle vous recommande de vous en tenir à la motion.

Nous avons fait des recommandations et des propositions très prudentes dans un certain nombre de secteurs, mais si, véritablement, on transforme cette motion en postulat, ce ne sera plus que de l'eau de boudin – si vous me permettez cette expression – à la fin de notre grand débat et ce serait dommage que des efforts concrets ne soient pas faits.

Je vous rappelle que le Conseil des Etats, à l'unanimité, a accepté la motion et je vous prie, Monsieur Steffen – ce ne sera pas à l'unanimité, mais ça ne fait rien –, de l'accepter également.

En ce qui concerne l'initiative parlementaire Borel François – elle figure en catégorie V, je n'ai donc pas le droit de m'exprimer à son sujet –, je rappelle simplement que vous avez un rapport écrit qui vous indique clairement pour quelles raisons nous vous proposons de ne pas y donner suite. Il s'agit notamment du rapport entre les émetteurs nationaux et les stations locales. Donner suite à l'initiative parlementaire Borel François, ce serait condamner un certain nombre de radios locales. Vous avez choisi en 1981 de donner la priorité aux radios locales, il ne faut donc pas revenir sur ce choix. Le problème des émetteurs nationaux sera résolu d'ici quelques années.

**Robert Leni (G, BE):** Auch meine parlamentarische Initiative war eine Reaktion auf den 6. Dezember 1992. Ich habe sie im Dezember 1992 eingereicht, weil der «6. Dezember» einmal mehr den Trend bestätigt hat, dass die Sprachregionen der Schweiz beginnen, in wichtigen Fragen auseinanderzudriften. Die Sprache ist eine Schlüsselgrösse für die Verständigung zwischen Kulturen und zwischen Mentalitäten. Es ist schwierig, einander zu verstehen, wenn man sich sprachlich immer weniger versteht. Das ist ein Prozess, der in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Schweiz leider eingetreten ist. Wir haben in der individuellen Sprachkompetenz in unseren verschiedenen Landessprachen eher Rück- als Fortschritte gemacht – das lässt sich empirisch feststellen und beweisen –, dies trotz der grossen Anstrengungen im Bereich der Spracherziehung.

Daran sind verschiedene komplexe Faktoren schuld: Wir haben zwar mehr Französischstunden und in verschiedenen Kantonen den Französischunterricht vorverlegt, aber trotzdem hat das Englische den Landessprachen den Rang abgelaufen. Wir wissen aus Untersuchungen, dass die jungen Leute die Hemmschwelle, um englisch zu sprechen, viel leichter überwinden als um französisch respektive in der französischen Schweiz deutsch zu sprechen.

Die Schule stösst an Grenzen, wenn sie immer mehr Lektionen einführen will. Man kann dieser Entwicklung also nicht entgegenzutreten, wenn man statt fünf oder sechs Fremdsprachenlektionen pro Woche nun acht oder zehn abhält. Die Schule hat ohnehin bereits heute ein zu grosses Pensum zu bewältigen. Es braucht neue Wege des Lernens.

Im Ausland und in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren, zum Teil auch schon seit Jahrzehnten, als vielversprechender neuer Weg die zweisprachige Erziehung angeboten. Es zeigt sich, dass die Effizienz des Fremdsprachenunterrichts durch diesen sogenannten Immersionsunterricht, wo die Zweitsprache kein Fach, sondern normale Unterrichtssprache ist, ganz entscheidend verbessert werden kann. Wenn solche Modelle sorgfältig eingeführt werden und die Rahmenbedingungen stimmen, dann ist das Resultat mit solchen Modellen ganz wesentlich besser als mit herkömmlichen. Es ergeben sich daraus auch keine Nachteile für die Muttersprache, sondern eher Vorteile. Es hat sich ebenfalls gezeigt, dass über die erste Fremdsprache hinaus weitere Sprachen aufgrund vorangehender zweisprachiger Erziehung mit grösserer Leichtigkeit gelernt werden.

Verschiedene Untersuchungen – die Universität Bern ist in dieser Beziehung führend gewesen – zeigen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich über ausgezeichnete, um nicht zu sagen ideale Voraussetzungen verfügen würde, um solche zweisprachigen Unterrichtsformen einzuführen. Entscheidend dabei ist aber eine gute, sorgfältige Vorbereitung. Die Projekte müssen wissenschaftlich abgesichert und begleitet werden. Es gibt keine Patentrezepte. Es zeigt sich jedoch, dass es einen umfassenden Ansatz braucht. Man sollte nicht

einfach irgendwo punktuell einmal ein Modell einführen. Vielmehr muss das von Bund und Kantonen mit der EDK sowie den Schulen und den Universitäten gemeinsam angepackt werden.

Der Bund hat Kompetenzen im Bildungswesen, die Kantone haben ihre Kompetenzen, und es soll nicht von Bundesseite her in die kantonalen Kompetenzen eingegriffen werden. Aber zweisprachige Erziehung ist eine Erziehung, die mit Vorteil möglichst früh einsetzt. Es gibt im Ausland ausgezeichnete Beispiele von sehr früher Immersion, wo Kinder bereits im Kindergarten, sicher aber auf der Unterstufe, Fremdsprachen ausserordentlich leicht und spielerisch lernen und sich mit der Sprache auch das Verständnis für andere Mentalitäten aneignen.

Die Schweiz hat leider, was die individuelle Sprachkompetenz in Fremdsprachen anbelangt, ihre einstige Pionierrolle europaweit und weltweit verloren. Wir haben uns zu lange auf den Lorbeeren ausgeruht und auf dem Mythos, dass wir ja ein mehrsprachiges Land seien, und das genüge. Es genügt eben nicht! Die Diskrepanz zwischen der offiziellen Mehrsprachigkeit unseres Landes und der individuellen Sprachkompetenz in zwei oder mehreren Sprachen ist sehr gross.

Ich möchte noch einen weiteren Grund anführen, warum es für die Schweiz höchste Zeit ist, dass ein Aufbruch stattfindet: In Europa ist man sich seit Jahren darüber klar, dass in diesem Bereich vieles geschehen muss. Der Europarat und die Europäische Union betreiben beispielsweise eine ganz gezielte Politik der Förderung der Zwei- und Mehrsprachigkeit. Nächstens wird in Österreich unter dem Patronat des Europarates ein europäisches Zentrum für moderne Sprachen eröffnet für alle Fragen des Fremdsprachenlernens, der Zwei- und Mehrsprachigkeit, des zweisprachigen Unterrichtes. Es ist schade, dass die Schweiz es verschlafen hat, sich hier zu melden. Es wäre ideal gewesen, wenn dieses Zentrum, das eine wichtige gesamteuropäische Ausstrahlung bekommen soll, nicht nach Österreich abgewandert wäre, nur weil sich die viersprachige Schweiz nicht genügend darum bemüht hat.

Bei der Europäischen Union und beim Europarat hat man gemerkt, dass Sprachenlernen eine Voraussetzung für die Zukunft Europas ist, die auch wirtschaftlich immer wichtiger wird, weil sich die Wirtschaft immer mehr auf den Dienstleistungssektor verlagert und dort die Sprachkompetenz in mehreren Sprachen unerlässlich ist.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat diese parlamentarische Initiative sehr ausgiebig diskutiert und ihr schliesslich mit 16 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt, weil sie die Notwendigkeit erkannt hat, dass die Schweiz hier einen klaren politischen Willen entwickelt, einen gemeinsamen Willen von Bund und Kantonen. Es ist ganz wichtig, bei der Sprache anzusetzen. Wir werden uns inner-schweizerisch nicht besser verstehen lernen, wenn wir uns sprachlich nicht verstehen, und wir werden gegen aussen unsere Rolle als Land, das einmal den Nimbus gehabt hat, das Land der Mehrsprachigkeit zu sein, noch weiter einbüssen. Das wäre sehr schade und eine weitere verpasste Chance!

**Grossenbacher Ruth (C, SO),** Berichterstatterin: Unser Bericht hat keine Begeisterungstürme ausgelöst, er hat aber andererseits auch keine Opposition hervorgerufen, und demzufolge ist er nach schweizerischer Art ein guter Bericht. Auch die Empfehlungen sind nichts Aussergewöhnliches oder Revolutionäres, deshalb können Sie alle – das zog sich wie ein roter Faden durch Ihre Ausführungen –, zu diesen 23 Empfehlungen grösstenteils ja sagen.

Es hat viel Selbstverständliches darin, hat Herr Anton Keller gesagt, und Sachen, von denen man meinen müsste, sie seien schon lange realisiert. Es ist gefährlich, wenn wir unsere multikulturelle Schweiz als etwas Selbstverständliches anschauen. Erlauben Sie mir einen Vergleich: Wenn wir unsere Familie, unsere Freunde als Selbstverständlichkeiten anschauen, dann ist das nicht gut. Dann nämlich tun wir nichts für unsere Freundschaften, wir pflegen sie nicht, wir nehmen uns keine Zeit für unsere Freunde, wir nehmen unsere Familie nicht ernst. Wenn wir das nicht tun, wenn wir unsere Freundschaften nicht pflegen, keine Zeit für Gespräche haben, dann

verwelken diese Freundschaften, dann bilden sich Gräben; diese Gefahr haben wir auch in unserem Land. Wir dürfen unsere multikulturelle Schweiz, diese verschiedenen Gebiete und Sprachregionen, nicht als Selbstverständlichkeit anschauen, sonst passiert es, dass wir nebeneinander statt miteinander leben.

Zu den fehlenden Themen im Bericht. Es ist ein gravierender Fehler, dass wir die Wirtschaft nur in einem Punkt, in einer Empfehlung, erwähnt haben – das ist nicht gut; auch hier können sich Gräben ergeben. Deshalb ist es gut, dass auch die WBK, die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, ein entsprechendes Postulat formuliert hat. Auch wenn der Ständerat dafür zuständig war, für diesen Bericht Kontakt mit unserer Wirtschaft aufzunehmen, glaube ich, dass wir hier auch die Empfehlung Nummer 22 ernst nehmen müssen. Wir müssen den Kontakt zwischen der Politik und der Wirtschaft fördern, denn es geht nicht an, dass die Arbeitslosigkeit in unserer Romandie so viel höhere Zahlen aufweist. Es geht nicht an, dass, obwohl wir seit den sechziger Jahren die Autobahnen bauen, in der Westschweiz das Autobahnnetz noch nicht vollendet ist. Es geht nicht an, dass das Lohngefälle zwischen der Deutschschweiz und dem Tessin so gross ist. Auch an diese Tatsachen müssen wir denken, wenn wir zur besseren Verständigung etwas beitragen wollen. Es gibt hundert Grossunternehmen in unserem Land; nur knapp ein Fünftel davon ist in der Westschweiz domiziliert.

Es gilt aber auch immer wieder, das eigene Verhalten zu hinterfragen. Es ist eigentlich schmerzlich zu hören, wenn Kollega Leuba sagt, dass er gestern abend wieder an einem Tisch mit Kolleginnen und Kollegen aus der deutschen Schweiz zusammen war, dass die Romands in der Minderheit waren, und dass man nicht Rücksicht genommen hat – man hat Mundart gesprochen! Das meine ich: daran müssen wir denken und unseren weischen Kolleginnen und Kollegen diesen Respekt zu erweisen! Auch wenn es für uns bequem ist, Mundart zu sprechen, dürfen wir nicht vergessen, mit unseren anderssprachigen Kolleginnen und Kollegen Schriftdeutsch zu sprechen. Auch das gehört zum Brückenbau.

Einige haben gesagt, 23 Empfehlungen seien zuviel, und doch wurden noch weitere aufgeführt. Ich denke, dass es gut ist, wenn man sensibilisiert wird; mit diesen 23 Empfehlungen ist es nicht getan, sondern es braucht mehr. Es ist immer wieder nötig – so wie eine Klammer um das Ganze –, dass wir zum Föderalismus Sorge tragen. Kollege Nebiker hat das in seinem Votum sehr gut illustriert. Ich glaube, dass wir keine Verständigung erreichen werden, wenn wir den Föderalismus nicht wirklich ernst nehmen, denn der Föderalismus ist das Element, das die Minderheiten in unserem Lande schützt. Jede Zentralisierung belastet nämlich unsere Minderheiten, wir müssen deshalb in den Kommissionen, im Parlament immer den föderalistischen Lösungen den Vorzug geben, auch wenn diese Lösungen aufwendiger sind und oft länger dauern.

Noch zu den verschiedenen Vorstössen. Wir unterstützen das Postulat 94.3017 der WBK, dass der Austausch gefördert werden muss. Im ersten Punkt wird der Lehrlingsaustausch als Bestandteil der beruflichen Ausbildung erwähnt. Hier sehen wir nicht nur den sprachlichen, sondern auch den wirtschaftlichen Wert dieses Austausches. Es ist gut und richtig, wenn auch unsere Lehrlinge wissen, wie im anderen Teil unseres Landes gearbeitet wird und welche Einstellung zur Wirtschaft man dort hat.

Im zweiten Punkt geht es um die Fremdsprachenaufenthalte der Mittelschuljugend als Teil ihrer ausserschulischen Erfahrungen; auch dies muss man unterstützen. Unsere Mittelschüler können während ihrer Ausbildungszeit in andere Kontinente reisen, und sie können viel von der Welt erfahren. Aber ebenso wichtig ist es, dass sie auch Kenntnisse über unser Land erwerben.

Den dritten Punkt des Postulates der WBK, die Förderung von bezahlten Praktika für Arbeitslose in einer anderen Sprachregion, haben wir nicht in den Empfehlungen aufgenommen, obwohl er in unserer Verständigungskommission diskutiert wurde. Ich meine, dass das eine gute Art wäre, Arbeitslose zu motivieren, auch wieder etwas zu lernen.

Noch zum Postulat 94.3098 der Minderheit Grendelmeier. In der Kommission waren wir mehrheitlich gegen diese Idee, unsere zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer nach Deutschland oder Österreich zu schicken, und zwar aus folgenden Gründen: Wir meinen, dass das eine Kapitulation vor unserer eigenen Ausbildung wäre. Wir fordern nämlich für unsere Lehrerinnen und Lehrer eine gute sprachliche Ausbildung, wir fordern auch in unseren Empfehlungen, dass von der 2. Klasse bis zur Universität der Unterricht in Hochdeutsch sein müsse, deshalb widerspricht das auch unseren Forderungen. Wir meinen, dass wir unsere Ausbildungen für unsere zukünftigen Pädagoginnen und Pädagogen nicht ins Ausland delegieren können. Wir haben die Verantwortung und müssen uns da stark einsetzen. Ich weiss, die Meinungen gehen da auseinander. Aber die Mehrheit der Mitglieder unserer Kommission hat so argumentiert.

Dem Antrag Steffen, die Motion – mit welcher die Empfehlungen der Verständigungskommissionen an den Bundesrat überwiesen werden sollen – in ein Postulat umzuwandeln, stimmen wir natürlich nicht zu. Denn eine Motion hat viel mehr Gewicht, ist verbindlicher; das Postulat ist ja nur eine Empfehlung.

Es war viel Interessantes zu hören in Ihren Voten. Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz und für Ihr Interesse an unserer Arbeit. Der Wille, etwas zu tun, ist sicher vorhanden. Wir müssen aber mit kleinen Schritten vorwärts gehen. Es ist wichtig, dass wir das tun. Diese kleinen Schritte dürfen uns aber nicht davon abhalten, dass wir das Anliegen verfolgen und die Verständigung verbessern. Die Umsetzung wird uns vor sehr grosse Schwierigkeiten stellen; sie stehen noch bevor. Deshalb meine ich, dass es bei der Umsetzung sehr wichtig ist, dass wir nicht neue Gremien schaffen. Wir haben verschiedene Gremien in unserm Land, die bereits für diese Verständigung arbeiten. Ich denke da an die Stiftung CH, die 1976 gegründet wurde. Diese Stiftung leistet Erstaunliches, wie ich gestern schon erwähnt habe, zum Beispiel für die zeitgenössische schweizerische Literatur – sie lässt diese Literatur auch übersetzen. Sie hat den Lehrlingsaustausch forciert. Diese Stiftung erhält vom Bund jährlich nur 120 000 Franken. Und ich meine, es ist sehr wichtig, dass wir diese vorhandenen Institutionen unterstützen, diese vorhandenen Gefässe ernst nehmen. Ich denke da auch an die Pro Helvetia, die auch in Genf eine Niederlassung hat. Ich denke auch an das Stapferhaus in Lenzburg. Ich denke an das Begegnungszentrum Waldegg in Solothurn, das schon seit Jahren für die Verständigung arbeitet, das schon Journalisten aus allen Sprachregionen eingeladen hat und damit die Medien auf diese Schwierigkeiten aufmerksam macht.

Ich meine aber, dass alle diese Empfehlungen nichts nützen, wenn wir nicht dahinterstehen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir zum grossen Teil für die Verwirklichung dieser Empfehlungen verantwortlich sind. Ich darf Sie daran erinnern, dass immer noch die beste Kommunikation und die beste Verständigung nicht die ist, die über die Medien geht, nicht das ist, was wir in den Zeitungen lesen, sondern die beste Kommunikation ist immer noch diejenige von Mensch zu Mensch.

**Dreifuss** Ruth, conseillère fédérale: Après ces discussions et ces interventions, qui sont venues encore enrichir et compléter l'analyse qui a été faite par le rapport de vos deux commissions, il me reste à souligner à quel point ce rapport est une contribution importante à la réflexion sur l'essence même de la Suisse. Il contient des propositions excellentes dans le domaine de la compréhension linguistique, culturelle et régionale.

Ce qui a provoqué cette analyse, c'est le choc du 6 décembre 1992, qui est en fait tout simplement un révélateur de ce risque permanent auquel la Suisse est exposée, à savoir celui de voir les communautés culturelles se tourner le dos, vivre dans l'indifférence, se sentir attirées par les aimants culturels que représentent, au-delà des frontières, les grands espaces culturels francophone, germanophone et italoophone.

Ce risque permanent se révèle également dans d'autres votations, récemment encore à propos de l'initiative des Alpes, à

d'autres reprises sur des questions liées aux transports ou à l'environnement, ce qui démontre bien que nos différences culturelles peuvent être aussi des différences d'appréhension du monde qui nous entoure. La culture au sens fort est à comprendre aussi comme culture politique, déterminant nos relations avec l'environnement, avec le reste du monde, tout autant qu'elle détermine nos relations avec nos compatriotes issus des autres cultures.

Le rapport est remarquable, car il met en perspective, parce qu'il dépasse justement le choc du 6 décembre 1992, à la fois nos forces centrifuges et nos forces centripètes, ce qui nous lie et ce qui menace notre union, ce qui fait la force de cette union et ce qui en fait la fragilité. Ce rapport est un diagnostic nuancé, intelligent, qui place encore une fois ce débat dans le long terme, dans les préoccupations qui ont, en maintes occasions, marqué ce pays et révélé des crises liées à la difficulté de vivre ensemble, qui ont aussi manifesté les sursauts de volonté qui font que nous vivons ensemble.

Dans cette mise en perspective, il me semble également très important que soit relativisée la formation d'un bloc romand, d'un bloc alémanique, et que l'on mette en évidence qu'à l'intérieur même de ces zones culturelles la diversité, l'hétérogénéité, la difficulté parfois de vivre ensemble, la différence des choix politiques entre ville et campagne, par exemple, donnent une vision beaucoup plus nuancée du patchwork dont est fait la Suisse. Non, la Suisse – si vous me permettez l'expression «patchwork» – n'est pas faite de trois morceaux cousus ensemble à la hâte et dont il faut actuellement raccommo-der la couture qui menace de céder. Notre patchwork est infiniment plus riche, et c'est certainement par cette multitude de différences que nous arrivons à créer, malgré tout, une cohésion dans ce pays.

Cela a été dit, et je crois qu'il est important de le dire et de le répéter: la Suisse allemande n'existe pas, la Suisse romande n'existe pas non plus, nous sommes tous, à un titre ou à un autre, pris dans une altérité par rapport parfois à nos plus proches voisins, parfois à nos compatriotes plus éloignés. Cette diversité culturelle à l'intérieur des régions linguistiques, qui vient encore s'enrichir de l'apport culturel allogène des immigrants, des travailleurs étrangers et de leurs familles, fait justement la réussite de la Suisse, qui, encore une fois, est consciente de ses fragilités et de ses risques; le rapport l'a bien mis en évidence.

Ce qui nous rend peut-être aujourd'hui plus fragiles ou ce qui donne à ce débat cet aspect de crise telle que notre pays en a connu déjà plusieurs, c'est certainement la transformation de la place de la Suisse dans le reste de l'Europe. La modification de ce ciment confédéral que nous retrouvons toujours, mais qui parfois perd de sa cohésion et que nous devons à nouveau remettre en place. Nous avons connu des phases où, effectivement, nous risquions de nous éloigner les uns des autres sous l'influence des aimants extérieurs. Pendant la Première Guerre mondiale, les deux communautés principales de ce pays – la Suisse allemande et la Suisse romande – se tournaient le dos et risquaient effectivement d'entrer dans la mouvance de nos voisins. La cohésion en Suisse s'est faite sur la notion de neutralité, mais aussi de croissance économique, sur le renforcement du fédéralisme ainsi que sur la réflexion sur nos tâches communes.

Aujourd'hui, nous sommes de nouveau dans une situation où nous ressentons à la fois le besoin d'ouverture vers le monde et le sentiment d'interdépendance face au reste du monde, ce qui provoque une recherche d'identité pour retrouver aussi les raisons de cette volonté commune de vivre ensemble. Ce besoin d'ouverture et cette recherche d'identité, tels qu'ils ressortent de la discussion, qui ne sont pas contradictoires – comme l'a relevé hier M. Gross Andreas –, mais qui nous soumettent malgré tout à une tension dans la recherche de la synthèse entre ces deux mouvements, ont remis sur le tapis la question de notre volonté de vivre ensemble et des moyens que nous voulons nous donner pour la renforcer.

Si je suis optimiste, ce n'est donc pas seulement parce que, grâce à cette mise en perspective, nous remarquons que la Suisse est confrontée en permanence à ce qui fait son originalité et qu'elle a toujours trouvé les moyens de vouloir poursui-

vre l'aventure commune; c'est aussi parce que ce révélateur du 6 décembre 1992 a déjà provoqué d'innombrables initiatives. La volonté de dialogue est là, le signal d'alarme a été entendu, de nouvelles volontés se manifestent dans la vie quotidienne, dans les écoles qui cherchent des échanges, parmi les jeunes avec leur initiative en faveur de l'Europe, qui envoient leurs militants récolter des signatures dans l'autre région linguistique pour expliquer – je ne sais si c'est en allemand ou en suisse allemand, mais en tout cas face à une population qui n'avait pas eu l'occasion d'entendre ce discours – que des jeunes Romands désiraient s'adresser directement au public, aux concitoyennes et aux concitoyens suisses allemands. Le processus dont parlait M. Gross Andreas, la volonté de vivre ensemble comme un processus permanent, s'est déjà manifesté depuis.

Pensons aussi à l'initiative prise par la SSR de traduire les débats politiques importants de façon à ce que le public d'une région linguistique puisse assister à la formation de l'opinion publique dans l'autre région.

Et lorsque M<sup>me</sup> Grendelmeier a dit que le travail dans cette commission a été le moment le plus passionnant, peut-être, de sa vie de parlementaire, le plus créatif en tout cas, celui où il se passait quelque chose entre les membres de la commission, par-dessus les barrières politiques et, bien sûr, également, dans ce souci commun de prendre soin du lien confédéral, cela fait aussi partie de ce processus engagé dès le 6 décembre et qui me rend optimiste.

Deux remarques, encore, inspirées par des interventions dans ce débat: la remarque faite par MM. Nebiker et Couchepin principalement, à savoir que dans cette réflexion sur la volonté de faire vivre ensemble des cultures, il faut aussi parler de culture politique et de structure politique. D'une attitude politique faite du respect de la minorité, de la recherche d'une solution qui n'accule pas l'adversaire politique dans une situation de défaite. Cette attitude est fondamentale pour pouvoir développer aussi la convivialité entre nos différentes cultures linguistiques.

La deuxième remarque que j'aimerais reprendre, c'est celle de l'importance qu'il faut également attribuer à la cohésion économique et sociale de ce pays. Au cours de ce débat, on a évoqué deux entreprises qui agonisent dans ce pays: l'une au Tessin, Monteforno; l'autre, «La Suisse», à Genève. Il est bien sûr toujours dramatique de voir une communauté de travailleuses et de travailleurs lutter pour la survie d'une entreprise à laquelle ils donnent finalement toute leur compétence, leur imagination, la plus belle partie de leur temps et à laquelle ils sont attachés. Il est toujours pathétique de voir des gens revendiquer le droit de vivre et travailler au pays, c'est-à-dire de ne pas rompre les liens culturels avec la région où ils sont. Ces deux exemples, qui se déroulent pendant que nous débattons de la cohésion culturelle de ce pays, sont deux avertissements de l'intérêt que nous avons à porter à la cohésion économique et à la cohésion sociale également.

Nous allons terminer pendant cette session le débat sur l'assurance-maladie et je rends hommage à ceux, en particulier de Suisse allemande, qui ont accepté un mécanisme de financement qui tient compte de la différence, de la réalité des politiques de la santé dans les différents cantons, mais surtout aussi des différences démographiques et de structure de la population qui peuvent expliquer les différents niveaux de cotisation. Ceci est aussi une contribution – cette volonté de tenir compte de ces différences et de les atténuer – à l'échange culturel dont notre pays a tellement besoin.

Il me reste maintenant la tâche ingrate d'expliquer pourquoi, bien que le rapport soit une excellente contribution à ce processus de rapprochement, bien que le catalogue des recommandations et propositions soit une excellente contribution à ce sursaut de volonté – le Conseil fédéral a exprimé sous avis devant le Conseil des Etats déjà et me demande de le redonner ici –, la forme du postulat convient mieux à ce catalogue que la forme de la motion. Certainement, la forme du postulat convient mieux à cause de l'hétérogénéité des propositions. Du fait que ces propositions sont si multiples, les accepter toutes en un paquet, alors que leur degré de maturité est différent, est une démarche qui va au-delà de ce que devrait être norma-

lement celle d'une motion qui est un mandat clair de préparer une loi ou de prendre une mesure. Dans beaucoup de cas – j'y reviendrai –, le Conseil fédéral ne peut pas prendre cet engagement et s'il en recevait le mandat sous forme de motion, il serait emprunté, dans bien des cas, pour donner la réalisation qui est souhaitée par la commission parce qu'il n'en a tout simplement pas la compétence.

Contrairement à M. Steffen, l'attitude du Conseil fédéral n'est pas une attitude critique pour certains points du catalogue de propositions. Elle est tout simplement la traduction de la volonté d'examiner très sérieusement chacun de ces points, de les réaliser dans la mesure où le Conseil fédéral ou la Confédération en a la compétence, de multiplier les petits pas concrets, mais avec une certaine réticence à ficeler un paquet où se trouvent des choses aussi différentes, relevant d'ordres et de décisions aussi différents.

Mais il est clair, et je le comprends, qu'il y a une impatience à vouloir passer de l'analyse aux mesures concrètes. Le Conseil fédéral partage cette impatience. J'aimerais donner toute une liste de mesures que le Conseil fédéral entend prendre, est en train de prendre, d'antériorité aussi dans ces mêmes mesures pour expliquer pourquoi nous pensons que la motion est difficile à réaliser, mais pourquoi aussi nous sommes persuadés que nous tirons à la même corde que votre commission.

La promotion de la cohésion nationale, de la compréhension interculturelle et des échanges entre les régions s'inscrit très clairement dans la politique linguistique et culturelle de la Confédération. Un grand nombre des objectifs de la motion que vous proposez, du postulat que nous aimerions recevoir, devront être poursuivis sur la base du nouvel article constitutionnel sur l'encouragement de la culture qui passera en votation au mois de juin ou de l'article constitutionnel révisé sur les langues, actuellement encore en travail devant votre Chambre et le Conseil des Etats. La révision de l'article sur les langues vise justement à améliorer la compréhension entre les communautés linguistiques, mais il faut doter la Confédération et les cantons de la compétence d'encourager cette compréhension. Ces objectifs sont contestés, les façons d'y arriver, la manière de le formuler ne le sont pas encore.

De même, nous attendons avec impatience de recevoir la compétence de l'article constitutionnel sur la culture et, dès l'acceptation de cet article, l'élaboration de la loi d'application, les programmes d'exécution prévus fourniront le cadre pour traiter les exigences de la motion de votre commission. Mais il faudra alors trouver les moyens de cette politique dont nous avons discuté hier soir et aujourd'hui. Lorsque que je dis «les moyens de cette politique», j'entends très concrètement les moyens matériels, les ressources financières, les moyens en personnel. Il y a eu, ces dernières années: réduction des moyens mis à disposition de Pro Helvetia qui est l'institution chargée d'établir les échanges entre les régions linguistiques. Je vous en conjure, ne tombons pas dans la contradiction extrême, voire même l'hypocrisie, qui consisterait à accepter dans un grand élan une motion alors que, au moment de la distribution des ressources nécessaires, le Parlement ne suivrait pas des propositions qui seraient faites dans ce sens.

Les objectifs, par ailleurs, de la compréhension ne se limitent pas aux domaines linguistique et culturel, ils s'étendent aussi à des domaines tels que ceux des médias, de l'éducation, de la culture et de l'économie. J'ai dit tout à l'heure que c'est ce qui faisait la valeur du rapport. Ce n'est pas forcément ce qui rendrait la motion plus directement applicable.

Qu'en est-il des autres mesures? Les unes sont actuellement en chantier; je pense à la révision de la constitution, je pense aux conversations que nous menons actuellement avec les cantons qui ont pris l'initiative d'une exposition nationale et, avec ces cantons d'ailleurs aussi, à la fixation d'une date possible de cette exposition. Tout est encore ouvert dans ce domaine. Je pense aux premiers contacts et aux premiers travaux qui sont en cours pour commémorer, non seulement le 150<sup>e</sup> anniversaire de la constitution moderne de la Suisse, mais également la chute de l'Ancien Régime, c'est-à-dire les deux siècles qui nous séparent de la République helvétique. Nous sommes actuellement en train de travailler à la préparation de cette commémoration. Nous pourrions encore aller

plus vite de l'avant lorsque nous saurons s'il faut combiner cette commémoration avec une exposition nationale ou si, dans le temps, ces deux événements ne coïncideront pas.

Politique du personnel, qui est également un des points importants de votre rapport: nous prenons très au sérieux les propositions faites et nous essayons de rendre l'administration plus attractive pour les minorités linguistiques, et d'améliorer leurs conditions de travail. Nous sommes très conscients que la motion Comby (93.3273), du 4 juin 1993, nous y engage. Nous devons revoir les instructions du Conseil fédéral concernant la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération, instructions du 12 janvier 1983; nous devons vraisemblablement les déclarer obligatoires, de façon à réellement créer ce mouvement et ces conditions pour une meilleure représentation au sein de l'administration. Nous encourageons également la compréhension dans l'administration générale de la Confédération, y compris dans les régions, par exemple par des programmes de formation continue.

L'enseignement des langues, autre proposition. Nous sommes tout disposé à encourager l'enseignement des langues étrangères à tous les échelons de la formation, et à soutenir en particulier l'enseignement bilingue, non pas directement, cela n'est pas de la compétence de la Confédération, mais par un appui dans le domaine de la recherche, du suivi des projets, de l'exploitation des résultats et des échanges d'expériences. Mais là, il nous semble que nous devons attendre préalablement la compétence que nous souhaitons recevoir dans le domaine des langues, pour pouvoir aller dans ce sens, avec les moyens que nous serons également obligés de vous demander.

Les autres propositions ne sont pas de la compétence du Conseil fédéral ou de la Confédération, raison pour laquelle il serait difficile d'exécuter un mandat que vous nous donneriez dans ce domaine. Là aussi, je dois souligner le risque de contradictions et d'hypocrisie de certaines décisions ou de certaines déclarations. On ne peut pas vouloir à la fois une régulation dans les médias et leur dire ce qu'ils doivent faire pour contribuer à l'entente confédérale. On ne peut pas, et là la tension est une tension entre des principes auxquels nous adhérons certainement tous, à la fois postuler la liberté médiatique, la non-intervention de l'Etat dans les médias, et leur dire ce qu'ils doivent faire dans le domaine de la compréhension des cultures.

Vous le voyez à ces quelques exemples, qui n'ont pas permis de passer en revue l'ensemble du catalogue, que le Conseil fédéral est, comme votre commission, persuadé que, dans les domaines les plus divers, des petits pas doivent être faits, parfois même de grands pas. Je pense à la révision de la constitution.

Mais encore une fois, ce paquet global ne nous paraît pas pouvoir être exécuté tel quel, et je crois que c'est un impératif d'honnêteté intellectuelle et politique que de dire à cette tribune que nous serons en peine de réaliser, avec la même détermination et avec la même efficacité, l'ensemble du catalogue que vous souhaitez nous transmettre. Le Conseil fédéral est donc bien sûr disposé à accepter le postulat. Il fera de son mieux si vous décidiez de lui transmettre la motion.

Le Conseil fédéral, dans la même foulée, est disposé à accepter le postulat de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (94.3017) sur les échanges interculturels.

Par contre, le Conseil fédéral propose de rejeter le postulat de la minorité Grendelmeier (94.3098). Vous me permettez de ne pas entrer en matière sur le fond de ce postulat et de me contenter de dire que ceci échappe tellement à la compétence du Conseil fédéral que ce postulat nous ravalerait à un simple rôle de facteur qui me paraît indigne de la forme du postulat. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous propose de le refuser. Il appartient à la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique, aux directeurs, individuellement dans chacun des cantons, d'estimer si cette proposition est celle qui permettra d'améliorer la connaissance du bon allemand dans les écoles de Suisse alémanique.

Le Conseil fédéral, bien sûr, ne se prononce pas à ce stade quant aux initiatives parlementaires qui vous sont soumises.

Je vous remercie pour ce débat passionnant. Je remercie surtout votre commission et celle du Conseil des Etats pour le diagnostic, à la fois pertinent et tout empreint d'optimisme, qu'il a posé sur la difficulté que nous avons à vivre ensemble, mais aussi sur notre volonté sans cesse réaffirmée de vivre ensemble.

**Präsidentin:** Die Kommission beantragt, vom Bericht der Verständigungskommissionen Kenntnis zu nehmen.

*Zustimmung – Adhésion*

93.3526

**Motion  
der Verständigungskommission  
(92.083)  
Sprachliche und regionale Verständigung  
in der Schweiz**

**Motion  
de la Commission de la compréhension  
(92.083)  
Compréhension linguistique et régionale  
en Suisse**

*Wortlaut der Motion vom 22. Oktober 1993*

Der Bundesrat schenkt der sprachlichen und regionalen Verständigung innerhalb der Schweiz bei allen Beschlüssen besondere Beachtung. Er wird beauftragt, Massnahmen zu treffen und der Bundesversammlung die nötigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten, um die im Anhang des Berichtes vom 22. Oktober 1993 formulierten Vorschläge der Kommissionen zu verwirklichen.

Wo die Zuständigkeit des Bundes fehlt, leitet der Bundesrat die Vorschläge an die Kantone oder an die zuständigen staatlichen oder privaten Organisationen weiter. Er prüft jeweils, ob er diese bei der Verwirklichung der Vorschläge unterstützen kann.

Der Bundesrat berichtet der Bundesversammlung laufend im Rahmen des Geschäftsberichtes über die Ergebnisse sowie über den Stand der sprachlichen und regionalen Verständigung in der Schweiz.

(Siehe gleichlautende Motion 93.3527 im Ständerat)

*Texte de la motion du 22 octobre 1993*

Le Conseil fédéral accorde, dans toutes ses décisions, une attention particulière à la compréhension linguistique et régionale en Suisse. Il est chargé de prendre des mesures et de soumettre à l'Assemblée fédérale les modifications de lois nécessaires afin de concrétiser les propositions de la commission formulées en annexe au rapport du 22 octobre 1993.

Lorsque la compétence fédérale fait défaut, le Conseil fédéral transmet les propositions aux cantons ou aux organisations publiques ou privées compétentes et examine dans chaque cas s'il y a lieu de leur accorder son soutien en l'occurrence.

Le Conseil fédéral fait rapport de façon régulière à l'Assemblée fédérale dans le cadre du rapport sur la gestion de l'administration fédérale sur les résultats ainsi que sur l'état de la compréhension linguistique et régionale en Suisse.

(Voir motion identique Conseil des Etats, no 93.3527)

*Schriftliche Begründung*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

*Développement par écrit*

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Dezember 1993*

Die Verständigungskommissionen des National- und Ständerates haben am 22. Oktober 1993 zwei gleichlautende Motionen eingereicht, in denen der Bundesrat aufgefordert wird, der sprachlichen und regionalen Verständigung in der Schweiz die nötige Beachtung zu schenken und die im Anhang des gemeinsamen Berichtes vom 22. Oktober 1993 enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen mittels geeigneter Massnahmen und Gesetzesänderungen umzusetzen.

Der Rahmen für mögliche Aktivitäten zur Stärkung der nationalen Identität und des Zusammenhaltes zwischen den verschiedenen Sprach- und Kulturgemeinschaften wird im Bericht sehr breit abgesteckt. Um diese Ziele zu erreichen, werden nicht nur eine Totalrevision der Bundesverfassung, Regierungs- und Parlamentsreformen sowie nationale Grossanlässe, sondern auch ganz konkrete Massnahmen und Empfehlungen in den Bereichen Medien, Bildung, Kultur und Wirtschaft angestrebt. Zahlreiche der von den Kommissionen eingebrachten Empfehlungen und Anträge berühren nur teilweise den Kompetenzbereich des Bundes oder gehen zum Teil klar darüber hinaus.

Die Förderung des nationalen Zusammenhaltes und der interkulturellen Verständigung sind Hauptziele der Sprach- und Kulturpolitik des Bundes. Der Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften unseres Landes wurde bereits im Rahmen der laufenden parlamentarischen Beratung zur Revision des Sprachenartikels (Art. 116 BV) von beiden Räten erste Priorität eingeräumt. Bund und Kantone erhalten damit im Bereich der Verständigung und des Austauschs eine Gemeinschaftsaufgabe. Im neuen Kulturförderungsartikel (Art. 27septies BV) wird der Stärkung der nationalen Identität ebenfalls grosses Gewicht beigemessen. Die Umsetzungsprogramme der beiden Verfassungsartikel werden daher den Anliegen der vorliegenden Motionen konkret Rechnung tragen müssen.

Im gegenwärtigen nationalen und internationalen Spannungsfeld müssen durch Bund und Kantone grosse Anstrengungen unternommen werden zur Sicherstellung einer wirklichen Verständigung zwischen den vier Sprach- und Kulturgemeinschaften. Damit kann dem Entfremdungsprozess zwischen den Sprachgemeinschaften, der in verschiedenen Abstimmungsergebnissen – vor allem in jenen vom 6. Dezember 1992 – sichtbar geworden ist, entgegengewirkt werden.

Die von den Verständigungskommissionen vorgelegten Vorschläge verdienen eine sorgfältige Prüfung durch den Bundesrat. Dieser schlägt vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 décembre 1993*

Les Commissions de la compréhension du Conseil national et du Conseil des Etats ont déposé le 22 octobre 1993 deux motions de même teneur demandant au Conseil fédéral d'accorder à la compréhension linguistique et régionale toute l'attention qu'elle mérite, et le chargeant de prendre des mesures et d'engager des modifications législatives aux fins de concrétiser les propositions et recommandations contenues dans l'annexe du rapport commun du 22 octobre 1993.

Ce rapport détermine en des termes très larges le cadre dans lequel pourraient s'exercer des activités propres à renforcer l'identité et la cohésion de notre pays multilingue et multiculturel. Il propose non seulement de procéder à la révision totale de la constitution, de réformer le gouvernement et le Parlement et d'organiser de grandes manifestations au plan national, mais encore d'élaborer des mesures et des recommandations très concrètes dans le domaine des médias, de l'éducation, de la culture et de l'économie. Nombre des recommandations formulées par les deux commissions ne touchent que partiellement, et parfois outrepassent, la sphère de compétence de la Confédération.

La promotion de la cohésion nationale et de la compréhension interculturelle est l'un des objectifs majeurs de la politique de la Confédération en matière de langues et de cultures. Le caractère prioritaire de la promotion de la compréhension entre

les communautés linguistiques a été affirmé par les deux Chambres dans le cadre de leurs actuelles délibérations sur la révision de l'article constitutionnel sur les langues (art. 116 cst.), article qui charge la Confédération et les cantons d'une mission commune en matière de compréhension et d'échanges entre régions linguistiques. Le nouvel article constitutionnel sur l'encouragement de la culture (art. 27 septies cst.) donne une place prépondérante à la question du renforcement de la cohésion nationale. Les programmes d'exécution de ces deux articles devront par conséquent tenir compte très concrètement des exigences des présentes motions.

Dans le contexte actuel de tensions au plan national et international, il importe que la Confédération et les cantons entreprennent de gros efforts pour assurer une compréhension véritable entre nos quatre communautés linguistiques et culturelles. Il importe de lutter contre les tendances centrifuges mises en évidence par plusieurs votations, et notamment par celle du 6 décembre 1992.

Les propositions des Commissions de la compréhension méritent d'être étudiées avec attention par le Conseil fédéral. En conséquence, ce dernier propose de transformer la motion en un postulat.

#### *Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

#### *Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

#### *Antrag Steffen*

Überweisung als Postulat

#### *Proposition Steffen*

Transmettre sous forme de postulat

**Präsidentin:** Vom Ständerat ist in der Wintersession eine gleichlautende Motion überwiesen worden.

#### *Abstimmung – Vote*

Für Überweisung als Motion	112 Stimmen
Für Überweisung als Postulat	51 Stimmen

94.3098

### **Postulat der Verständigungskommission (92.083) (Minderheit Grendelmeier) Verbesserung der Sprachkompetenz. Richtlinien**

### **Postulat de la Commission de la compréhension (92.083) (minorité Grendelmeier) Amélioration des connaissances linguistiques. Directives**

#### *Texte du postulat du 22 octobre 1993*

Le Conseil fédéral est invité à solliciter la CDIP d'édicter des directives pour l'acquisition et l'amélioration des connaissances linguistiques (écrites et orales) en bon allemand en Suisse alémanique. Dans ce but, une attention toute particulière doit être réservée aux enseignants de tous les niveaux. Durant la formation de base, un séjour linguistique en Allemagne ou en Autriche d'au moins trois mois est obligatoire.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Darbellay, Schmied Walter, Steffen (3)

#### *Schriftliche Begründung*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

#### *Développement par écrit*

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

#### *Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 14. März 1994*

Das Postulat greift ein Problem auf, das eindeutig in den Kompetenzbereich der Kantone fällt. Auch wenn der Bundesrat das Anliegen nach besserer Sprachkompetenz in der Schweiz grundsätzlich teilt, so kann es nicht seine Aufgabe sein, die Kantone einzuladen, hier im Sinne ganz speziell umschriebener Massnahmen tätig zu werden. Der Kommissionsminderheit ist es aber selbstverständlich unbenommen, ihr Anliegen direkt den Kantonen zu unterbreiten.

#### *Rapport écrit du Conseil fédéral du 14 mars 1994*

Le problème posé par le postulat relève sans aucun doute du domaine de compétence des cantons. Même si le Conseil fédéral partage en principe le souci d'améliorer les connaissances linguistiques en Suisse, il ne peut inciter les cantons à prendre des mesures spécifiques en la matière. La minorité de la commission a néanmoins la possibilité de leur faire part de sa préoccupation et de leur soumettre directement ses propositions.

#### *Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzulehnen.

#### *Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral propose de rejeter le postulat.

#### *Abstimmung – Vote*

Für Überweisung des Postulates	29 Stimmen
Dagegen	117 Stimmen

94.3017

### **Postulat WBK-NR (92.083) Massnahmen zur Verständigung Postulat Csec-CN (92.083) Mesures à la compréhension**

#### *Wortlaut des Postulates vom 22. Oktober 1993*

Der Bundesrat wird eingeladen, die EDK zu ersuchen, Richtlinien zur Erlangung und Verbesserung der Sprachkompetenz im Hochdeutschen (schriftlich und mündlich) in der deutschen Schweiz zu erlassen. Dazu ist der Ausbildung der Lehrkräfte aller Stufen grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Ein mindestens dreimonatiger Sprachaufenthalt in Deutschland oder Österreich während der Grundausbildung ist obligatorisch.

#### *Wortlaut des Postulates vom 3. Februar 1994*

Im Bericht der Verständigungskommissionen des National- und des Ständerates werden als vordringliche Massnahmen der Jugendaustausch und die Förderung der nationalen Identität genannt. Um diese Anliegen möglichst rasch, effizient und mit nachhaltiger Wirkung realisieren zu können, wird der Bundesrat ersucht, zu prüfen, zu berichten und Antrag zu stellen, wie weit der Bund sich zu engagieren (initiiieren, unterstützen, koordinieren) bereit ist bei:

- Lehrlingsaustausch als Bestandteil der beruflichen Ausbildung,
- Fremdsprachenaufenthalte der Mittelschuljugend als Teil ihrer ausserschulischen Erfahrungen, eventuell im Rahmen der Maturitätsanerkennungsverordnung,
- Förderung von bezahlten Praktika für Arbeitslose in einer anderen Sprachregion.

Im weiteren möge der Bundesrat

- die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogrammes Nr. 21 «Kulturelle Vielfalt und nationale Identität» prüfen und daraus Schlussfolgerungen ziehen, wie sich konkrete Handlungsanweisungen ableiten lassen und
- aufzeigen, wie aufgrund des Schlussberichtes der Expertenkommission «Schweiz morgen» und der darin erarbeiteten konkreten Leitideen der Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinweg gefördert werden kann.
- eine regionale Wirtschaftspolitik zugunsten der Regionen, deren Wirtschaft bedroht ist, verfolgen.

#### *Texte du postulat du 3 février 1994*

Le rapport des Commissions de la compréhension du Conseil national et du Conseil des Etats mentionne l'échange des jeunes et l'encouragement de l'identité nationale en tant que mesures urgentes. Afin d'être en mesure de réaliser ces exigences si possible rapidement, de manière efficace et avec un effet permanent, le Conseil fédéral est prié d'examiner la question de savoir dans quelle mesure il est disposé à s'engager (faire preuve d'initiative, apporter son soutien, assurer une fonction de coordination) dans les domaines suivants:

- l'échange d'apprentis en tant que partie intégrante de la formation professionnelle;
- les séjours de langues à l'échelon de l'école moyenne en tant que partie intégrante de l'acquisition extrascolaire de connaissances, éventuellement dans le contexte de l'ordonnance sur la reconnaissance des maturités;
- l'encouragement des stages payés pour chômeurs dans une autre région linguistique.

Le Conseil fédéral est également invité à présenter un rapport et une proposition à ce sujet.

En outre, le Conseil fédéral est prié :

- d'examiner les résultats du programme de recherche No 21 consacré à la diversité culturelle et à l'identité nationale et de tirer des conclusions sur les modalités concernant des directives d'application concrètes; et
- d'indiquer comment encourager, sur la base du rapport final du groupe d'experts «Demain la Suisse» et des idées directrices y relatives, la cohérence par-delà les frontières linguistiques;
- de poursuivre une politique économique régionale en faveur des régions dont l'économie est menacée.

*Sprecherin – Porte-parole:* Haering Binder

*Überwiesen – Transmis*

92.3493

### **Motion des Ständerates (Rhinow) Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften Motion du Conseil des Etats (Rhinow) Rapprochement entre communautés linguistiques**

#### *Wortlaut der Motion vom 27. April 1993*

Am 6. Dezember 1992 haben die weischen Kantone dem EWR-Abkommen mit grossen Mehrheiten zugestimmt, während die deutschschweizerischen Kantone (mit Ausnahme der beiden Basel) sowie das Tessin ablehnende Mehrheiten aufwiesen. Damit hat sich der Graben zwischen den Sprachgemeinschaften der Schweiz auf gefährliche Weise vertieft. Diese Entwicklung könnte die Identität der Schweiz als Willensnation in Frage stellen. Es muss deshalb unverzüglich alles darangesetzt werden, das gegenseitige Verständnis zwischen den Sprachgemeinschaften zu verbessern und das Bewusstsein in der Gesellschaft zu stärken, dass die Idee der Schweiz unter anderem im fruchtbaren Zusammenleben verschiedener Kultur- und Sprachgemeinschaften besteht.

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, Massnahmen zu treffen sowie allfällige Änderungen auf dem Wege der Rechtsetzung vorzulegen, um die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, namentlich zwischen der Deutschschweiz und der Romandie, im Interesse des nationalen Zusammenhaltes nachhaltig zu fördern. Dabei sollen die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen gesucht sowie entsprechende Bemühungen dieser Organisationen unterstützt werden.

#### *Texte de la motion du 27 avril 1993*

Le 6 décembre 1992, les cantons romands approuvaient l'Accord EEE à une écrasante majorité, alors que les cantons alémaniques (Bâle-Ville et Bâle-Campagne exceptés) ainsi que le Tessin le rejetaient majoritairement. Ainsi le fossé qui sépare les communautés linguistiques en Suisse s'est-il dangereusement creusé et il n'est pas exclu que cette évolution remette en question l'identité de la Suisse, nation issue de la volonté politique de ses citoyens. C'est la raison pour laquelle il faut que tout soit mis en oeuvre sans délai pour améliorer la compréhension réciproque des communautés linguistiques et renforcer dans l'esprit des citoyens l'idée que c'est notamment dans la coexistence fructueuse de plusieurs communautés de culture et de langue différentes que réside l'essence de la Suisse.

Au vu de ce qui précède, le Conseil fédéral est chargé de prendre des mesures et, le cas échéant, de proposer aux Chambres des projets de modifications législatives afin de rapprocher de façon durable – et ce dans l'intérêt de la cohésion nationale – les communautés linguistiques, et notamment la Suisse alémanique et la Romandie. Dans cette entreprise il faudra rechercher la coopération avec des organisations à vocation sociale ou culturelle et soutenir les efforts de ces organisations.

**Haering Binder** Barbara (S, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 27. April 1993 beschloss der Ständrat einstimmig die Überweisung der Motion Rhinow. Diese Motion – am 7. Dezember 1992, einen Tag nach der Ablehnung des EWR-Abkommens durch Volk und Stände, eingereicht – zielt darauf ab, die Vertiefung des Grabens zwischen den Sprachgemeinschaften zu verhindern. Weil dieser Graben die Identität der

Schweiz als Willensnation in Frage stellen könnte, muss alles darangesetzt werden, damit die gegenseitige Verständigung verbessert wird und die Idee der Schweiz, das fruchtbare Zusammenleben verschiedener Kultur- und Sprachgemeinschaften, erhalten bleibt.

Dementsprechend beauftragt der Motionär den Bundesrat, Massnahmen zu treffen sowie allfällige Änderungen auf dem Wege der Rechtsetzung vorzulegen, um die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, namentlich zwischen der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz, im Interesse des nationalen Zusammenhalts nachhaltig zu fördern. Dabei soll die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen gesucht und sollen die entsprechenden Bemühungen dieser Organisationen unterstützt werden.

Die Kommission des Nationalrates befasste sich am 18. November 1993 mit diesem Geschäft. Sie stellte dabei u. a. fest, dass die Ziele dieser Motion die gleiche Stossrichtung wie die von den Verständigungskommissionen des National- und des Ständerates abgegebenen 23 Empfehlungen und Anträge haben (Bericht 92.083 vom 22. Oktober 1993). Wir müssen uns bemühen, die verschiedenen Sprachgemeinschaften der Schweiz einander näherzubringen.

Nach Auffassung der Kommission ist die Bedeutung dieses Problems unbestritten und die Motion vollauf gerechtfertigt. Sie hat deshalb beschlossen, dem Ständerat zu folgen, der diese Motion einstimmig unterstützt hat.

**Haering Binder** Barbara (S, ZH) présente au nom de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (Csec) le rapport écrit suivant:

Le 27 avril 1993, à l'unanimité, le Conseil des Etats a voté la transmission de la motion Rhinow. Déposée le 7 décembre 1992, au lendemain du refus de l'Accord EEE par le peuple et les cantons suisses, cette motion vise à enrayer l'élargissement du fossé qui sépare les communautés linguistiques. Ce fossé étant susceptible de remettre en question l'identité de la Suisse, nation issue de la volonté politique de ses citoyens, tout doit être mis en oeuvre sans délai en vue d'améliorer la compréhension réciproque et la coexistence fructueuse des communautés culturelles et linguistiques qui forment l'essence de la Suisse.

En conséquence, le motionnaire charge le Conseil fédéral de prendre des mesures et, le cas échéant, de proposer aux Chambres des projets de modifications législatives afin de rapprocher de façon durable – et ce dans l'intérêt de la cohésion nationale – les communautés linguistiques, et notamment la Suisse alémanique et la Romandie. Dans cette entreprise, il faudra rechercher la coopération avec des organisations à vocation sociale ou culturelle et soutenir les efforts de ces organisations.

La commission du Conseil national a pris position sur cet objet lors de sa séance du 18 novembre 1993. Elle a notamment souligné que cette motion poursuit les buts des vingt-trois recommandations et propositions énoncées par les Commissions de la compréhension du Conseil national et du Conseil des Etats (rapport 92.083 du 22 octobre 1993). Il faut faire les efforts susceptibles de rapprocher les différentes communautés linguistiques qui forment la Suisse.

Pour la commission, l'importance de ce problème et le bien-fondé de la motion sont évidents. Elle a décidé de suivre le Conseil des Etats qui avait soutenu cette motion à l'unanimité.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt mit 14 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion zu überweisen.

#### *Proposition de la commission*

La commission, par 14 voix contre 1 et avec 2 abstentions, demande de transmettre la motion.

#### *Überwiesen – Transmis*

92.451

### **Parlamentarische Initiative (Borel François) Drei Landessprachen im Radio für alle Initiative parlementaire (Borel François) La radio en trois langues pour tous**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

#### *Wortlaut der Initiative vom 17. Dezember 1992*

Auf dem Weg der parlamentarischen Initiative verlange ich eine Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen, die gewährleistet, dass mindestens ein Radioprogramm in jeder der drei Amtssprachen in der ganzen Schweiz empfangen werden kann.

#### *Texte de l'initiative du 17 décembre 1992*

Par voie d'initiative parlementaire, je demande la modification de la loi fédérale sur la radio et la télévision de manière à garantir la réception sur l'ensemble du territoire suisse d'au moins un programme de radio dans chaque langue officielle.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aguet, Bäumlin, Béguelin, Berger, Blatter, Bodenmann, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bundi, Caccia, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Comby, Cotti, Danuser, Darbellay, de Dardel, Deiss, Duvoisin, Eggly, Epiney, Etique, Fankhauser, Frey Claude, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Jeanprêtre, Jöri, Leemann, Leuenberger Ernst, Matthey, Meyer Theo, Perey, Philippina, Pini, Ruffy, Savary, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Spielmann, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Theubet, Tschopp, Zwahlen (47)

**Leuba** Jean-François (L, VD) unterbreitet im Namen der Spezialkommission zur Verbesserung der Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachgebieten (92.083 «Verständigungskommission») den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Am 17. Dezember 1992 reichte Herr Borel François eine parlamentarische Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung ein.

Der Initiant begründet seinen Vorstoss damit, dass diese Problematik, obschon vom Parlament im Rahmen der im Juni 1991 angenommenen Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen behandelt, offensichtlich ein Hindernis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachgebieten darstellt. Er hält es für ungewöhnlich, dass man sich in der Schweiz als Radiohörer ausserhalb seines eigenen Sprachgebietes als Ausländer fühlen muss, weil die Verbindungen zur Herkunftsregion abgeschnitten sind. Er hält diese Situation für um so bedenklicher, als die PTT den Telefonrundspruch – das einzige Medium, auf dem heute in der ganzen Schweiz Radioprogramme aller Landesteile empfangen werden können – einzustellen gedenken. Aus diesem Grund erachtet er es als notwendig, dass Verantwortliche aus Politik und Technik die Frage gemeinsam angehen und prüfen, ob in der Schweiz die Kriterien auf dem Gebiet der Frequenzzuweisungen nicht zu streng angesetzt sind und ob sie es nicht zulassen, in der ganzen Schweiz für ein Radioprogramm in jeder Amtssprache Wellenbereiche freizugeben.

2. Die mit der Prüfung dieses Geschäftes beauftragte Verständigungskommission hörte sich am 23. Februar 1994 den Initianten an.

#### *Erwägungen der Kommission*

Die Kommission ist mit der Grundidee des Initianten einverstanden und ist ebenfalls der Meinung, dass die Möglichkeit, in jedem Landesteil Radioprogramme aus den anderen Sprachgebieten zu empfangen, zur Verbesserung der Ver-

ständigung beitragen würde. Sie stellte jedoch verschiedene Schwierigkeiten fest, die sich im Falle einer Annahme der Initiative stellen würden. Zum einen ist in Artikel 28 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen bereits die gesamtschweizerische Abdeckung mit Programmen in drei Sprachen vorgesehen, wobei allerdings den Lokal- und Regionalprogrammen bei den Frequenzzuweisungen Priorität eingeräumt wird. Die Initiative hätte demnach die Verdrängung gewisser Lokalradios zur Folge, was im Widerspruch zum Entscheid des Parlamentes im Rahmen der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes vom Juni 1991 stünde. Ausserdem haben 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung heute Zugang zu Netzen, über die Kabelprogramme der anderen Sprachgebiete empfangen werden können; auch wird an Systemen gearbeitet – beispielsweise dem Digitalradio –, mit denen sich die heutigen Schwierigkeiten, die sich bei einer gesamtschweizerischen Ausstrahlung von Programmen stellen, lösen lassen. Die Annahme der Initiative würde zudem die Planungsarbeiten im Bereich der Frequenzzuweisungen des Bundesamtes für Kommunikation in Frage stellen.

**Leuba** Jean-François (L, VD) présente au nom de la Commission spéciale pour l'amélioration de la compréhension entre les différentes régions linguistiques (92.083 «Commission de la compréhension») le rapport écrit suivant:

1. En date du 17 décembre 1992, M. Borel François a déposé une initiative parlementaire rédigée sous forme de demande conçue en termes généraux.

L'initiant motive son initiative en affirmant que même si cette question a été discutée par le Parlement lors de la dernière révision de la loi fédérale sur la radio et la télévision adoptée en juin 1991, elle représente manifestement un obstacle à la compréhension entre les différentes régions linguistiques. En effet, il estime anormal qu'un citoyen se rendant ou habitant dans une autre région linguistique que celle dont il est originaire se sente à l'étranger et ne puisse plus continuer à avoir des contacts avec la région dont il est issu. Il juge cette situation d'autant plus préoccupante que les PTT projettent de supprimer la télédiffusion, actuellement unique moyen d'entendre des programmes radio dans toute la Suisse. C'est pourquoi il estime nécessaire que politiciens et techniciens discutent ensemble de ce problème pour examiner si les critères suisses en matière de fréquence ne sont pas trop stricts et ne permettraient pas de libérer des espaces sur les ondes pour une radio dans chaque langue officielle dans tout le pays.

2. La Commission de la compréhension chargée de l'examen de cet objet a entendu l'initiant le 23 février 1994.

#### *Considérations de la commission*

La commission est en accord avec l'idée proposée par l'initiative et pense effectivement que la possibilité pour un habitant d'une région de recevoir un programme de radio d'une autre région linguistique contribue à l'amélioration de la compréhension. Cependant, elle a relevé plusieurs difficultés en cas d'acceptation de l'initiative. Tout d'abord, l'article 28 alinéa 2 de la loi fédérale sur la radio et la télévision prévoit déjà cette couverture dans les trois langues sur l'ensemble du territoire, tout en donnant la priorité aux programmes locaux et régionaux. L'initiative aurait donc pour conséquence de faire disparaître certaines radios locales, ce qui irait à l'encontre de ce que le Parlement a décidé en juin 1991 dans le cadre de la révision de la loi sur la radio et la télévision. En outre, 80 pour cent de la population du pays a accès aujourd'hui aux réseaux qui permettent d'entendre les programmes câblés des autres régions et des systèmes sont en cours d'élaboration – par exemple, la radio numérique – qui permettront de surmonter tous les problèmes qui se posent aujourd'hui concernant la réception de programmes sur tout le territoire suisse. L'acceptation de l'initiative aurait en outre pour conséquence de remettre en cause la planification des fréquences qui est en cours à l'Office fédéral de la communication.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt mit 5 zu 1 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben, reicht aber ein Postulat ein, in dem die Grundidee des Initianten aufgenommen wird.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose, par 5 voix contre 1, de ne pas donner suite à l'initiative, mais en accord avec l'idée prônée par l'auteur de l'initiative, elle dépose un postulat de la commission.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission (keine Folge geben)	79 Stimmen
Für den Antrag Borel François (Folge geben)	66 Stimmen

94.3021

### **Postulat der Verständigungskommission (92.451)**

#### **Radio. Drei Sprachen für alle**

### **Postulat de la Commission de la compréhension (92.451)**

#### **Radio. Trois langues pour tous**

#### *Wortlaut des Postulates vom 23. Februar 1994*

Der Bundesrat wird eingeladen, im Rahmen von Artikel 28 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen alle Möglichkeiten, insbesondere jene im technischen Bereich, zu prüfen, wie in der ganzen Schweiz mindestens ein Radioprogramm in jeder der drei Amtssprachen Deutsch, Französisch und Italienisch aufrechterhalten werden kann.

#### *Texte du postulat du 23 février 1994*

Le Conseil fédéral est invité à examiner, dans le cadre de l'article 28 alinéa 2 de la loi fédérale sur la radio et la télévision, toutes les possibilités, notamment sur le plan technique, de maintenir au moins un programme radio dans chacune des langues officielles, l'allemand, le français et l'italien, sur l'ensemble du territoire helvétique.

#### *Überwiesen – Transmis*

92.455

### **Parlamentarische Initiative (Robert) Förderung der zweisprachigen Erziehung Initiative parlementaire (Robert) Encouragement de l'éducation bilingue**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

#### *Wortlaut der Initiative vom 18. Dezember 1992*

Artikel 27 der Bundesverfassung ist im folgenden Sinne zu ergänzen:

- Die Kantone fördern im Rahmen der Landessprachen die zweisprachige Erziehung.
- Der Bund unterstützt die Bemühungen der Kantone bei der Einführung regional und kulturell angepasster Formen zweisprachiger Erziehung insbesondere im Bereich Forschung, Begleitung und Auswertung.

*Texte de l'initiative du 18 décembre 1992*

Il convient de modifier l'article 27 de la constitution comme suit:

- Les cantons encouragent l'éducation bilingue dans les langues nationales.
- La Confédération soutient les efforts des cantons visant à promouvoir une éducation bilingue adaptée à la région et à sa culture, en particulier dans le domaine de la recherche, du suivi des projets et de l'exploitation des résultats.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bär, Baumann, Bühlmann, Caccia, Columberg, Comby, Diener, Eggly, Fasel, Gardiol, Gonseth, Grossenbacher, Guinand, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hollenstein, Loeb François, Meier Hans, Misteli, Mühlemann, Rebeaud, Ruffy, Scheidegger, Scheurer Rémy, Thür, Tschopp, Zölch (27)

**Haering Binder** Barbara (S, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Frau Robert am 18. Dezember 1992 eingereichte Initiative.

Die Kommission hat die Initiantin am 18. November 1993 angehört.

*Begründung der Initiantin (Zusammenfassung)*

Die Idee der zweisprachigen Erziehung (auch zweisprachiger Unterricht oder Immersion genannt) – d. h. einer Erziehung, bei der die Zweitsprache als integrierte Unterrichtssprache behandelt wird und nicht als separates Unterrichtsfach wie im herkömmlichen Fremdsprachenunterricht – gewinnt in der Schweiz und im Ausland immer mehr an Boden. Zahlreiche Erfahrungen und Untersuchungen zeigen, dass mit zweisprachiger Erziehung die Effizienz des Fremdsprachenunterrichts bei guten Voraussetzungen entscheidend verbessert werden kann – ohne Nachteile für die Muttersprache und die anderen Unterrichtsfächer, aber mit zusätzlichen Vorteilen für das Erlernen weiterer Sprachen. Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über ausgesprochen gute Voraussetzungen für die Einführung zweisprachiger Unterrichtsformen. Die interessierten Kantone müssten aber, vor allem bezüglich der notwendigen Forschung respektive Begleitung und Auswertung der Projekte, auf die Unterstützung durch den Bund zählen können.

Die Schweiz hat ihre einstige europäische Pionierrolle im Bereich der Mehrsprachigkeit eingebüsst. Sie muss heute besondere Anstrengungen unternehmen zur Verbesserung der Verständigungsfähigkeit in den Landessprachen, für die Verständigung der Sprachregionen untereinander, aber auch zur Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Zweisprachige Erziehung kann in all diesen Bereichen einen wesentlichen Beitrag leisten.

Obwohl die Schweiz ein mehrsprachiges Land ist und die Mehrsprachigkeit als wesentliches Element der schweizerischen Identität empfunden wird, ist ein grosser Teil der Schweizerinnen und Schweizer nur einer Landessprache mächtig. Für viele ist die Hemmschwelle, sich in einer zweiten Landessprache auszudrücken, sehr hoch. Zwischen der offiziellen Mehrsprachigkeit der Schweiz und der individuellen Mehrsprachigkeit der Schweizer Bevölkerung besteht eine beträchtliche Diskrepanz. Der Mehrsprachigkeit der Schweiz und den verschiedenen Kulturen, die nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben sollten, muss Sorge getragen werden. Dazu bedarf es heute vermehrter Anstrengungen. Es ist schwierig, einander zu verstehen, wenn man sich sprach-

lich immer weniger versteht. Entsprechende Auswirkungen haben sich auch rund um den 6. Dezember 1992 gezeigt.

Der Erziehungsbereich untersteht der kantonalen Bildungshoheit. Die Förderung der zweisprachigen Erziehung ist jedoch eine gemeinsame, nationale Aufgabe, die nicht den Kantonen allein überlassen werden darf. Modelle zweisprachiger Erziehung, wollen sie erfolgreich sein, müssen den regionalen, kulturellen, sozialen und politischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Das bedeutet, dass wissenschaftliche Unterstützung für die Abklärung standortgerechter Modelle usw. nötig ist. Dafür müssen die interessierten Kantone auf die Unterstützung durch den Bund zählen können.

*Erwägungen der Kommission*

Die überwiegende Mehrheit der Kommission teilt die Ansicht der Initiantin, dass im Interesse der Erhaltung unserer Sprachen und einer guten Verständigung zwischen den verschiedenen Regionen Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Zwei- und Mehrsprachigkeit zu fördern und vermehrt zum Tragen zu bringen. Dass wir uns gegenseitig besser verstehen, ist eine staatspolitische Notwendigkeit, und deshalb ist auch der Grundsatz der zweisprachigen Erziehung von staatspolitischer Bedeutung. Die Mehrsprachigkeit ist zudem ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Vielfalt unseres Landes, die der Pflege bedarf. Bereits im Bericht des EDI aus dem Jahre 1989, «Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz», wird festgehalten, dass «angesichts der Komplexität unserer Situation in allen Bereichen» heute grosse Anstrengungen unerlässlich sind.

«Sprachenlernen» ist in der Schweiz zwar kein neues Postulat, und in der Sprachausbildung ist in letzter Zeit einiges geleistet worden, so zum Beispiel durch die Vorverlegung des Unterrichtes in einer zweiten Landessprache. Leider sind die Resultate bisher eher enttäuschend.

Forderungen, die mit dem Anliegen der Initiantin übereinstimmen, sind auch im Bericht der zur «Verbesserung der Verständigung zwischen den Sprachgebieten» eingesetzten Kommissionen beider Räte (92.083) enthalten, doch wird diese Aufgabe dort vor allem an die Kantone delegiert. Die Mehrheit der WBK begrüsst deshalb ausdrücklich, dass gemäss der Initiative Robert der Bund in die Verantwortung mit einbezogen werden soll: Sie teilt die Auffassung der Initiantin, dass diese Aufgaben nicht allein den Kantonen überbunden werden können und dass es hier des Engagements des Bundes bedarf.

Die Bedürfnisse der verschiedenen Kantone werden sehr unterschiedlich sein; darauf nimmt die Zielrichtung der Initiative Rücksicht: Sie beachtet das Prinzip der Subsidiarität und respektiert die Zuständigkeit der Kantone und Gemeinden.

Die Förderung der zweisprachigen Erziehung entspricht einem Bedürfnis unserer Zeit. In vielen europäischen Ländern werden in diesem Bereich seit einigen Jahren bedeutende Anstrengungen unternommen. Diese Bemühungen werden durch die Europäische Union und den Europarat gezielt unterstützt. Es ist abzusehen, dass die Wichtigkeit europäischer Sprachen – vor allem des Französischen und des Deutschen – neben dem Englischen zunehmen wird; das steht einerseits im Zusammenhang mit der engeren Zusammenarbeit innerhalb der EU und andererseits mit der Öffnung Osteuropas.

Die Mehrheit der Kommission sieht die zweisprachige Erziehung nicht nur als Gewinn für die Jugend, sondern auch als Vorteil für unsere Wirtschaft. Ein wichtiger Faktor ist zudem die steigende Mobilität: auch hier liegt es im Interesse des einzelnen wie der Wirtschaft, wenn die Sprachbarriere als Hemmnis wegfällt oder wenigstens niedriger wird.

Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit haben, sich in der Schulzeit vor allem das anzueignen, wozu sie später kaum oder nur unter schwierigeren Bedingungen die Gelegenheit haben werden. Dazu gehört vor allem der Erwerb von Sprachkenntnissen. Sprachen werden in jugendlichem Alter am mühelosesten gelernt. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, dass die Pflege der Muttersprache dabei nicht vernachlässigt wird. Erwünscht ist ein Unterricht, der weniger von strenger Grammatik als vielmehr vom Kommunikativen geprägt ist.

Es fehlte im übrigen auch nicht der Hinweis, dass die «Immersionmethode» im Kanton Graubünden unter dem Namen «mehrsprachige Ausbildung» seit langem praktiziert wird.

Die Kommission stellte sich die Frage des Standortes dieser Bestimmung innerhalb der Verfassung. Die Initiatorin selber zeigte sich dieser Frage gegenüber sehr offen: Eine andere Lösung als die Aufnahme in Artikel 27 der Bundesverfassung wäre durchaus denkbar, doch ist die Klärung dieser Frage noch nicht Aufgabe der Vorprüfungsphase.

Als Argumente gegen die Initiative wurden vorgebracht, dass der zweisprachige Unterricht sich negativ auf den übrigen Unterricht auswirken und vor allem schwächere Kinder überfordern könnte. Es wurde in Frage gestellt, dass genügend Lehrkräfte in der Lage wären, ihren Unterricht in einer Fremdsprache zu erteilen. In der heutigen Situation könnten zudem dem Bund keine solch kostspieligen Zusatzaufgaben aufgebürdet werden. Dieses Projekt müsste spätestens an den Fragen der Kosten scheitern.

**Haering Binder** Barbara (S, ZH) présente au nom de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (Csec) le rapport écrit suivant:

Conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les Conseils, nous vous soumettons le rapport de la commission chargée de l'examen préalable de l'initiative déposée le 18 décembre 1992 par M<sup>me</sup> Robert.

La commission a entendu l'auteur de l'initiative le 18 novembre 1993.

#### *Développement de l'auteur de l'initiative (résumé)*

L'éducation bilingue (c'est-à-dire l'enseignement par immersion en deux langues), dans laquelle une seconde langue est intégrée en tant que langue d'enseignement et n'est pas considérée comme une matière distincte comme dans l'enseignement traditionnel des langues, gagne du terrain, tant en Suisse qu'à l'étranger. L'expérience acquise et de nombreuses enquêtes prouvent que ce système permet d'améliorer considérablement l'enseignement de la seconde langue, si les conditions sont favorables, sans que l'enseignement de la langue maternelle et des autres matières en souffre, et qu'il facilite en outre l'apprentissage de langues supplémentaires. Comparée avec d'autres pays, la Suisse réunit d'excellentes conditions pour dispenser cette forme d'enseignement. Les cantons intéressés devraient cependant pouvoir compter sur le soutien de la Confédération, notamment pour procéder à des travaux de recherche, ainsi que pour assurer le suivi des projets et d'exploitation des résultats.

La Suisse a perdu le rôle de pionnier qui était le sien en Europe dans le domaine du plurilinguisme. Elle doit actuellement entreprendre des efforts particuliers, à la fois pour améliorer la compréhension entre régions linguistiques et pour renforcer sa compétitivité sur le marché international du travail. L'éducation bilingue peut apporter une contribution importante sur tous ces plans.

Bien que la Suisse soit un pays plurilingue et que ce plurilinguisme même soit vécu par les Suisses comme un trait essentiel de leur identité, nombreux sont ceux qui ne maîtrisent qu'une seule langue nationale et qui ne parviennent pas à surmonter le blocage psychologique qui les empêche de s'exprimer dans une autre langue. Un large fossé sépare le plurilinguisme officiel de la Suisse du plurilinguisme effectif des citoyens. Or, comment comprendre l'autre quand on n'entend pas sa langue? Aujourd'hui, et la votation du 6 décembre 1992 a illustré ce phénomène de manière douloureuse, l'incompréhension entre régions linguistiques s'aggrave. Il est donc essentiel d'entreprendre des efforts accrus afin de cultiver cette richesse qu'est le plurilinguisme et de veiller à ce que les liens entre les différentes cultures constitutives de la Suisse soient plus que des relations de simple coexistence géographique.

Si l'éducation est du ressort des cantons, il n'en demeure pas moins que l'encouragement de l'éducation bilingue constitue une tâche nationale qui ne saurait leur être abandonnée tout entière. L'efficacité d'un modèle d'éducation bilingue dépend en effet de sa capacité à prendre en compte les spécificités ré-

gionales, culturelles, sociales et politiques. C'est dire que la mise sur pied d'un tel modèle passe obligatoirement par une série d'études scientifiques, pour lesquelles les cantons devraient pouvoir bénéficier de l'appui de la Confédération.

#### *Considérations de la commission*

Dans sa grande majorité, la commission partage les préoccupations de l'auteur de l'initiative, et considère elle aussi qu'il convient d'encourager le bilinguisme et plus largement le multilinguisme, à la fois pour garantir la compréhension entre différentes régions linguistiques et pour préserver la diversité linguistique. Compte tenu de la nécessité politique d'améliorer la compréhension entre les différentes régions linguistiques, l'éducation bilingue revêt un caractère d'enjeu national – sans compter que le multilinguisme est un aspect important de la diversité culturelle de notre pays, qui, ne serait-ce qu'à ce titre, mérite d'être préservé. La commission rappelle d'ailleurs qu'en 1989, les auteurs du rapport intitulé «Le quadrilinguisme en Suisse – présent et futur» (publié par le DF) soulignaient déjà qu'«au vu de la complexité de notre situation dans tous les domaines», il y avait lieu d'accomplir en la matière des efforts considérables.

«L'apprentissage des langues» n'est pas en Suisse une notion nouvelle, et un certain nombre d'innovations ont été réalisées ces derniers temps encore dans le domaine de l'enseignement des langues (p. ex.: initiation précoce à une seconde langue nationale). Pourtant, les résultats sont plutôt décevants.

On retrouve les propositions de M<sup>me</sup> Robert dans le rapport commun qu'ont rédigé sur le sujet les commissions du Conseil national et du Conseil des Etats qui avaient été nommées pour étudier l'«Amélioration de la compréhension entre les régions linguistiques» (92.083), à cette différence près que les commissions précitées concluaient à la compétence des cantons en la matière. La majorité de la Csec se rallie à l'opinion de l'auteur de l'initiative, selon laquelle la Confédération, plutôt que de se défaire entièrement sur les cantons, doit s'associer aux efforts qu'il convient d'entreprendre.

Il est à relever que l'initiative tient compte de ce que tous les cantons n'auront pas les mêmes besoins: conformément au principe de la subsidiarité, elle est en effet respectueuse des compétences des cantons et des communes.

Encourager l'éducation bilingue, c'est répondre à un besoin de notre époque, et la Suisse n'est pas la seule à y penser: depuis déjà plusieurs années, nombreux, en effet, sont les pays d'Europe qui y travaillent, avec l'appui de l'Union européenne (UE) et du Conseil de l'Europe. Il est probable que, parallèlement à l'anglais, d'autres langues européennes, et notamment le français et l'allemand, gagneront progressivement en importance, du fait à la fois de la coopération accrue qui fera suite à l'avènement de l'UE et de l'ouverture de l'Europe de l'Est.

Aux yeux de la majorité de la commission, l'éducation bilingue ne serait pas seulement un avantage pour les jeunes, mais également un atout pour notre économie. D'autre part, il ne faut pas perdre de vue les impératifs de mobilité de notre époque: sous cet angle-là aussi, un système éducatif tendant, sinon à abolir, du moins à abaisser les barrières linguistiques ne peut qu'être bénéfique, tant pour l'enrichissement personnel de l'individu que sur le plan économique.

Tous les enfants devraient, pendant leur scolarité, avoir notamment l'occasion d'apprendre ce qu'ils ne pourront plus, ou alors difficilement, apprendre plus tard. Ce constat s'applique tout particulièrement aux langues, que l'on assimile d'autant plus facilement que l'on est plus jeune. Ce qui ne signifie pas, d'ailleurs, que la connaissance de la langue maternelle doive pour autant être négligée, au contraire. De fait, il conviendrait de mettre sur pied un enseignement axé plutôt sur la communication que sur la maîtrise de la grammaire.

Par ailleurs, la commission a rappelé que l'«immersion» était pratiquée depuis déjà longtemps dans le canton des Grisons sous l'appellation d'«enseignement plurilingue».

Enfin, la commission s'est également interrogée sur l'endroit où il conviendrait le mieux, au sein de la constitution, d'insérer la disposition proposée. L'auteur de l'initiative elle-même n'a

pas manifesté de préférence absolue pour telle ou telle solution. A priori, rien n'empêcherait de procéder autrement qu'en modifiant l'article 27 de la constitution, mais en tout état de cause, cette question n'a pas à être tranchée au stade de l'examen préliminaire.

En ce qui concerne les adversaires de l'initiative, les arguments qu'ils ont avancés étaient pour l'essentiel les suivants: un enseignement bilingue aurait des répercussions négatives sur l'enseignement des matières elles-mêmes, et constituerait notamment un handicap pour les plus faibles; il serait peu probable, d'autre part, qu'il y ait en Suisse un nombre suffisant d'enseignants capables de donner leur cours dans une langue étrangère; enfin, eu égard à la situation budgétaire actuelle, ce ne serait pas le moment d'engager la Confédération dans des programmes aussi onéreux, et le problème du coût serait à lui seul un obstacle suffisant pour tuer dans l'oeuf ce projet.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt mit 16 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative Folge zu geben.

#### *Antrag Maspoli*

Der Initiative keine Folge geben

#### *Schriftliche Begründung*

Der Erziehungsbereich untersteht ausdrücklich der kantonalen Bildungshoheit. Es steht einzelnen Kantonen heute schon frei, den zweisprachigen Unterricht, Immersion genannt, in ihrem Schulsystem zu erproben oder einzuführen. Resultate von öffentlichen Schulversuchen stehen noch aus.

Es ist nicht Aufgabe des Bundes, in diesem Bereich quasi die Initialzündung zu geben, indem er die Förderung und Unterstützung der zweisprachigen Erziehung in den Landessprachen in die Verfassung aufnimmt, bevor ein Teil der Kantone diesbezüglich Erfahrungen gesammelt hat. Weitere Argumente sind im letzten Abschnitt des Berichtes der WBK vom 3. Februar 1994 nachzulesen.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose, par 16 voix contre 3 et avec 1 abstention, de donner suite à l'initiative.

#### *Proposition Maspoli*

Ne pas donner suite à l'initiative

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	101 Stimmen
Für den Antrag Maspoli	57 Stimmen

93.128

## Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Bundesgesetz

### Droit des étrangers. Mesures de contrainte. Loi

#### *Différences – Divergences*

Siehe Seite 336 hiervor – Voir page 336 ci-devant  
Beschluss des Ständerates vom 15. März 1994  
Decision du Conseil des Etats du 15 mars 1994

#### **Art. 13a Einleitung**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### *Minderheit*

(Tschäppät Alexander, Borel François, Bühlmann, David, Darbellay, Diener, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Leuba, Meier Samuel, Zbinden)  
Festhalten

#### **Art. 13a introduction**

##### *Proposition de la commission*

##### *Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### *Minorité*

(Tschäppät Alexander, Borel François, Bühlmann, David, Darbellay, Diener, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Leuba, Meier Samuel, Zbinden)  
Maintenir

#### **Art. 13b Abs. 1**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### *Minderheit*

(Tschäppät Alexander, Borel François, Bühlmann, David, Darbellay, Diener, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Leuba, Meier Samuel, Zbinden)  
Festhalten

#### **Art. 13b al. 1**

##### *Proposition de la commission*

##### *Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### *Minorité*

(Tschäppät Alexander, Borel François, Bühlmann, David, Darbellay, Diener, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Leuba, Meier Samuel, Zbinden)  
Maintenir

#### **Art. 13c Abs. 1, 2**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### *Minderheit*

(Tschäppät Alexander, Borel François, Bühlmann, David, Darbellay, Diener, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Leuba, Meier Samuel, Zbinden)  
Festhalten

#### **Art. 13c al. 1, 2**

##### *Proposition de la commission*

##### *Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### *Minorité*

(Tschäppät Alexander, Borel François, Bühlmann, David, Darbellay, Diener, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Leuba, Meier Samuel, Zbinden)  
Maintenir

**Heberlein** Trix (R, ZH), Berichterstatterin: Die Staatspolitische Kommission Ihres Rates hat heute morgen getagt und zur Kenntnis genommen, dass der Ständerat unseren Entscheidungen mit zwei Ausnahmen gefolgt ist: Er hat die volle richterliche Kognition, die mündliche Verhandlung sowie die Haftdauer und die Berücksichtigung der familiären Verhältnisse beim Entscheid über die Anordnung der Haft übernommen. Die gewichtigste Differenz besteht nach wie vor bei der in den Artikeln 13a Einleitung, 13b Absatz 1 und 13c Absatz 1 geltenden Frage der Zuständigkeit zur Haftanordnung. Der Ständerat hat gestern diskussionslos und ohne Gegenantrag erneut der Regelung «Fremdenpolizei» zugestimmt. Dies, nebst allen materiellen Gründen, die hier bereits angeführt worden sind, vor allem auch mit der Begründung, dass er uns in allen anderen wesentlichen Fragen entgegengekommen sei.

Die Mehrheit der Staatspolitischen Kommission hat sich bei 12 zu 12 Stimmen und meinem Stichentscheid heute morgen dem Entscheid des Ständerates angeschlossen. Eine Minderheit hält an der von unserem Rat beschlossenen Lösung fest.